

Rainer Zoll (Hrsg.)

»Die Arbeitslosen, die könnt' ich alle erschießen!«

Zweiter Bericht:

Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise

Von Henri Bents, Hans-Hermann Braune,
Birgit Geissler, Enno Neumann, Mechtild Oechsle,
Rainer Zoll

Bund-Verlag

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

»Die Arbeitslosen, die könnt' ich alle erschießen!« :
Rainer Zoll (Hrsg.) . Von Henri Bents . . . - Köln :
Bund-Verlag, 1984.

(Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise ;
Bericht 2)

ISBN 3-7663-0848-3

NE: Zoll, Rainer [Hrsg.]; Bents, Henri [Mitverf.]

© 1984 by Bund-Verlag GmbH, Köln

Lektorat: Gunther Heyder

Herstellung: Heinz Biermann

Umschlagentwurf: Roberto Patelli, Köln

Foto: dpa

Satz: Typobauer Filmsatz GmbH, Ostfildern 3

Druck: satz + druck gmbh, Düsseldorf

ISBN: 3-7663-0848-3

Printed in Germany 1984

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die des öffentlichen Vortrags, der Rundfunksendung und der Fernsehausstrahlung, der fotomechanischen Wiedergabe, auch einzelner Teile.

Inhalt

Einleitung	7
1. Soziale Deutungsmuster von Arbeitslosigkeit und Krise	15
1.1 Deutungsmuster »Ökonomische Strukturen« ..	15
1.2 Deutungsmuster »Kapital und Arbeit«	40
1.3 Deutungsmuster »Fatalismus«	59
1.4 Deutungsmuster »Politik als Krisenursache« ..	85
1.5 Deutungsmuster »Direkte Reduktion«	104
1.6 Deutungsmuster »Unterwerfung«	114
1.7 Deutungsmuster »Sündenböcke«	121
2. Krise und Krisenbetroffenheit	147
2.1 Die Krisenbetroffenheit der Industriearbeiter ..	147
2.2 Die Krisenbetroffenheit der Untersuchungsbetriebe	160
3. Die Krisenreaktion der Lohnarbeiter	179
3.1 Veränderungstendenzen der Deutungen von Arbeitslosigkeit und Krise	179
3.1.1 »Ich kann diese ›BILD-Zeitung‹ lesenden Arbeiter nicht mehr ab«	181
3.1.2 »Vor allen Dingen müßte der Staat auch solche Gesetze machen«	187
3.1.3 »Ich darf ja den Betrieb nicht überlasten«	199
3.1.4 »Ich meine, wir haben uns damit abgefunden«	205
3.1.5 »Mit Krieg und Neuaufbau – es gibt nichts anderes«	213
3.1.6 Krise und Existenzangst	218

3.2	Arbeitsmarktstrategien und Krisenbetroffenheit	224
3.3	Veränderungen von Interessenorientierungen in der Krise	242
4.	Zur Theorie sozialer Deutungsmuster	259
	Anmerkungen	277
	Fremdwörter- und Begriffserläuterung	279

Einleitung

Gegenstand des Forschungsprojektes »Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise« ist die Krisensituation von Industriearbeitern. Es geht um die Frage, wie Krise und Arbeitslosigkeit wahrgenommen und verarbeitet werden, und wie sich die verschiedenen Formen von Krisenbetroffenheit auf Bewußtsein und Verhalten auswirken.

Die vielfach vertretene Annahme, daß durch die zunehmende Krisenbetroffenheit das Bewußtsein der Arbeiter sich in Richtung auf eine stärkere Gesellschaftskritik und eine kämpferische Interessendurchsetzung hin verändern würde, wird durch die Ergebnisse dieser Untersuchung nicht bestätigt. Im Gegenteil wird die Krisenreaktion der Arbeiter eher durch eine resignative Haltung gegenüber Krise und Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Vorherrschend sind individuelle Strategien, um die Krisenbetroffenheit abzuwehren; bei einem Teil der Interviewten findet sich eine aggressive Wendung gegen Arbeitslose oder Ausländer.

Nun lassen sich die Krisenreaktionen der Arbeiter nicht allein aus der objektiven Betroffenheit erklären; auch gleiche Krisenbetroffenheit kann zu unterschiedlichen Reaktionen führen. Entscheidend ist vielmehr, wie die Individuen ihre Betroffenheit selbst deuten, subjektiv interpretieren; d. h. man muß fragen, was Krise und Arbeitslosigkeit für die Betroffenen bedeutet, um ihre Krisenreaktion verstehen zu können. Um gesellschaftliche Probleme wie die Arbeitslosigkeit verarbeiten zu können, produziert das Individuum aber keine privaten Deutungen, die nur für es selbst Gültigkeit haben. Es greift vielmehr auf gesellschaftlich gültige und vorhandene Deutungsmuster zurück und eignet sie sich in einem je individuellen Prozeß an. Die Deutung und Verarbeitung von Krise und Arbeitslosigkeit geschieht also im

Rahmen sozialer Deutungsmuster, d.h. in bestimmten Argumentationszusammenhängen, in denen gesellschaftliche Gruppen und Klassen ihre Wirklichkeit interpretieren. Die empirische Untersuchung von sozialen Deutungsmustern zeigt, daß diese in sich selbst noch weiter aufgegliedert sind in Gesellschaftsbilder, alltagspraktische Orientierungen und subjektive Verarbeitungsstrukturen. Gesellschaftsbilder sind Vorstellungen von gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen, die nicht unmittelbar das Handeln der Arbeiter in alltäglichen Situationen bestimmen. Gesellschaftsbilder sind Theorien von der Gesellschaft. Alltagspraktische Orientierungen sind handlungsleitende Regeln, die das Verhalten in konkreten Alltagssituationen (Arbeit, Betrieb, Familie, Politik) bestimmen. Gesellschaftsbilder und Orientierungen stehen im Verhältnis von Theorie und Praxis. Individuelle Bewußtseinsstrukturen sind keineswegs Ansammlungen verschiedener Deutungsmuster. Das Individuum muß sich die sozialen Deutungsmuster aneignen und in einen für sich selbst plausiblen Zusammenhang bringen; dies geschieht durch die subjektiven Verarbeitungsstrukturen. Auf das theoretische Konzept sozialer Deutungsmuster wird im Kapitel 4 »Zur Theorie sozialer Deutungsmuster« näher eingegangen¹.

Soziale Deutungsmuster haben einen kollektiven Charakter und sind nicht mit individuellen Bewußtseinsstrukturen identisch. Zwar steht bei den interviewten Arbeiterinnen und Arbeitern immer ein Deutungsmuster im Vordergrund, aber in einem Interview finden sich häufig auch andere Deutungsmusterelemente, d.h. Argumentationsfiguren aus anderen Deutungsmustern; diese sind jedoch mit dem dominanten Deutungsmuster vereinbar.

Die Untersuchung der Krisenwahrnehmung und -verarbeitung ergab sieben soziale Deutungsmuster zu den Problemen von Krise und Arbeitslosigkeit, die im folgenden dargestellt werden. Selbstverständlich sind mehr als die sieben Deutungsmuster denkbar, diese stellen nur das im empirischen Material vorhandene Spektrum dar.

Die Deutungsmuster »Ökonomische Strukturen« und »Kapital und Arbeit« thematisieren sowohl die gesellschaftlich bedingten Ursachen von Arbeitslosigkeit und Krise wie auch deren Folgen für die Lohnabhängigen. Bei den Deutungsmu-

stern »Fatalismus«, »Politik als Krisenursache« und »Direkte Reduktion« ist die psychische Abwehr der Krisenbetroffenheit ausschlaggebend. Entweder wird die Betroffenheit als unabwendbares Schicksal begriffen, oder der Staat wird als Verursacher der Krise gesehen, der nun seine Fehler wiedergutmachen und die Krise beenden muß, oder eine mögliche Betroffenheit wird schlicht geleugnet.

Auch die Deutungsmuster »Unterwerfung« und »Sündenböcke« sind durch derartige Abwehrstrukturen geprägt; in ihnen kommt – im Unterschied zu den vorher genannten – die Betroffenheit in einer starken Aggressivität zum Ausdruck. Die Aggression richtet sich im Deutungsmuster »Unterwerfung« gegen die eigene Person und die Lohnabhängigen generell, im Deutungsmuster »Sündenböcke« gegen Arbeitslose und ausländische Arbeitnehmer.

Das Sündenbock-Deutungsmuster ist gesellschaftlich besonders wichtig, da in ihm ein Potential für autoritäre Entwicklungen der Gesellschaft zum Ausdruck kommt, das nicht unterschätzt werden darf: Immerhin sind ein knappes Fünftel der interviewten Arbeiter zum Untersuchungszeitpunkt diesem Deutungsmuster zuzurechnen. Der Titel des Buches »Die Arbeitslosen, die könnt' ich alle erschießen« stammt aus dem Argumentationszusammenhang des Deutungsmusters »Sündenböcke« und stellt eine besonders krasse Form der aggressiven Haltung gegenüber den Arbeitslosen dar. Gleichwohl macht diese Aussage in ihrer Zuspitzung die Logik der Ausgrenzung und das ihr zugrundeliegende Potential an Aggressivität gegenüber den Arbeitslosen deutlich. Nur bei wenigen Interviewten zeigt sich vom Erst- zum Zweitinterview ein Wechsel im Deutungsmuster. Insgesamt kann festgestellt werden, daß die untersuchten sozialen Deutungsmuster sich in ihrer individuellen Ausprägung bei den Interviewten als sehr stabil erwiesen haben. Dies ist auch nicht weiter erstaunlich, wenn man bedenkt, daß es sich bei den Deutungsmustern um Verarbeitungsformen von Realität handelt, die sich das Individuum in langen Jahren angeeignet hat und die seine Persönlichkeit und sein Selbstbewußtsein prägen. Wenn sich Veränderungen im individuellen Deutungsmuster ergeben, dann entwickeln sie sich in der Regel in eine Richtung, die in dem Erstinterview schon angelegt war.

Generell läßt sich eine zunehmende Verunsicherung durch die Krise feststellen. So wird von den meisten Interviewten das Ausmaß der Krise zum Zeitpunkt der Zweitinterviews als sehr viel bedrohlicher erlebt als zum Zeitpunkt der Erstinterviews. Viele sehen die Krise nicht mehr als vorübergehendes Phänomen, sondern als einen »Zustand«, der sich auf absehbare Zeit nicht ändern wird und mit dem man sich abfinden muß. Von daher nimmt die fatalistische Einschätzung von Handlungsmöglichkeiten in der Krise zu und verstärkt sich ein resignativer »Rückzug ins Private«. Effektive Handlungsmöglichkeiten gegen Krise und Arbeitslosigkeit werden nur noch beim Staat gesehen, damit verstärkt sich die Erwartungshaltung gegenüber dem Staat.

Die zunehmende Resignation kommt nicht zuletzt in der Veränderung von Interessenorientierungen zum Ausdruck. Hier überwiegt bei weitem die Tendenz zur gewerkschaftlichen Demobilisierung: Die Interessendurchsetzung wird an die Gewerkschaften delegiert und die Arbeiter ziehen sich von gewerkschaftlicher Arbeit zurück. Weitaus weniger verbreitet ist die Tendenz, sich angesichts von Krise und Arbeitslosigkeit stärker gewerkschaftlich zu engagieren, sie findet sich nur bei wenigen Interviewten.

Bevor die Ergebnisse der Untersuchungen im einzelnen dargestellt werden, soll zunächst der Ablauf der einzelnen Untersuchungsschritte und das methodische Vorgehen kurz umrissen werden.

Die Untersuchung wurde aufgrund günstiger Zugangsbedingungen und zur besseren internen Vergleichbarkeit des Materials von vornherein auf einen Industriezweig in einer Region, die Metallindustrie in der norddeutschen Küstenregion, eingegrenzt. Für die Auswahl der Branchen und der Betriebe waren die Formen der Krisenbetroffenheit maßgeblich; zum einen sollten die Krisenerscheinungen im wesentlichen durch wirtschaftliche Veränderungen (Marktbedingungen) hervorgerufen, zum anderen durch den technologischen Wandel beeinflußt sein. Ein Betrieb aus einer dritten Branche sollte als Kontrastbetrieb den Vergleich mit kaum oder gar nicht krisenbetroffenen Arbeitern ermöglichen. Nach zahlreichen Expertengesprächen wurden zwei Betriebe der Werftindustrie in Hamburg und Bremen, zwei Betriebe der Elektroindustrie in Wilhelmshaven und Bre-

men und ein Betrieb des Fahrzeugbaus in Bremen als »Kontrastbetrieb« ausgewählt. Für jeden der fünf Untersuchungsbetriebe wurde eine Stichprobe von 30 bis 35 Interviewpartnern ausgewählt. Die Adressen der möglichen Interviewpartner wurden im Zufallsverfahren gezogen. Das Verfahren wurde so organisiert, daß im wesentlichen die Hauptberufsgruppen für jeden Betrieb (z. B. in der Werftindustrie: Schiffbauer, Schlosser, Schweißer, Kranfahrer) vertreten sind. Die Stichprobe besteht je zur Hälfte aus Facharbeitern und Angelernten. In der Elektroindustrie wurden mehr Angelernte, darunter auch Frauen, interviewt, weil diese dort die wichtigste Beschäftigtengruppe sind. In den beiden Untersuchungsbetrieben mit relativ geringem gewerkschaftlichen Organisationsgrad wurden auch unorganisierte Arbeiter befragt.

Während in der Werftindustrie die Krisenerscheinungen nicht im Zusammenhang mit technologischen Veränderungen stehen, sondern im wesentlichen durch den Zusammenbruch des Tankermarktes bedingt sind, ist dies in der Elektroindustrie eindeutig der Fall: Sowohl bei Fernsehgeräten wie bei Büromaschinen führt die zunehmende konstruktive Verwendung von Elektronikteilen zu erheblichen Veränderungen des Produktes wie des Arbeitsprozesses und zur Vernichtung von Arbeitsplätzen.

Trotz dieser verschiedenen Formen von Krisenbetroffenheit in den beiden Betrieben der Werft- und der Elektroindustrie gibt es keine signifikanten Unterschiede in der Verteilung der einzelnen Deutungsmuster. Gleiches gilt auch für den Vergleich zwischen den vier krisenbetroffenen Betrieben und dem Kontrastbetrieb, auch hier gibt es keine signifikanten Unterschiede in der Verteilung der Deutungsmuster. Dies bestätigt die relative Autonomie sozialer Deutungsmuster gegenüber der unmittelbaren objektiven Krisenbetroffenheit und verdeutlicht ihre relativ selbständige soziale Bedeutung.

Nach den ersten Expertengesprächen, die für die Auswahl der Untersuchungsbranchen und -betriebe nötig waren, begann in den fünf Untersuchungsbetrieben eine Reihe von weiteren Expertengesprächen, die die ökonomische Lage und ihre Veränderung sowie die Arbeitsbeziehungen zum Inhalt hatten. Diese Gespräche wurden bis zum Ende der

Untersuchung in regelmäßigen Abständen fortgesetzt: Sie dienten nicht nur der Materialerhebung, sondern auch der Rückkopplung der Untersuchungsergebnisse.

Aus den methodenkritischen und theoretischen Vorarbeiten zu dieser Untersuchung wurde der Schluß gezogen, daß für das Untersuchungsziel thematisch strukturierte Intensivinterviews das geeignete Instrument sind. Durch eine theoretische Bestimmung der möglichen Erfahrungen der Arbeitssituation, ihrer Veränderungen in der Krise, der Interessenwahrnehmung und Interessenvertretung sowie der Erwartungshaltungen der Lohnarbeiter wurde die thematische Struktur festgelegt, ohne daß diese dem Gespräch und der Erfahrungswelt des Interviewpartners von außen aufgezwungen wurde.

In der ersten Interviewwelle wurden 160 Interviews geführt; bedingt dadurch, daß einige Interviewte es ablehnten, sich ein zweites Mal für ein Interview zur Verfügung zu stellen oder in der Zwischenzeit verzogen waren, verringerte sich die Anzahl der Interviews in der zweiten Welle auf 120. Bis auf wenige Ausnahmen fanden die Interviews in den Wohnungen der Interviewpartner statt. Sie dauerten zwischen eineinhalb und fünf Stunden und wurden auf Tonband mitgeschnitten. Ferner wurden in regelmäßigen Abständen erweiterte Gruppendiskussionen in Form von Wochenendseminaren mit Teilnehmern aus den fünf Untersuchungsbetrieben durchgeführt.

An den Stellen, an denen zum Vergleich Erst- und Zweitinterviews zitiert werden, ist die Zugehörigkeit zur jeweiligen Interviewwelle durch eine römische Ziffer in der Interviewklammer kenntlich gemacht worden. In allen anderen Fällen, in denen keine römische Ziffer angegeben ist, handelt es sich stets um Zitate aus den Zweitinterviews.

Ein im Anhang beigefügtes Glossar von Fremdwörtern und Fachausdrücken soll, wie von gewerkschaftlichen Lesern des Manuskripts angeregt, eine Lesehilfe sein.

Das Projekt »Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise« wurde seit Mitte 1978 durch die Universität Bremen und seit Oktober 1979 durch die Stiftung Volkswagenwerk zu etwa gleichen Teilen finanziert. Das Projekt war Teil des Forschungsschwerpunktes »Reproduktionsrisiken, soziale Bewegung und Sozialpolitik« an der Universität Bremen.

Die Durchführung des Projektes wäre ohne die Unterstützung durch die IG Metall-Bezirksleitung Hamburg und die IG Metall-Verwaltungsstellen Bremen, Bremerhaven, Hamburg und Wilhelmshaven sowie durch Betriebsräte und Vertrauensleute aus den fünf Untersuchungsbetrieben nicht möglich gewesen.

Ihnen, der Stiftung Volkswagenwerk, der Universität Bremen und der Verwaltung des Fachbereichs 11 gilt der Dank der Mitarbeiter dieses Projekts. In der Endphase des Projekts war Roland Popp an der Projektarbeit beteiligt. Er hat die Abschnitte über »Die Krisenbetroffenheit der Industriearbeiter« und »Mit Krieg und Neuaufbau - es gibt nichts anderes« verfaßt. Die Forschergruppe fühlt sich Christa Ruthke wegen ihrer unermüdlichen Schreibebeit besonders verpflichtet.

1. Soziale Deutungsmuster von Arbeitslosigkeit und Krise

1.1 Deutungsmuster »Ökonomische Strukturen«

In der Auswertung der ersten Interviewwelle fanden sich eine Reihe ökonomischer Argumentationen, die zur Erklärung von Arbeitslosigkeit und Krise herangezogen wurden. Auf der Seite der Produktion war es vor allem die technische Entwicklung und die zunehmende Rationalisierung, auf die als Erklärungsmuster zurückgegriffen wurde. Demgegenüber wurde auf der Seite des Marktes vor allem mit Markt-sättigung, aber auch mit Weltmarktbedingungen, und hier vor allem mit der Ölpreissteigerung argumentiert.

Diese Argumentationsfiguren, wie sie auch in den Zweitinterviews auftreten, werden im folgenden im Hinblick auf ihren gemeinsamen Zusammenhang in einem sozialen Deutungsmuster dargestellt, dem etwa ein Viertel der Interviews zuzurechnen ist. Zunächst werden die ökonomischen Argumente vorgestellt, mit denen die Ursachen von Krise und Arbeitslosigkeit erklärt werden, und in einem zweiten Schritt die Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, um diese gesellschaftlichen Probleme zu beheben. Die einzelnen Argumentationsfiguren zur Erklärung von Krise und Arbeitslosigkeit werden zunächst für sich dargestellt, auch wenn sie in den Interviews fast immer in der einen oder anderen Kombination zusammen genannt werden.

»Durch Automatisieren und Rationalisieren werden Arbeitsplätze kaputtgemacht«

Die in dem hier vorgestellten Deutungsmuster am häufigsten genannte Ursache von Arbeitslosigkeit sind Verände-

rungen des Arbeitsprozesses, durch die Arbeitskräfte freigesetzt werden. Dabei stehen Computer und Roboter beispielhaft für eine bedrohliche technische Entwicklung.

»Wenn mal wirklich so die ganzen Computer kommen und die Roboterstraßen und Gott weiß was alles, da ist das ja alles schon. Es ist ja nun nicht so, daß das nicht da ist. Wenn Sie heute nach Japan gehen, irgendwo in ein Werk, na ja, und da nur noch Roboter rumlaufen. Ich meine, das ist ja keine Utopie. Das ist ja da, das Ding. Und ich sage mir, wenn das dort da ist, dann dauert das auch nicht lange, dann ist das hier.« (315/28)

Wenn in dieser Aussage »Roboter rumlaufen« und »Computer kommen«, so drückt dies deutlich die Verselbständigung aus, die in der technischen Entwicklung gesehen wird. Hier läuft ein Prozeß ab, der bereits real zu beobachten und nicht etwa »Utopie« im Sinne von Science Fiction ist. Und wenn dieses »Ding« (Roboter) erst einmal in die Welt gesetzt ist, dann läßt es sich auch nicht mehr aufhalten. »Und ich sage mir, wenn das dort da ist, dann dauert das auch nicht lange, dann ist das hier.«

Wenn gegen diese Entwicklung selbst nichts unternommen werden kann, so doch gegen ihre negativen Folgen, worauf im Zusammenhang mit den geforderten Maßnahmen zurückzukommen ist. Wenn die technische Entwicklung als Ursache der Arbeitslosigkeit angeführt wird, dann ist der Hinweis auf Japan durchaus typisch, wie auch in dem folgenden Zitat:

»Je hochentwickelter die Maschinen sind, desto weniger Leute werden gebraucht. Für mich persönlich greift eins ins andere. Gucken Sie mal, Japan, haben sie da von der Autofabrik – da haben sie eine Autofabrik gezeigt, Datsun oder irgendwie haben sie gezeigt, wo nur Roboter am Arbeiten sind. Das will man jetzt bei uns auch einführen. Fließband. Das Roboterverfahren. Wird nur von drei oder vier Mann gesteuert, und wo bleiben die andern 50 bis 60 Mann. Ja, wo sind die? So ist das. Und ich muß ja selber damit rechnen, daß ich eventuell dadurch auf die Straße komme. Also gutheißen kann ich es nicht. Kann es wohl insofern gutheißen, wenn ich, wenn keine Arbeitslosen dadurch wären. Aber da kommt ja eins ins andere.« (325/24)

Ein Gegensatz von Mensch und Maschine wäre für diesen Interviewten dann nicht gegeben, wenn die von den Maschinen freigesetzten Arbeiter nicht arbeitslos würden. Solange jedoch keine besonderen Maßnahmen hiergegen getroffen werden, ist eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zwangsläufig, denn da »greift eins ins andere«.

Neben dem Hinweis auf Japan sind in diesem Zitat noch zwei Aussagen charakteristisch: Einerseits wird die mögliche eigene Betroffenheit thematisiert und nicht als Veränderung bloß im fernen Japan abgetan. Zum zweiten nimmt man die verfügbaren Informationen, hier über das Fernsehen («da haben die . . . gezeigt») auf, um sich selbst ein Bild über die zukünftige Entwicklung machen zu können. So ist es in der Argumentation dieses Deutungsmusters wichtig, den mit der Technik verbundenen Gefahren ins Auge zu sehen und sie nicht zu verleugnen.

»Denn im zwanzigsten Jahrhundert bei der Technik und was da noch auf uns zukommt, da wissen wir ja alle, daß die Arbeit nicht mehr wird, sondern weniger wird. Da kommen wir gar nicht drumherum. Da können wir noch soviel Lügengeschichten erfinden.« (314/12)

Damit wird ein Bewußtsein gefordert, welches sich auf der Höhe der Zeit befindet. Das »zwanzigste Jahrhundert« steht dabei synonym für die Herrschaft der Technik, so daß auch hier eine unabwendbare technische Entwicklung auf uns »zukommt«, sich also aus sich selbst zu bewegen scheint. Daß diese Entwicklung durch »Lügengeschichten« nicht zu verschleiern ist, merken natürlich vor allem jene, die in ihren Betrieben hiervon selbst betroffen sind, wie der im folgenden zitierte Interviewte, der auf die Frage nach den Ursachen der Arbeitslosigkeit antwortet:

»Also durch diese technische Entwicklung. Da liegt – das ist für uns die Hauptsache, nicht, muß man so sehen. Die neuen Geräte, was wir erfunden haben, durch die haben wir Arbeitsplätze verloren. Diese neuen, die haben da Computer gekauft, da haben die 'nen neues Band gemacht, da waren drei Leute. Braucht man nicht mehr, die Steckfrauen, da; dadurch werden die nur Arbeitsplätze wegschaffen durch diese technische Entwicklung.« (427/26)

In dieser Aussage wird nicht nur geschildert, daß man aufgrund technischer Veränderungen nun »drei Leute nicht mehr braucht«. Zugleich wird hier noch ein Subjekt hinter dem technischen Fortschritt erwähnt, der sich damit also nicht aus sich selbst bewegt. Zunächst ist noch davon die Rede, daß »wir« neue Geräte erfunden und dadurch Arbeitsplätze verloren haben. Im nächsten Satz wird jedoch von »denen« gesprochen, »die da Computer gekauft haben, die 'nen neues Band gemacht haben«. In dieser Korrektur werden also die Unternehmer als das eigentlich bestimmende

Subjekt hinter den technischen Veränderungen benannt. Damit steht hinter dieser Entwicklung aber auch ein bestimmtes Interesse, welches in dem folgenden Zitat auf die Frage nach den Gründen der Arbeitslosigkeit angeführt wird.

»Durch die Rationalisierung, starke Rationalisierung, der Arbeitgeber, der rationalisiert nur da, wo er Arbeitsplätze sparen kann. Die Leute sitzen alle auf der Straße nachher, nicht, und kriegen so schnell nichts wieder. Denn die anderen Betriebe, die rationalisieren auch.« (407/18)

Eine möglichst kostengünstige Produktion wird hier als Hintergrund arbeitsplatzsparender Veränderungen der Arbeitsprozesse genannt, die keineswegs auf einzelne Betriebe beschränkt ist. »denn die anderen Betriebe, die rationalisieren auch«.

Als allgemeine gesellschaftliche Entwicklung werden die Veränderungen im Arbeitsprozeß von den Arbeitern dann mit dem Topos »Rationalisierung« benannt, wenn sie auf die Unternehmerinteressen hinweisen, die zu diesen Veränderungen führen. Wird dagegen mit einem unabwendbaren Sachzwang argumentiert, der sich aus sich selbst bewegt, dann wird eher der Topos »Technik« oder »technische Entwicklung« verwandt. Von »technischem Fortschritt« wird in den Interviews nicht gesprochen, allenfalls wird darauf hingewiesen, daß dies nur ein Fortschritt für die Unternehmen, nicht aber für die Arbeiter sei.

In diesem Deutungsmuster ist der Topos der Rationalisierung also mit Unternehmerinteressen verknüpft, was dann in den meisten Fällen den Bezug auf die dagegenstehenden Interessen der Arbeitnehmer nahelegt.

»Da Konzerne leider in erster Linie ihren Aktionären Rechenschaft schuldig sind, kommen in zweiter Linie erst die Arbeiter. So wird das wohl mit Rationalisierung, konzentrieren weitergehen, zuungunsten unserer Arbeitsplätze. Denn das ist ja ganz zwangsläufig, wenn, um bei den Kosten konkurrenzfähig zu bleiben, rationalisiert werden muß aufgrund der hohen Lohnkosten schon. Jeder Arbeitgeber, der oben bleiben will, ist gezwungen, zusammenzustreichen. Also werden Arbeitsplätze vernichtet. Also das ist eine Schraube ohne Ende, kann man bald sagen.« (326/25)

In diesem Zitat werden nicht nur die gegensätzlichen Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern benannt. Die Argumentation geht auch auf die Konkurrenz und damit auf den gesellschaftlichen Mechanismus ein, durch den sich eine gesellschaftliche Entwicklung zwangsweise durchsetzt.

Durch diesen Mechanismus wird ein gesellschaftlicher Zusammenhang hergestellt, der seine eigene Dynamik in sich trägt. Dies drückt sich in dem Bild der »Schraube ohne Ende« aus.

Rationalisierungen werden in diesem Deutungsmuster als ein gesamtgesellschaftliches Phänomen gesehen, das nicht auf die unmittelbar eigene Betroffenheit reduziert werden kann, sondern tendenziell alle Arbeitsprozesse betrifft.

»Ja, durch die Automatisierung und durch das Rationalisieren der Arbeitsplätze, also daß dadurch eben, im Bankgewerbe zum Beispiel diese Bildschirmgeräte, diese Sichtgeräte, daß dadurch sehr, sehr viele Arbeitsplätze kaputtgemacht werden und durch – auch durch neue Maschinen, die eben einige Leuten eben entlasten. Wenn ich die Walzstraße zum Beispiel bei Klöckner sehe, da haben glaube ich früher hundert Leute oder was dran gearbeitet, das macht jetzt einer.« (405/45)

Hier wird das mit der Rationalisierung verbundene Problem der Arbeitsplatzvernichtung nicht nur im industriellen Bereich gesehen. Auch in Angestelltenaktivitäten, für die das Bankgewerbe nur als ein Beispiel angeführt wird, werden durch Rationalisierungen Arbeitsplätze »kaputtgemacht«. Mit Banken und Stahlwerk werden Branchen angesprochen, in denen der Interviewte nicht selber beschäftigt ist. Seine Argumentation ist also nicht auf die unmittelbare Betroffenheit beschränkt, die durchaus vorhanden ist.

»Bei uns haben sie eben sehr viel entlassen, so aus dem Werkstattbereich und einige Angestellte. Aber dann eben die kleineren, nicht, also die, die sind auch nichts anderes wie wir auch.« (405/2)

Die Betroffenheit ist also eine der Lohnabhängigen allgemein, sowohl eine von Arbeitern wie von »kleinen« Angestellten, ein Hinweis, der sich bei Arbeitern keineswegs oft findet. Zugleich wird in dem Zitat ausgedrückt, daß nicht nur diese spezifische Betroffenheit eine gemeinsame von Arbeitern und Angestellten ist, sondern diese sich auch grundsätzlich in einer gemeinsamen gesellschaftlichen Lage befinden: »Die sind auch nichts anderes wie wir auch.«

»Es ist in der westlichen Welt das Überangebot da«

Bereits in den Aussagen über den Zusammenhang von Rationalisierung und Arbeitslosigkeit wurde mit dem Hinweis auf Japan die Problematik in ihrem weltweiten Umfang angesprochen. Im folgenden wird der Zusammenhang von internationaler Konkurrenz, Rationalisierung und Krise, wie er in den Argumentationen dieses Deutungsmusters auftaucht, näher behandelt.

»Die Methodik der Arbeit in diesen fernöstlichen Ländern wurde verbilligt, also quasi, es wurde durch gewisse maschinelle Produktion alles rationalisiert. Dadurch war das verbilligt und haben sie den Wettbewerb also quasi hier ausweiten können.« (430/25)

In dieser Argumentation führen die Rationalisierungen im Ausland indirekt zur Vernichtung deutscher Arbeitsplätze. Die mit höheren Kosten produzierenden inländischen Unternehmen unterliegen in der Konkurrenz den ausländischen, so daß diese ihren Marktanteil »hier ausweiten können«.

»Also als Wettbewerb meine ich jetzt, also hat man (die Autoindustrie in der Bundesrepublik) langsam diesen Markt wieder zurückgewonnen. Aber in gewissen anderen Berufszweigen hat man es verloren, ist total verlorengegangen, nimmt man die Unterhaltungselektronik, nimmt man die optische Industrie ebenso wie andere.« (430/25)

Mit dem Wettbewerb wird ein gesellschaftlicher Mechanismus genannt, der neben der vernichtenden Wirkung auf einheimische Branchen weltweit zu einer Rationalisierungswelle und damit zur Vernichtung von Arbeitsplätzen führt. Wenn der ökonomische Konkurrenzmechanismus hier so interpretiert wird, daß kostengünstigere ausländische Produkte sich vermehrt auf dem inländischen Markt durchsetzen, so ist dies nur der Beginn eines Zusammenhangs, in dem Ursache und Wirkung sich in einem Wechselverhältnis gegenseitig bedingen und die Krise kontinuierlich verschärfen, wie es das folgende Zitat deutlich macht:

»Ja, das ist ja wohl'n Kreislauf, nicht. Einerseits, daß also tatsächlich die ausländische Konkurrenz sehr viel ausgemacht hat. Haben die billigen Wagen auf den Markt geworfen, sind hier gekauft worden und unsere eigenen Produkte sind nicht mehr in dem Maße gekauft worden, im Inland jedenfalls nicht. Dadurch hat die Produktion nachgelassen, Arbeitskräfte entlassen, dadurch eben schon mal mehr Arbeitslose. Die Leute haben kein Geld, was zu kaufen. Es wird in jeder Beziehung weniger produziert.« (523/21)

Hier wird in wenigen Sätzen eine ganze Krisentheorie angedeutet, in der internationale Konkurrenz, Überproduktion und Unterkonsumtion zu einem krisenhaften »Kreislauf« verschränkt werden. Ökonomische Mechanismen und strategisches Handeln, ausgedrückt in den Begriffen Konkurrenz bzw. Wettbewerb, dienen zur Krisenerklärung. In diesem Kreislauf ist es nun keineswegs nur der Export aus Japan, der zu ökonomischen Schwierigkeiten führt.

»Weil das ja nicht nur von unserer, hier von der Bundesrepublik, sondern die meisten unserer Sachen verkaufen wir ja im Ausland, nicht, den Großteil. Und da sieht's ja zum Teil noch sehr viel schlechter aus als bei uns. Wenn die nichts kaufen können, dann nützt uns das auch nichts. Das hängt eben alles aneinander.« (523/24)

Damit hat der Krisenkreislauf sich gleichsam geschlossen. Denn »das hängt eben *alles* aneinander«. Nicht nur, daß bundesdeutsche Produkte im Inland auf Absatzschwierigkeiten stoßen, aufgrund der weltweiten ökonomischen Krise ist auch keine Entlastung durch den Export möglich. Daß das Problem aus der Perspektive der Bundesrepublik gesehen wird, zeigt sich an Sprachwendungen wie »*unsere* eigenen Produkte«, »verkaufen *wir* ja ins Ausland« und »schlechter als bei *uns*«. Diese in dem »wir« ausgedrückte Identifikation mit der nationalen Marktwirtschaft ist für dieses Deutungsmuster durchaus typisch. Dabei verweist die Konkurrenz, in der die nationalen Ökonomien auf dem Weltmarkt stehen, auch auf ihre Gemeinsamkeit.

»Meiner Meinung nach ist die westliche Welt übersättigt. Es läßt sich heute nur noch schwer was verkaufen, sei es Kraftfahrzeuge, Schiffe, Maschinen. Es gibt immer mehr Länder, gerade was die Autoindustrie betrifft, Japan, die hauen die Autos auf den Markt, wissen Sie selber. Es gibt andere europäische Länder, egal, Frankreich, Norwegen, sonst welche Länder, Schweden, egal, bauen auch gute Maschinen. Es wird gebaut, gebaut, weil man moderne Maschinen hat, um diese Maschinen zu fertigen, um diese Kraftfahrzeuge zu fertigen. Gucken Sie an, in der Autoindustrie, die gehen jetzt auch über, wollen nach Möglichkeit auch diese Roboter einführen und so weiter. Was handwerkliche Arbeiten waren, es wird immer mehr durch Maschinenarbeiten ersetzt und immer mehr produziert, durch Maschinen. Und immer mehr Länder fangen an und bauen sich irgendwas auf. Und ich finde, es ist in der westlichen Welt das Überangebot da. Es ist schwer, was zu verkaufen. Es geht immer schneller, man braucht immer weniger Leute.« (129/28)

In dieser Argumentation wird der Krisenzusammenhang nicht als die Problematik der Bundesrepublik auf dem Welt-

markt, sondern als Problematik des Weltmarktes selbst thematisiert. In dieser Form gewinnt dieses Deutungsmuster ein hohes Abstraktionsniveau, das es erlaubt, ökonomische Krise und Arbeitslosigkeit als weltweiten Zusammenhang zu begreifen. Die Entwicklung ist in allen Ländern die gleiche: von der handwerklichen Arbeit zur Maschinenarbeit, und zwar in allen Bereichen der Produktion. Mit hochtechnisierten Maschinen werden hochtechnisierte Produktionsanlagen für die Konsumgüter gefertigt. Damit wird weltweit eine Produktionskapazität aufgebaut, die zwangsläufig zu einer Überproduktion führen muß. Typisch für dieses Deutungsmuster ist es, daß die Argumentationsfigur der Überproduktion immer im Zusammenhang mit dem Weltmarkt erwähnt wird; das heißt, es wird im Verhältnis zur weltweit vorhandenen Nachfrage weltweit zuviel produziert.

Das gemeinsame Charakteristikum aller bisher angeführten Textstellen ist die zentrale Stellung des Produktionsprozesses in der Erklärung von Krise und Arbeitslosigkeit. Die Veränderungen der Produktion, wie sie im Topos »Rationalisierung« zusammengefaßt sind, stellen den Ausgangspunkt der Argumentation dar, von dem aus über den Mechanismus der Konkurrenz eine krisenhafte ökonomische Entwicklung entfaltet wird. Ebenso typisch für dieses Deutungsmuster ist eine Argumentationsfolge, in der die Zirkulation diesen zentralen Stellenwert besitzt.

Zunächst werden Beispiele vorgestellt, in denen der Zusammenhang von ökonomischer Krise und Zirkulation in der Sphäre des Weltmarktes betont wird. Im darauffolgenden Abschnitt werden dann die Argumente interpretiert, die diesen Zusammenhang auf der Ebene der nationalen Ökonomie herstellen.

Während in den Interviews der ersten Welle die Erhöhung der Ölpreise noch ein gängiges Erklärungsmuster der ökonomischen Krise darstellte, ist in den Zweitinterviews das internationale Zinsgefälle an diese Stelle getreten.

»Ein großes Handicap, um aus diesem Dilemma herauszukommen, ist die amerikanische Politik der Geldverknappung. Was glauben Sie wohl, was uns der hohe Zinssatz in Amerika zu schaffen macht. Ja, und da müßte man den Hebel ansetzen. Wenn dort der Zinssatz runtergeht, dann sind wir auch wieder besser dran. Solange das nicht der Fall ist, ändert sich an unserer Wirtschaftslage nichts, gar nichts.« (107/24)

Ist schon die Hinwendung von den Ölpreisen zu den US-amerikanischen Zinsen ein Hinweis auf den Einfluß der öffentlichen Debatte über Krisenursachen auf dieses Deutungsmuster, so wird dies noch deutlicher in dem Argument der »amerikanischen Politik der Geldverknappung«. Diese Politik zur Inflationsbekämpfung war zum Zeitpunkt der Zweitinterviews noch gängiges Thema der öffentlichen Diskussion.

Auf den Einfluß einer über die Massenmedien vermittelten Öffentlichkeit auf dieses Deutungsmuster wird später noch gesondert eingegangen. Festzuhalten ist allerdings schon hier, daß Argumentationen keineswegs blindlings übernommen werden, sondern in die Logik dieses Deutungsmusters integrierbar sein müssen, das heißt, der Entfaltung eines ökonomischen Zusammenhangs dienen.

»Wenn die Amerikaner mit ihren Zinsen da nicht bald runtergehen, dann wird das hier nach meiner Ansicht wohl noch schlimmer werden. Denn unsere Unternehmer, die stecken das Geld – also die können da mehr verdienen, wenn sie 'ne Million in Amerika, irgendwo in Papieren anlegen, als daß sie hier irgendwie 'ne Firma vielleicht gründen oder irgend so etwas, nicht, das stimmt schon. Und da an und für sich müßte da'n Weg gefunden werden, um wieder'n gewisses Gleichgewicht zu kriegen.« (405/47)

Hier wird nicht nur auf die hohen amerikanischen Zinsen verwiesen, sondern dieses Argument wird in einen Zusammenhang internationaler Konkurrenz um größtmöglichen Profit integriert. Die Konkurrenz der Unternehmen ist in diesem Deutungsmuster immer auf den Profit bezogen, und zwar auf seine Produktion wie auf seine Realisierung, wie zum Beispiel das Argument der Überproduktion deutlich macht. Wenn nun die amerikanischen Zinsen höher liegen als im Inland realisierbare Profite, so ist für den eben zitierten Arbeiter klar, daß das Kapital in »Papieren« angelegt und nicht in die Produktion investiert wird, so daß keine Arbeitsplätze geschaffen werden. Die ökonomische Strukturargumentation wird auch darin deutlich, daß ein »gewisses Gleichgewicht« des internationalen Zinsniveaus gefordert wird.

»Das hat alles mit dem Geld zu tun«

Die bisher vorgestellten Argumentationsfiguren des Deutungsmusters »Ökonomische Strukturen« waren stark von den Sphären der Produktion und des Weltmarkts bestimmt. Wenn jedoch mit den Begriffen Zirkulation und Konsumtion argumentiert wird, so behandeln die Interviewten die Problematik von Krise und Arbeitslosigkeit im Rahmen der nationalen Ökonomie, wobei internationale Einflüsse entweder nicht erwähnt oder aber auch bestritten werden.

»Man hat das immer auf die Benzinpreise geschoben, daß das auch dazu beiträgt. Jetzt fallen die Benzinpreise und unsere Arbeitslosigkeit geht auch nicht zurück, also hat das auch nicht dadran gelegen, nicht. Und ich bin auch davon überzeugt, Hochzinspolitik, wenn nun der Zinssatz in Amerika fällt, daß es hier auch nicht mehr Arbeitsplätze gibt.« (208/34)

Die in der Öffentlichkeit vertretene Ansicht, daß sich die Benzinpreise, d. h. Einflüsse des Weltmarkts, auf die Arbeitslosigkeit ausgewirkt haben, wird von diesen Interviewten zurückgewiesen. Ein Vergleich der Entwicklung von Benzinpreisen und Arbeitslosenzahlen zeigt für ihn keinen signifikanten Zusammenhang, der ihm zufolge nun auch in bezug auf die amerikanischen Zinsen nicht besteht. Damit ist auch die Beschaffung von Arbeitsplätzen eine vorrangige nationale Aufgabe, wie es der folgende Interviewte sieht:

»Also geht doch eins ins andere. Wenn ich mir jetzt kein Auto kaufen kann, das würde nicht nur mir alleine so gehen mit dem Auto, mit Möbeln, mit allem, was dazugehört, ist doch eine Schraube ohne Ende. Also letztlich beim Geld, und ich weiß nicht, wie man da am besten rankommen kann. Man sagt zwar, solange die Amis das Geld hochdrücken können, können wir auch nicht runtergehen. Ich bin da nicht so sicher. Ich bin kein Geldfachmann, aber ich meine, man sollte das von uns aus hier versuchen, um die Arbeitsplätze wiederzukriegen. Erstmal beim Geld anfangen, die Zinsen runtersetzen, damit wieder mehr gekauft wird.« (512/28)

Daß die »Amis« mit ihrer Zinspolitik eine Ursache der ökonomischen Krise darstellen könnten, spielt hier nur eine untergeordnete Rolle. Dagegen wird ein Zusammenhang von Zinshöhe und kaufkräftiger Nachfrage hergestellt, der eine Entwicklungsperspektive bietet, wie man auch allein für die Bundesrepublik aus dem Krisenkreislauf, in dem »eins ins andere geht«, herauskommen kann, und zwar indem man an zentraler Stelle den Krisenmechanismus umkehrt: »Erstmal beim Geld anfangen, die Zinsen runtersetzen.« Ist in dem

ökonomischen Krisenkreislauf dieser Anfang erst einmal gemacht, dann geht der Rest wie von selbst: »damit wieder mehr gekauft wird« und daher mehr produziert und Arbeitsplätze geschaffen werden, kann man ergänzen.

Der Einfluß hoher Zinsen auf die Beschäftigungslage wird häufig konkretisiert durch den Hinweis auf bestimmte Produkte oder Branchen. Besonders häufig wird dabei die Baubranche erwähnt.

»Ja, nun ist die ganze Baubranche dazu gekommen, viele haben eben Pleite gemacht. Unternehmer, Bauunternehmer, ja, und auch viele Betriebe, die jetzt echt aufgrund jetzt dieser Marktlage durch die Kredite, die sie aufgenommen haben, die Zinslasten – ist ja unheimlich. Ich mein', wir haben's ja zu spüren gekriegt, sind ja auch grade just so schön mit reingerutscht. Bloß wir konnten nicht mehr bremsen, weil eben unser Geld, das lief schon, und wir mußten dann trotzdem noch ein bißchen was wegnehmen, nicht.« (102/32)

Die Auswirkungen der hohen Zinsen sind hier für Produzenten wie Konsumenten die gleichen, indem ihre jeweiligen Kosten steigen. Bei den Unternehmern sind dies »die Kredite, die sie aufgenommen haben, die Zinslasten«. Treibt dies die Preise in die Höhe, so reduziert sich andererseits die kaufkräftige Nachfrage in der Baubranche, wenn der Bauherr von dem geplanten Vorhaben »noch ein bißchen was wegnehmen« muß.

Wird statt mit Rationalisierung und Überproduktion mit Zirkulationsbedingungen und Nachfrage argumentiert, so wird auch der Profit nicht mehr als Antriebsmittel des ökonomischen Kreislaufs thematisiert, und an seine Stelle tritt ganz allgemein das »Geld«.

»Das hat alles was mit dem Geld zu tun, nicht. Angenommen, man kann wieder günstig Geld aufnehmen, dann sagt der kleine Betrieb auch wieder, Mensch, jetzt gehts wieder los, Mensch, aber allein kann ich das nicht schaffen. Ich brauch wieder Leute. So meine ich jetzt, das eine ist ja von dem anderen abhängig.« (102/33)

Der Topos, daß »das eine von dem anderen abhängig ist«, charakterisiert sowohl die »produktions-« wie die »zirkulationsorientierte« Variante dieses Deutungsmusters. Innerhalb der Strukturen des ökonomischen Kreislaufs werden jedoch unterschiedliche Relevanzen festgelegt. Produktion, Zirkulation und Konsumtion werden als ein dynamischer Kreislauf begriffen. Der Ausgangspunkt einer krisenhaften Entwick-

lung ist aber nicht identisch, sondern richtet sich danach, was als »Seele des Geschäfts« begriffen wird. Ist dies der Profit, resultiert die Krise letztlich aus der Produktion; ist dies das Geld, resultiert sie aus der Zirkulation oder Konsumtion.

»Ja, irgendwo durch den ganzen Kaufkraftschwund kann man ja sagen, irgendwo fehlt einem doch immer das Geld, um dann eben noch was kaufen zu können, so daß eben nicht mehr soviel produziert wird, weil die Nachfrage nicht da ist.« (518/15)

Hier wird nicht durch Rationalisierung und Überproduktion an der Nachfrage vorbei und damit überproduziert, sondern der »Kaufkraftschwund« führt dazu, »daß eben nicht mehr soviel produziert wird, weil die Nachfrage nicht da ist«. Es wird mit dem Begriff der Unterkonsumtion argumentiert, die – vermittelt über Preisverfall – Produktionsrückgänge und Entlassungen nach sich zieht. Wenn das Geld nicht mehr so locker sitzt, hat dies also unmittelbar krisenhafte Auswirkungen.

»Jeder spart, das sind die Gründe. Es sparen hier Staat, Stadt, Land, jeder spart, der Private spart, nicht. Das geht ja alles zusammen. Ich sag' ja, daß es sovielen Arbeitslose gibt, das sind tausend Dinge, die zusammenwirken, nicht. Wie ein riesiges Räderwerk, nicht. Jeder ist vorsichtiger, jeder kauft sich'n Stück Zeug weniger oder Möbel weniger oder das hier, hier weniger, und da weniger. Ja, die Leute haben kein Geld mehr. Die kaufen jetzt, jetzt kriegt man ja schon Küchen da für'n viertel Preis nachgeschmissen, wo sie früher noch zehntausend, da kann ich ja heute schon für dreitausend kriegen, nicht. Ja, und was machen diese Betriebe, die entlassen doch, klar. Also das ist – wie eine Lawine seh' ich das, nicht, wenn es also schlecht läuft.« (312/44)

Die Verringerung der Nachfrage durch Arbeitslosigkeit und Sparen setzt eine Lawine in Gang, die unweigerlich zu Krise und weiterer Arbeitslosigkeit führt, wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Mit dem Hinweis auf Konsumgüter, wie zum Beispiel Möbel, wird deutlich, wie sich der krisenhafte Verlauf aus der Konsumsphäre heraus entfaltet. Da nun eine rückläufige Nachfrage selbst schon ein Krisenphänomen ist, ergibt sich hieraus ein sich verstärkender Rückkoppelungseffekt.

»Die Kaufkraft ist derart schon zurückgegangen aufgrund der, diese riesige Anzahl der Arbeitslosigkeit, viele Menschen auch, die noch einen Arbeitsplatz haben, die schauen auch zurück und sagen, ich muß mich einschränken jetzt. Gewisse Produkte, die neu auf dem Markt sind oder selbst

Gebrauchsgegenstände, die im Haushalt gebraucht werden, werden also nicht gekauft, und es wird doch gespart. Das vermehrt diese Arbeitslosigkeit noch mehr.« (430/25)

Arbeitslosigkeit und ein allgemein verringertes Realeinkommen haben vermittelt über die verringerte Kaufkraft weitreichende Effekte. Die verringerte Kaufkraft führt in einem Kreislauf zu Produktionsrückgängen, die zu weiterer Arbeitslosigkeit und diese wiederum zu weiter verringerter Kaufkraft führt. Damit entfaltet sich eine ökonomische Dynamik, in deren Zusammenhang auch die Arbeitslosenzahlen ständig steigen müssen.

»Also, wenn kein Geld da ist und kein Geld zur Verfügung steht, können die auch nichts herstellen. Das ist ja, das ist ein ganz klarer Fall, wenn sie kein Geld haben, dann können sie auch nichts kaufen, und so greift immer eins ins andere.« (325/23)

Auch in dieser Aussage wird der Krisenkreislauf vom Geld ausgehend dargestellt. Auffallend ist hier jedoch auch der Ausdruck der Evidenz (»ganz klarer Fall«), der dem geschilderten Sachverhalt beigemessen wird. Damit wird ein intersubjektives Einverständnis vorausgesetzt, welches nicht kommunikativ erst hergestellt werden muß. Dies weist auf eine kollektive Geltung hin, wie sie für soziale Deutungsmuster ja auch charakteristisch ist. So ist es nicht verwunderlich, fast identische Formulierungen auch in anderen Interviews zu finden, die diesem Deutungsmuster zuzurechnen sind.

»Also der Umsatz ist nicht mehr da, wird eben weniger verkauft, die Leute haben nicht mehr soviel Geld, können nicht mehr kaufen. Die Betriebe haben keine Arbeit, da geht eins ins andere.« (332/30)

Das Gesellschaftsbild im Deutungsmuster »ökonomische Strukturen«

In welchen Formen die Argumentationen in diesem Deutungsmuster auch variieren, gemeinsam ist ihnen die Entfaltung eines ökonomischen Ursache-Wirkung-Verhältnisses, welches sich oft zu einem Kreislauf schließt, in dem die Wirkung ihre eigene Ursache reproduziert. Dabei werden die Aussagen mit einem feststehenden Topos begonnen oder – in den meisten Fällen – beendet, der diesen Zusam-

menhang verdichtet deutlich machen soll: »Das hängt eben alles aneinander« oder »Da greift eins ins andere« sind Beispiele für diese Sprachfigur. Ein Topos ist »eine sprachlich festliegende Formel, die stereotyp wiederholt wird, eine Sprachhülse, ein sprachliches Klischee«². Die Allgemeinheit, die in dem klischeehaften Charakter der Topoi liegt, hat eine wichtige Funktion. Sie erlaubt es nämlich, Zusammenhänge herzustellen, die sich als abstrakt gesellschaftliche einer persönlichen Erfahrung weitgehend entziehen. »Die einzelnen Aussagen sind – als Rückgriff auf einen allgemeinen Bestand und insofern als Teil der den Arbeitern gemeinsame Topik in der Tat unabhängig von den persönlichen Erfahrungen dessen, der die Aussage macht.«³

Die komplizierten ökonomischen Zusammenhänge gerade des Weltmarkts werden in diesem Deutungsmuster in sprachlichen Figuren ausgedrückt, die soziale Geltung haben und für die einzelnen eine sinnvolle Interpretationsfolie abgeben. Die gemeinsame Grundlage für dieses Deutungsmuster ist dabei ein Gesellschaftsbild, welches die Gesellschaft als einen dynamischen Strukturzusammenhang darstellt. In dieser Struktur stehen sich Kapital und Arbeit mit unterschiedlichen Interessen gegenüber, ein Interessenausgleich ist jedoch möglich und gerade in der Krise gefördert. Es werden daher keine grundlegenden Veränderungen der Gesellschaft gefordert, die Marktwirtschaft und die Funktion der Unternehmer werden im Grundsatz bejaht, auch wenn ihre Profitorientierung und die krisenhafte Entwicklung der Wirtschaft kritisch gesehen wird.

»Denn der Unternehmer, der investiert nur da, wo er Arbeitsplätze sparen kann, nicht, und ich weiß nicht, letzten Endes ist es ja so, ich mein, die müssen, die müssen wirtschaftlich produzieren, das gehört ja dazu.« (407/20)

Die Unternehmer müssen eben so handeln, um in der Konkurrenz zu bestehen. Somit kann man ihnen hieraus auch keinen Vorwurf machen, denn sie nutzen nur ihre Möglichkeiten im Rahmen der Marktwirtschaft.

»Aber wir haben ja 'ne freie Marktwirtschaft, und da müssen wir ja, da muß ja eigentlich jeder mit seinem Eigentum machen können, was er will.« (407/19)

Betont wird die Marktwirtschaft als soziale, in der alle – auch Lohnabhängige und Kapital – sich zu einem vernünftigen

Kompromiß zusammenfinden müssen. Da jeder Eigentümer ist – ob von Kapital oder Arbeit – ist jeder auch freies und gleiches Mitglied dieser Gesellschaft, dem die Möglichkeit gegeben werden muß, sich in ihr auch zu reproduzieren.

»Diese soziale Marktwirtschaft, wie sie sich so schön nennt, das ganze dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren. Daß wir eine Gemeinschaft letztlich sind, ein Staat, daß die Menschen arbeiten, gut leben wollen und auch 'ne gewisse Sicherheit haben, wenn mal, wenn ich mal krank werde oder wenn was passiert, nicht, denn weiß ich, es läuft erst noch mal so weiter.« (314/15)

Diese Gemeinsamkeit aller Mitglieder der Gesellschaft ist die Grundlage des nationalen »wir« in diesem Deutungsmuster, von dem zuvor schon die Rede war.

Die Entwicklung der Technik und die Rationalisierung des Arbeitsprozesses wird in ihren Auswirkungen auf die Arbeitnehmer sehr skeptisch beurteilt, ohne daß jedoch Katastrophenprognosen gegeben werden, wie sie gerade typisch für das Deutungsmuster »Fatalismus« sind. Bei dem Gesellschaftsbild, das dem Deutungsmuster »ökonomische Strukturen« zugrunde liegt, besteht eine so große Übereinstimmung mit dem von Popitz u. a. beschriebenen der »progressiven Ordnung«, daß von einer Weiterentwicklung eines Gesellschaftsbildes gesprochen werden kann. Zur Verdeutlichung wird hier die theseartige Zusammenfassung des Gesellschaftsbildes bei Popitz u. a. zitiert:

1. Es besteht eine Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Lage, die als Entwicklungsstufe verstanden wird.
2. Die Urteile über den technischen Fortschritt sind verhältnismäßig reflektiert und oft skeptisch; Katastrophenprognosen werden jedoch niemals gegeben.
3. Die Initiative zu einem weiteren sozialen Fortschritt muß von der Arbeiterbewegung ausgehen.
4. Ein Ausgleich der Interessen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber ist prinzipiell möglich: auch die gegenwärtige Ordnung ist bereits eine Form dieses Ausgleichs.
5. Die Funktion der Unternehmer und Aktionäre werden nicht in Frage gestellt.
6. Konkrete Ziele, die über die allgemeine Forderung einer gerechten Verteilung hinausgehen, werden nicht formuliert; diese Stellungnahmen implizieren lediglich, daß sich die gegenwärtige Ordnung weiter entwickeln muß.⁴

Der Einfluß der Krise zeigt sich deutlich unter dem ersten zitierten Punkt, denn eine Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Lage ist in diesem Deutungsmuster nicht festzustellen. Das Bild der gesellschaftlichen Entwicklung wird jedoch festgehalten, auch wenn sie keine ungebrochen positive ist. Statt als »progressive Ordnung« ließe dieses Gesellschaftsbild sich heute daher eher als »dynamische Struktur« bezeichnen. Die Punkte 2. sowie 4. bis 6. sind damals wie heute identisch. Bei Punkt 3. hat sich jedoch eine Veränderung ergeben. Zwar sind alle Interviewten mit diesem Deutungsmuster loyale Gewerkschaftsmitglieder, die ihre kollektiven Interessen nur im Rahmen der Gewerkschaftsbewegung für durchsetzbar halten. Einen weiteren sozialen Fortschritt halten sie bei der derzeitigen ökonomischen Situation nur begrenzt für möglich. Der Gewerkschaft wird aber auch nicht mehr zugetraut, auf sich gestellt die sozialen Errungenschaften abzusichern. In der Krise bedarf es vielmehr einer gemeinsamen Anstrengung aller, die Lage zu ändern.

»Da können alle was dran tun«

Die ökonomische Krise, die in einem Zusammenhang, in dem »alles aneinander hängt« und »eins ins andere greift«, begriffen wird, kann diesem Deutungsmuster zufolge nur behoben werden, wenn dem gesellschaftlichen Strukturzusammenhang Rechnung getragen wird. Dabei ist zunächst zu betonen, daß die Möglichkeit von Maßnahmen gegen Krise und Arbeitslosigkeit von allen Interviewten mit dem Deutungsmuster »ökonomische Strukturen« gesehen wird. Hierin liegt ein deutlicher Unterschied zum Deutungsmuster »Fatalismus«, selbst wenn auch dort mit ökonomischen Mechanismen argumentiert wird.

Da die ökonomische Krise die umfassende Zusammenarbeit einer dynamischen gesellschaftlichen Struktur betrifft, liegt es in der Logik des Deutungsmusters »ökonomische Strukturen«, Krisenmaßnahmen zu fordern, die tendenziell alle Gruppen in der Gesellschaft umfaßt.

»Praktisch können da alle was dran tun, na ja, was heißt alle, Gewerkschaften, Regierung, die versucht ja auch was, und eben Unternehmer. Aber irgendwie ist da wohl noch 'ne Hemmschwelle bei den Unternehmern.«
(518/16)

Quintessenz der Aussage ist die Forderung nach einer Art »Krisenkartell«, in dem Gewerkschaften, Regierung und Unternehmer gemeinsam versuchen, etwas gegen Krise und Arbeitslosigkeit zu unternehmen, wie es ja auch in der geschilderten Logik des zugrunde liegenden Gesellschaftsbildes liegt. Die Unternehmer beharren jedoch uneinsichtigerweise auf ihren Gewinnen, das heißt, sie haben eine »Hemmschwelle«, zur Behebung der Krise etwas beizutragen: »Na ja, wenn die Unternehmer auf ihre Gewinne mal ein bißchen verzichten würden, würde das ja auch ein bißchen anders aussehen.« (518/16) Daß gerade die Unternehmer beziehungsweise das Kapital sich uneinsichtig zeigt und kurzfristig nur auf seine eigenen momentanen Gewinne achtet, ist eine häufig anzutreffende Kritik:

»Das ist eben das Kapital, und das Kapital will Gewinne machen, aber wie gesagt, das Kapital ist ja so intelligent mit den Arbeitslosen, die kaufen ja nichts ab, und im Ausland Absatz haben sie ja auch nicht. Also, da müssen die sich schon irgendwie einigen, da oben.« (120/49)

Während die Uneinsichtigkeit des Kapitals, die in diesem Zitat als »intelligent« ironisiert wird, im Prinzip doch noch als veränderbar erscheint, denn die »müssen sich schon irgendwie einigen«, ist das im folgenden Zitat nicht der Fall:

»Die denken nur an ihren Profit, und das ist das, was in meinen Augen den Kapitalismus schwach macht, nicht, daß die tatsächlich nur an Gewinne denken, und daß die nicht sagen, Mensch, da verzichten wir mal, das ist 'ne arme Ecke, da lassen wir den Betrieb weiterlaufen. Das gibt's nicht. Gibt's im Kapitalismus nicht.« (326/21)

Hier werden strukturelle Bedingungen der Produktion im Kapitalismus benannt, die keinerlei Aussicht auf eine Veränderung von seiten des Kapitals selbst geben, dessen gesellschaftliche Funktion jedoch prinzipiell anerkannt wird. Vielmehr ist es notwendig, daß auf der politischen Ebene Veränderungen initiiert werden, wie derselbe Interviewte betont:

»Die Parteien könnten das auf jeden Fall, wenn die zusammenarbeiten würden, und wenn alles bewußt darauf ausgeht, eben diese Krise zu meistern. Aber man sieht's doch da, der Parteienklüngel in Bonn, da geht's doch schon los. Einer schimpft auf den anderen, einer bekämpft den anderen schon in der Regierung. Wie soll's denn da nach unten hin besser werden? Es fehlt die Gesamtheit, also die Geschlossenheit der Spitzenleute: »So wird's gemacht - oder so müßte es gemacht werden.« (326/23)

Auch hier wird ein gemeinsames Vorgehen beschworen, dem auf der politischen Ebene jedoch noch zuwidergehandelt wird. Auffallend ist dabei, daß man sich auf die allgemeine Forderung beschränkt, nur »alle zusammen« könnten etwas wegen Arbeitslosigkeit und Krise unternehmen, wobei hiermit zumeist »die da oben, die Spitzenleute« gemeint sind. Konkrete Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, werden von diesem Teil der Interviewten zumeist nicht genannt. Man verläßt sich darauf, daß die »sich einigen und dann sagen, so wird's gemacht oder so müßte es gemacht werden«. Dies ist bei etwa einem Drittel der Interviewten mit diesem Deutungsmuster der Fall, während die restlichen zwei Drittel konkrete Maßnahmen gegen Krise und Arbeitslosigkeit fordern.

»Da wäre die Möglichkeit, die Leute eher in Rente zu schicken«

Am häufigsten wird von den Befragten mit diesem Deutungsmuster eine Herabsetzung des Rentenalters gefordert, um die Arbeitslosigkeit zu verringern. Auch da, wo die Arbeitsplatzvernichtung als nicht abwendbar erscheint, wird damit eine Möglichkeit gesehen, aus Arbeitsplatzvernichtung keine Arbeitslosigkeit entstehen zu lassen.

»Da wäre die Möglichkeit, die Leute eher in Rente zu schicken. Ich glaube, daß sie reinkommen sollten und in dieser Beziehung mehr Leute aus'm Arbeitsleben nehmen, um den anderen Platz zu machen, die noch arbeiten können. Ich glaube nicht, daß das noch mal besser wird. Der Arbeitgeber wird immer weiter rationalisieren, nicht, und letzten Endes muß das Zeug ja auch gekauft werden.« (407/19)

Durch eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit sollen hier gleich drei Effekte erreicht werden. Die Formulierung »die noch arbeiten können« besagt, daß die älteren Arbeiter dies eigentlich schon nicht mehr können und man sie doch »eher in Rente schicken« sollte. Dadurch werden zum zweiten Arbeitsplätze geschaffen und wird zum dritten die Kaufkraft gestärkt. In diesem Zitat klingt zudem eine Argumentation an, die in diesem Deutungsmuster bei dieser Forderung durchgängig auftritt, daß nämlich mit verkürzter Lebensarbeitszeit zugleich die Jugendarbeitslosigkeit bekämpft werden kann.

»Ich begrüß' das (Verkürzung der Lebensarbeitszeit) auf jeden Fall, denn ich kann mir denken, daß es sinnvoller ist, den älteren Arbeitskollegen einen ehernen Feierabend zu bieten in bezug auf Rentenalter, als dafür einen jungen Kollegen auf der Straße stehen zu lassen.« (107/11)

Während die Herabsetzung des Rentenalters allgemein als Aufgabe des Staates angesehen wird, ist dieser Interviewte einer der wenigen, der hierin eine ausgesprochen gewerkschaftliche Forderung sieht:

»Ich meine auch, daß das in Zukunft auch in den Tarifverträgen oder Tarifverhandlungen mit angeschnitten werden muß. Eben wie gesagt, die Arbeitszeitverkürzung und die Herabsetzung des Rentenalters. Ich mein', das sind Punkte, die man vielleicht gleichstellen sollte mit der Lohnforderung. Das eine mit dem andern zusammen, nicht.« (107/13)

Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit wird zwar als Aufgabe der Gewerkschaften angesehen, die Durchsetzung dieser Forderung wird jedoch den gewünschten Arbeitsplatzeffekt nicht haben, wenn keine Neueinstellungen vorgenommen werden.

»Wir haben ja die Möglichkeit sagen wir, bei vorzeitiger Rente, da kann man das ja auch mit verbinden, wenn jetzt ein Kollege bereit ist, mit 58 in den Ruhestand zu gehen, müßte man gleichzeitig da die Auflage mit verbinden, muß ein neuer wieder für eingestellt werden. Sonst ist das ja witzlos, nicht. Wenn auch der Kollege mit 58 in den Ruhestand geht, stellt der Betrieb da keinen neuen Mann für ein, nee, und daß der Gesetzgeber das denn zur Auflage macht.« (107/21)

Um den Beschäftigungseffekt einer verkürzten Lebensarbeitszeit zu sichern, ist das für diesen Interviewten mit der staatlichen Auflage zu verbinden, dafür jüngere Arbeitnehmer einzustellen. Die Maßnahmen der Unternehmer werden dabei mit unverhohlener Skepsis betrachtet, denn daß sie immer zuerst in die eigene Tasche wirtschaften, ist im Deutungsmuster gängige Ansicht.

Während die Verringerung der Lebensarbeitszeit bei den Forderungen im Rahmen des Deutungsmusters eine große Rolle spielt, ist *dies* für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit nicht der Fall. Das bedeutet nicht, daß die Interviewten gegen die 35-Stunden-Woche sind, sie versprechen sich hiervon aber nur geringe Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Die Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit findet sich daher immer in einem »Paket« verschiedener Möglichkeiten zur Verringerung der Arbeitszeit:

»Ganz klar durchboxen, Arbeitszeit verkürzen: 35-Stunden-Woche und Rentenalter muß runter.« (314/13)

Neben der Forderung nach Verkürzung der Lebensarbeitszeit, die sich in der Regel an den Staat richtet, werden auch Maßnahmen von den Unternehmern zur Überwindung von Arbeitslosigkeit und Krise gefordert. Eine für die Interviewten aus dem Betrieb der Unterhaltungselektronik typische Forderung in diesem Deutungsmuster ist die nach der Entwicklung anderer Produkte.

»Der Ansicht bin ich, daß vielleicht 'ne gewisse Flexibilität auch von der Unternehmenseite her da sein muß, um in gewissen Krisengebiete eben meinetwegen mit den Fernsehern, jetzt hat jeder seinen Fernseher und jeder seine Farbe, daß man da frühzeitig genug auf irgendwas anderes umsteigt, und dadurch lassen sich natürlich auch Arbeitsplätze erhalten. Wer zum Beispiel zuerst ins Videogeschäft eingestiegen ist, der liegt gut im Rennen, nicht.« (405/48)

Ist diese Forderung hier noch auf neue Produkte beschränkt, die in der Elektroindustrie produziert werden können, so wird aber auch darüber hinaus die Möglichkeit einer Entwicklung »alternativer« Produkte gesehen.

»Da muß also was getan werden, andere Möglichkeiten schaffen. Nicht nur produktbezogene Sachen, sei es Kühlschränke oder dies oder jenes. Da haben wir genug. Da können wir, wer weiß wieviel ausstoßen, nicht. Was Neues bringen, nicht. Abfallwärme nutzen. Da gibt es genug Arbeit, nicht die Gelder, jetzt auch für die Arbeitslosen, Mensch, was für Millionen werden da weggeschmissen, nicht. Da kann man dann wer weiß was davon machen.« (412/24)

Gerade in der ökonomischen Krise Geld nicht »wegzuschmeißen«, sondern zur Schaffung neuer Arbeitsplätze sinnvoll einzusetzen, ist ein zentrales Argument zur Begründung der Maßnahmen, die im Rahmen dieses Deutungsmusters gefordert werden.

»Wenn ich schon Geld als Subvention in einen Betrieb reingebe oder in einen Wirtschaftszweig, muß ich das mit der Auflage verbinden, dafür soundso viel soundso viel Leute einzustellen. Sonst hat das gar keinen Sinn, nee. Dann bringt er seinen Betrieb wieder auf Vordermann, aber die kriegen keinen Arbeitslosen davon weg, nicht einen. Dann muß dann schon so als Auflage, muß das dabei sein. Sonst hat's gar keinen Zweck.« (107/20)

Bei der Skepsis, die gegenüber unternehmerischen Maßnahmen geäußert wird, ist es nur konsequent, die Verwendung staatlicher Subventionen mit Auflagen verbinden zu wollen,

damit sie auch die beabsichtigten Effekte auf dem Arbeitsmarkt haben, wobei die Notwendigkeit staatlicher Unterstützung selbst nicht bezweifelt wird.

»So wie die Regierung das jetzt macht durch neue Wirtschaftsprogramme, nachdem einzelne Wirtschaftszweige, die ziemlich im argen liegen, daß die unterstützt werden finanziell, eben durch Bauprogramme oder was weiß ich.« (208/34)

Damit die vom Staat vergebenen Gelder auch sinnvoll eingesetzt werden, wird die notwendige Kontrolle in den meisten Fällen auch als staatliche Aufgabe betrachtet, obwohl es hier auch Ausnahmen gibt, wie das folgende Zitat zeigt:

»Hoffentlich wird das nicht wieder zum Gießkannenprinzip für die Unternehmer, nicht, die Investition und so, die die dann machen mit Zuschuß vom Staat, nicht. Daß man tatsächlich auch irgendwie Klauseln mit einbaut, nicht, daß sie auch Arbeitsplätze schaffen, und nicht rationalisieren oder modernisieren. Daß man jetzt neue Technologien aufbaut und dann noch zehn oder zwanzig Mann rausschmeißt. Also genau das Gegenteil damit erreicht, was man erreichen wollte. Also da sollte man schon verstärkt drauf achten, auch die Betriebsräte in den einzelnen Betrieben mit darauf achten, nicht. Sie sehen ja, wo das bislang hingeführt hat. Bislang haben sie ja alleine gemanagt. Jetzt haben wir zwei Millionen Arbeitslose.« (520/24)

Daß ein Interessenvertretungsorgan der Arbeitnehmer die Verwendung von Subventionen mitkontrollieren soll, ist eine in den Interviews selten erhobene Forderung. Sie liegt jedoch in der Logik dieses Deutungsmusters, in dem das Eigeninteresse des Kapitals am Interesse aller zu relativieren ist. Die Forderung geht denn auch von staatlicher Kontrolle (»Klauseln«) aus, um diese durch das Mitwirken der Betriebsräte bei der Durchsetzung zu erweitern. Sie beschränkt sich aber auf die Kontrolle, denn der Interviewte betont nachdrücklich, daß man »die Initiative doch immer noch dem Unternehmer läßt, nicht« (520/24).

Maßnahmen gegen Krise und Arbeitslosigkeit werden in diesem Deutungsmuster wohl im Hinblick auf die Unternehmer für möglich gehalten, wenn deren reales Verhalten auch mit Skepsis beurteilt wird. Mehr Vertrauen wird dagegen in staatliches Handeln gesetzt, so daß geforderte Maßnahmen sich auch eher hierauf beziehen. Den Gewerkschaften jedoch werden im allgemeinen keine eigenen Handlungsmöglichkeiten zugesprochen, zumindest zum Zeitpunkt der zweiten Interviewwelle nicht. Die Diskussion um die

35-Stunden-Woche mag hier inzwischen zu einer Veränderung geführt haben. Typisch für die Interviews dieses Deutungsmusters ist vielmehr die Einschätzung der Gewerkschaften als »pressure groups«, die Druck auf die Regierung ausüben, soweit es sich um die Frage der Arbeitslosigkeit handelt.

»Die Gewerkschaft kann an und für sich nur immer wieder betonen, daß sie sich mit zwei Millionen Arbeitslosen nicht zufrieden gibt, und die werden natürlich dann, so wie es jetzt eben passiert, die Regierung unter Druck setzen, einfach müssen, weil, die Gewerkschaften sind eben die Arbeitervetreter und das ist deren Aufgabe.« (405/48)

Zusammenfassung

Das Deutungsmuster »ökonomische Strukturen« ist geprägt von einem Sinn für ökonomische Zusammenhänge. Die Interviewten sind bemüht, ein rational reflektiertes Urteil über die Ursachen von Krise und Arbeitslosigkeit abzugeben, wobei auch weitreichende Aussagen über ökonomische Wechselwirkungen gemacht werden, die auf einem hohen Abstraktionsniveau liegen. Ist es zum einen die ökonomische Sichtweise, die dieses Deutungsmuster charakterisiert, so ist zum anderen die Tatsache typisch, daß hier Maßnahmen im Rahmen der bestehenden marktwirtschaftlichen Ordnung gefordert werden, durch die das Problem der Arbeitslosigkeit gelöst werden soll. Diese Maßnahmen sind nie autoritärer Art, denn die rationale Sichtweise in diesem Deutungsmuster läßt kaum Ressentiments gegen die Betroffenen, d.h. gegen die Arbeitslosen selbst aufkommen.

»Wenn nun mal eben nur 200 000 Stellen da sind, können keine zwei Millionen Leute Arbeit finden. Man kann nicht, das ist ja leicht gesagt, das sind Drückeberger. Es gibt Drückeberger, ich kenn' einige, die bestimmt arbeiten könnten, wenn sie wollten. Aber man kann das nicht verallgemeinern. Ich kann nicht sagen, wer arbeitslos ist, könnten alle arbeiten. Das geht nicht. Nicht solange, wie eben nicht genug Arbeitsplätze da sind.« (523/21)

Typisch ist für dieses Deutungsmuster, daß eigene Erfahrungen nicht in der Art verallgemeinert werden, daß sie unmittelbar auf weniger konkrete gesellschaftliche Zusammenhänge übertragen werden, die damit nur psychologisiert würden. Kennzeichnend ist vielmehr soziologische Phantasie, in der die Mechanismen der gesellschaftlichen Systemin-

tegration nicht auf lebensweltliche Zusammenhänge zurückgeführt, sondern in ihrer Eigenständigkeit begriffen werden. Die hierfür notwendigen Informationen holt man sich zumeist aus den Massenmedien.

»Also, wenn ich nicht genug informiert bin, hab' ich selber schuld. Dann informier' ich mich nicht selber genug. Also wir haben ja heute Fernsehen, wir haben Radio, wir haben Presse, wir haben alles. Also, wenn ich mich nicht genug informiert fühle, habe ich selber schuld.« (332/32)

Hier wird deutlich, daß so etwas wie »proletarische Öffentlichkeit« kaum Anteil an der Informationsgewinnung hat. Jeder informiert sich individuell für sich und ist durch die genannten Medien der Informationsverteilung auch dazu gezwungen. Dies bezieht sich aber zunächst nur auf die besonderen Inhalte dieses Deutungsmusters, dessen Struktur jedoch durchaus durch die von Popitz u.a. für das zugrundeliegende Gesellschaftsbild festgestellte »spezifische Arbeiterbildung, die in allen wirtschaftlichen Fragen zum Ausdruck kommt«⁵, geprägt ist. Die gemeinsam verwandte Topik, um soziale Sachverhalte auszudrücken, macht den kollektiven Charakter dieser Struktur deutlich.

Die Abhängigkeit von den Massenmedien der bürgerlichen Öffentlichkeit ist denn auch für die Urteilsbildung dieser Interviewten insoweit nicht nachteilig, als sie die gebotenen Informationen durchaus produktiv in ihr Deutungsmuster integrieren können. Nachteilig ist eher die Individualisierung und Isolierung, die die Massenmedien in der alltäglichen Lebenswelt der Arbeiter reproduzieren.

»Ja, ich meine die Medien und im Fernsehen, die Zeitungen usw., man hört jetzt vieles. An und für sich wird man da ja auf dem laufenden gehalten. Schon alleine durch's Fernsehen. Ich meine, die Zeitung berichtet ja auch genug davon. Aber da würde ich sagen, klar, der eine interessiert sich dafür, der andere interessiert sich nicht dafür. Da ist man an und für sich mit auf dem laufenden gehalten. Bloß man mag es nachher auch da nicht mehr hören. Das ist doch so. Dann denkt man immer an sich selber, wie wird es bei dir mal.« (325/24)

Die durch die Krise verstärkte Existenzangst trifft als voneinander isolierte die Lohnarbeiter. »Da denkt man immer an sich selber, wie wird es bei dir mal.« In dem Deutungsmuster »ökonomische Strukturen« werden die Informationen aus den Massenmedien so aufgenommen, daß sie die Arbeitslosigkeit als umfassendes Problem thematisieren, wel-

ches nicht bagatellisiert oder auf ein paar Drückeberger reduziert werden kann. Damit wird auch die eigene Existenzangst thematisiert, mit der man aber der Form der Informationsverbreitung entsprechend alleingelassen wird. Das kann dazu führen, die Thematisierung irgendwann abubrechen, die Informationen nicht mehr an sich heranzulassen. »Man mag es nachher auch gar nicht mehr hören.«

Hier wird deutlich, daß die Thematisierung gesellschaftlicher Zusammenhänge letztlich einer kollektiven und damit sozial gültigen Form bedarf, um überhaupt Bestand zu haben, wie es zum Beispiel der folgende Interviewte mit viel Emphase betont:

»Außerdem sind immer noch zu wenig organisiert, nicht. Vor allen Dingen so in Gebieten, wo schlechter verdient wird, so wie bei uns. Nicht wahr, die kuschen und meinen, man könnte, so wie es ist, zufrieden sein, um ja nicht noch mehr und möglichst nicht arbeitslos zu werden. Ja, zuviel Laumänner dabei, die begreifen das auch nicht. Denen ist auch nichts einzureden. ›Wir können doch mal'n bißchen weniger verdienen. Wir können doch mal, wie früher doch auch, wo wir weniger hatten, da hatten wir wenigstens alle Arbeit, und jetzt muß jeder um seinen Arbeitsplatz fürchten.« Und so bei den Unorganisierten, nicht, also die denken überhaupt nicht weiter. Die haben nur das, was denen vor Augen schwebt. Da interessieren sie sich für. Was'n bißchen überregional ist, da reicht der Horizont nicht mehr weiter. ›Wenn ich nur Arbeit habe, alles andere interessiert mich nicht.« So ungefähr ist es bei vielen Arbeitern, leider. Man muß das auch mal sagen.«
(326/25)

Die Individualisierung des letztlich doch kollektiven Schicksals, der beschränkte Horizont, der Egoismus in der Interessenvertretung wird hier auf den fehlenden kollektiven Zusammenhalt in der Gewerkschaft zurückgeführt. Die Flucht in die Vergangenheit, wo es »doch auch ging«, und die Unterwerfung unter die Interessen des Kapitals ergeben sich hieraus für diesen Interviewten zwangsläufig. Eine derartige Haltung widerspricht jedoch seinem Selbstbewußtsein als Arbeiter, der mit seiner Arbeit eine wesentliche Funktion in dieser Gesellschaft erfüllt und auch dementsprechend seine Interessen anmelden darf.

Wenn die Interessen der Arbeiter berechtigt sind, dann ist es nur konsequent, sich nicht nur die notwendigen Informationen aus den öffentlichen Medien zu holen, sondern diese auch dazu zu benutzen, kollektiv Öffentlichkeit herzustellen.

»Das ist'ne Massenentlassung gewesen. Die mußte angemeldet werden beim Arbeitsamt. Aber ist also nicht viel von in der Presse erschienen, nicht. So ganz locker ist das untergegangen. Wir haben versucht, über'n Vertrauens . . . über'n Betriebsrat das irgendwie 'n bißchen mit in die Presse reinzukriegen, aber hat sich nichts getan. Immer wieder Radio Bremen angehauen, aber da rührte sich nichts. Auch im Weser-Kurier haben wir auch probiert, da ranzukommen, nicht, also, kleiner Artikel ist einmal gekommen. Ich meine, das sind 80 Arbeitsplätze, nicht.« (405/2)

In dieser offensiven Wendung geht es nicht nur darum, wie Informationen aufgenommen und verarbeitet, sondern wie sie von den Betroffenen selbst auch produziert werden.

1.2 Deutungsmuster »Kapital und Arbeit«

Im ersten Bericht des Projekts »Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise« wurden als gegensätzliche Formen der Krisenwahrnehmung verschiedene reduktionistische Wahrnehmungsformen auf der einen, die Thematisierung des Gesamtzusammenhanges von Arbeitslosigkeit und Krise auf der anderen Seite vorgestellt. Zur Thematisierung werden vielfach Argumentationsfiguren herangezogen, die von der marxistischen Theorietradition beeinflusst sind. In dieser Sicht sind Krise und Arbeitslosigkeit die Resultate einer bestimmten gesellschaftlichen Produktionsweise, die historischen Charakter hat und daher veränderbar ist.

Das Deutungsmuster »Kapital und Arbeit«, das bei etwa einem Zehntel der Interviewten zu finden ist, knüpft an diese Argumentationsfiguren an. Es ist aber weder mit der thematisierenden Wahrnehmungsform überhaupt identisch, denn – wie bereits dargelegt – enthält auch das Deutungsmuster »ökonomische Strukturen« thematisierende Ansätze, noch ist die für den Gegenstand Arbeitslosigkeit und Krise festgestellte Thematisierung immer auch für andere Gegenstände des jeweiligen individuellen Bewußtseins festzustellen.

»Die Besitzenden und die Nichtbesitzenden« – das Gesellschaftsbild

Dem Deutungsmuster »Kapital und Arbeit« liegt ein Gesellschaftsbild zugrunde, das die Wirtschaft als kapitalistischen Produktionsprozeß interpretiert. Als Voraussetzung dieses Produktionsprozesses werden die Eigentumsverhältnisse bestimmt, die die Gesellschaft in Unternehmer und Arbeiter spalten.

»Die einen sind die Besitzer der Produktionsmittel, die anderen Besitzer ihrer Ware Arbeitskraft, die sie dem Besitzer (von Produktionsmitteln) verkaufen. Sie produzieren Waren für diesen Unternehmer, den Kapitalisten. Der verkauft sie quasi an den Produzenten zurück.« (501-I/37)

Unternehmer und Arbeiter sind in diesem Gesellschaftsbild also durch die Art ihres Besitzes voneinander unterschieden. Die Ungleichheit des Besitzes wird als die Grundlage

ihres wirtschaftlichen Zusammenhanges betrachtet, der durch die Ware vermittelt ist.

Nicht nur Produktions- und Konsumtionsmittel haben in der kapitalistischen Gesellschaft den Charakter einer Ware, sondern auch die menschliche Arbeitskraft selbst. Die Arbeiter verkaufen ihre Arbeitskraft dem Unternehmer. Als Folge dieses Verkaufes treten sie in den Produktionsprozeß ein und produzieren Waren für diesen Unternehmer, den »Kapitalisten«. »Für« ihn zu produzieren heißt aber, daß die Arbeiter zu ihm in einem Verhältnis stehen, in dem er als der »Besitzer der Produktionsmittel« zugleich über die Verausgabung ihrer Arbeitskraft bestimmt.

Auf dieser Grundlage gehören dem Unternehmer die Waren, die die Arbeiter produzieren; er kann als ihr Verkäufer auftreten. Als Käufer treten ihm die Arbeiter gegenüber, so daß er die Waren »quasi an den Produzenten« zurückverkauft. Der Verkauf der Ware Arbeitskraft, die Produktion von Waren und ihr Verkauf werden in diesem Gesellschaftsbild also als verschiedene Abschnitte eines wirtschaftlichen Gesamtzusammenhanges aufgefaßt. Und innerhalb dieses Gesamtzusammenhanges wird an der Produktion das Herrschaftsverhältnis thematisiert, in dem Unternehmer und Arbeiter zueinander stehen:

»Die einen müssen arbeiten, und die anderen befehlen, was sie zu arbeiten haben.« (501-I/19)

In der Deutung dieses Gesellschaftsbildes wird im Gewinn das Ziel der Unternehmen gesehen, aus dem sich zugleich ihr Verhältnis zueinander ergibt:

»... weil jedes Unternehmen nur als anonymes großes Ganzes, das auf Gewinn eben bedacht ist, nur auf Gewinn, ja nur sich selber sieht und seinen Marktanteil, aber ja nicht das Unternehmen nebenan, mit dem es nicht aus Konkurrenzgründen irgendwie zu tun hat. Das wird von den Managern von diesem Unternehmen ja überhaupt nicht gesehen.« (204-I/32)

Die Zielsetzung des Unternehmens, Gewinne zu erwirtschaften, führt dazu, daß es »nur sich selber sieht und seinen Marktanteil«. Für das einzelne Unternehmen bleiben durch diese Beschränkung auf die Belange der eigenen Produktion und deren Absatz alle übrigen Unternehmen in der Anonymität verborgen. Es »sieht« das »Unternehmen nebenan« nicht, wie es auch von diesem nicht gesehen wird. Sie produ-

zieren ohne gemeinsame Planung nebeneinander her. Die Unternehmen stehen also in einem Verhältnis wechselseitiger Gleichgültigkeit zueinander, in dem jedes ein »anonymes großes Ganzes« bildet. Nur die Unternehmen haben miteinander »zu tun«, die zur Erzielung ihres Gewinnes um Marktanteile konkurrieren.

Dieses Verhältnis der Gleichgültigkeit und der Konkurrenz, das zwischen den Unternehmen besteht, stellen die Manager durch ihr Verhalten her. Manager, Unternehmer und Kapitalisten sind im Deutungsmuster »Kapital und Arbeit« synonyme Bezeichnungen. Sie bezeichnen eine an den Besitz von Produktionsmitteln geknüpfte gesellschaftliche Rolle, deren wesentliche Handlungsorientierung die Gewinnmaximierung ist. Es wird in diesem Deutungsmuster also von Unternehmern geredet, ohne daß es sich um eine Personalisierung gesellschaftlicher Zusammenhänge handelt, die etwa zu Schuldzuweisungen führt.

»Die Unternehmer machen ihre Gewinne und diese Gewinne sind prinzipiell zu niedrig.« (501-I/37)

Wie hoch also die Gewinne des Unternehmers auch immer sein mögen, es ist sein Prinzip, sie als »zu niedrig« anzusehen. Sein Ziel ist daher nicht der einmalige Gewinn in bestimmter Höhe, sondern dessen beständige Erhöhung, das heißt der Prozeß des ständigen Gewinnens.

Von diesem Prinzip der Gewinnmaximierung läßt der Unternehmer sich in der Führung seines Unternehmens leiten.

»Da muß man zusehen, daß da mehr rauskommt, das heißt die Arbeitsintensität wird gesteigert; es wird automatisiert, also eine Maschine ist einfach billiger, weil - die braucht zum Unterhalt, zu ihrer Reproduktion weniger, also die braucht weder Kleidung noch Essen. Na ja, eventuell etwas Öl! Und da muß auch eine Abteilung dasein, um das instand zu halten. Aber das ist wesentlich preiswerter, als wenn man für diese Maschine Leute einsetzt.« (501-I/37)

Die Gewinnmaximierung erfordert vom Unternehmer also zweierlei: Er muß das Produktionsergebnis steigern, also zusehen, »daß da mehr rauskommt«, und zugleich die Kosten, die ihm die Produktion verursacht, verringern. Beides wird durch die Automatisierung der Produktion erreicht. Die Automation führt durch eine Intensivierung der Arbeit zu einer Erhöhung der produzierten Warenmenge. Und sie hat den Abbau von Arbeitsplätzen zur Folge, der eine Verrin-

gerung der Produktionskosten bewirkt, denn »eine Maschine ist einfach billiger« als ein Arbeiter. Die Automatisierung der Produktion wird hier nicht als zwangsläufiges Resultat eines sich im Selbstlauf vollziehenden technischen Fortschritts begriffen. Sie wird vielmehr begründet aus dem Ziel der Unternehmer, den Gewinn zu maximieren. Als Arbeitsintensivierung und Arbeitsplatzabbau geht sie zu Lasten der Arbeiter. Die Maßnahmen, die die Unternehmer zur Gewinnmaximierung ergreifen, werden in diesem Gesellschaftsbild hinsichtlich ihrer Auswirkungen thematisiert, die sie zum einen auf die Arbeiter und zum anderen auf den wirtschaftlichen Gesamtzusammenhang haben.

In dem gewinnorientierten Kalkül des Unternehmers ist der Arbeiter nur noch ein Kostenfaktor. Unter dem Gesichtspunkt des Preises, den der Unternehmer »zum Unterhalt, zu ihrer Reproduktion« jeweils zu zahlen hat, vergleicht er Arbeiter und Maschine. Damit zeigt er, daß für ihn die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse der Arbeiter nach »Kleidung« und »Essen« keine andere Bedeutung hat als das zur Wartung der Maschine notwendige »Öl«. Der Unternehmer sieht davon ab, daß der Arbeiter ein Mensch ist; er ist für ihn wie die Maschine ein Gegenstand, der als Posten in seiner wirtschaftlichen Gewinn- und Verlustrechnung auftaucht.

»Muß man sich jetzt mal vorstellen, wenn ich Unternehmer wär. Da hab' ich kein Interesse, Arbeiter einzustellen. Ich hab' nur Interesse, Gewinne zu machen, das heißt, die Arbeitsplätze zu reduzieren oder billig zu machen.« (432-I/53-54)

Um zu erkennen, daß der Arbeiter für den Unternehmer als Mensch bedeutungslos ist, »muß man« sich in die Rolle des Unternehmers hineinversetzen. Wenn sich die Arbeiter aus der Sicht des nur am Gewinn interessierten Unternehmers wahrnehmen, dann können sie sich in ihrem Verhältnis zu ihm als Objekt seiner ökonomischen Herrschaft reflektieren und so den Gegensatz thematisieren, in dem sie zu ihm stehen: Der Unternehmer hat »kein Interesse, Arbeiter einzustellen«, also ihnen eine Existenzgrundlage zu geben. Im Gegenteil, er »hat nur Interesse, Gewinne zu machen«. Und dieses Interesse bedeutet für den Arbeiter, daß ihm entweder die Existenzgrundlage entzogen wird, indem Arbeitsplätze abgebaut werden, oder daß versucht wird, diese »billig

zu machen«, indem durch Automatisierung das Lohn-Leistungsverhältnis zu seinem Nachteil verändert wird. Das Interesse der Unternehmer am Gewinn, von dem sie sich leiten lassen, macht sie inhuman. Sie bedrohen die Arbeiter in ihrer menschlichen Existenz.

»Man muß sich nur in die Lage versetzen. Ja, die (Arbeiter) hab' ich ja dauernd am Hals. Da ist Urlaub drin, da kann Krankheit hinzukommen, da kann alles. Er kann ihn schnell einstellen, aber schwer wieder loswerden. Die Maschinen, die kann er auf den Schrott schmeißen, aber keinen Menschen. Dafür haben die schon abgesichert die Gesetze, daß man das wie mit Leibeigenen nicht mehr machen kann. Das ist durch Gesetz gesichert, und da sagt man, lieber maschinell umstellen wie mit Menschen.« (432-I/53-54)

Der Unternehmer hat die Arbeiter »dauernd am Hals«, das heißt, sie sind für ihn eine fortwährende Belastung. Und sie sind diese Belastung, weil sie Menschen sind, die zu ihrer Erholung »Urlaub« brauchen, die krank werden können, die überhaupt unberechenbar sind, denn »da kann alles« passieren. Die Arbeiter sind für den Unternehmer also immer eine Quelle potentieller Dysfunktionalität. Gleichwohl kann er sie, sobald solche Dysfunktionalitäten auftreten, nicht so behandeln, wie es seinem Interesse am Gewinn entspräche, nämlich wie eine defekte Maschine. »Die Maschinen kann er auf den Schrott schmeißen, aber keinen Menschen.« Gehindert wird er hieran durch den Staat, der dem Arbeiter Schutz gewährt vor solch inhumaner Verhaltensweise der Unternehmer. Der Staat sichert dem Arbeiter somit ein menschliches Dasein, indem er die ökonomische Herrschaft des Unternehmers beschränkt. »Er kann ihn schnell einstellen, aber schwer wieder loswerden.« Der staatliche Schutz wird als der historische Fortschritt gedeutet, der aus dem Leibeigenen den Arbeiter gemacht hat. Für den Unternehmer ist dieser Schutz jedoch – und darin bestätigt sich nur die Inhumanität seines Interesses am Gewinn – Anlaß, Arbeiter durch Maschinen zu ersetzen.

»Ob dann diese Arbeitsbienen wieder entlassen werden müssen oder verrecken. Das ist ihm eigentlich ziemlich egal. Oder andersrum – so egal ist es ihm nicht, dafür gibt es ja immerhin Arbeitslosenunterstützung oder Arbeitslosenhilfe oder irgendwelche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, damit diese Leute nicht gar zu aufmüpfig werden. Die Leute haben auf jeden Fall genug, um noch überleben zu können. Es ist soviel, daß die Leute auf jeden Fall ihre Schnauze halten und ruhig sind.« (501-I/38-39)

Hier kommt im Begriff der »Arbeitsbiene« nochmals die Interpretation dieses Deutungsmusters zum Ausdruck, daß für den Unternehmer der Arbeiter als Mensch bedeutungslos ist. Ihn interessiert an den Arbeitern nur, daß sie arbeiten. Das ist es, was eine Arbeitsbiene charakterisiert. Wird ihre Arbeit nicht mehr gebraucht, so ist es dem Unternehmer gleichgültig, ob sie »entlassen werden müssen oder verrecken«. Doch diese Gleichgültigkeit gegenüber den Arbeitern birgt für den Unternehmer eine Gefahr: Die Arbeiter können sich wehren, sie könnten »aufmüpfig« werden. Ob also die Arbeiter »verrecken«, ist dem Unternehmer daher »eigentlich ziemlich egal«, und zugleich »ist es ihm nicht egal«. »Immerhin« – und darin drückt der Interviewte seine Auffassung aus, daß es dem Unternehmer nicht egal ist – gibt es Arbeitslosenunterstützung und Arbeitslosenhilfe. Dieser staatliche Schutz, der die Existenz der Arbeiter sichert, wird hier aus dem Interesse der Unternehmer erklärt, sich gleichgültig gegen das Leben der Arbeiter verhalten zu können, ohne deren Gegenwehr fürchten zu müssen. Staatliche Existenzsicherung für Arbeiter wird hier als ein Mittel gedeutet, das der Herrschaft der Unternehmer dient. Es zeigt sich also, daß die Inhumanität des nur am Gewinn interessierten Unternehmers, die den staatlichen Schutz der Arbeiter notwendig macht, eine grundlegende Interpretation des Deutungsmusters »Kapitel und Arbeit« ist. Diese Interpretation kann jedoch zu zwei unterschiedlichen Beurteilungen des staatlichen Schutzes und damit des Staates selbst führen. In ihm wird entweder das Mittel des sozialen Fortschritts gesehen, das durch die Beschränkung der ökonomischen Verfügungsgewalt der Unternehmer dem Arbeiter eine menschenwürdige Existenz möglich macht; oder in ihm wird das Mittel gesehen, das die Arbeiter daran hindert, sich gegen die ökonomische Herrschaft der Unternehmer zur Wehr zu setzen. Diese unterschiedliche Beurteilung führt zu zwei verschiedenen Staatsorientierungen, die mit dem gleichen Gesellschaftsbild verknüpft, zwei grundlegende Varianten des Deutungsmusters »Kapital und Arbeit« begründen. Diese beiden Varianten unterscheiden sich wesentlich durch die – später darzustellende – Bedeutung, die sie dem Staat bei der Überwindung der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskrise zumessen.

Im Deutungsmuster »Kapital und Arbeit« wird das Interesse der Unternehmer an der Gewinnmaximierung als existentielle Bedrohung der Arbeiter thematisiert. Darüber hinaus wird reflektiert, welche Auswirkungen die Durchsetzung dieses Interesses auf den wirtschaftlichen Gesamtzusammenhang hat.

»Und es muß also immer mehr produziert werden, damit auch mehr abgesetzt werden kann, wobei natürlich wiederum die Gewinne steigen. Unter anderem wird damit auch wieder investiert, aber nicht etwa, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, sondern um neue Automaten hinzustellen. Und dann werden wieder paar Leute eingespart.« (501-I/37)

Der Gewinn steigt nur, wenn der Absatz steigt, für den daher »immer mehr produziert werden« muß. Die so erzielten Gewinne werden zum Zweck ihrer weiteren Steigerung wieder investiert. Sie werden dazu verwendet, »neue Automaten aufzustellen«, die zu einer Erhöhung des Produktionsergebnisses und zugleich zum Abbau weiterer Arbeitsplätze führen. Die Unternehmer reproduzieren diesen Prozeß auf einem immer höheren Niveau der Automatisierung.

»Aber nun baut jeder (Unternehmer) wie ein Weltmeister vor sich hin und versucht nun, soviel wie möglich abzusetzen.« (501-I/38)

Während die Unternehmer in der Produktion isoliert und gleichgültig gegeneinander »vor sich hin« bauen, treffen sie auf dem Markt aufeinander und konkurrieren um dessen Aufteilung.

»Die sagen immer, das macht der Markt, die Abstimmung, die passiert, das ist einfach, ich weiß nicht, gottgegeben oder was noch. Ich habe das noch nie bemerkt, daß das gottgegeben ist oder so. Ich sehe immer, daß da irgendwo was vorhetzt und was anderes hinterherhinkt.« (204-I/33)

Gegen die Behauptung der Unternehmer, daß der Markt diese Abstimmungsfunktion in der Wirtschaft erfüllt, indem er Angebot und Nachfrage ausgleicht, wird auf reale Ungleichheiten in seiner Entwicklung verwiesen.

»Und Rücksicht nehmen tut in der Wirtschaft sowieso niemand auf irgend jemand anders.« (204-I/32)

Die Folge dieser Rücksichtslosigkeit besteht in einer völlig planlosen Entwicklung der Wirtschaft.

»Es wird also aufgrund dieses Gewinnstrebens des Unternehmers mehr Ware produziert, als die Leute abnehmen können; weil einfach die Finanz-

kraft zum Beispiel erschöpft ist, soviel bekommen sie nämlich nicht.« (501-I/38)

Das »Gewinnstreben« des Unternehmers führt dazu, daß er möglichst viel produzieren läßt, um möglichst viel absetzen zu können. Er betreibt die Produktion in völliger Gleichgültigkeit gegenüber dem tatsächlich möglichen Absatz, der am Lohn der Arbeiter, an ihrer »Finanzkraft« seine Grenze hat. Diese Gleichgültigkeit hat zur Folge, daß der Unternehmer »mehr Ware produziert, als die Leute abnehmen können«. Gemessen an der zahlungskräftigen Nachfrage gibt es eine Überproduktion.

»Also da gibt es dieses große Ungleichgewicht zwischen dem, was produziert wird, die Menge, und dem, was abgenommen werden kann. Irgendwann ist dann zum Beispiel so ein Markt voll – ist gesättigt.« (501-I/38)

Die Marktsättigung wird hier nicht als Ausdruck einer erreichten Befriedigung aller Bedürfnisse der Konsumenten aufgefaßt. Sie gilt vielmehr als Ausdruck eines »großen Ungleichgewichts«, das heißt einer Ungleichheit zwischen dem Wert der produzierten Warenmenge und der sich in den Händen der Arbeiter befindlichen Geldmenge, die sie zum Kauf von Waren ausgeben können. Es entsteht also ein Ungleichgewicht zwischen der Produktion von Waren und ihrem Absatz auf dem Markt.

»Aber dadurch taucht auch so etwas auf wie Arbeitslosigkeit. Es nimmt niemand was ab.« (501-I/38)

In diesem Deutungsmuster werden also zwei Begründungen für Arbeitslosigkeit gegeben, die beide aus dem unternehmerischen Gewinnstreben entwickelt werden: Einerseits die Automatisierung, die gleichsam im normalen Ablauf der Produktion beständig zum Abbau von Arbeitsplätzen führt, und andererseits die Überproduktion.

»Da kann man bestimmt nicht Wirtschaftskrise zu sagen« - Die Wahrnehmung von Krise und Arbeitslosigkeit

Das Gesellschaftsbild bestimmt im Deutungsmuster »Kapital und Arbeit« die Krisenwahrnehmung; es verleiht ihr ihre innere Konsistenz. Auf seiner Grundlage können Marktsättigung, Produktionsrückgang und Arbeitslosigkeit als die

unterschiedlichen Folgen eines Ungleichgewichtes wahrgenommen werden, das im wirtschaftlichen Gesamtzusammenhang durch Überproduktion hervorgerufen wird. Und diese Überproduktion wird wiederum auf das Gewinnstreben der Unternehmer zurückgeführt.

Die Krisenwahrnehmung hat in diesem Deutungsmuster jedoch zwei Varianten. In beiden Varianten wird es abgelehnt, das wirtschaftliche Ungleichgewicht, das durch Überproduktion entsteht, als Krise zu bezeichnen.

»Ich würde sagen, es krist so vor sich hin, und zwar jetzt nicht als große Krankheit der Wirtschaft. Das ist die ganz allgemeine Krankheit des Kapitalismus, daß er überproduziert, halt völlig anarchisch produziert, also jeder auf Teufel komm' raus.« (501-I/39)

In der Überproduktion wird keine Entwicklung der Wirtschaft gesehen, die im Sinne einer »großen Krankheit«, die zum Zusammenbruch führt, als Krise bezeichnet werden könnte. »Es krist so vor sich hin«, das heißt, es wird immer in irgendwelchen Produktionszweigen zu unterschiedlichen Zeitpunkten und mit unterschiedlich gravierenden Auswirkungen überproduziert. In diesem Sinne wird die Überproduktion hier eine »allgemeine Krankheit des Kapitalismus« genannt. Sie gehört notwendig zu ihm, weil für ihn gerade charakteristisch ist, daß die Unternehmer in ihrer Konkurrenz um höhere Gewinne völlig planlos produzieren.

»Der Unternehmer muß also das, was er da an Überproduktion, wahrscheinlich nicht mal bewußt, aufgebaut hat, na ja, wahrscheinlich schon bewußt, mir ist das doch völlig wurscht.« (501-I/38)

Die Reflexion darüber, ob die Überproduktion von den Unternehmern absichtlich herbeigeführt wird, oder ob sie ein Resultat ihres Wirtschaftens ist, das sich ungewollt gleichsam hinter ihren Rücken herstellt, wird nicht zu Ende geführt. Sie wird abgebrochen, weil die Überproduktion vom Standpunkt der Arbeiter wahrgenommen wird. Aus ihrer Perspektive ist es unerheblich, ob gewollt oder ungewollt überproduziert wird. Sie haben in jedem Fall die negativen Auswirkungen zu tragen. Denn für die Unternehmer stellt sich die Überproduktion als wirtschaftlicher Zwang dar, entlassen zu »müssen«. Und sie setzen diesen Zwang durch, ohne sich für die Betroffenheit der Arbeiter zu interessieren.

»Ich meine, mit dieser Krise kann man natürlich sehr gut leben, vor allem die Unternehmer können sehr gut leben. Das ist für sie eine sehr gute Möglichkeit, sich wieder mal von ein paar Leuten zu trennen, Automaten aufzustellen. Das ist eigentlich für die Unternehmer eine sehr willkommene Geschichte.« (501-I/39)

Der wirtschaftliche Zwang, angesichts der Überproduktion Arbeiter entlassen zu müssen, stellt sich für die Unternehmer als »eine sehr gute Möglichkeit« dar, sie durch Automaten zu ersetzen. Sie können diese Situation, in der »es so vor sich hin krist«, dazu nutzen, die Automatisierung der Produktion voranzutreiben. Weil diese Maßnahme sich überaus positiv auf die Gewinne auswirkt, können sie mit »dieser« Krise auch »sehr gut leben«.

Im Gegensatz zur dargestellten Variante der Krisenwahrnehmung, in der es unerheblich ist, ob die Unternehmer gewollt oder ungewollt überproduzieren, wird ihnen in der folgenden Variante die Absicht unterstellt.

»Die Sache ist irgendwie, ist meine Meinung da, die, finde ich, ist irgendwie gesteuert. Es ist auch ganz klar. Man hat also enorm produziert, produziert, produziert und hat also keinen Absatz mehr gefunden. Und wenn kein Absatz da ist, kann man nicht mehr produzieren. Allein durch Überproduktion hat man diese Krise herbeigeführt.« (337-I/39)

»Diese Krise« wird hier als eine wirtschaftliche Situation wahrgenommen, die vom »Kapital« gewollt ist. Es hat, um sie herbeizuführen, die Produktion so »gesteuert«, daß überproduziert wird. Da die hergestellten Waren nicht mehr abgesetzt werden können, muß die Produktion eingeschränkt werden.

Die Unternehmer rufen damit eine Entwicklung absichtlich hervor, durch die es für sie zu einer wirtschaftlichen Notwendigkeit wird, Arbeiter zu entlassen. Und diese Entwicklung ist nicht mehr umkehrbar.

»Die Unternehmer sind ja mittlerweile soweit, daß sie eben keine mehr einstellen können, weil alles maschinell ist.« (337-I/39)

Die so entstehende Arbeitslosigkeit wird in dieser Krisenwahrnehmung denn auch als der eigentliche Zweck angesehen, den die Unternehmer erreichen wollen. Die Interviewten kommen zu dieser Einschätzung, weil sie sich in die Rolle des Unternehmers hineinversetzen und so den Nutzen erkennen, den die Arbeitslosigkeit für ihn hat.

»Wenn ich Unternehmer wäre, würde ich noch mehr Arbeitslose machen. Die machen das ja nicht umsonst, die haben 'nen Grund, 'nen Zweck. . . . Das ist die beste Lohnschraube nach unten.« (432-I/49)

Für den Unternehmer stellt sich die Arbeitslosigkeit als ein wirksames Mittel dar, durch das er die »Lohnschraube nach unten« drehen kann. Seine Perspektive einnehmend wird beschrieben, wie diese »Lohnschraube« funktioniert.

»So, jetzt kann ich mir aussuchen und auf den Lohn drücken, und je tiefer ich den Lohn drücke, um so dicker die Gewinne . . . Und warum sollte ich jetzt Arbeitslose beseitigen, wenn sich die Arbeiter untereinander damit beste Konkurrenz bieten, um die Arbeitsplätze reißen müssen. Einen besseren Vorteil kann ich mir doch gar nicht schaffen.« (432-II/39)

Aufgrund der Arbeitslosigkeit ist das Angebot an Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt größer als die Nachfrage. Die Unternehmer können sich daher diejenigen Arbeiter »aussuchen«, die für den geringsten Lohn arbeiten. Lohnsenkungen und im gleichen Maße eine Erhöhung der Gewinne sind auf diesem Wege möglich, weil die Arbeiter, um der Arbeitslosigkeit zu entgehen, sich um die Arbeitsplätze die »beste Konkurrenz bieten«. Und weil die Konkurrenz der Arbeiter für den Unternehmer diesen »Vorteil« hat, ist er nicht daran interessiert, die ihr zugrunde liegende Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Beide Varianten der Krisenwahrnehmung kommen zu der Einschätzung, daß die Überproduktion für die Gewinnmaximierung der Unternehmer von Nutzen ist. Sie ziehen daraus den Schluß, daß das Ungleichgewicht im wirtschaftlichen Gesamtzusammenhang, das durch Überproduktion hervorgerufen wird, nicht als Krise bezeichnet werden kann.

»Die Wirtschaft ist nicht in der Krise. Die Gewinnspannen sind immer noch da. Die gehen teilweise noch höher. Also kann es keine Wirtschaftskrise sein. Man ist immer bereit und sagt, das ist eine Wirtschaftskrise, aber das ist keine.« (337-II/24-25)

Es ist also falsch, die wirtschaftliche Situation als Krise zu bezeichnen, obgleich »man«, so wird selbstkritisch bemerkt, auch als Arbeiter dazu »immer bereit« ist. Die Wirtschaftskrise gilt in dieser Wahrnehmung als eine Lüge, die über die wirtschaftliche Situation verbreitet wird.

»Also eine Krise ist das nicht. Wenn, dann ist das ein Krisengerede. Aber das ist auch sehr sinnvoll für die Leute, die es reden.« (501-I/39)

»Sinnvoll« ist dieses »Krisengerede« für die Unternehmer, weil es ihnen nutzt.

»(Man) spricht jetzt von der großen Krise, weil es auch wiederum sehr gut ins Konzept des Unternehmers paßt, ja, er kann mit der Krise sich hervorragend 'rausreden: Ich muß ja entlassen, wir haben die große Krise.« (337-I/39)

Von der »großen Krise« zu sprechen, hat für den Unternehmer also die Funktion, die Entlassungen, die er vornimmt, rechtfertigen zu können. Mit dem Krisengerede kann er über seine Gewinne hinwegtäuschen und gegenüber den Arbeitern den Abbau ihrer Arbeitsplätze begründen. Zugleich ruft es bei den Arbeitern die Angst um ihre Arbeitsplätze hervor.

»Ich sag' mal, der Arbeitnehmer ist so frei, wie Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, um das mal so einfach darzustellen. Wenn Arbeitsplätze genügend vorhanden sind, dann hab' ich 'ne Auswahl, dann brauch' ich um meinen Arbeitsplatz auch nicht bangen; sind keine da, muß ich Angst haben, ganz einfach.« (406-II/38)

Die Freiheit des Arbeiters besteht nicht darin, sich für oder gegen den Verkauf seiner Arbeitskraft entscheiden zu können; dieser Verkauf ist für ihn eine existentielle Notwendigkeit. Seine Freiheit besteht allein darin, sich den Unternehmer aussuchen zu können, dem er seine Arbeitskraft verkaufen will. Sobald sich die Nachfrage der Unternehmer nach Arbeitskräften verringert, weil sie Arbeitsplätze abbauen, wird diese Freiheit der Arbeiter eingeschränkt. Die Möglichkeit, ihre Arbeitskraft überhaupt verkaufen zu können, wird kleiner.

Für die Arbeiter ist daher die Freiheit, den Arbeitsplatz wählen zu können, gleichbedeutend mit existentieller Sicherheit; sie ist zugleich die Freiheit von Existenzangst. In dem Maße, in dem der Arbeitsplatzabbau jedoch die freie Arbeitsplatzwahl unmöglich macht, »muß« der Arbeiter »Angst haben«.

Es ist charakteristisch für diese Krisenwahrnehmung, daß die Angst nicht als persönliche Schwäche des einzelnen, sondern als eine Angst aufgefaßt wird, die »der« Arbeiter aufgrund seiner wirtschaftlichen Stellung haben muß. Sie ist so einer thematisierenden Verarbeitung zugänglich, in der sich der einzelne Arbeiter zu seiner Angst bekennt, statt sie zu verdrängen: Sind keine Arbeitsplätze da, »muß ich Angst haben, ganz einfach«.

Diese Thematisierung ist um so wichtiger, als die Angst der Arbeiter für die Unternehmer nutzbar ist.

»Es wird sehr viel Panikmache betrieben, Ängste werden geschürt: Wenn ihr jetzt nicht brav seid und maßvoll. Jeder kuscht und arbeitet noch mehr, weil – eventuell wird er dann doch nicht ’rausgeschmissen und man ist schön brav und hält das Maul, und er hofft, daß die Krise an ihm vorüberziehen möge. Anstatt zu kapieren, daß man diese Krise – gemeinsam sind wir stark – meistern kann.« (501-I/39)

Mit dem Gerede von der Krise wird »Panikmache« betrieben, um die Arbeiter zur Unterwerfung und zum Verzicht erpressen zu können: »Wenn ihr jetzt nicht brav seid und maßvoll«, dann – so läßt sich die hier ironisch wiedergegebene Argumentation der Unternehmer fortsetzen – müssen wir euch entlassen. Die durch diese Drohung bei den Arbeitern erzeugte Angst um ihre Existenzgrundlage bringt das von den Unternehmern gewollte Resultat: Die Arbeiter unterwerfen sich. Und in dieser Unterwerfung vereinzeln sie sich und konkurrieren miteinander. »Jeder«, das heißt eben jeder einzelne, »kuscht und arbeitet noch mehr«, in der Hoffnung, sich damit zukünftigen Entlassungen entziehen zu können. Kritisiert wird, daß die Arbeiter sich wegen ihrer Angst unterwürfig verhalten, was die Herrschaft der Unternehmer über sie erst ermöglicht.

Sie lassen sich gleichsam von ihrer Angst überwältigen, »anstatt zu kapieren«, daß sie sich nicht durch Unterwürfigkeit und individualistisches Verhalten von der Arbeitslosigkeit schützen können, sondern nur durch ihre Solidarität. Nur gemeinsam sind sie so »stark«, daß sie sich gegen die Herrschaft der Unternehmer zur Wehr setzen können. Diese Gegenwehr durch Solidarität, und damit auch die Überwindung der Angst, hat aber zur Voraussetzung, daß die Ursache der Arbeitslosigkeit erkannt wird.

»Diese Arbeitslosigkeit könnte man eventuell als Schicksal oder weiß der Geier was empfinden und nicht kapieren, daß der Unternehmer quasi ganz bewußt mit dieser Arbeitslosigkeit arbeitet.« (501-I/39)

Wenn die Arbeitslosigkeit von den Arbeitern als Schicksal empfunden, an ihr also nicht die Möglichkeit wahrgenommen wird, daß sie zu »meistern« ist, dann können Solidarität und Gegenwehr nicht entstehen. Deshalb ist es notwendig zu »kapieren«, daß der Unternehmer die Arbeitslosigkeit »quasi ganz bewußt« nutzt, um seine Gewinne zu steigern.

Damit aber wird die Funktion dieser Krisenwahrnehmung im Deutungsmuster »Kapital und Arbeit« selbst deutlich: Sie eröffnet den Arbeitern Handlungsperspektiven. Wenn nämlich die Unternehmer in dieser wirtschaftlichen Situation, von der sie behaupten, es sei eine Krise, weiterhin Gewinne machen, dann besteht für die Arbeiter kein Grund, auf die Durchsetzung ihrer Interessen zu verzichten. Im Gegenteil, die vorhandenen Gewinne der Unternehmer geben den Arbeitern die Möglichkeit, sich erfolgreich gegen Arbeitsplatz- und Lohnabbau wehren zu können. Durch diese Krisenwahrnehmung können die Interviewten, für die das Deutungsmuster »Kapital und Arbeit« interpretative Geltung hat, an einer Interessenorientierung festhalten, die dem im Gesellschaftsbild gedeuteten Gegensatz zwischen Unternehmern und Arbeitern praktisch Rechnung trägt.

»Gemeinsam sind wir stark« - Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit

Für das Deutungsmuster »Kapital und Arbeit« ist eine Interessenorientierung charakteristisch, die in der Solidarität der Arbeiter das Mittel sieht, durch das sie sich vor Arbeitslosigkeit schützen können. Der Zusammenschluß in der Gewerkschaft ist für sie daher existentiell notwendig.

»Denn die Gewerkschaft ist für mich als Arbeitnehmer das einzige Rückgrat, was ich haben kann.« (406-V/33)

Dieses Bild, in dem der einzelne Arbeiter die Gewerkschaft zu seinem »Rückgrat« macht, zeigt deutlich seine Identifikation mit ihr. Als sein »Rückgrat« ermöglicht sie ihm - um in diesem Bild zu bleiben - den aufrechten Gang und damit eine Existenz als Mensch. Gerade diese menschliche Existenz macht ihm der Unternehmer - so die Interpretation des Gesellschaftsbildes - beständig streitig. In seiner Kalkulation faßt der Unternehmer den Arbeiter nur als Kostenfaktor auf, zu dessen Minimierung er Arbeitsplätze abbaut und die so geschaffene Arbeitslosigkeit zum Lohnabbau nutzt. Da die Gewerkschaft das »einzige« Rückgrat ist, das der Arbeiter hat, kann er seine Existenz nur sichern, wenn er sich im gewerkschaftlichen Zusammenschluß gegen das Vorgehen der Unternehmer wehrt.

»Es gäbe z.B. die Möglichkeit . . . , daß die Arbeiter untereinander so etwas wie Solidarität üben. Also, das heißt, es soll ein Kollege gefeuert werden: Nun lassen wir alles fallen, und zwar so lange, bis der Kollege bleibt.«
(501-I/40)

Die Verhinderung von Arbeitslosigkeit ist also wesentlich eine Machtfrage, die die Arbeiter für sich entscheiden können. Denn die Solidarität, die sie zwischen sich herstellen könnten, gäbe ihnen die Möglichkeit, sich durch Streiks der ökonomischen Herrschaft der Unternehmer entgegenzustellen. Aufgrund dieser Interessenorientierung wird zum Schutz vor Arbeitslosigkeit eine Forderung erhoben, die sich wesentlich an die Arbeiter selbst richtet: Sie sollen sich durch ihren gewerkschaftlichen Zusammenschluß als kollektives Subjekt gegen die Maßnahmen zur Wehr setzen.

In dieser Interessenorientierung ist die hohe Handlungsrelevanz des Deutungsmusters begründet, die sich in der Regel in einem starken gewerkschaftlichen Engagement der Interviewten ausdrückt. Sie machen die Solidarität zur Maxime ihres Handelns, von deren Notwendigkeit sie zugleich andere Arbeiter insbesondere durch die im Gesellschaftsbild entwickelten Argumentationsfiguren überzeugen wollen.

Im Rahmen des Deutungsmusters »Kapital und Arbeit« werden zwei unterschiedliche Auffassungen darüber entwickelt, wie sich die Arbeiter in ihrer Gegenwehr auf den Staat beziehen sollen. Diesen Auffassungen, die an die beiden Varianten der Krisenwahrnehmung anknüpfen, liegen die Staatsorientierungen des »bourgeois« und des »citoyen« zugrunde. In der Darstellung des Gesellschaftsbildes zeigte sich bereits, daß sich diese Staatsorientierungen in unterschiedliche Beurteilungen des sozialen Schutzes ausdrücken, den der Staat den Arbeitern angesichts ihrer existentiellen Bedrohung durch das Gewinnstreben der Unternehmer gewährt.

1. »Man kann die Regierung stürzen« - Die Variante des »bourgeois«

In der einen Variante der Krisenwahrnehmung wird es als gleichgültig betrachtet, ob die Unternehmer gewollt oder ungewollt überproduzieren. Allein die Tatsache ist für sie ausschlaggebend, daß das Gewinnstreben der Unternehmer

eine völlig anarchisch verlaufende Entwicklung der Wirtschaft zur Folge hat, durch die immer irgendwo Überproduktion und Arbeitslosigkeit entsteht. Diese Wahrnehmung ist in der Regel mit der Staatsorientierung des »bourgeois« verknüpft, in der der Wirtschaft als ein aus sich selbst bewegendes Prozeß eine Dominanz gegenüber dem Staat zugeschrieben wird. Der Staat kann zwar die negativen Auswirkungen, die dieser Prozeß auf die Arbeiter hat, kompensieren, aber in ihn nicht verändernd eingreifen. In diesem Sinne wird in der Arbeiterschutzgesetzgebung des Staates vor allem ein Mittel gesehen, das der Aufrechterhaltung der ökonomischen Herrschaft der Unternehmer dient. Die Arbeitslosigkeit, die sie verursachen, kann er jedoch nicht beseitigen.

»Der Staat kann natürlich etwas kleckern. Das sind natürlich da ganz winzige Sachen, die da ablaufen. Der springende Punkt ist halt, daß man die Ursache der ganzen Geschichte beseitigen muß, das heißt man müßte das System ändern. Da führt einfach kein Weg dran vorbei. In letzter Konsequenz geht es nur so.« (501-I/43)

Die »Ursache« der Arbeitslosigkeit kann der Staat nicht beheben, weil sie jenseits seiner Eingriffsmöglichkeiten liegt. Aber gerade um die Beseitigung der »Ursache der ganzen Geschichte«, das heißt um Maßnahmen, die das »System ändern«, muß es den Arbeitern in »letzter Konsequenz« gehen. Und weil sie solche Maßnahmen nun eben nicht vom Staat erwarten können, müssen sie sie selbst ergreifen.

»Und die Gewerkschaft ist eigentlich die Organisationsform oder wäre . . . das Instrument, das uns die Macht gibt, unsere Forderungen durchzusetzen. Es wäre z.B. ein sehr schöner politischer Akt, Generalstreik zu machen. Man kann die Regierung stürzen, man kann die Gesellschaft wirklich verändern von Grund auf.« (501-I/43)

Diese Variante des Deutungsmusters »Kapital und Arbeit« ist durch die Auffassung gekennzeichnet, daß nur die Arbeiter selbst durch ihren gewerkschaftlichen Zusammenschluß über die Macht verfügen, die zur Beseitigung der Ursache der Arbeitslosigkeit notwendig ist. Aufgrund dieser Macht könnten die Arbeiter nicht nur die von den Unternehmern vorgenommenen Entlassungen verhindern, sondern durch eine Ausweitung dieser Streiks zum »Generalstreik« das ökonomische Herrschaftsverhältnis selbst abschaffen; »man kann die Gesellschaft wirklich verändern von Grund auf«. Und diese Veränderung »von Grund auf« beginnt mit dem

Sturz der Regierung. Ihr Ziel ist eine Produktion, die nicht mehr zum Zweck der Gewinnmaximierung betrieben wird.

»Man produziert nur noch nach Bedarf und nicht anarchisch, wie das hier der Fall ist. Womit dann auch das Problem (der Arbeitslosigkeit) aufgehoben wäre.« (501-I/43)

2. »Was sollte die Regierung dagegen machen? Sie muß das Gesellschaftssystem ändern« - Die Variante des »citoyen«

Die zweite Variante der Krisenwahrnehmung betrachtet Überproduktion und Arbeitslosigkeit als Ergebnisse, die die Unternehmer durch eine bewußte Steuerung der Produktion hervorbringen, um sie zu nutzen. Beide Phänomene gelten insofern als Ausdruck der ökonomischen Herrschaft der Unternehmer. Mit einer solchen Wahrnehmung verknüpft sich in der Regel die Staatsorientierung des »citoyen«. Sie geht davon aus, daß der Staat aufgrund seiner Macht zugunsten der Arbeiter in den Wirtschaftsprozess eingreifen kann, indem er die ökonomische Herrschaft der Unternehmer beschränkt. Er hat also die Möglichkeit, die Ursache der Arbeitslosigkeit zu beseitigen. In der Arbeiterschutzgesetzgebung und der Sozialpolitik überhaupt wird in diesem Sinne ein sozialer Fortschritt gesehen, dessen Fortsetzung vom Staat erwartet wird. Dies geschieht allerdings nur, wenn die Arbeiter durch die Gewerkschaft auf ihn einwirken.

»Ich bin eigentlich dafür, daß die Gewerkschaft sich politisch mehr beteiligt, daß sie mehr Einfluß nimmt auf die wirtschaftspolitische Lage und das kann die Gewerkschaft aufgrund dessen, daß sie eben an dieser Politik teilnimmt. Da bin ich dafür.« (406-II/33)

Die Arbeitslosigkeit soll von der Gewerkschaft zum Anlaß genommen werden, sich an der Politik zu beteiligen, um auf sie »mehr Einfluß nehmen« zu können. Sie soll sich also in einem stärkeren Maße politisieren.

»Genau das ist richtig. Deswegen bemühen sich auch schon viele Kollegen, in den politischen Parteien wirksam zu werden. Nur da werden sie ja auch sehr oft abgeblockt. Leider Gottes, aber es ist der einzige Weg, es gibt keinen anderen Weg.« (204-I/35)

Die notwendige Politisierung der Gewerkschaft kann nur dadurch erreicht werden, daß die Arbeiter selbst »in den politischen Parteien wirksam« werden. Sie müssen versu-

chen, ihre gewerkschaftlichen Forderungen zu Zielen der Parteien zu machen, um ihnen auf diesem Wege Eingang in die Politik der Regierung zu verschaffen. Die staatliche Macht muß für die Durchsetzung dieser Forderungen gegen die Unternehmer instrumentalisiert werden. Auch wenn die Arbeiter hierbei »sehr oft abgeblockt« werden, ist an diesem Weg festzuhalten: »Es ist der einzige Weg.«

Insbesondere von der SPD wird erwartet, daß sie gewerkschaftliche Forderungen aufnimmt. Sie gilt in dieser Staatsorientierung, wenn auch nicht mehr als Arbeiterpartei, so doch als die Partei der Arbeiter. Auf dem Wege des parteipolitischen Engagements müssen die Arbeiter also dafür sorgen, daß die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zum Ziel der Regierungspolitik wird.

»Was sollte die Regierung dagegen machen? Sie muß das Gesellschaftssystem ändern, indem sie eben eine Vergesellschaftung der Industrie (herbeiführt) . . . Vergesellschaftung heißt eben, daß die Gesellschaft mehr Einfluß nimmt. Und zwar jeder einzelne oder auch die Gewerkschaft dementsprechend.« (337-I/43)

Die Regierung soll durch die staatliche Macht, über die sie verfügt, »das Gesellschaftssystem ändern«. Die Vergesellschaftung der Industrie beseitigt die Arbeitslosigkeit, weil sie eine Produktion ermöglicht, die nicht mehr von der Gewinnmaximierung bestimmt wird:

»Ja, so Planwirtschaft; wenn jetzt genau gesagt wird, davon brauchen wir dies Jahr mindestens 10000 Stück oder 100000 Stück und damit, mit aller Macht müssen wir's erreichen!« (337-I/42)

»Mit aller Macht müssen wir's erreichen« - Zusammenfassung

Die existentielle Bedrohung der Arbeiter durch Arbeitslosigkeit wird erst dann verschwunden sein, wenn an Stelle der kapitalistischen Wirtschaft eine Planwirtschaft getreten ist. Zu dieser Zielvorstellung kommt das Deutungsmuster »Kapital und Arbeit«, weil es die Arbeitslosigkeit als das notwendige Resultat einer Produktion interpretiert, die von den Unternehmern ausschließlich zum Zweck der Gewinnmaximierung betrieben wird. Wenngleich auch zwei unterschiedliche Wege zur Durchsetzung dieses Zieles entwickelt

werden, so besteht doch Übereinstimmung darin, daß es die Arbeiter selbst verwirklichen müssen. Ihre Solidarität, auf der ihr Zusammenschluß in der Gewerkschaft beruht, ist das dazu notwendige Mittel.

Die Vorstellung von der Planwirtschaft, die es zu schaffen gilt, wird deutlich von den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR abgegrenzt. Entweder wird zwischen einer Vergesellschaftung der Produktion und einer Verstaatlichung, wie in der DDR, unterschieden; oder der Begriff der Verstaatlichung wird beibehalten und die DDR wegen der mangelhaften Durchführung der Verstaatlichung kritisiert. In jedem Fall wird die Differenz hervorgehoben.

Diese Abgrenzung müssen die Interviewten vornehmen, die im Rahmen des Deutungsmusters »Kapital und Arbeit« argumentieren, wenn sie verhindern wollen, daß ihre Vorstellung von einer Planwirtschaft bei anderen Arbeitern nur Ablehnung hervorruft.

»Weil die meisten Vergesellschaftungen mit Verstaatlichen gleichsetzen und sagen, dann können wir auch gleich in die DDR gehen. Und denen das mal klarzumachen, also, daß das doch zwei verschiedene Paar Schuhe sind, also das dauert natürlich eine ganze Zeit.« (337-I/44)

Die Handlungsrelevanz des Deutungsmusters führt dazu, daß die Interviewten es als ihre Aufgabe ansehen, andere Arbeiter von der Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderungen zu überzeugen. In den Diskussionen müssen sie dann gegen die öffentlichen Stereotypen argumentieren, die mit dem Hinweis auf die Verhältnisse in der DDR jede Veränderung denunzieren. Sie führen gleichsam einen Kampf gegen den Einfluß, den die Massenmedien auf die Arbeiter haben. Ihr Hauptgegner ist die »BILD-Zeitung«.

»Die brauchen natürlich ihre ›BILD-Zeitung‹, ohne geht es nicht, ist so das zweite Frühstück. Da gibt es also sehr oft Diskussionen, teilweise auch fruchtbare. Aber ich schaffe das einfach nicht, die Kollegen von der Zeitung da abzubringen.« (501-I/9)

Die Diskussionen bringen also nur selten den erhofften Erfolg; die anderen Arbeiter zeigen nur wenig Bereitschaft, Argumente für die Notwendigkeit einer grundlegenden gesellschaftlichen Veränderung aufzunehmen.

1.3 Deutungsmuster »Fatalismus«

In der Auswertung der ersten Interviewwelle gab es eine Gruppe von Interviewten, die eine Lösung der Krise durch geplante Eingriffe – sei es von seiten der Gewerkschaften, der Unternehmer oder des Staates – für unmöglich hielten. Es handelte sich um eine kleine Gruppe im Vergleich zu denjenigen, die vor allem vom Staat Interventionen gegen Krise und Arbeitslosigkeit erwarteten. Im folgenden wird das Deutungsmuster, auf dem diese Argumentation beruht, analysiert. Dieses Deutungsmuster des Fatalismus gegenüber den wirtschaftlichen und sozialen Prozessen, die zu Krise und Arbeitslosigkeit geführt haben, ist in der zweiten Interviewwelle bei etwa einem Achtel der Arbeiter und Arbeiterinnen anzutreffen.

Zunächst werden die grundlegenden Elemente dieses Deutungsmusters der Wahrnehmung und Verarbeitung von Arbeitslosigkeit und Krise aus einigen Aussagen entwickelt. Seine komplexe Struktur, seine Verknüpfungen von Gesellschaftsbild und Handlungsorientierungen mit spezifischen Elementen der subjektiven Verarbeitungsstruktur der Interviewten soll dann – auf der Grundlage dieses Überblicks – entfaltet werden.

»Da kann man halt nichts dran machen«

Im Deutungsmuster »Fatalismus« verbindet sich eine zugleich weitgehend realistische und fatalistische Wahrnehmung von Arbeitslosigkeit und Krise mit fatalistischen Folgerungen.

»Die bauen ja immer mehr ab, es wird ja immer schlimmer. Es ist ja auch nichts, daß es sich mal bessern könnte. Da kann man halt nichts dran machen.« (313/7)

Dieser Arbeiter in der Elektroindustrie benennt die Wirkung der Krise in dem Betrieb, in dem er arbeitet: Die Belegschaft wird immer mehr verringert, und es gibt keine Anzeichen für eine Verbesserung der Wirtschaftslage und damit möglicherweise der Beschäftigungssituation. Er schließt daraus, daß es gegen die Krise kein Mittel gebe; die

Situation treibt einer Katastrophe entgegen. Er selber ist auch davon bedroht. Im Unterschied zu anderen Interviewten, deren Wahrnehmung ähnlich ist, fordert er jedoch weder vom Unternehmer, noch von Staat oder Gewerkschaften Maßnahmen, um diese Katastrophe abzuwenden oder ihre Wirkungen abzumildern. Individuelle oder kollektive Aktivitäten zur Veränderung der Situation kommen ihm ebenso wenig in den Blick, denn der Prozeß erscheint ihm unaufhaltsam, und er findet sich fatalistisch damit ab. Die Ausweglosigkeit enthebt ihn zugleich der Notwendigkeit, sich in der Situation aktiv zu verhalten. Er muß und kann sich damit beruhigen, daß man da »halt nichts dran machen kann«. Die psychische Funktion des Fatalismus wird in der Aussage eines 45jährigen Werftarbeiters zur Bedrohung seines Arbeitsplatzes noch deutlicher:

»Jeder Mensch verdaut das ja irgendwie anders. Also es hat ja, ich bin der Meinung, es hat ja keinen Sinn, jetzt schon den Kopf darüber zu zerbrechen und jetzt vielleicht schon schwermütig oder so zu werden . . . Das muß man an sich rankommen lassen . . . Ich sag ja, ich will jetzt nächstes Jahr erstmal noch mein Jubiläum feiern (25 Jahre Betriebszugehörigkeit). Tja, und dann sehen wir weiter. Vielleicht ändert sich ja nochmal was. Und wenn's nicht, dann langt das ja, wenn man dann erfährt, wenn die sagen: Jetzt bist du dran.« (222/6)

Der Interviewte nimmt offensichtlich die Bedrohung seiner Arbeits- und Lebenssituation, die bisher durch große Kontinuität gekennzeichnet war, in realistischer Weise wahr; er nimmt sich von denjenigen, denen gekündigt werden könnte, nicht aus. Er wünscht sich eine Änderung der Situation, die diese Bedrohung mit sich bringt, sieht aber keine Möglichkeit, darauf irgendwie Einfluß zu nehmen. Fatalismus als Reaktionsweise beinhaltet bei diesem Arbeiter nicht nur, daß »man halt nichts dran machen kann« (313), sondern daß man auch nicht daran denken will. Die Entscheidung der Betriebsleitung, ihn zu entlassen, beschreibt er wie ein Urteil, das über ihn getroffen wird: »Jetzt bist du dran.« Nach vielen anderen Kollegen kommt irgendwann die Reihe auch an ihn. Er will sich mit diesem »Urteil« jedoch jetzt noch nicht auseinandersetzen, um in der Zwischenzeit noch ruhig leben zu können. Der Abstand, den er der Bedrohung gegenüber äußert, reduziert sich auf eine rein zeitliche Distanz; im nächsten Jahr will er zwar noch Jubiläum feiern, aber dann

wird »es« auf ihn zukommen. In der Benennung der Unausweichlichkeit wehrt er die Bedrohung jedoch zugleich ab. Er weigert sich, sich »jetzt schon den Kopf darüber zu zerbrechen«; dieses Festhalten an der Normalität des Alltags ebenso wie an den Gegebenheiten zum Feiern (Jubiläum) macht deutlich, daß er im übertragenen Sinn die Bedrohung eben gerade nicht »an sich rankommen lassen« will. Die Hoffnung, daß sich an der betrieblichen Situation »vielleicht ja nochmal was ändert«, stützt diese Abwehr.

Wenn er sich der Verunsicherung durch die Reflexion über seine Situation aussetzte, würde er »jetzt vielleicht schon schwermütig oder so«. In Schwermut und Resignation wird er sich damit abfinden, wenn er »dran« ist. Die Interviewpassage zeigt, daß die Abwehr der Bedrohung nicht vollständig gelingt; die Gelassenheit ist eine brüchige Fassade. Hinter ihr stehen jedoch nicht Verleugnung oder aggressive Schuldzuweisung an Sündenböcke, wie in anderen reduktionistischen Deutungsmustern, sondern selbstdestruktive Tendenzen.

»Es wird ja immer schlimmer« - Zur Krisenwahrnehmung

Eine der Grundlagen des Deutungsmusters »Fatalismus« ist die Hinnahme von Ereignissen wie Arbeitslosigkeit und Krise als unhinterfragbare Fakten. Ein Werftarbeiter sagt auf die Frage nach der Verringerung der Belegschaft:

»Oh, das weiß ich nicht. Also, da waren ja früher ein Haufen Leute, und wenn man jetzt mal in die Halle reinkommt, dann ist man manchmal ganz alleine drin . . . Ich meine, wie viele, das kann ich nicht sagen, da hab ich mich eigentlich noch nie drum gequält.« (206/2)

Derselbe Arbeiter meint zu den Lohnerhöhungen:

»Ja, ausreichend ist das ja nie, wenn ich so bedenken darf, aber es ist ja so, ich sag mir immer, ich leb', und bis jetzt hab' ich noch leben können, also was soll's, nicht.« (206/13)

Und zu den Arbeitsbedingungen:

»Also ich weiß nicht, ich hab gesagt, wie die ersten Menschen wird manchmal gearbeitet bei uns, aber das ist ja nun mal eben so.« (206/3)

Die Umsetzungen und Entlassungen in seiner Abteilung, die reale Verringerung seines eigenen Lohns nimmt er also

durchaus wahr; er formuliert jedoch keinerlei Unmut, Einwände, nicht einmal resignierten Protest dagegen, sondern er stellt diese wie andere Veränderungen fest, als ob sie ihn nichts angingen: »Was soll's.« Eine Auseinandersetzung mit diesen Entwicklungen erscheint ihm als eine nutzlose »Quälerei«. In der fatalistischen Hinnahme der Dinge, die »nun mal eben so sind«, kann er seine eigene Betroffenheit abwehren.

Bis in's Detail genau nimmt der im folgenden zitierte Interviewte die Krisenphänomene wahr; er antwortet damit auf die Frage nach den Möglichkeiten der Gewerkschaft, in der Krise Politik zu machen.

»... es wird mehr Arbeitslose geben. Es gibt ja heute schon zwei Millionen bei uns, obwohl man nur 1,7 sagt, also geführte. Es gibt ja noch Kurzarbeiter dazu, ... Denn gibt es welche, wie meinen Sohn zum Beispiel, der hat noch nie Arbeit gehabt, ist aber auch arbeitslos ... Oder ältere Leute, die sind arbeitslos gewesen, aber jetzt nicht mehr arbeitslos, haben aber trotzdem keine Arbeit. Nicht, also muß man das, also man kann schon 2 Millionen ohne Übertreibung von machen. Und durch diese Rationalisierung werden ja immer mehr Menschen eingespart, und dann wird es sogar eines Tages soweit kommen, wenn es schwer fällt, weiter zu rationalisieren, dann wird man auch die Gehälter drücken.« (402/20)

Die Arbeitslosenzahlen, die eine Beschränkung der gewerkschaftlichen Politik darstellen, sind in Wirklichkeit schon höher als allgemein angenommen und werden noch weiter steigen. Die Unaufhaltsamkeit des Prozesses, der langfristig alle Lohnabhängigen, auch die noch Beschäftigten, deren »Gehälter gedrückt« werden, einbezieht, bestimmt die Wahrnehmung.

Die realistische Wahrnehmung hat in diesem Deutungsmuster nur eine relative Eigenständigkeit, denn zugleich wird geschlossen, es werde »ja immer schlimmer« (313/7), was bedeutet, daß es keine Möglichkeit gibt, die Entwicklung aufzuhalten. Wenn andere Arbeiter, die Regierung oder die Gewerkschaften aus einer realistischen Konstatierung der Krise keine fatalistischen Schlußfolgerungen ziehen, dann geben sie sich in der Logik dieses Deutungsmusters nur Illusionen hin.

»Die schimpfen zwar alle, aber ändern kann's keiner. Das mag zwar unsere Regierung auch noch nicht zugeben, irgendwann müssen sie das zugeben.« (525/35)

Dieser Facharbeiter betont deshalb – wie alle anderen Interviewten mit diesem Deutungsmuster –, daß »keiner es ändern kann«, d.h. daß keinerlei intentionales Handeln, weder von einzelnen Arbeitern, von Organisationen, Kapital-eigentümern oder von politischer Seite, die Auswirkungen der Krise wesentlich beeinflussen oder ihr Ende herbeiführen kann. Auch wenn Regierung, Arbeitgeber und – in bescheidenerer Weise – Gewerkschaften den Anspruch erheben, die Wirtschaft lenken und »ankurbeln« zu können, so müssen sie doch nach einigen Jahren Krise zugeben, daß keine entscheidenden Einflußmöglichkeiten bestehen.

Der Arbeiter als »kleiner Mann« – Zum Gesellschaftsbild

Das Deutungsmuster »Fatalismus« beruht auf einem Gesellschaftsbild, das von einer unabwendbaren Dichotomie⁶ von »oben« und »unten« gekennzeichnet ist, in der die Arbeiter unten den »hohen Herren«, den »Herrschaften da oben, die am langen Hebel sitzen« (229/3), gegenüberstehen. Zugleich ist bei diesen Interviewten häufig die »Kleine-Leute-Ideologie« anzutreffen. Die Arbeiter werden als »kleine Leute« oder »kleine Arbeiter« apostrophiert. Ihre Stellung in der Gesellschaft ist in diesem Bild des Arbeiters als »kleinem Mann« vom Zwang zur Arbeit bestimmt.

»Ich sag mir immer, . . . ich bin ein Mensch, der arbeiten muß, also macht mir das nichts aus, woanders hinzugehen, da muß ich ja auch nur arbeiten.« (206/2)

Für diesen Werftarbeiter ist die konkrete Arbeit, die er verrichtet, zwar nicht gleichgültig; er will auch den Arbeitsplatz mit den eingespielten Verhältnissen und den gewohnten Kollegen nicht von sich aus wechseln, weil er weiß, daß er sich nicht verbessern kann. Falls er jedoch durch Entlassung zu einem Betriebswechsel gezwungen würde, änderte sich dadurch nichts an seiner grundsätzlichen Stellung als Lohnarbeiter, als »Mensch, der arbeiten muß«. Dieser Satz hat eine doppelte Bedeutung: Er benennt zum einen den Zwang, als Lohnarbeiter seine Arbeitskraft verkaufen zu müssen, um leben zu können, und spricht zum anderen die Verinnerlichung dieses Zwangs in die Identität als Arbeiter an, dem

der Lebensinhalt fehlt, wenn er nicht arbeiten kann. Die Arbeit ist zugleich Zwang und Lebenssinn. Aus diesem Grunde kommt für den Interviewten, der ohne Gesellenbrief als Facharbeiter auf der Werft arbeitet, eine längere Arbeitslosigkeit nicht in den Blick. Er besteht nicht darauf, eine seiner erworbenen Arbeitsqualifikation entsprechende Arbeit wiederzufinden, sondern er würde irgendeinen Arbeitsplatz einnehmen, denn er muß überall »ja nur arbeiten«. Dem Eingriff in seine Lebensbedingungen, den ein erzwungener Wechsel des Arbeitsplatzes bedeuten würde, sieht er fatalistisch entgegen.

Das Gesellschaftsbild der unabwendbaren Dichotomie ist zwar auch bei Interviewten mit anderen Deutungsmustern anzutreffen; die Sichtweise, daß der Abstand zwischen »oben« und »unten« unüberbrückbar sei, stimmt jedoch insbesondere mit dem Deutungsmuster »Fatalismus« überein. Auch die beschränkte Perspektive der »Kleine-Leute-Ideologie« liegt in dieser Logik, denn die »kleinen Arbeiter« sind machtlos gegen die, die »oben« sitzen.

Der folgende Interviewte, ein Werftarbeiter, beurteilt die Ursachen der Wirtschaftskrise aufgrund seiner unmittelbaren betrieblichen Erfahrung.

»Ja, was soll ich da jetzt zu sagen zu den Gründen. In erster Linie würd' ich ja sagen, daß es einfach erst mal an der ganzen, an der Wirtschaftslage liegt, weil wir einfach ja gar nicht soviel Arbeit mehr haben, nicht, denn ich kann mir nicht vorstellen, wenn ein Betrieb genug zu tun hat, daß der denn Leute entläßt, nicht. Denn im Grunde genommen muß es ja daran liegen, denn sonst hätten wir die (Arbeitslosen) ja nicht, aber wie das angehen kann, was soll ich da jetzt zu sagen. Das weiß ich auch nicht.« (124/21)

Auch hier werden die Fakten einfach konstatiert, in der ganzen Aussage ist der Gemeinplatz »das ist ja nun mal so« unüberhörbar. Und was »so ist«, wird von ihm hingenommen, akzeptiert. Die »Wirtschaftslage« ist ein objektives Datum, dem sich auch ein Großbetrieb in seiner Personalpolitik unterwerfen muß. Aus der Akzeptierung des Faktischen folgt in seiner Logik: »Was soll *ich* da jetzt zu sagen.« Die Verwunderung des »kleinen Mannes«, der zu Problemen befragt wird, die außerhalb seines Horizonts liegen, wird deutlich. Seine Erklärungsversuche erschöpfen sich in der Tautologie, daß es die Arbeitslosen gibt, weil die Arbeit fehlt.

Die Arbeiter als »kleine Leute« bekommen über die tatsächlichen gesellschaftlichen Prozesse keine Informationen, oder sie können mit den gegebenen Informationen nichts anfangen.

»Die einen sprechen so, die anderen so. Man hat keinen Einblick.« (104/3)

Derselbe Werftarbeiter meint zur Arbeitszeitverkürzung:

»Ist 'ne schöne Sache, aber ob sie realisierbar ist, schon von der Arbeitsmarktlage her? Können wir kleine Lichter nichts drüber sagen.« (104/23)

Das für ihn objektive, invariable Datum »Arbeitsmarktlage« wird zum Maßstab für die zentrale gewerkschaftliche Forderung zur Krisenlösung; über diese Forderung können die »kleinen Leute« im Prinzip genauso wenig sagen wie über Krisenursachen und Arbeitsmarkt.

Da es sich bei der Krise und ihren Ursachen und Auswirkungen »um solche Sachen (handelt), wo wir kleinen Leute praktisch nicht durchsteigen« (229/6), können Verständnisschwierigkeiten auch als Panzer gegen die Unsicherheit aufgebaut werden.

»Das ist alles so unsicher jetzt geworden. Ich mein', deswegen sag' ich ja auch, deswegen mach' ich mir gar keine Gedanken weiter über. Was solls. Wenn die sagen, ist Schluß, ist Feierabend denn muß ich eben sehen, wie's weiterläuft . . . Ich mach mir nicht allzu große Gedanken, was solls einerseits. Und da ist ja eben das, daß, die sich Gedanken machen, ja, was passiert nachher. Und die gehen am ersten dadurch kaputt.« (215/3)

Die Krisenursachen erscheinen als undurchschaubar, und dadurch werden die Auswirkungen unvorhersehbar. Die konkrete Betroffenheit tritt an irgendeinem Tag ein, dann »ist Schluß, ist Feierabend«. Erst wenn die Betriebsleitung sagt: »Jetzt bist du dran« (222/siehe oben), ist eine Situation da, in der etwas getan werden kann. Bis zu diesem Zeitpunkt ist Handeln zur Abwendung der Unsicherheit offenbar unmöglich. Man könnte sich nur Gedanken machen. Besser ist es jedoch in dieser Logik, sein Handeln (Arbeiten) nicht von der Unsicherheit beeinflussen zu lassen, nicht zuviel nachzudenken. Die fatalistische Haltung bietet Schutz gegen die Verunsicherung, sie erscheint als Stärke. Sie läßt die Arbeiter nicht »kaputtgehen«, und sie verhindert die »Schwermut« (222), solange es noch nicht soweit ist. Die Unsicherheit der Gegenwart wird damit in Schach gehalten; auf jeden Fall wird die Zukunft von ihr geprägt sein.

»Ich weiß nicht, wo unsere Zukunft noch steht, das kann keiner mehr voraussagen.« (215/4)

»Wir Kleinen, die gar nichts haben . . .« - Zur Interessenorientierung

Schon in der Gegenwart sind die Lohnabhängigen - ob beschäftigt oder arbeitslos - die Leidtragenden der Krise; dies wird von allen Interviewten, die dieses Deutungsmuster haben, betont. Sie machen sich keine Illusionen über die kleinen Verschlechterungen, über die Lohnverluste, über die Verschärfung der Atmosphäre zwischen den Kollegen und mit der betrieblichen Hierarchie und über die Unsicherheit, die alle Lebensbereiche betrifft. Da diese Veränderungen wahrgenommen werden, sprechen die meisten Interviewten auch ihr Verhältnis zur Interessenvertretung und ihre Einschätzung der Möglichkeiten gewerkschaftlicher Politik in der Krise an. Eine spezifische Interessenorientierung ist Teil des Deutungsmusters »Fatalismus«.

Die Wirtschaftskrise und in erster Linie die Arbeitsmarktlage schwächt die Organisation der Lohnarbeiter.

»Erwarten tu ich im Augenblick gar nichts. Was ich eigentlich glaub', die sind im Augenblick überhaupt nicht in der Lage, bei dieser Wirtschaftslage, so wie sie jetzt ist, auch auf dem Arbeitsmarkt, ist weder die Gewerkschaft in der Lage, 'ne ganze Sache zu machen, noch die Regierung, ja.« (525/3)

Der Gewerkschaftspolitik setzen jedoch nicht nur strukturelle Bedingungen (Druck der Arbeitslosigkeit) eine Grenze, sondern die Krisenreaktion der Arbeiter selbst konditioniert die Möglichkeiten der Gewerkschaften, Widerstand gegen die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in der Krise zu leisten.

»Weiß nicht, jetzt, wo es jetzt, wo wir soviele Arbeitslose haben, wenn man jetzt Warnstreiks machen will, ob das jetzt was bringt. Da werden nicht viele mitmachen, . . . weil sie alle Angst haben um ihren Arbeitsplatz, nicht. Verzichten sie lieber auf's Geld, haben sie nachher ihren Platz dann.« (404/25)

Unsicherheit und Angst führen zur Zurückhaltung in Arbeitskonflikten und in der Interessenartikulation. Dieser Interviewte schätzt die Bereitschaft seiner Kollegen, sich an Kampfmaßnahmen zu beteiligen, pessimistisch ein. Er selbst

hat sich zwar an den Warnstreiks im Rahmen der »neuen Beweglichkeit« beteiligt, sieht aber so gut wie keinen Sinn darin.

»Wir sind auch ein paarmal dahinmarschiert, nach Hemelingen zum Rathaus. Weiß nicht, ob sich da einer, das weiß ja auch keiner, daß wir dahin marschieren, daß, da kommt ja keiner, wenn ich das alles höre so. Wir hören das jedesmal im Radio, da sind welche hinmarschiert und so, - denn laß se doch.« (404/25)

Er nimmt diese Protestveranstaltungen als hilflose Demonstrationen wahr, die niemand zur Kenntnis nimmt. Er unterstellt, daß andere den Warnstreiks genauso gleichgültig gegenüberstehen wie er selber den Arbeitskämpfen anderer Belegschaften. Wenn er von Protestdemonstrationen im Radio hört, dann sagt er sich: »Denn laß se doch.« Ob etwas getan wird oder nicht, ist in der fatalistischen Krisenreaktion letztlich gleichgültig. Die Unternehmer brauchen sich von einem Widerstand der Arbeiter und Gewerkschaften nicht unter Druck setzen zu lassen; ihre Position hat sich in der Krise entscheidend verbessert.

Diese aktuelle Stärke beruht jedoch auf dem grundsätzlichen Unterschied der Position von Arbeitgebern und Arbeitern.

»Ja, ich bin auch nicht mit allem einverstanden, was die (Gewerkschaften) machen und sagen so. Aber man muß ja irgendwas, irgendwas haben, nicht. Irgend jemand muß man sich ja anvertrauen. Wir alleine wären doch gar nichts, jeder einzelne. Würde keiner mehr Lohnerhöhung bekommen. Vor allen Dingen, die, die Firmen selbst, die haben Millionen hinter sich. Die haben sich auch zusammengeschlossen. Wir Kleinen, die gar nichts haben, wir sollen jeder einzeln?« (404/25)

Die Gewerkschaft ist für diesen Interviewten die Organisation, der er sich »anvertrauen« kann, die seine Angst auffangen kann. Er hat sonst nichts und niemanden, an den er sich wenden kann: »... man muß ja irgendwas, irgendwas haben«. Ohne die Gewerkschaft würde er sich als Arbeiter in völliger Vereinzelung befinden. Und in ihr trifft er seinesgleichen, die »Kleinen, die gar nichts haben«, mit denen zusammen nur er seine unmittelbaren Interessen (Lohnerhöhung als Erhaltung des Lebensstandards) vertreten kann. Die ganze Passage ist defensiv; in seiner Sicht befindet sich auch die Organisation in einer fast verzweifelten Position gegenüber den reichen und mächtigen Firmen. Daß das Kräfteverhältnis so ist, damit hat er sich längst abgefunden.

Die Ungleichheit zwischen Kapital und Arbeit besteht zwar immer, im Arbeitskampf wird sie jedoch besonders deutlich:

»Ich meine, das war in beiden Streiks, die ich mitgemacht habe. Im Endeffekt, viel mehr springt sowieso nicht raus. Wenn der Arbeitgeber sagt: Bis hierhin und nicht weiter – dann. Oder sie machen die Bude dicht nachher und warten, bis andere kommen und betteln um Almosen.« (104/11)

Dieser Werftarbeiter hat an den beiden großen Streiks in Bremen (1953 und 1974) teilgenommen. Obwohl zumindest 1974 der materielle Erfolg des Streiks beträchtlich war, erscheint ihm das Kampfmittel Streik als fast bedeutungslos: Es kann nur wenig mehr durchgesetzt werden, als wenn nicht gestreikt würde, »viel mehr springt sowieso nicht raus«. Denn grundsätzlich ist im Kräfteverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitern/Gewerkschaften der Arbeitgeber immer der Stärkere, derjenige, der alle Druckmittel in der Hand hat: »Bis hierhin und nicht weiter, dann.« Wenn sich die Arbeiter von dieser Drohung nicht beeindrucken lassen und (weiter-)streiken, kann der Arbeitgeber das Mittel der Aussperrung und sogar der Entlassung der gesamten Belegschaft einsetzen. Er kann »die Bude dichtmachen« und warten, während die Lohnabhängigen jedoch existentiell darauf angewiesen sind, einen Arbeitsplatz zu haben; deshalb müssen sie dann – einzeln oder gemeinsam – nachgeben. Der Arbeitgeber kann einfach darauf warten oder andere Arbeitslose, die sogar um »Almosen betteln«, d. h. dringend Arbeit suchen, einstellen. Dieser Ausdruck »Almosen« benennt die Gefahr, daß die Lohnabhängigen, sobald sie arbeitslos sind, in materiellem Elend versinken; für diesen Interviewten ist die Grenze zwischen relativer Absicherung und Verelendung schnell überschritten. Dem einzelnen Arbeiter hilft dann keine Organisation mehr, sondern es bleibt ihm wie im Frühkapitalismus nur die Demuthaltung des Bettelns um »Arbeit und Brot«.

Die Aufhebung der Vereinzelung der Lohnabhängigen in der Gewerkschaft und im Streik wird durch die Krise erschwert; sie zwingt die Arbeiter, einzeln um die weniger werdenden Arbeitsplätze zu konkurrieren. Im Gesellschaftsbild der unabwendbaren Dichotomie sind die Arbeiter in der Gesellschaft »unten«; die Gewerkschaft als ihr Verband ist dann auch keine starke Organisation, sondern im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis ebenfalls »unten«, also

schwach. Wenn die Arbeiter »unten« zugleich die »kleinen Leute« sind, werden die Gewerkschaften in diese »Kleine-Leute-Ideologie« einbezogen.

»Ja, die kleinen Gewerkschaften, ja sicher, was sollen die machen.« (316/21)

Die Krise nimmt den Gewerkschaften vollends jedes Druckmittel aus der Hand; sie können die Arbeiter kaum noch verteidigen. Für viele Arbeiter läßt die Krise das Bedürfnis nach Zusammenhalt und Schutz stärker werden.

»Ich meine, ich bin in der Gewerkschaft, und denn gehör' ich auch dazu . . . Es ist ja auch immer so, wenn man nun schon so viele Jahre dabei ist und jetzt austreten tut und gerade jetzt in dieser Zeit, wo das tatsächlich überall am Kribbeln ist, dann ist das ja auch nicht richtig, wenn man da austretet, dann steht man ja alleine da, nicht.« (206/21)

Dieser Werftarbeiter spricht das allgemeine Bedürfnis nach gegenseitiger Unterstützung an, damit man nicht »alleine dasteht«, wenn man von Krisenmaßnahmen betroffen ist. Wie im ersten Satz ausgedrückt, »denn gehör' ich auch dazu« – zu ergänzen: egal, was passiert –, beinhaltet seine fatalistische Einstellung sowie zugleich Zuverlässigkeit und Solidarität: Er bietet den anderen Schutz und die anderen ihm. Die Gewerkschaft ist als Rückversicherung »gerade jetzt in dieser Zeit« auch von materieller Bedeutung. Ein Arbeiter aus der Elektroindustrie spricht seine Befürchtung aus, bei einem Konflikt mit dem Betrieb sonst alleine dazustehen.

»Aus der Gewerkschaft kann ich ja nicht austreten, nein, in der heutigen Zeit. Denn ich muß ja damit rechnen, . . . daß die eventuell noch zum Schiedsgericht gehen, oder übers Arbeitsgericht läuft die Sache dann. Und ohne Gewerkschaft bin ich da ja machtlos.« (316/16)

Der Schutz der Organisation in der Krise besteht für diesen Interviewten im wesentlichen aus Rechtsschutz.

Die Sicht der Gewerkschaft als Rückversicherung für Notfälle, wie aus den letzten Zitaten deutlich wurde, ist zentraler Bestandteil der übergreifenden Interessenorientierung »Delegation«, die auch in den anderen Deutungsmustern, in erster Linie jedoch den reduktionistischen, anzutreffen ist. In dieser Sicht werden die Ziele der Gewerkschaften, die sich auf eine Veränderung der Lage der Lohnabhängigen und des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses richten, nicht wahrgenommen. Die Gewerkschaft als Versicherungsverein wird nicht von sich aus aktiv, verfolgt keine eigenen Ziele,

sondern kann bestenfalls Rückhalt bieten. Sie wird kaum als wirksames Verteidigungsinstrument angesehen, denn gegen einen unaufhaltsamen Prozeß erscheint Widerstand sinnlos. Die Gewerkschaft ist wichtig als »Vertrauensbasis« für verunsicherte Arbeiter; was sie für sie im einzelnen tun kann, bleibt diffus. Diese Variante der Interessenorientierung »Delegation« paßt also vollständig in die Logik des Deutungsmusters »Fatalismus«.

»Mit der ist das gar nicht anders möglich« - Die Wirtschaft in der Krise

Für einige Interviewte mit der »Kleine-Leute-Ideologie« erscheinen Wirtschaft und Gesellschaft als undurchschaubares System. Die Mehrheit der Interviewten mit dem Deutungsmuster »Fatalismus« sucht jedoch nach rationalen Begründungen für den krisenhaften Wirtschaftsverlauf. Zwei Argumentationen sind dabei relevant, die beide zunächst als realistische Wahrnehmungen der gesellschaftlichen Zusammenhänge angesehen werden könnten, in denen aber die fatalistische Sichtweise übermächtig ist. Gemeinsam ist beiden Argumentationen eine spezifische Wahrnehmung der Wirtschaft.

»Die schimpfen zwar alle, aber ändern kann's keiner. Das mag zwar unsere Regierung auch noch nicht zugeben, irgendwann müssen sie das zugeben. Das ist im Augenblick, so wie unsere Wirtschaft dasteht, mit der ist das gar nicht anders möglich. Das mußte irgendwann kommen. Und auch wenn die Gewerkschaften sich hinstellen und sagen, die Arbeitgeber sind schuld, daß die Arbeitsplätze immer weniger werden, da bin ich noch gar nicht mal von überzeugt.« (525/35)

Der Facharbeiter aus der Automobilindustrie, von dem das Zitat stammt, sieht keine Eingriffsmöglichkeiten zur Krisenlösung. Er schließt daraus, daß letztlich auch Eingriffe in der Vergangenheit nicht zur Krise geführt haben: Schuld hat also auch keiner, weder die am Wirtschaftsprozeß direkt Beteiligten noch der Staat. Die Krise wurde von der Wirtschaft aus sich selbst heraus hervorgetrieben, »mit der ist das gar nicht anders möglich«, da gab es kein Entrinnen, keinen steuernden Eingriff. Das Wirtschaftssystem wird als ein Selbstlauf gesehen, der sich nach eigenen Gesetzen und aufgrund einer immanenten Antriebskraft bewegt.

Als Antriebskraft für den Wirtschaftsprozess wird die technische Entwicklung genannt. Von einer Diskussion zwischen Gewerkschaften und Industriellen berichtet derselbe Facharbeiter:

»Es ging also um diese ganzen Computer, um die Roboter, Automatisierung. Ja, Herrgott nochmal, daß diese Roboter kommen, das war gar nicht zu vermeiden.« (525/3)

Über die Folgen ist er sich im klaren:

»Wir sind am Stillstand eigentlich angelangt jetzt . . . Von den derzeitigen Technologien, die uns zur Verfügung stehen, da haben wir im Augenblick 'ne Grenze erreicht, ja. Der nächste Sprung, der kommt. Der wird so radikal sein, da werden wir wahrscheinlich noch 'ne Million Arbeitslose kriegen.« (525/36)

Die Begriffe, in denen dieser Interviewte seine insgesamt zutreffende Einschätzung der Einführung der Elektronik in der Produktionstechnik und deren Folgen ausdrückt, machen deutlich, daß für ihn nicht bestimmte unternehmerische Entscheidungen und Handlungen der Motor dieser Entwicklung sind, sondern die Technologien werden selbst zum Subjekt: Sie machen einen Sprung, »diese Roboter kommen«. Wirtschaft und Technik sind zwar zur Zeit vom »Stillstand« geprägt. Wenn sie wieder in Bewegung kommen, wird dies jedoch nur zu einer Verschärfung der Krisenprobleme führen.

»Die Arbeitsplätze, die kriegen wir auch nicht wieder. Die sind weg. Die sind wegrationalisiert. Da können die alle reden, soviel die wollen, die sind weg, die Arbeitsplätze.« (525/34)

Die Ursache für die Arbeitslosigkeit wird also in der technischen Entwicklung selbst gesehen; die Anwendung im Produktionsprozeß erscheint als zwangsläufige Folge der Existenz der technischen Mittel zur Rationalisierung.

» . . . Den Fortschritt durch die Elektronik, die Zukunft, daß da, sieht man ja bei VW, die Roboter, die arbeiten ja Tag und Nacht, kann man bald sagen, ersetzen drei Leute. Fortschritt der Technik, der Arbeitslosigkeit, ist ganz klar. . . . Eine Arbeitskrise ist nur dadurch entstanden, weil wir in die Zukunft blicken müssen, und da müssen wir halt, da müssen wir uns mit abfinden.« (316/27-28)

Bei beiden Aussagen ist wieder die Akzeptierung der Faktizität dieser Entwicklung auffällig. Der »Fortschritt der Technik« ist zugleich der der Arbeitslosigkeit; das »ist ganz klar«, also unausweichlich.

Die schlimmen Folgen der Rationalisierung waren sogar vorher bekannt; wenn man in die Zukunft blickt, kann man sehen, »daß wir wahrscheinlich noch 'ne Million Arbeitslose kriegen«. Für den Interviewten 316 hat gerade die Einsicht in den Selbstlauf der technischen Entwicklung die »Arbeitskrise« mit sich gebracht. Denn die Unternehmen und auch die Arbeiter (also »Wir« als nationale Wirtschaft) müssen die Gesetze der Konkurrenz akzeptieren, und da die *Zukunft* die technologischen Mittel zur Einsparung von Arbeitskräften *bringen wird*, müssen sich die Einzelunternehmen entsprechend verhalten und die Automation einführen. Es hat in dieser Logik also keinen Zweck, die Rationalisierung zu bekämpfen; das wäre geradezu anachronistisch. Über solche Versuche, die Eigenbewegung der Wirtschaft aufzuhalten oder ihre Gesetze zu ignorieren, kann man sich nur aufregen: »Herrgott nochmal, . . . das war gar nicht zu vermeiden« (525). Statt dessen kann und muß man sich fatalistisch damit und mit der Folge: Arbeitslosigkeit abfinden.

Der technische Fortschritt als unbeeinflussbare Variable dient gerade den in der Elektroindustrie oder in der Automobilindustrie Beschäftigten als Entlastungsargument. Ein Bandarbeiter sagt zur technischen Entwicklung:

»Einerseits wird's wohl immer so weitergehen, daß vielleicht Arbeiten naher auch noch da sind? Aber sonst? Abwarten, wie's weitergeht . . . Ich sag immer, Hauptsache, wir haben unsern Arbeitsplatz noch.« (321/5)

In der Benennung der Bedrohung hält dieser Arbeiter – ähnlich wie die eingangs zitierten – zugleich an der trügerischen Sicherheit der Gegenwart fest, um sich nicht zuviele Gedanken machen zu müssen.

Mit dem Argument, daß »wir in die Zukunft blicken müssen«, wurde bereits implizit die zweite Antriebskraft der Wirtschaft benannt.

»Automatisierung trägt natürlich einen ganzen Teil da bei, nicht. Und Automatisieren kommt ja durch Konkurrenz. Denn wir haben ja vor dreißig Jahren keine Konkurrenz in Japan gehabt . . . Es gibt doch nichts, wo er nicht 'ne ernsthafte Konkurrenz ist . . . Und das wird auch weiter so gehen, die Chinesen fangen jetzt auch an, das wird auch noch mal eine Konkurrenz für uns.« (402/31-32)

Die sich weltweit ausdehnende kapitalistische Konkurrenz, die zur Herstellung eines Weltmarkts geführt hat, setzt in diesem Gedankengang einen Mechanismus in Gang, den

niemand mehr aufhalten oder steuern kann. In diesem Prozeß der Durchsetzung des Konkurrenzprinzips herrscht seit Jahrzehnten Kontinuität; die Krise ist ein Element dieser Durchsetzung.

»Krisen wird es immer geben, und, ja natürlich, was der eine als Krise bezeichnet, kann der andere als normal bezeichnen. In der westlichen Welt wird das vielleicht gar nicht mal als Krise angesehen, da ist das ja normal, ein normaler Zustand im Augenblick, das ist ja nirgendwo anders, und wenn, wenn es irgendwo anders ist, ist ja keine Krise.« (402/34)

Mit dieser Aussage sollen nicht die Auswirkungen der Krise geleugnet werden; der Interviewte meint nur, daß ebenso wie die Automatisierung auch die anderen Krisenphänomene zum Durchsetzungsprozeß der internationalen Konkurrenz gehören. Die Konkurrenz wird vom Kapital ausgetragen: » . . . es gibt nur ein Kapital . . . was anderes kann ja gar nicht dahinterstecken . . . « (402/34). Das Kapital kann sich den immanenten Tendenzen des Mechanismus, der zur Krise führt, nicht entziehen. Die strukturellen Auswirkungen der Konkurrenz und die Verfestigung der Machtverhältnisse erscheinen unveränderbar.

»Ja, man müßte, das ist natürlich eine Utopie, man kann nur denjenigen zwingen, der was hat, aber derjenige läßt sich nicht zwingen, also bleibt alles, wie es ist . . . Also schlittern wir immer weiter in diese Sache rein.« (402/36)

Jeder Gedanke, etwas zu verändern, wird von diesem Interviewten als schlechte Utopie, also als nie zu verwirklichender Traum, abgetan. Aus der Einsicht in die Herrschaftsverhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft (»Jede Regierung ist nur so stark, wie das Kapital es zuläßt.« - 402/36) schließt dieser Interviewte nicht auf die Notwendigkeit ihrer Abschaffung, das ist für ihn Utopie.

»Da muß ich jetzt mal eben ein bißchen, ein bißchen weiter ausholen. Bei den alten Römern gab es auch eine obere und eine untere Schicht. Und die gab es schon, solange es Menschen gibt, auch bei den Inkas und bei den alten Chinesen auch schon, das wird natürlich so bleiben. Man kann einen Menschen nicht zum, also zu lauter Gleichgesinnten erziehen, das geht nicht.« (402/18)

Die Existenz von Herrschaft von Menschen über Menschen in anderen Gesellschaften, in früheren Zeiten und anderen Teilen der Welt (Inkas, Chinesen) dient ihm als Beweis dafür, daß die Gliederung der Gesellschaft in oben und unten

naturegegeben ist, also keine spezifischen, sondern unspezifische, überzeitliche und allgegenwärtige Ursachen hat. Die unterschiedlichsten Gesellschaften sind unter diesem Gesichtspunkt gleich; dies ist auch die Gemeinsamkeit mit den Gesellschaften der Gegenwart. Aus diesem Grund – weil es Herrschaft immer und überall gegeben hat – wird es sie auch immer geben. Diese fatalistische Schlußfolgerung wird noch mit der anthropologisierenden Argumentation verknüpft, daß die Menschen verschieden seien, und alle Versuche, sie »gleichgesinnt« zu erziehen, scheitern müßten. Wegen dieser Ungleichheit bleiben auch die Unterschiede von oben und unten erhalten. Es kann daher nicht sinnvoll sein, sich gegen die Herrschaftsverhältnisse in dieser Gesellschaft aufzulehnen.

**»Wenn jeder satt ist, kauft er sich ja nichts mehr« -
Die Krisenursache**

Auf der Grundlage der mechanistischen Vorstellungen vom Wirtschaftsablauf sehen die Interviewten die technologische Entwicklung und/oder die internationale Konkurrenz als die Ursache einer enormen Steigerung der Produktion an.

»Ich nehme an, daß alles gesättigt ist. Daß nirgends mehr was gebraucht wird . . . Wenn wir nix mehr absetzen können, dann sind Leute über. Das ging zu schnell. Das sieht man ja bei uns, wenn sie nun bei einem Band oder bei zwei Bändern geblieben wären, aber das war zu wenig. Wollten mehr verdienen: drittes Band, vier, fünf Bänder, daß sie ordentlich viel produzieren können. Hätten sie nur die Hälfte gehabt, und alle hätten das so gemacht, nicht, hätte man noch zwanzig Jahre länger Arbeit gehabt.« (404/40)

Die Möglichkeit der Produktionssteigerung durch den Einsatz aller technischen Mittel hat das kurzfristige Profitinteresse der Unternehmer angestachelt und zu einer Überproduktion geführt. Selbst größere Zurückhaltung hätte die Krise jedoch nur hinausgeschoben; in etwa 20 Jahren wäre dasselbe Problem aufgetaucht.

»Wie erklärt man sich die Arbeitslosigkeit? Ganz grob gesagt, wenn jeder satt ist, kauft er sich ja nichts mehr und wo nicht gekauft wird, braucht man nichts herzustellen. Und das ist der Lauf der Welt.« (402/30)

Diese knappen Sätze geben die Quintessenz des Deutungs-

musters und seiner fatalistischen Schlußfolgerung wieder: Die Produktion von Gütern bezieht sich in der Sicht dieses Facharbeiters ausschließlich auf die Bedürfnisse der Menschen, letztlich sogar auf die Grundbedürfnisse wie die nach Nahrung und Kleidung: »wenn jeder satt ist . . .«. Mit den modernen Produktionsmethoden gelingt es, die Grundbedürfnisse zu stillen; nur solange hier ein Mangel herrscht, gibt es auch Arbeit. Ist der Mangel behoben, wird Produktion zur Überproduktion und führt zur Krise. In der Überhöhung dieser Beobachtung zum »Lauf der Welt« liegt der Unterschied zur Benennung der Überproduktionskrise im Deutungsmuster »ökonomischer Strukturen«.

In der fatalistischen Sichtweise wird der Bedarf der Menschen an bestimmten Gebrauchsgegenständen zum Grund der Produktion von Waren; in der Tatsache, daß der Mensch Dinge »braucht«, liegen die Absatzmöglichkeiten. An den Waren wird also nur ihre Gebrauchswertseite wahrgenommen. Wenn »nirgends was gebraucht wird«, können die Güter nicht abgesetzt werden, und dann sind in den Betrieben Arbeiter überflüssig, sie werden arbeitslos.

»Je mehr Arbeitslose, je weniger wird gekauft. Arbeitsloser kann sich keinen Fernseher kaufen, oder ein Auto, oder wie oder was. Können sie wieder weniger produzieren, gibt's wieder Arbeitslose und das geht immer so weiter. Vor allen Dingen keine Aussicht, daß es besser wird.« (404/40)

Wenn die Überproduktion einmal begonnen hat, setzt sie einen unaufhaltsamen Krisenprozeß in Gang. Die materielle Situation der Arbeitslosen führt zu sinkendem Konsum bestimmter Güter, vor allem der nicht lebensnotwendigen; dadurch verschärft sich die Absatzkrise, »und das geht immer so weiter«. Überproduktion, Arbeitslosigkeit und Krise sind ein geschlossener Kreislauf, in dem es keinen Punkt des Eingriffs von außen gibt.

»Ja, was heißt Krise. Ich sehe gar nicht, daß es wieder hoch gehen könnte . . . Müßte ja irgend jemand sein, der auch kaufen will. Wer soll denn kaufen? . . . Also Krise schon, aber eine ohne Ende.« (404/42)

Die Interviewten mit dem Deutungsmuster »ökonomische Strukturen« sehen demgegenüber durchaus Eingriffsmöglichkeiten. Wenn weder diejenigen, deren Bedarf gesättigt ist, noch die Arbeitslosen Güter kaufen, wird die Krise zum »Zustand«.

»Das läuft ja schon ein paar Jahre. Früher haben wir ja, wenn ich das so verfolg', auch auf der Werft Krisenzeiten gehabt, wo praktisch weniger zu tun war, aber dann füllt sich das dann, irgendwann war die Arbeit wieder da. Aber das ist ja jetzt überhaupt nicht zu sehen. Also für mich ist das keine Krise mehr, das ist schon praktisch ein Zustand, der scheinbar jetzt auch über Jahre bestehen bleibt.« (222/29)

Diese Aussage wendet sich gegen die bis Ende der siebziger Jahre auf den Werften verbreitete Meinung, die Krise würde schnell wieder einem Aufschwung weichen, es handele sich nur um eine der zahlreichen Rezessionen im Schiffbau, die man nicht tragisch zu nehmen braucht. Aus der realistischen Wahrnehmung der neuen Situation resultiert jedoch eine Akzeptierung dieser Situation als »Zustand«, an dem nichts geändert werden kann. Denn die Überwindung der früheren zyklischen Rezessionen war auf den damals noch funktionierenden wirtschaftlichen Mechanismus zurückzuführen: »irgendwann war die Arbeit wieder da«. So wie die früheren »Krisenzeiten« beruht auch der gegenwärtige Zustand auf Arbeitsmangel aufgrund der Marktsättigung.

»Wenn keine Arbeit mehr da ist, kann man auch keine Leute mehr beschäftigen.« (104/12)

Die betrieblichen Entscheidungen erscheinen als rationale Reaktion auf eine unbeeinflussbare Situation. Die Interviewten äußern daher keine Kritik daran.

»Ich weiß noch nicht, wie das da alles wird, was da werden soll, und ich bin auch ein Mensch, ich interessier' mich da nicht so für. Ich werd' das ja gewahr, ... es ist zwar natürlich schlecht, ich habe jetzt gerade in den Nachrichten oder wann da gehört, daß die da einen Haufen Leute entlassen müssen.« (206/5)

Die Entlassungen werden als zwangsläufiges Resultat der Wirtschaftslage angesehen; die Betriebsleitung handelt nur als ausführendes Organ. Das Desinteresse an dem, »was da werden soll«, ist ungebrochen; selbst eigene Betroffenheit wird diesen Interviewten nicht zu einer Interessenposition bringen, denn gegenüber Dingen, die »werden«, die also nicht von jemandem *gemacht* werden, sondern aus sich selbst heraus oder aus dem »Lauf der Welt« (402) entstehen, können Interessen kaum geltend gemacht werden.

»Tja, wer könnte da was dran machen? Ja, das wird ja immer behauptet, die Regierung hat die Schuld, aber ich kann mir auch nicht vorstellen, wenn wir

da 'ne andere Regierung kriegen, daß die aus dem ganzen Schlamassel, bzw. daß die das anders machen können, nicht. Denn wenn wir jetzt, sagen wir mal, auf'm Arbeitsmarkt nicht genügend Arbeit da ist, dann kann die Regierung kann da jetzt auch nichts dran machen.« (124/22)

Dieser Interviewte führt den Mangel an Arbeit als Begründung dafür an, daß niemand an der Krise Schuld hat. Der »Arbeitsmarkt« wird als unbeeinflussbares Datum eingeführt. Da der Staat auf die Menge der anfallenden Arbeit keinen Einfluß nehmen kann, ist auch eine Schuldzuweisung ebenso falsch wie Erwartungen an Aktivitäten zur Krisenlösung vergeblich sind.

»Weiß ich nicht, was, wie man das ändern soll. Also es ist nicht mit dem Satz getan: Ausländer raus oder so was, das ist Blödsinn. Nicht, von wegen hier einen Ausländer 'n deutschen Arbeitsplatz, das ist, will ich da nicht mit sagen, aber wie man's ändern könnte, das weiß ich auch nicht.« (103/24)

Viele der Interviewten mit dem Deutungsmuster Fatalismus sind hellichtig: Sie durchschauen den Selbstbetrug und die Projektionen ihrer Kollegen. Der Vergleich mit den »kleinen Krisen im Schiffbau« wird entlarvt und die eigene Betroffenheit wahrgenommen: Kaum einer dieser Gruppe ist der Meinung, er sei der letzte, der entlassen würde. In der eben zitierten Aussage eines jüngeren Werftarbeiters wird der Sündenbockmechanismus, die Schuldzuweisung an die Ausländer kritisiert. Die Scheinlösung, daß die Ausländer die deutschen Arbeitsplätze besetzt haben und sie nun freigeben sollen, hält er für »Blödsinn«. Seiner Meinung nach sollten lieber auch die Kollegen, die die Abschiebung der Ausländer als Lösung ausgeben, ihre Ratlosigkeit gegenüber der Krise zugeben.

In dem Deutungsmuster »Fatalismus« sind also Momente der Einsicht in gesellschaftliche Zusammenhänge gegeben. Gegenüber diesen Einsichten ist jedoch die Funktion der fatalistischen Folgerung, die Krisenbetroffenheit nicht wirklich »an sich herankommen« zu lassen, übermächtig.

»Es kann uns nur noch'n Krieg helfen« - Die Krisenlösung

Die verhängnisvolle Tendenz dieses Deutungsmusters wird bei denjenigen Interviewten deutlich, die sich nicht mit der Konstatierung der »Krise ohne Ende« begnügen, für die der

Satz »es wird immer schlimmer« nicht nur die allgemeine Benennung des Krisenmechanismus bedeutet, sondern gesellschaftliche Veränderungen impliziert. Die einzig denkbare Lösung der Krise ist in der Logik des Deutungsmusters ein gewaltsamer Eingriff in den Mechanismus von Überproduktion und Krise.

»Wird ja noch immer schlimmer, wir rechnen ja nächstes Jahr oder übernächstes Jahr mit drei Millionen, nicht? . . . Ja, und wie endet das dann? Wie damals. Die Arbeitslosigkeit bei 29, 30, die Zeit. Bis denn wieder so ein kleiner Hitler kommt und denn, Rüstung, denn gibt's wieder Arbeit. . . Das möchte ich auch nicht gerne wieder. Das ist das einzigste.« (404/43)

Der Vergleich mit der faschistischen »Lösung« der Arbeitslosigkeit in der Weltwirtschaftskrise ist bei diesem Interviewten nicht als Aufforderung zur Verhinderung derselben Entwicklung gemeint; es ist »das einzigste«, was er sich als Auflösung der »Krise ohne Ende« denken kann. Er wünscht sich eine autoritäre Lösung nicht, er ist kein Faschist. Wenn jedoch Arbeitsmangel die Krise charakterisiert und der normale Bedarf an Gebrauchsgütern nicht zu genügend Arbeitsaufträgen führt, dann liegt die Konsequenz nicht fern: Rüstung bedeutet zunächst Arbeit; er sieht aber auch ihre Folge, den Krieg.

»Also, so leid es mir tut – das einzige, was eventuell mal wieder mit einem wirtschaftlichen Aufschwung zu tun haben könnte, das wäre ein ganz großer Knall. Schade, aber ich sehe es so. Wenn die irgendwo einen Krieg anzetteln, dann ist sofort ein Aufschwung da. Leider, leider ist es so.« (402/26–27)

Auch dieser Interviewte ist mit dieser »Lösung« nicht einverstanden; er argumentiert und handelt nicht selber militaristisch: »Wenn *die* irgendwo einen Krieg anzetteln. . .« – zu »denen« möchte er nicht gehören. Er geht jedoch davon aus, daß er als Europäer in der glücklichen Lage ist, nicht selbst einbezogen zu sein; »irgendwo« ist immer anderswo.

Ein wirtschaftlicher Aufbau – mit neuerlicher Produktion von Gebrauchswerten – erscheint nur nach der Zerstörung der vorhandenen Gebrauchsgüter möglich. Das heißt im Klartext: Bei Arbeitsmangel aufgrund von Überproduktion von Gebrauchsgütern heißt die Lösung der Krise Krieg. Diese Schlußfolgerung ziehen nicht alle Interviewten mit diesem Deutungsmuster; sie ist jedoch folgerichtig in seiner

fatalistischen Logik. Eine Arbeiterin hält den regelmäßigen Ausbruch von Kriegen überhaupt für unvermeidlich:

»Denn mich wundert überhaupt, daß es noch solange ruhig ist, wenn man so die Geschichte verfolgt, 14, 39, 33 fing's an zu brodeln, dann wären wir schon überreif, wenn man die Geschichte verfolgt, wären wir schon überreif.« (431/42)

Anders als die bisher zitierten sehen einige Arbeiter in der Tatsache, daß Kriege stattfinden und daß dabei Dinge zerstört werden, ihre eigenen Interessen aufgehoben:

»Na ja, nun, ich sag mir immer, schlechter kann's nicht werden. Kann nur noch besser werden. Und warum soll's nicht so weiter gehen? Ich meine, jetzt sind wieder 'n paar Schiffe abgesoffen, also kriegen wir wohl irgendwann mal wieder 'n paar Schiffe zu bauen. Haben sie wieder 'n paar kaputtgeschossen, also bauen die Engländer, haben die Engländer mit Kriegsschiffen zu tun. Dann kriegen wir von den Engländern die Frachtschiffe.« (229/28)

Also hat der Falkland-Krieg auch für »uns« etwas Gutes gehabt. Jegliche Veränderung der Situation wäre in seiner Sicht eine Änderung zum Guten hin. Dieser Zweckoptimismus ist eine Variante des Fatalismus, die alles hinnimmt, wie es kommt, an keinem Gewaltakt und keinem Rechtsbruch etwas auszusetzen hat.

»Schlechter kann's nicht mehr werden. Und wenn's noch schlechter wird, dann haben wir Pech gehabt. Was sollen wir dagegen tun? Das nächste Mal den Strauß wählen, ja. Oder irgendwie mal wieder so'n, so'n kleines Adolf Hitlerlein aus dem Boden stampfen. Dann sitzen wir zwar alle, alle in der Rüstungsindustrie, aber wir haben unser Auskommen. Dann kracht es irgendwo an der Grenze, und denn ist das so, wenn wir da, was ich vorhin schon mal sagte, es kann uns wahrscheinlich nur noch'n Krieg helfen.« (229/28)

Die autoritäre »Lösung« selbst wählen, selbst aktiv dazu beitragen, die Demokratie abzuschaffen – das ist der hier vorgeschlagene Ausweg aus der Krise, damit »es nicht noch schlechter wird«. Die Bundesrepublik soll sich als Exportland für Rüstungsgüter entwickeln, damit »wir unser Auskommen« haben. Die Kriege »an der Grenze«, von denen man also nicht unmittelbar betroffen ist, werden euphemistisch als »kleine Krisenherde« (104/6) bezeichnet, in denen noch Rüstungsgüter und Gebrauchsgegenstände vernichtet werden. Den Folgen wollen sie also entgehen; wem jedoch »nur noch 'n Krieg *helfen*« kann, dem ist gar nicht mehr zu helfen.

»Ich komm' schon durch« - Die individuelle Reaktion

Einige der Interviewten entscheiden sich in ihrer fatalistischen Sicht der wirtschaftlichen Entwicklung für eine aktive Anpassung an die wechselnden Ansprüche des Wirtschaftssystems. Wesentliche Mittel einer solchen Anpassung sind für den einzelnen Lohnarbeiter Weiterqualifikation und Suche nach einem Arbeitsplatz in einem Betrieb, der von den Auswirkungen der Krise weniger betroffen ist.

»Und ich weiß eins genau, daß, wenn mir widerfahren sollte, das, was eben 1,7 Millionen widerfahren ist: arbeitslos zu werden, ich würde innerhalb einer Woche beziehungsweise 14 Tagen Arbeit haben. Auch mit dem Risiko, daß ich vielleicht etwas weniger verdiene. Deswegen habe ich auch zwei Berufe. Ich könnte jederzeit in meinen alten Beruf zurück. Die Möglichkeit besteht. Und auf der anderen Seite bin ich nicht so, daß ich halt eben sage, ich bin an diesen Platz hier gebunden.« (525/5)

Dieser Facharbeiter hat also nicht vor, tatenlos allem, was geschieht, entgegenzusehen, sondern hat sich für Weiterqualifikation und Mobilität entschieden. Nachdem er seinen ersten Beruf aus familiären Gründen aufgegeben und mehrere Jahre als Montagearbeiter am Band gearbeitet hatte, ließ er sich zum Werkzeugmacher umschulen; jetzt hat er einen entsprechenden Arbeitsplatz. Zur Zeit macht er noch eine Weiterbildung zum Industriemeister. Mit seinem »alten Beruf« meint er die Tätigkeit als Bootsmann. Die in dieser Aussage demonstrativ vorgetragene Anpassungsbereitschaft würde alle beruflichen Anstrengungen der Vergangenheit zunichte machen; dies erwähnt er jedoch nicht. Auch die anderen Kosten dieser Flexibilität (Hintanstellung seiner beruflichen Interessen, Lohneinbußen, Abbrechen von sozialen Beziehungen beim Ortswechsel) sind ihm kaum der Erwähnung wert. Das entscheidende Mittel zur Flexibilisierung seiner Arbeitskraft ist ihm die Weiterqualifikation.

»Das ist auch zum großen Teil der Grund, warum ich mich hingesetzt habe und gesagt habe, gut, ich mache den Industriemeister. Also es sind auch etliche Kollegen von mir, die halt eben sagen, na gut, vielleicht kann es einen auch mal erwischen, aber denn ist es halt eben so, wenn ich mich irgendwo bewerbe und ich stehe irgendwo hinter dem Tresen, und ich kann mal eben meinen Facharbeiterbrief vorlegen und meinen Meisterbrief daneben. Neben mir steht einer, der hat nur den Facharbeiterbrief, daß meine Chancen vielleicht etwas größer sind wie dem seine. Das ist also erst mal der Hauptgrund gewesen.« (525/5)

Wenn der Meisterbrief ihm nicht den gegenwärtigen Arbeitsplatz sichern kann, soll er ihn immerhin in der Konkurrenz mit anderen Lohnarbeitern besserstellen. In seiner Vorstellung sieht er sich auf den Arbeitsmarkt geworfen: Er steht zusammen mit anderen arbeitslosen Arbeitern in einem Einstellungsbüro. Wenn er dort »mal eben« seine beiden Qualifikationen belegen kann, werden die Konkurrenten das Nachsehen haben. Der von ihm an anderer Stelle betonte Wert der Facharbeiterqualifikation als Möglichkeit, einen Bezug zum Arbeitsinhalt herzustellen und interessante, anspruchsvolle Arbeit machen zu können, verliert auf dem Arbeitsmarkt völlig an Relevanz. Wenn der Konkurrent »nur« den Facharbeiterbrief vorzuweisen hat, wird er ihn mit dem Meisterbrief, der für ihn eine rein formale Qualifikation bedeutet, ausstechen. Diese Instrumentalisierung der Qualifikation entspringt seiner fatalistischen Sichtweise: Er sieht eine Entwertung der Qualifikation in der Krisenentwicklung voraus und paßt bereits sein jetziges Verhalten dieser möglichen Veränderung an. Sein Weitblick ist zugleich eine Unterwerfungsstrategie. Aktives, sogar tendentiell aggressives Verhalten in der Konkurrenz steht also nicht im Widerspruch zur fatalistischen Wahrnehmung der Krise.

Die Mehrzahl der Interviewten zieht jedoch aus der fatalistischen Wahrnehmung die Folgerung, sie selber könnten auch zur Verbesserung ihrer individuellen Lage nichts unternehmen.

»Ja, ich nehme an, daß ich die paar Jahre, die ich noch habe, noch irgendwie über die Bühne bring?.« (104/5)

Der einzelne kann nur abwarten und hoffen, daß die großen Probleme erst auftreten, wenn er bereits im Rentenalter ist oder eine Regelung der vorgezogenen Rente für ihn möglich ist. (Aus diesem Grund spielt bei der Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung bei den Arbeitern das »Modell« der Verkürzung der Lebensarbeitszeit eine hervorragende Rolle. Vielen älteren Arbeitern scheint sich damit eine Lösung ihrer individuellen Krisenbetroffenheit anzubieten – anders als etwa durch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit.)

Ein anderer Arbeiter will sich auf das »soziale Netz« verlassen; er antwortet auf die Frage nach der Gefahr (neuerlicher) Arbeitslosigkeit:

»Nein, das interessiert mich überhaupt nicht. Wenn das wirklich so ist, . . . dann hole ich mir mein Geld vom Staat. Ich komm' schon durch. Man kriegt zwar nicht ganz soviel, aber man braucht auch nicht ganz so viel. Und es gibt auch Möglichkeiten, es gibt auch nachher noch Möglichkeiten, etwas zu Geld zu kommen.« (402/29)

Die Einschränkung seines Lebensstandards sieht er als unvermeidbar an, auch wenn er sich nicht vollständig auf die Arbeitslosenunterstützung verlassen will. Wenn man als älterer Arbeiter einmal von Arbeitslosigkeit betroffen ist, erscheint der soziale Abstieg unvermeidlich – davon gehen auch andere Interviewte aus, die im Einzelfall sogar bereit sind, »drei Stunden als Straßenfeger zu gehen«. (215/4).

»Solang' die Werft besteht«

Charakteristisch für das Deutungsmuster »Fatalismus« ist die Bereitschaft, sich auf den »Lauf der Welt« einzustellen und auf eine eigene Lebensplanung weitgehend zu verzichten. Ein seit 25 Jahren bei derselben Werft beschäftigter Arbeiter sagt auf die Eingangsfrage im zweiten Interview, ob er noch bei demselben Betrieb arbeite:

»Bis jetzt noch, solange' die Werft besteht.« (215/2)

Dieser Satz enthält eine Art von Zusage, von Treue, sich auf alles einzulassen, was mit der Werft – und damit mit ihm selbst – geschieht. Implizit wird auch ein Verzicht auf eigene Interessen ausgesprochen: »solang' die Werft besteht«, sind allein schon durch diese Tatsache seine Interessen erfüllt.

»Wir haben uns damit abgefunden, was können wir, was sollen wir noch viel verlieren.« (215/6)

Vielen der Interviewten, die fatalistisch abwarten, was auf sie zukommt, wenn sie »dran« sind, ist ein biographischer Hintergrund gemeinsam: der Eintritt in das Arbeitsleben in der Kriegs- oder Nachkriegszeit. Von den Entscheidungen, die damals getroffen wurden – ohne ihr eigenes Zutun! – ist ihr gesamtes Arbeitsleben geprägt worden.

»Was ich nun praktisch auf der Werft, das ist ja auch kein gelernter Beruf . . . Und da hab' ich ja auch meinen Kindern gesagt, seht zu, daß ihr einen gelernten Beruf habt, egal was, aber läuft nicht so rum. Ich sag', ich bin dahin geschoben worden die ersten Jahre denn, wie gesagt, die ersten

Jahre nach'm Krieg. Die mußten die Arbeit nehmen, die sie kriegten.«
(215/7)

Die für eine Lebensplanung zentrale Entscheidung, welchen Beruf man erlernt oder welche Arbeit man annimmt, ist für niemanden eine vollständig freie, in die nur eine Abwägung von Fähigkeiten, Neigungen und Zielen einging. Für viele Jugendlichen in der genannten Zeit gab es jedoch keinerlei Möglichkeit, diese Entscheidung zu beeinflussen: »Die mußten die Arbeit nehmen.« Mit »die« ist die ganze Generation gemeint. In der Formulierung verallgemeinert dieser Interviewte seine eigene Erfahrung, die er als erhebliche Einschränkung erlebt hat: »Ich hab' keinen Fachbrief, gor nix.« Er mußte sein Leben lang »so rumlaufen«.

Auch in den folgenden Jahren hat er nie eine eigene Entscheidungsmöglichkeit gehabt; auf der einen Seite war er als Arbeiter ohne »Fachbrief, gor nix« der Betriebsstrategie in besonderer Weise unterworfen, auf der anderen Seite bestimmten soziale Einbindungen (Verpflichtung gegenüber der Familie etc.) sein Handeln. Das Gefühl, immer »geschoben« zu werden, ist ein konstitutives Merkmal des »Fatalismus«. Dieser Interviewte ist jetzt soweit zu sagen: »Was sollen wir noch viel verlieren?« Im Grunde hat seine Generation seiner Auffassung nach nie viel zu verlieren gehabt. Ein weiteres Element des Deutungsmusters »Fatalismus« ist die Bereitschaft zu Bescheidenheit und Verzicht:

»Also das wird weniger wieder, immer weniger . . . Armer Mensch bin ich. Aber ich verlang' gar nicht so viel, ich bin damit zufrieden . . . Ich brauch' das nicht so, was zum Angeben oder so, also so nicht. Kommt vielleicht noch von früher, vom Krieg, da waren die Leute irgendwie bescheidener.«
(404/23-24)

Der Interviewte stuft sich mit seiner Lohnhöhe von netto 1.500 DM als »armer Mensch« ein; verglichen mit den Preisen wird es »immer weniger«. Die Generation, die - wie er - den Krieg erlebt hat, bezieht sich jedoch auf andere Maßstäbe als den inzwischen erreichten Lebensstandard, der für die jüngere Generation selbstverständlich ist. Er kann sich durch den Vergleich mit wirklich »schlechten Zeiten« beruhigen und mit den schlechten Zukunftsaussichten fatalistisch abfinden. Sein Ziel ist die Zufriedenheit, und das kann man einfach dadurch erreichen, daß man sich entschließt, zufrieden zu sein.

Die Zufriedenheit dehnt er auf seine Arbeitssituation und die Vertretung seiner Interessen aus. Auf die Frage nach den Aufgaben des Betriebsrats in der betrieblichen Krisensituation sagt er:

»Ich sitz' da hinten in meiner Ecke, arbeite für mich alleine so. Was die andern für Sorgen haben, da kommste kaum hinter. Es mag manches geben so. Ich weiß es nicht. Ich bin anspruchslos, ich stell' keine Forderungen . . . Alles ist eingelaufen, und man kennt das so, und das war schon immer so. Denn kommt man gar nicht auf die Idee, daß man irgendwie was anders machen könnte.« (404/35)

Auch wenn es dem einzelnen nicht gut geht, alle »Sorgen haben«, der Lohn immer weniger wird – »das war schon immer so« –, und da kann man auch nichts daran machen. Schon der Gedanke, der Wunsch, daß es anders wäre, ist erstickt in der muffigen Zufriedenheit.

1.4 Deutungsmuster »Politik als Krisenursache«

Das Deutungsmuster »Politik als Krisenursache« beruht auf einer spezifischen Interpretation des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft. Es ist ein Teil der weit verbreiteten Deutung, der Staat müsse zur Lösung der Krise in das wirtschaftliche Geschehen eingreifen; es unterscheidet sich jedoch von dieser allgemeinen Erwartungshaltung zum Staat durch eine besondere Bestimmung der Krisenursachen. Nur in der Forderung nach staatlichen Krisenmaßnahmen besteht Übereinstimmung mit vier Fünfteln der Interviewten, die bereits in den Erstinterviews solche Erwartungen äußerten: Danach sollte der Staat entweder auf die Unternehmer einwirken, zum Beispiel die Verwendung der Subventionen besser kontrollieren, die Inflation bekämpfen oder sozialpolitische Maßnahmen zugunsten der Betroffenen, in anderen Fällen aber auch autoritäre Maßnahmen gegen Arbeitslose und ausländische Arbeiter ergreifen. Ebenfalls in den Erstinterviews wurden Sparmaßnahmen auf den Gebieten der Entwicklungshilfe und der Rüstung, zum Teil auch auf dem Gebiet der Sozialpolitik gefordert.

In beiden Interviewwellen wurde festgestellt, daß Arbeiter gerade in der Krise in hohem Maß Erwartungen an staatliches Handeln richten. Nur wenige Interviewte lehnen staatliche Eingriffe in die wirtschaftlichen Vorgänge ab. Wenn Arbeiter überhaupt meinen, daß jemand in den Krisenverlauf eingreifen könne, dann nennen sie in ihrer großen Mehrheit den Staat. Weitaus geringer ist die Zahl der Arbeiter, die den Gewerkschaften die Fähigkeit zum Eingreifen zusprechen. Einige Arbeiter denken auch, daß die Unternehmer die Möglichkeit hätten, der Krise gegenzusteuern; sie bestreiten jedoch, daß die Unternehmer das wollen.

In den Erwartungen an staatliches Handeln drückt sich in der Regel eine spezifische Staatsorientierung aus. Nun sind die Arbeiter zwar – wie schon erwähnt – im Sinne der Unterscheidung von »citoyen« (politischer Staatsbürger) und »bourgeois« (unpolitischer Privatmann) in der Regel »bourgeois«, das heißt sie begreifen die gesellschaftlichen Abläufe als im Prinzip selbstregulierende und funktionsfähige und nicht als genuin staatlich oder politisch geformte Prozesse; dennoch zeigt sich in der Krise in den Forderungen nach

staatlichen Interventionen eine gewisse Politisierung der Staatsorientierung des »bourgeois«. Im Rahmen dieser Politisierung stellt das Deutungsmuster »Politik als Krisenursache« eine besondere Variante von Staatsorientierung dar, die in der Krise eine erheblich größere Relevanz erhält. Gut ein Zehntel der Interviewten erklärt, daß der Staat durch regelwidriges Verhalten die ökonomischen Prozesse empfindlich gestört hat.

»Das liegt an der ganzen Politik«

Diese Interviewten gehen also von der Annahme aus, daß die Wirtschaft reibungslos funktioniert, solange sie nicht durch Eingriffe daran gehindert wird. Erst das Eingreifen des Staates verursacht die Krise.

Charakteristisch für die Annahme der Selbstregulierungsfähigkeit der Wirtschaft ist die Überzeugung eines gewerkschaftlichen Vertrauensmannes, daß die Unternehmer nicht in ihren Entscheidungen durch »Politik« eingeengt werden dürfen.

»Je mehr Politik gemacht wird, die in die Fabriken reingeht; also Politik ist immer schlecht . . .« (413/15)

Politik hat in den Fabriken nichts zu suchen; wenn sie »in die Fabriken reingeht«, hat das eine Störung der wirtschaftlichen Abläufe zur Folge. Die negative Beurteilung der Politik ist kennzeichnend für dieses Deutungsmuster. Auf diese Störungen reagieren die Unternehmer derart, daß die Konsequenzen eine Beeinträchtigung der Konjunktur und zum Schaden für Unternehmer und Arbeitnehmer sind.

»Ob das das Richtige ist . . ., je mehr Verordnungen und je mehr Gesetze gemacht werden, je mehr sträuben sich die Unternehmer . . . sieht man an den Lehrstellen schon . . . Was ich machen darf und was ich nicht machen darf und so, an Verordnungen und Gesetzen, das kann also auch hemmend wirken. Vorsicht.« (413/15-16)

Staatliche Eingriffe sollen also den Handlungsspielraum der Unternehmer nicht einengen, denn das würde die Entfaltung der unternehmerischen Initiative und damit die Wirtschaft hemmen.

Die Grundannahme des im folgenden auszuführenden Argu-

mentationszusammenhangs ist immer, daß die wirtschaftlichen Prozesse ohne regelwidriges Verhalten des Staates normal und das heißt, ohne krisenhafte Fehlentwicklungen ablaufen. Diese Grundannahme liegt explizit oder implizit dem Deutungsmuster »Politik als Krisenursache« zugrunde. Die Argumentationsfigur der Leugnung der Krise, die auch in anderen Deutungsmustern vorkommt, erhält in diesem Zusammenhang eine spezifische Begleitvorstellung, die aus dieser Grundannahme zu erklären ist. So stellt ein Metallarbeiter fest:

»Eine Wirtschaftskrise ist es nicht. Eine Wirtschaftskrise finde ich das nicht.« (508/44)

Wenn er die Existenz einer Wirtschaftskrise zugeben würde, dann bedeutete das nämlich, daß die Wirtschaft von sich aus in eine Krise geraten könne – ein ihm, wie die verstärkende Wiederholung des Satzes zeigt, völlig fremder Gedanke. Nein, »im Gegenteil«, sagt er implizit und setzt seine Rede fort mit der Behauptung:

»Da ist 'ne falsche Politik betrieben worden!« (508/44)

Diese Aussage ist das Leitmotiv des Deutungsmusters, mit dem die Interviewten die Ursache der Krise benennen.

Nicht die Wirtschaft kann am Entstehen der Krise Schuld haben, sondern allein der Staat. Entweder wird lapidar festgestellt: »Das liegt an der ganzen Politik« (117/57), oder es wird auch präzisiert, woran der Staat Schuld hat: »Aber das hat doch der Staat in der Hand, wenn er keine Arbeitsplätze schafft.« (510/45) In der ersten Feststellung wird die Ursache für die Krise überhaupt bestimmt, in der zugleich mit dem Eigenschaftswort »ganz« eine entschiedene Distanzierung von dem gesamten Bereich der Politik erfolgt. In der zweiten Feststellung wird Krise in ihren Auswirkungen auf die Arbeitnehmer definiert (»keine Arbeitsplätze«), auch hier wird, noch pointierter, Schuld zugewiesen, denn wenn jemand etwas »in der Hand« hat, dann liegt es an seinem (politischen) Willen, wenn er nicht entsprechend handelt.

Während im Deutungsmuster »Fatalismus« gerade die Machtlosigkeit des Staates angesichts der Wirtschaftskrise herausgestellt wird, ist es in diesem Deutungsmuster umgekehrt die Eingriffsfähigkeit des Staates, die unterstrichen wird. Auf sie wird bei der Behandlung der Forderungen an

staatliches Handeln noch zurückzukommen sein. Auf jeden Fall gibt es angesichts der Eingriffsfähigkeit des Staates für diese Interviewten keinen Zweifel: »Das ist klar, der Staat hat, die Regierung hat den Fehler gemacht.« (418/37)

Angesichts der in diesem Deutungsmuster behaupteten Machtfülle des Staates stellt sich natürlich die Frage, warum die Politiker solche gravierenden Fehler machen und Entwicklungen zulassen, die die Krise hervorrufen. Zu diesem Punkt wird von einem Teil der Interviewten jedoch keine Aussage gemacht, weil das Deutungsmuster mit der pauschalen Erklärung »Das liegt an der ganzen Politik« seinen Zweck erfüllt und die Krisenursache benennt. Und da sein Zweck erfüllt ist, besteht auch nicht die Notwendigkeit, diese Krisenursache zu hinterfragen.

Ein Teil der Interviewten führt zur Deutung des Verhaltens der Politiker Argumente an, die die Ursache für ihr fehlerhaftes Verhalten in den menschlichen Schwächen oder den Persönlichkeitsstrukturen der Regierenden sehen.

»Nee, nützt ja nix. Die pennen, die pennen, wirklich pennen. Pennen alle da oben. Und der der's Maul aufmacht, der wird eben abgeblockt. Und das ist nicht richtig.« (510/44)

Der Interviewte kann sich die Fehler der »da oben« nur damit erklären, daß sie »pennen«. Der große Nachdruck, den dieses Wort durch seine Wiederholung erhält, soll gewissermaßen die Politiker aufwecken, zugleich aber auch die Vergeblichkeit des Versuchs ausdrücken. Denn derjenige, der es trotzdem versucht, wird »abgeblockt«: Andere Politiker oder gar die »kleinen Leute« haben da keine Chance, denn die Dummheit der Verantwortlichen im Staat verhindert, daß sie gehört werden. So bleibt diesen Interviewten nur die Empörung über die Uneinsichtigkeit der Politiker:

»Für wie dumm verkaufen die uns bloß.« (117/25)

Wenn Staatseingriffe als Krisenursache festgestellt werden, dann ist es nur folgerichtig, die Politiker für die Handlungen des Staates verantwortlich zu machen. Daß die Schuld in der Regel den Politikern als solchen und nicht bestimmten Personen gegeben wird, liegt in der Logik der Argumentation, der zufolge Staat und Gesellschaft allgemein einander entgegengesetzt sind und die Beziehung beider nur im Eingreifen des Staates in die Gesellschaft besteht.

Aber selbst in den wenigen Fällen, in denen zwischen Staat und Gesellschaft ein komplexerer Zusammenhang konstatiert wird, ist für Fehlentwicklungen der Staat verantwortlich, wie das folgende Beispiel zeigt, in dem die Krise als Krankheit von Staat und Gesellschaft diagnostiziert wird:

»... Oder die Spannung, die da erwachsen kann, auf die Kinder übertragen. All das pflanzt sich fort. Und man sagt, der Staat ist so gesund, wie seine Sippe gesund ist. Und wenn die Familien nicht mehr gesund sind, dann ist der Staat auch krank.« (418/37)

Kein Wunder, daß die Politiker Fehler machen, denn der Staat ist ja krank, so krank wie die Familien. Damit wird scheinbar im Ansatz der Deutungsmusterrahmen überschritten, denn in dieser Deutung hat der Staat zwar Schuld, denn »die Regierung hat den Fehler gemacht ...«, aber es gibt einen größeren Zusammenhang von krisenhaften Entwicklungen, die auch gesellschaftliche Institutionen wie die Familie betreffen. Nur sind diese Entwicklungen ebenfalls wieder auf Politik zurückzuführen; sie entstehen nämlich

»durch das zu Liberale, durch das Unruhe-Reinbringen in die Familie. Wo die Frau nicht mehr weiß, was kann ich jetzt machen, was darf ich noch machen.« (418/37)

Wenn die Frau als Hüterin der Familie nicht mehr weiß, »was (sie) noch machen« darf und kann, dann ist die Institution Familie krank. Auch hier liegt also fehlerhaftes Staats Handeln vor, denn der Staat hat das »zu Liberale« gemacht; er hätte durch das Bewahren der überlieferten sittlichen Normen die Verunsicherung der Frau – die bei dem Interviewten große Beunruhigung auslöst, aber in Wahrheit seine eigene Verunsicherung ist – verhindern und das »zu Liberale« der Entwicklung stoppen sollen.

»Der Staat hat das Geld regelrecht verpulvert«

Im folgenden sollen nun einzelne Inhalte der Schuldzuweisung an den Staat in einigen Beispielen vorgestellt werden. Zwar ist die allgemeine Struktur der Argumentation immer in etwa dieselbe, der konkrete Inhalt des staatlichen Fehlverhaltens jedoch sehr unterschiedlich.

Ein sehr verbreiteter Vorwurf richtet sich gegen die Finanz-

politik des Staates. Die Kritik an der »falschen Politik« wird zum Beispiel folgendermaßen präzisiert:

»Da ist 'ne falsche Politik betrieben worden. Und zwar zehn Jahre lang. Über zehn Jahre lang ist 'ne falsche Politik betrieben worden. Wir könnten noch 'n sehr reiches Land sein. Wir waren ja mal so eins der reichsten Länder der Welt überhaupt, wenn nicht das reichste sogar. Aber wenn man natürlich überall das Geld hinschickt hier, überall da Wirtschaftshilfe, da Wirtschaftshilfe, und es kommt nichts dafür rein, denn muß das ja eines Tages, muß ja der Bankrott kommen denn . . . Man hat das Geld regelrecht verpulvert.« (508/44-45)

Die falsche Politik der Wirtschaftshilfe für Länder der Dritten Welt führt zum Bankrott des Staates. Diese Argumentationsfigur ist ein öffentliches Stereotyp, das wie ein beliebiges anderes die Aufgabe erfüllt, die Behauptung von der Fehlerhaftigkeit des staatlichen Handelns mit Inhalt zu versehen. Die Dramatisierung der Situation durch Wiederholung (»zehn Jahre lang. Über zehn Jahre lang . . .«) sowie durch Steigerung der Gegensätze (»reichstes Land der Welt« – »Bankrott«) verleiht der Argumentationsfigur rhetorisch Nachdruck; sie kann aber nicht verdecken, daß der Inhalt der Argumentationsfigur «Der Staat hat das Geld regelrecht verpulvert» austauschbar ist. Das belegen die folgenden Zitate:

»Der Staat hat genauso gehandelt wie der Unternehmer; wie's allen gut ging, hat keiner gerechnet. Auch der Staat nicht. Viele Dinge hat er gezahlt, er hat . . . ich weiß nicht, Sozialstaat ist gut, aber es ist nicht . . . nicht gut, daß der produktive Teil immense, immense Sachen reinzahlt, in Leistung, wo andere noch gar keine Leistung erbracht haben. Jemand, der unverschuldet in Not gerät, ob arbeitslos, ob Krankheit, ist egal was, der darf ja nicht absacken; ist ja ganz klar. Nur ich hab' das Gefühl, daß in manchen Dingen auch Mißbrauch getrieben wird. Das heißt also Mißbrauch mit den . . . Sozialleistungen, die in Anspruch genommen werden . . . Alles so Dinge, die also mit der Gießkanne verteilt werden und damit, und da bin ich der Ansicht, es wird viel Geld weggeschmissen.« (413/20-21)

Als Beispiele für mißbrauchte Sozialleistungen nennt der Interviewte Mietbeihilfe, Kindergeld und Sozialhilfe. Da er zum »produktiven Teil« der Bevölkerung gehört und in der Produktion das Prinzip »Kein Lohn ohne Leistung« zur Norm gemacht wird, will er es auch auf den Bereich der Sozialpolitik ausdehnen, für den das Prinzip gerade nicht gilt. In seiner Vorstellung werden »immense Sachen« mit seiner Arbeit finanziert; deshalb wehrt er sich gegen die Umverteilung an andere, die »noch gar keine Leistung erbracht haben«. Die Ausdehnung des Leistungsprinzips auf

Sozialpolitik soll nicht die »unverschuldet in Not« Gerate-
nen, sondern nur die Schuldigen treffen, die »Mißbrauch«
treiben. Das konservative Stereotyp der sozialpolitischen
»Gießkanne« erfüllt hier denselben Zweck wie das zuvor
zitierte Stereotyp (Entwicklungshilfe).

Aber auch progressive Argumentationsfiguren wie die Forde-
rung nach Kürzung der Rüstungsausgaben können zum Ste-
reotyp verkommen und in der Ausbuchstabierung des Deu-
tungsmusters anstelle des konservativen Stereotyps treten;
der reduktionistische Umgang mit diesem Argument wird
im folgenden Zitat deutlich, in dem zwei gegensätzliche Ste-
reotype nahtlos miteinander verbunden werden.

»Man hat jahrelang ganz schön mit unserem Geld rumgeaast. Hier Kredite,
da Kredite, die sie eventuell nie wiedersehen . . . Und auch teilweise in der
Rüstung, da wird auch so unheimlich viele Summen wird da reingesteckt,
ich weiß nicht, sollten die doch erstmal sehen, damit der eigene Staat
vernünftig dasteht, bevor sie da überall Kredite rausschmeißen und und
aufrüsten teilweise, da.« (307/25)

Wenn der Staat so das Geld »verpulvert«, »hinausschmeißt«,
mit ihm »rumaast«, dann ist das für diejenigen, die dieses
Geld erarbeitet haben, verständlicherweise empörend.

»Man hat ja, auf deutsch gesagt, überhaupt keine Lust mehr zum Arbeiten.
Man sagt sich, für wen bloß, für den Staat?« »Jedenfalls, was wir bezahlen
müssen, ist sagenhaft hoch.« »Von diesen 200 DM (Mehrverdienst) haben
Sie höchstens bloß noch die Hälfte, was Sie mit nach Hause nehmen, und
die andere Hälfte ist für andere Leute, also für den Staat.« (117/59)

Zwar soll in diesem Deutungsmuster der Staat Maßnahmen
gegen die Krise ergreifen, die Geld kosten, aber da der Staat
Fehler in der Finanzpolitik gemacht hat (und macht),
erscheinen die Steuern und Transferzahlungen (»für andere
Leute«) als nicht zu rechtfertigende Belastung der Arbeit-
nehmer. Mehr noch: Die Arbeiter, die die Leistungsanforde-
rungen dieser Gesellschaft verinnerlicht haben, sehen, daß
der Staat die zweckrationalen Prinzipien, die er ansonsten
gegen die Arbeiter durchsetzt, in seiner Finanzpolitik miß-
achtet. Dieses widersprüchliche Verhalten muß, da es das
Grundprinzip der Leistungsgerechtigkeit – ein Grundprinzip
dieser Gesellschaft und der Lohnarbeiteridentität – in Frage
stellt, notwendig zu Krisen führen.

In einer anderen Argumentationsfigur wird eine weitere
Ursache für die Krise festgestellt, die zugleich dazu führt,

daß dem Staat Finanzkraft und damit die Fähigkeit zur Intervention in die wirtschaftlichen Prozesse fehlt:

»Vor allen Dingen müßte der Staat auch solche Gesetze machen, daß Kapital nicht ins Ausland fließe, von Steuerflucht usw., usw.; also das Geld, was hier verdient wird, daß das auch hier versteuert wird, und dann hätte der Staat da manche Million mehr und nicht in der Schweiz auf 'nem Nummernkonto deponieren.« (117/59-60)

In diesem Fall sind es die Kapitalbesitzer, die durch Kapitalflucht und Steuerflucht das »hier verdiente Geld« nicht der deutschen Wirtschaft wieder zuführen. Die Leistungsgerechtigkeit tritt hier in nationalistischem Gewande auf; was »hier« verdient wurde, das muß auch hier ausgegeben und versteuert werden. Die Nichtversteuerung und die Kapitalflucht verletzen Interessen der Arbeitnehmer. Das Verhalten der Kapitalbesitzer erscheint durchaus verständlich, doch der Staat hätte Steuerflucht und Kapitaltransfer verhindern müssen. Da er diese seine Aufgabe nicht erfüllt, hat er an der Krise Schuld.

Gesellschaftsbild und »Kleine-Leute-Ideologie«

Welchen Inhalt das Argument erhält, daß die Ursachen der Krise in der »ganzen Politik« zu suchen seien, hängt eng mit den Deutungsmustern des Individuums für andere Relevanzbereiche zusammen. Wenn zum Beispiel das Gesellschaftsbild sich nicht auf den Produktionsbereich bezieht, sondern auf den Konsumtionsbereich, dann wird das Einkommen zum gliedernden Prinzip für die Theorie der Gesellschaft, dann tritt an die Stelle des Oben und Unten des an der Produktion orientierten dichotomischen Gesellschaftsbildes das höhere oder niedrigere Einkommen. Die Steuerflüchtigen sind dann - ohne daß ihre unterschiedliche soziale Funktion eine Rolle spielen würde - genauso gut Unterhaltungsmusiker oder Fußballstars oder pleitemachende Unternehmer.

In diesem Gesellschaftsbild sieht sich der Arbeiter als »kleiner Mann«, dem die gegenüberstehen, die »einen Haufen Geld verdienen« wie die Genannten und die »ganzen freien Berufe« (117/17). Konsequenterweise richtet sich daher die

Kritik am Staatshandeln auf die Benachteiligung des »kleinen Mannes«:

»Genauso mit den Sparmaßnahmen hier, also das trifft doch wirklich nur den kleinen Mann.« (117/17)

In diesem Zitat sind mit dem »kleinen Mann« vor allem Arbeitnehmer gemeint, doch das nächste zeigt, daß auch andere unter die Kategorie des »kleinen Mannes« fallen:

»... Und (Arbeitsplätze) kaputtgegangen sind in den Klein- und Mittelbetrieben. Da sind die kaputtgegangen. Die haben die so besteuert, den kleinen Mann, den kleinen Mittelbetrieb, da mit 12, 13 Gesellen, 7, 8 Stifte, nicht, da ist der kaputtgegangen, die sind kaputtgegangen. Ich meine, wenn da jedes Jahr 100.000 kaputtgehen, eines Tages ist da Schluß mit die kleinen Betriebe... kommt von oben, von oben ist es ja auch gekommen, kaputtzumachen. Die machen doch die Gesetze. Bloß die haben da wahrscheinlich keine Intelligenzbestie mehr drinne. Die machen die Gesetze im Bundestag.« (510/22)

Die zu hoch besteuerten »Kleinen« sind also fast unterschiedslos Arbeitnehmer und Kleinunternehmer, was verständlich ist, wenn man sich vergegenwärtigt, daß das Gliederungsprinzip des Gesellschaftsbildes nicht die soziale Funktion, sondern das Geldeinkommen ist.

Diese so bestimmten »kleinen Leute« werden durch die fahrlässige Gesetzespolitik geschädigt. In dieser Deutung werden die politischen Zusammenhänge nicht als politische verstanden, sondern sie greifen auf psychologische Argumente (»Intelligenzbestie«) zurück.

Die Argumentationsfigur »Der Staat schädigt mit seiner Finanzpolitik nur den kleinen Mann« wird verwendet, weil sie in der Lage ist, einen stimmigen Zusammenhang zwischen dem sozialen Deutungsmuster »Staatseingriff als Krisenursache« und dem an Geldeinkommen und Konsum orientierten Gesellschaftsbild sowie der »Kleine-Leute-Ideologie« herzustellen. Die Verbindung dieser drei Elemente ist insofern nicht zwingend, als das hier behandelte soziale Deutungsmuster auch zusammen mit anderen Gesellschaftsbildern auftritt; nur wenn es mit dem am Geldeinkommen und Konsum orientierten Gesellschaftsbild verknüpft ist, dann tritt immer als weiteres Element die »Kleine-Leute-Ideologie« hinzu. Sie hat wie in dem Deutungsmuster »Fatalismus« die Funktion, die soziale Ohnmacht der Arbeitnehmer auszudrücken.

»Aber der Amerikaner«

Wenn Politik als Krisenursache bestimmt wird, dann kann das auch die Politik anderer Staaten, insbesondere die der Weltmacht USA sein. Das Argument der US-amerikanischen Hochzinspolitik, das auch in anderen Deutungsmustern für Arbeitslosigkeit und Krise verwendet wird, taucht in dem hier zur Diskussion stehenden Zusammenhang ebenfalls auf:

»Keiner hat mehr Lust zum Investieren. Geld ist auch sehr teuer jetzt. Jetzt wird es langsam wieder billiger. Aber der Amerikaner, der hat uns ganz schön angeschissen. Dem geht es auch nicht gut. Warum soll der Rücksicht nehmen.« (226/15)

Der Einfluß der US-amerikanischen Hochzinspolitik auf das Investitionsklima ist zu offensichtlich, die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA zu groß, als daß dieses Argument fehlen könnte. Bisher war diese Verbindung eine Garantie für das wirtschaftliche Wohlergehen der Bundesrepublik; jetzt erweist sich, daß die Verbindung auch negative Folgen haben kann, weshalb sich der Interviewte betrogen fühlt. Schuld an der Krise hat also wieder die Politik, und zwar sowohl die US-amerikanische als auch die der Bundesrepublik, die den Einfluß der USA nicht verringert. Der Interviewte sieht aber auch, daß es keinen Grund für die USA gibt, auf die Bundesrepublik »Rücksicht zu nehmen«, was seine antiamerikanischen Gefühle nur noch steigert.

Ähnlich argumentiert ein anderer Arbeiter, der ebenfalls eine negative Abhängigkeit von den USA konstatiert und seine konkrete Kritik gegen die Embargo-Politik der USA richtet:

»Das liegt an der ganzen Politik, meiner Meinung nach. Ich glaube, am meisten spielt eventuell mit rein die allgemeine internationale Lage, die im Westen weitgehend vom Ami bestimmt wird. Ich glaube, der hat da auch viel Schuld dran. Und der ist ja auf dem besten Wege, uns noch immer weiter da rein zu reißen mit seinem Embargo da in Rußland und Polen, wissen Sie, das ist immer so, also ich will mal sagen, nichts gegen Amerikaner als solche, nur ein Amerikaner ist ein Kapitalist in Reinkultur und der mischt nur da mit, wo es was zu verdienen gibt.« (117/57-58)

Da die Bundesrepublik am Osthandel verdient, will sie weiterhin »mitmischen«, während die USA das Geschäft sabotieren wollen, weil sie nicht »mitmischen«. Wieder ist nicht der Inhalt der Argumentationsfigur entscheidend, das zeigt

seine Verwendung in anderen Deutungsmustern, sondern die Zielgerichtetheit der Argumentation, die den Inhalt nur benutzt, um zu beweisen, daß die Krisenursachen in »der ganzen Politik« zu suchen sind. Die Osthandelsinteressen des deutschen Kapitals, die entgegenstehenden Interessen des US-amerikanischen Kapitals sind Gegebenheiten, die nicht weiter hinterfragt oder gar kritisiert werden. Die Politik dagegen hat dafür zu sorgen, daß »wir« nicht »noch immer weiter da rein« gerissen werden.

»Habe auch nichts gegen die Türken, aber . . .«

Die auch quantitativ bedeutendste Argumentationsfigur, die falsches Staatshandeln als Krisenursache ausmacht, ist die Regelung des Ausländerzuzugs. Obwohl hier äußerlich eine gewisse Verwandtschaft mit dem Deutungsmuster »Sündenböcke« besteht, handelt es sich um einen anderen Deutungszusammenhang. Allerdings wird auch hier – wie in dem Sündenbock-Deutungsmuster – oft eine Verbindung zwischen der Zahl der ausländischen Arbeiter und der der Arbeitslosen hergestellt:

». . . 4 ½ Millionen Gastarbeiter, muß man ja auch unterscheiden. Und da ja die Familien kinderreich sind, kann man also knapp die Hälfte als Gastarbeiter bezeichnen. Aber das würde also, die Arbeitslosenquote ist fast, fast schon auf dem Null-Punkt drin. Obwohl man natürlich da ja auch die Hälfte gar nicht mehr als Gastarbeiter bezeichnen kann, die also schon zehn Jahre oder noch länger hier leben, also wo das hier schon zur Heimat geworden ist, nicht. Da muß man also schon weiter zurückgreifen und sagen: die haben von vornherein gleich den Fehler gemacht, die haben gesagt, ja, irgendwie haben wir die Leute reingeholt, die wollten die ja haben, und jetzt müssen wir damit fertig werden, nicht.« (310/31-32)

Der Unterschied zu dem Deutungsmuster »Sündenböcke« liegt darin, daß die Schuld für die Arbeitslosigkeit nicht den Ausländern gegeben wird, die ja »reingeholt« wurden, sondern denen, die sie »reinholten« oder genauer, die den Zuzug der Ausländer regelten.

»Ich nehme an, einen großen Fehler hat man erst mal gemacht, das Ausländerproblem . . . Das war bei der CDU-Regierung schon, wir hatten wirklich Arbeitsmangel gehabt, . . . große Kapazität frei, die haben die Leute uns reingeholt. Die Leute hatten damals 'nen Arbeitsvertrag gekriegt für zwei

Jahre; den hatte man dann großzügigerweise verlängert, man hat immer mehr Zugeständnisse gemacht, bringt eure Frauen mit, bringt eure Kinder mit usw., und diese Großzügigkeit, die ist jetzt mit die Ursache... Habe auch nichts gegen die Türken, aber da wurde von der Regierung ein Fehler gemacht.« (418/30-31)

Die Schuldzuweisung an die Politiker ist eindeutig, der Fehler der Regierungen war die Großzügigkeit der Regelung der Arbeitsimmigration, waren die »Zugeständnisse« bei der Familienzusammenführung. Die »Zugeständnisse« sind die Minimalerfordernisse an Menschlichkeit, die die Situation eines »Gast«-Arbeiters von der eines Zwangsarbeiters unterscheiden sollten. So wird zwar erklärt, man habe keine rassistischen Gefühle gegen Ausländer, »aber...«. Die »Zugeständnisse«, die »Großzügigkeit« und das »aber« haben eine eindeutig ausgrenzende Funktion.

Die Sündenbock-Deutung ist diesen Interviewten bekannt; sie legen großen Wert darauf, sich von ihr abzugrenzen. Sie betonen, daß ihre Krisenerklärung nicht den Ausländern selbst die Schuld gibt und daß sie persönlich keine Ressentiments gegenüber den Ausländern haben.

»Ich habe jetzt wohlbemerkt nichts gegen die Türken oder ich fahre sehr gerne ins Ausland, ich mische mich auch unter die Einheimischen, um deren Sitten und Gebräuche kennenzulernen. Wie leben die Leute, was für Ansprüche stellen sie; das interessiert mich als Mensch.« (418/30)

Der Nachdruck, mit dem mehrfach betont wird, daß sie »nichts gegen die Türken« haben, gibt jedoch zu denken. Zielsicher werden nämlich die Türken genannt, die als die Fremdartigsten das eigentliche Objekt von Ausländerhaß sind - und nicht mehr Ausländer allgemein -, und es werden gute Beziehungen zu den Türken im Rahmen des Zwangsverhältnisses am Arbeitsplatz - das durch den betrieblichen Zwang zur Kooperation bestimmt ist - und des Touristen-»Einheimischen«-Verhältnisses hervorgehoben. Wie stark also eine unbewußte rassistische Komponente jeweils sein mag, müßte durch Einzelinterpretationen, um die es hier nicht gehen kann, geklärt werden.

Der wesentliche Unterschied zum Deutungsmuster »Sündenbock« liegt darin, daß die Schuld für das »Ausländerproblem« nicht bei den Ausländern, sondern in der Politik gesucht wird. Die Komponente der Ausgrenzung, des verdeckten Rassismus ist weitaus schwächer und viel weniger

manifest. Die gesellschaftliche Ächtung des Rassismus ist vielen dieser Interviewten bewußt; deshalb werden auch die eigenen rassistischen Motive nur latent geäußert.

Die im Rahmen dieses Deutungsmusters zur Erklärung der Krise verwendeten Argumentationsfiguren mögen mit den unterschiedlichsten Inhalten gefüllt sein, gemeinsam ist ihnen, daß staatliches Handeln als Krisenursache bestimmt wird.

Die Krisenmaßnahmen:

»Das kann nur noch vom Staat ausgehen«

Für dieses Deutungsmuster charakteristisch ist der enge inhaltliche Zusammenhang zwischen Krisenursache und Krisenlösung: Wenn staatliches Handeln auf einem bestimmten Gebiet die Krise verursacht hat, so sollen neue Staatseingriffe auf demselben Gebiet die Krise wieder beseitigen. Ein rigides Ursache-Wirkung-Denken legt Inhalt und Form der Maßnahmen fast bis in Details hinein fest.

Wenn also festgestellt wurde, daß der Staat die unternehmerische Freiheit zu weit eingeschränkt hat, dann müssen jetzt »dem Unternehmer Möglichkeiten« gegeben werden, »daß er mehr investiert« (413). Wenn in Krediten an Länder der Dritten Welt oder allgemein Entwicklungshilfe die Ursache für die Finanzkrise des Staates und damit die Krisenursache gesehen wird, dann werden selbstverständlich rigorose Sparmaßnahmen auf diesem Gebiet gefordert.

Bei der Kritik an den sozialpolitischen Ausgaben gerät die Argumentation in Schwierigkeiten, denn hier könnten die Sparmaßnahmen nicht die »Richtigen« treffen:

»... Man müßte es ändern, und zwar vorsichtig, die Gesetze nicht so, wie sie jetzt versucht haben hier mit dem - mit dem Altentäschengeld da, hielt ich auch für 'nen Skandal. Man muß 'ne Einkommensgrenze setzen, wo man sagt, damit kannst du leben, das ist also, darf also nicht unter dem Minimum sein. Man muß, wie soll ich das formulieren, das Persönliche muß von dem einzelnen muß mehr berücksichtigt werden. Aber ob das möglich ist, da müßte ja ein Verwaltungsapparat aufgebaut werden, die Sozialämter müßten... Kontrolleure haben oder müßten vielleicht häufiger mal Formulare schicken, um Einkommensnachweise und so, ist wahn-sinnig schwer.« (413/21-22)

Die Schwierigkeiten beim »Formulieren« sind solche des Gegenstands: Die »Falschen«, zum Beispiel, die die »schon gebunden sind an ein Heim und in Rollstühlen«, soll es nicht treffen.

Deshalb muß zusätzlich zur vorhandenen Sozialbürokratie noch ein Kontrollapparat aufgebaut werden, selbst wenn es »wahnsinnig schwer« ist. Trotz dieser Probleme schreckt der Interviewte nicht vor Forderungen nach sozialpolitischen Sparmaßnahmen zurück. Ein anderer Interviewter erwägt Rentenkürzungen:

»Das muß man natürlich etwas differenzierter betrachten, also es gibt ja solche und solche denn. Es gibt einige Rentner, wenn man denen nur die Hälfte geben würde, nicht, dann wär' das auch noch zuviel, nicht, und es gibt Rentner, die müssen jetzt schon mit jedem Pfennig rechnen. Also, da müßte man echt, also das würde da mehr auf die Einheitsrente ausgehen.« (310/41)

Die Einheitsrente bedeutet in dieser Forderung nicht die Angleichung nach oben, sondern nach unten. Das ist zwar nicht »gerecht«, denn »die haben ja auch mehr eingezahlt«, aber der Interviewte kann nicht dulden, daß Rentner »ihr dickes Geld kassieren und verplempern das anschließend«. Die Rentenkürzungen sollen dazu beitragen, die »Finanzmiserere einzudämmen«.

Wenn die Krisenursache in der zu hohen Besteuerung liegt, die auf dem »kleinen Mann« lastet, dann muß die Steuerlast gesenkt werden. Als Zusatzsteuer für die Großunternehmen übernimmt ein Interviewter die Forderung nach Besteuerung der Industrieroboter aus der gewerkschaftlichen Argumentation:

»Die Industrieroboter, daß die eben jetzt mal besteuert werden, die Kameraden, und ziemlich drastisch, nicht . . . Und da muß man eben 'n Riegel vor, die Macht hat der Staat ja.« (510/33-44)

Da die Besteuerung des »kleinen Mannes« das krisenhafte Ungleichgewicht geschaffen hat, soll die Besteuerung der Großunternehmer, die die Industrieroboter einsetzen, das Gleichgewicht wieder herstellen.

Gegenüber der Abhängigkeit von den USA und vom Weltmarkt allgemein werden protektionistische Forderungen erhoben:

»Das Einfachste wäre ja, nicht wahr, jedes Stück, was aus dem Ausland reinkommt, da muß soviel Zoll rauf, daß es genauso teuer ist, als wenn es hier in Deutschland hergestellt wird. Dann ist das Problem gelöst . . . Anders kann man sich nicht abwehren, aber wahrscheinlich sind die, in Bonn macht man wahrscheinlich sich noch gar keine Gedanken darüber.« (414/10-11)

Insgesamt sind die protektionistischen Tendenzen im Verhältnis zu den empfundenen Bedrohungen relativ gering. Die Interviewten wollen die Abhängigkeit von der US-amerikanischen Politik, auch der Hochzinspolitik, eher durch andere Lösungen aufheben. So sagt ein Werftarbeiter nach einer heftigen Kritik an der mangelnden Unabhängigkeit der westdeutschen Politiker von den USA:

»Oder haben Sie schon mal einen von Adenauer bis zu den heutigen Politikern erlebt, die jemals eine amerikanische Maßnahme verurteilt haben? Ich habe noch keinen getroffen . . . Sehen Sie, wenn man Freund ist, man hat Freunde, die sind doch auch nicht alle einer Meinung . . . Schade, daß wir nicht diesen Vertrag haben wie Österreich, das wäre viel günstiger. Den Staatsvertrag, den die da haben.« (117/20)

Unter »Freunden«, die doch auf gleicher Ebene stehen, müßte es möglich sein, eine andere »Meinung« zu haben, ja sogar US-amerikanische »Maßnahmen zu verurteilen«, ihre Folgen abzuwehren. Aus eigener Anschauung während seiner Urlaubsreisen bietet sich für ihn als Lösungsmodell der Staatsvertrag an, der Österreichs Neutralität garantiert. Kennzeichnend ist der eindeutig politische Charakter aller Lösungsversuche.

Die Interviewten, die die »großzügige« Regelung des Zuzugs von ausländischen Arbeitnehmern kritisieren, fordern eine rigorose Einschränkung der Ausländerimmigration. Dabei schwebt vielen das Beispiel der Schweiz mit zeitlich fest begrenzten Arbeitsverträgen vor, das vielfach von den Massenmedien als vorbildlich herausgestellt wurde. Wie in den anderen Argumentationsfiguren wird die Zuständigkeit des Staates erklärt und seine Intervention gefordert:

»Ja, das kann ja nur noch vom Staat ausgehen, daß die dementsprechend härtere Bestimmungen machen. Die wollen doch alle nach einer gewissen Zeit das Geld scheffeln und dann wieder rübergehen. Und bei denen hätten sie auch echte Sperrn einbauen müssen, also daß jeder nur drei oder vier Jahre . . . Ich meine, es ist ja denen einfach gemacht worden, nich. Die Firma sagt: Ja, wir brauchen ja die Leute. Und ich finde, der Staat hätte da 'n bißchen mehr aufpassen müssen, also doch mehr Einschränkungen machen müssen und so, daß erstmal die Betriebe vorzeigen, daß keine deutschen Arbeiter zu kriegen sind.« (310/32)

Bei den geforderten staatlichen Maßnahmen stellt sich auch in diesem Fall die Frage nach der Kontrolle ihrer Durchführung: Die Unternehmen sollen ihren Bedarf an ausländischen Arbeitskräften nachweisen, bevor ihnen gestattet wird, sie einzustellen.

Nicht nur bei der Feststellung der Krisenursache, sondern auch bei den Vorschlägen für eine Lösung des »Ausländer-Problems« bemühen sich die Interviewten um eine Abgrenzung von der Parole: »Ausländer raus!«

»Ausländer raus, das wär' Quatsch. Da müßte man jetzt erstmal da anfangen, bei den Leuten, die arbeitslos sind. Wir haben z. B. einen Türken bei uns, der spricht ein gutes Deutsch und der macht sehr gute Arbeit, und da würde ich dem Mann doch nicht sagen, daß er seinen Arbeitsplatz verliert, um Gottes Willen. Der hilft durch seine Arbeitskraft, man müßte anfangen jetzt bei den Arbeitslosen . . . Da müßte man sagen, Vorschlag machen, hier: Ich zahle Dir Dein Rentenanteil, den Du hier in den zehn Jahren oder wie lange Du hier bist, erworben hast, zahlen wir Dir aus, du kriegst noch drei Monate »Überbrückungsgeld, damit Du in Ruhe Deine Wohnung auflösen kannst usw. Ein faires Angebot machen: Du mußt wieder zurück . . . Für diese Saison stellen wir soundso viele ein, da könnt Ihr für ein Jahr rüberkommen, aber ganz hart abgegrenzt.« (418/31-32)

Das im Interview noch breiter ausgeführte Beispiel des gutdeutsch-sprechenden Türken, der darüber hinaus eine hohe Qualifikation besitzt und sie zum Nutzen des »Betriebs und auch für uns als Abteilung« fleißig einsetzt, dient zur Abgrenzung von der als peinlich empfundenen Forderung »Ausländer raus«. Dabei merkt der Interviewte nicht, wie wenig ihm die Abgrenzung gelingt, schließlich muß er den Türken erst zum Deutschen machen und obendrein seine Nützlichkeit für das Unternehmen feststellen, um ihn zu akzeptieren.

Bei den arbeitslosen Ausländern will er »anfangen« und sie mit Abfindungen abschieben. Das soll zwar mit »Fingerspitzengefühl« geschehen – wie ein anderer Arbeiter erklärt –, was aber nichts am Inhalt der Forderung ändert. Vor allem soll der Zuzug »hart abgegrenzt« werden – darin stimmen die Interviewten, die das Ausländer-Argument im Deutungsmuster »Politik als Krisenursache« vorbringen, völlig überein.

Nicht alle Interviewten trauen das geforderte »rigorose Durchgreifen« der zum Interviewzeitpunkt noch regierenden sozialliberalen Koalition zu.

»Frage: Und meinen Sie, daß die CDU das noch schaffen würde, die Ausländer wieder loszuwerden?

Antwort: Ja, das haben sie ja schon ganz klipp und klar gesagt.

Frage: Und Sie meinen auch, daß das geht?

Antwort: Ja, sicher geht das. Das Grundgesetz ist ja als erstes für uns da, für den deutschen Staatsbürger, ja. Und da steht ja schon drin, daß wir ein Recht auf Arbeit haben. Ich weiß nicht, vielleicht kommt's ja jetzt hier bald, daß mal 'n Arbeitsloser klagt, auf Recht für Arbeit. Was wollen sie da machen, was wollen sie dem Mann dann sagen?« (508/49)

So begründete ein Wechselwähler die politische Tendenzwende, die in vielen Köpfen durchaus schon vollzogen war, bevor sie in Bonn durchgesetzt wurde. Dabei befürchtet dieser Arbeiter, daß es »uns in erster Zeit wohl noch schlimmer gehen« wird. Aber zur Überwindung der Krise hält er den Regierungswechsel für unabdingbar. Im übrigen gibt er eine eigenwillige Interpretation des Grundgesetzes, die seine nationalistischen Gefühle legitimieren und der Ausgrenzung der ausländischen Arbeiter eine verfassungsrechtliche Grundlage verleihen soll, obgleich das Grundgesetz eine nationalistische Interpretation ausdrücklich ausschließt und auch das Recht auf Arbeit nicht verankert. In solchen Fehlinterpretationen zeigt sich erneut die bereits behandelte unbewußt rassistische Komponente der Argumentation.

Zusammenfassung

Die Deutungsmuster für Arbeitslosigkeit und Krise stehen in unterschiedlichen Beziehungen zu der unter 4 vorgestellten Topographie der Bewußtseinsstrukturen. Im Fall des Deutungsmusters »Politik als Krisenursache« handelt es sich um eine bestimmte Staatsorientierung, die mit unterschiedlichen anderen Orientierungen, zum Beispiel verschiedenen Arbeitsorientierungen und Gesellschaftsbildern, eine Verbindung eingehen kann.

Dieses Deutungsmuster stellt eine durchaus typische Variante der idealtypischen Staatsorientierung des »bourgeois«, des unpolitischen Privatmannes, dar, in die Elemente der Staatsorientierung des »citoyen«, des politisierten Staatsbürgers, aufgenommen wurden. Wie bereits ausgeführt, begreift der »Privatmann« die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozesse als selbstregulierend und funktionsfähig. Für den

Privatmann ist jedes Subjekt der Gesellschaft für sich selbst verantwortlich. Aus dem Zusammenwirken der Subjekte, ob sie nun Unternehmer oder Lohnabhängige seien, ergibt sich im Normalfall ein funktionierender gesellschaftlicher Zusammenhang. Diese Normalität kann nur durch Einwirkungen von außen, die den selbstregulierenden gesellschaftlichen Prozeß stören, aufgehoben werden.

In der Logik dieses Deutungsmusters kann Krise gar nicht anders erklärt werden als durch verfehltes Staatshandeln, denn »außerhalb« der Gesellschaft existiert nur der Staat. Von daher ist verständlich, daß die Inhalte der Kritik in gewisser Weise beliebig sind und in Einzelfällen im Zweitinterview andere sind als im Erstinterview.

Angesichts der überaus weiten Verbreitung der Staatsorientierung des »Privatmannes« bei den Arbeitern muß die Wirtschaftskrise die Ausbildung des Deutungsmusters »Politik als Krisenursache« stark begünstigen. Je weniger andere Eingriffsmöglichkeiten in die wirtschaftlichen Prozesse gesehen werden – und die Hilflosigkeit fast aller gesellschaftlicher Instanzen gegenüber der Krise verstärkt diese Sicht – um so mehr ist der »Privatmann« in seiner Suche nach Lösungen auf den Staat verwiesen.

Außerdem hat der Staat bereits mit der Verursachung der Krise gezeigt, daß er – wenn auch mit negativen Vorzeichen – die Macht zum Eingriff in die wirtschaftliche Entwicklung besitzt. Nun soll er seine Macht positiv einsetzen und die begangenen Fehler korrigieren.

Je nach Einschätzung der eigenen Stellung in der Konkurrenz ergeben sich Varianten des Deutungsmusters, die sich in der Verbindung mit unterschiedlichen Gesellschaftsbildern zeigen. Während diejenigen Arbeiter aus dieser Gruppe, die ihre Stellung in der Konkurrenz als Facharbeiter oder als Angelernte mit einer speziellen Qualifizierung hoch einschätzen, meist ein dichotomisches Gesellschaftsbild haben, das sich an der Produktionssphäre orientiert, haben einige derjenigen Arbeiter, die ihre Stellung in der Konkurrenz niedrig einschätzen, eher ein am Geldeinkommen und am Konsum orientiertes Gesellschaftsbild. Zu diesem Gesellschaftsbild kommt dann die »Kleine-Leute-Ideologie« hinzu, die sich in den Interviews unter anderem in ausgesprochener Ranküne gegenüber den Politikern äußert.

Ihnen als den kompetenten Experten müssen die »kleinen Leute« die Politik überlassen; weil es sich bei den Politikern also um Experten handelt, ist es den Interviewten unverständlich, warum diese Experten die notwendigen Eingriffe des Staates in die Wirtschaft nicht durchführen. Die Grundstruktur des Deutungsmusters – abschließend noch einmal kurz zusammengefaßt – ist in allen Einzelfällen anzutreffen: Der Staat hat durch regelwidriges Eingreifen in die gesellschaftlichen Prozesse die Wirtschaftskrise verursacht, er muß nun durch neue Eingriffe seine Fehler korrigieren und die Krise beheben.

1.5 Deutungsmuster »Direkte Reduktion«

In der Auswertung der ersten Interviewwelle wurde festgestellt, daß eine Gruppe von Interviewten die Krisenphänomene direkt reduzierte. In dieser reduktionistischen Form der Krisenwahrnehmung werden die Krisenphänomene geleugnet, nur isoliert wahrgenommen oder bagatellisiert. Vielfach wurde die Arbeitslosenzahl kunstvoll auf Null heruntergerechnet, die Krisenvorgänge auf bekannte, relativ harmlose Erscheinungen reduziert. Die Rechnungen, die von den Interviewten aufgestellt werden, um die Bedeutung der Arbeitslosigkeit herunterzuspielen, dienen alle dem Zweck, das Problem durch die Reduzierung seines Ausmaßes zu bagatellisieren. Oft werden die Erscheinungen räumlich verlagert, z. B. in andere Länder, oder nur zeitlich in die Vergangenheit oder in die Zukunft verschoben, nicht aber in ihrer Aktualität wahrgenommen. Die Realität wird in dieser verbreiteten Form der Krisenwahrnehmung nur reduziert wahrgenommen, sie wird auf stereotype Erklärungen bzw. standardisierte Argumentationsfiguren zurückgeführt:

Diese Argumente sollen in ihrem Zusammenhang als soziales Deutungsmuster dargestellt werden. Die Analyse des Zusammenhangs der Argumentation steht dabei im Mittelpunkt und erschließt das soziale Deutungsmuster, mit dem Arbeitslosigkeit und Krise bewältigt werden. Dieses Deutungsmuster der »direkten Reduktion« ist in der zweiten Interviewwelle bei etwa einem Zehntel der interviewten Arbeiter und Arbeiterinnen anzutreffen.

»Das sind doch keine echten Arbeitslosen«

Zunächst soll ein Grundelement des Deutungsmusters »direkte Reduktion« vorgestellt werden, das die reduktionistische Interpretation der Arbeitslosigkeit verdeutlicht.

»Diese zwei Millionen Arbeitslosen, gewaltige Zahl ist es, bloß, wenn man die richtig analysiert, ich glaube, dann hört sich das etwas anders an. Zwei Millionen Arbeitslose, die müßte man erst mal unterteilen, erst mal in Männer und Frauen. Wieviel Prozent Männer sind das, wieviel Frauen sind das, wieviel von diesen machen Kurzarbeit oder stundenweise Arbeit? Wenn die Frau zwei, drei Stunden gearbeitet hat und der Betrieb sagt, ich brauche

Sie nicht mehr, die meldet sich auch arbeitslos. Wird sie auch in der Kartei Arbeitslosigkeit geführt. Wenn ein 58jähriger entlassen wird, weil der Betrieb dichtgemacht wird, der kriegt ja auch keine Arbeit, der wird dann auch als Arbeitsloser geführt. Und wenn man das so mal verteilt, daß man da sagt, soundso viel Leute, die könnten noch arbeiten, (Arbeit) kriegen, oder was weiß ich, da sieht die Sache doch ganz anders aus. Da würde doch 'ne ganz andere Zahl bei 'rauskommen.« (509/27-28)

In dieser in sich geschlossenen Argumentation wird exemplarisch die direkte Reduktion der Arbeitslosenzahl durch Ausgrenzung und Herunterrechnen deutlich. Ausgangspunkt ist »eine gewaltige Zahl«, die es zu »analysieren« gilt; um ihr das »gewaltige« zu nehmen und sie zu einer »ganz anderen Zahl« zu machen. Das Bedürfnis nach Harmonisierung der Realität durch Bagatellisierung der Gefahr (der »gewaltigen Größe«) springt ins Auge. Um das Ziel der Reduktion, eine niedrigere, viel harmlosere Zahl zu erreichen, wird getrennt und ausgegrenzt. Männer und Frauen werden auseinanderdividiert; die einen, die Männer, haben, da sie ganztags arbeiten, ein Recht, als »arbeitslos« geführt zu werden; die anderen, die Frauen, gehören nicht in die »Kartei«, da sie nur »stundenweise« arbeiten.

Die Männer sind nun wiederum zu »unterteilen« in eine Gruppe, »die noch arbeiten könnten«, und die, die dies nicht mehr können, zum Beispiel die älteren, die »58jährigen«, denen es dementsprechend nicht zusteht, »als Arbeitslose geführt zu werden«.

Mit Hilfe von Ausgrenzung und Marginalisierung gelingt es diesem Interviewten, sich ein Bild von der gesellschaftlichen Realität der Arbeitslosigkeit zu machen, das dieser den Schrecken nimmt.

Nach ähnlichem Muster wird im folgenden Beispiel argumentiert, das eine andere Variante des »Herunterrechnens« zeigt.

»Sind ja viele Arbeitslose, was in diesem Jahr noch als arbeitslos geführt wird, die ja mit 57 schon nach Hause gegangen sind, 57, 58, 59, 60 Jahre alt, da wird ja in diesem Jahr diese Arbeitslosigkeit in dem Moment hochgespielt, weil die ja echt da ist, da sind soundso viel weniger, weil die ja alle das Jahr noch stempeln konnten. Im nächsten Jahr wiegt das ja nicht mehr auf. Das müssen ja unwahrscheinlich viel weniger sein, nicht.« (327/31)

Die Arbeitslosigkeit ist in dieser Argumentationslogik »hochgespielt«, denn nach Meinung dieses Interviewten verbergen sich doch hinter den Arbeitslosenzahlen »viele Arbeits-

lose«, die zwar als solche »geführt« sind, sich aber eigentlich in vorgezogener Rente befinden. Der Status dieser älteren Arbeitslosen wird umdefiniert, um sie von der allgemeinen Arbeitslosenzahl abziehen zu können. Die dann aufzumachende Rechnung ergibt, daß es »unwahrscheinlich viel weniger« Arbeitslose sein müssen. Damit die Rechnung auch aufgeht, wird die reale Zahl der betroffenen älteren Kollegen weit übersteigert.

»Also jedenfalls meine ich in dieser Richtung, zwei Drittel davon, die jetzt dieses Jahr vom letzten Jahr hochgeschneit sind, müßten ja da Rentner sein.« (327/32)

Die Frühverrentung über den Sozialplan, die von den Unternehmern vorgenommen wird, um eine Anpassung der Beschäftigtenzahlen an die Erfordernisse der Produktion zu erreichen, führt in ihren innerbetrieblichen Auswirkungen zur Ausgrenzung älterer Kollegen. Die hierin deutlich werdende Marginalisierung einer Beschäftigtengruppe wird in diesem Deutungsmuster auch auf die Zeit der Arbeitslosigkeit angewandt.

Die Mechanismen der Konkurrenz innerhalb des Betriebes um die verbleibenden Arbeitsplätze werden übertragen auf den überbetrieblichen Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosen lassen sich entsprechend in echte und unechte Arbeitslose aufteilen.

»Na ja, die Arbeitslosen, diese zwei Millionen, ich glaube, das sind auch keine echten Arbeitslosen.« (502/23)

In gleicher Weise wie die frühverrenteten Kollegen und Kolleginnen werden andere durch die personalpolitischen Strategien der Unternehmer marginalisierte Gruppen in diesem Deutungsmuster nicht als Arbeitslose anerkannt.

Auch Frauen, denen die Arbeitsfähigkeit nicht abgesprochen wird, wird der Status der Arbeitslosigkeit nicht zugestanden. Sie, die der personalpolitischen Strategie der Unternehmer zum Opfer fallen und entlassen werden, gehören nicht in die Arbeitslosen-»Kartei«. Diese gegen die Frauen gerichteten Argumente werden nicht nur von Männern, sondern auch von Frauen vorgetragen.

Die folgende Argumentation einer angelernten Arbeiterin unterscheidet sich in nichts von der Argumentationslogik ihrer männlichen Kollegen.

»Und diese vielen Arbeitslosen, muß ich Ihnen ehrlich sagen, wie ich mir vorstelle, einen bestimmten Prozentsatz haben wir sowieso immer gehabt, Arbeitslose, sonst hätten sie das Arbeitsamt ja zumachen können, dann, wenn ich so zurückdenke, früher haben kaum Frauen gearbeitet, die blieben alle zu Hause, die waren Hausfrauen, die hatten Kinder früher und versorgten ihren Mann und den Haushalt. Heute sind alle Frauen berufstätig.

Soundso viele Frauen gibt es erstmal, die arbeitslos sind, was es früher auch nicht gab.« (420/29)

Das Argument, »einen bestimmten Prozentsatz« an Arbeitslosen habe es immer gegeben, begründet Arbeitslosigkeit als ein immer vorhandenes (»sonst hätten sie das Arbeitsamt ja zumachen können«) Phänomen, quasi als Naturkonstante. Von der Arbeitslosigkeit betroffenen Frauen wird die Zugehörigkeit zur arbeitenden Bevölkerung und damit der Status als Arbeitslose mit dem Argument, daß es das »früher auch nicht gab«, abgesprochen. Frauen haben in dieser Argumentation »zu versorgen«, und zwar »Kinder, Mann und Haushalt« und nicht zu arbeiten. Weil ihre Aufgabe in Versorgung und nicht in Arbeit besteht, läßt sich mit dieser Gruppe auch vortrefflich rechnen.

»Wenn man die Frauen abrechnet und die Ausländer abrechnet, ich denke, daß es dann nur noch die Hälfte wären.« (420/29)

Die Zurechnung von arbeitslosen Frauen und arbeitslosen Ausländern zur Gruppe der Arbeitslosen wird für unzulässig erklärt, da die einen an den Herd und die andern »nicht zu uns gehören« (420/29).

So reduziert sich denn auch hier wieder das Problem auf eine bekannte Größe, einen »bestimmten Prozentsatz«, den »wir sowieso immer gehabt haben«.

Gerade in dem Beispiel, in dem die Zahl der arbeitslosen Frauen von der allgemeinen Arbeitslosenzahl abgezogen wird, zeigt sich in diesem Deutungsmuster der Wunsch, überkommene Abhängigkeitsstrukturen wiederherzustellen. Der Mann arbeitet und die in ihrer Reproduktion vom Mann abhängige Frau versorgt Familie und Haushalt. So läßt sich die Konkurrenz dieser Frauen um die verbleibenden Arbeitsplätze ausschalten. Daß trotz Arbeitslosigkeit genügend offene Arbeitsstellen zur Verfügung stehen, wird unterstellt.

»Ja, aber auf der anderen Seite gibt es Arbeitsplätze. Ich denke, wenn man irgendwie arbeiten möchte, dann kann man arbeiten.« (420/29-30)

Indem unterstellt wird, daß es freie Arbeitsstellen gibt, und daß »man arbeiten kann«, wenn man das nur »möchte«, wird die Zahl der offenen Arbeitsplätze sehr viel höher angesetzt, als sie real ist.

»Also ich weiß gar nicht, was das für Menschen sind«

Nachdem man die Arbeitslosigkeit in der beschriebenen Art durch »Herunterrechnen« der Arbeitslosenzahl reduziert hat, wird darüber hinaus der danach noch verbleibende Rest an Arbeitslosen dadurch, daß man betont, selbst keinen Arbeitslosen zu kennen, in seiner gesellschaftlichen Relevanz negiert.

»Nee, ich kenn' keinen (Arbeitslosen). Ich kenn' keinen. Ich kenn' überhaupt keinen. Jetzt kennen wir gerade mal einen Arbeitslosen, nicht. Ich weiß gar nicht, wo die ganzen Arbeitslosen herkommen sollen.« (502/25)

Der allgemein gesellschaftliche Charakter der Arbeitslosigkeit wird dadurch bestritten, daß in dem Bereich, in den man selbst Einblick hat, Arbeitslosigkeit als nicht existent erklärt wird. Im Sinne »einer ist keiner« soll dieser »gerade mal ein Arbeitsloser« verdeutlichen, wie wenig greifbar die Arbeitslosigkeit im Alltag dieses Interviewten ist.

»Ich will Ihnen ganz ehrlich sagen, in unserm ganzen Bekanntenkreis, schon so lange wie das geht, arbeitslos, da wüßt' ich keinen, außer daß mein Mann Rentner geworden ist und ich ja praktisch gestempelt habe, es nicht hätte brauchen. Wüßt' ich gar nicht, daß irgend jemand arbeitslos ist. Ich höre das wohl immer, und man hört es im Fernsehen, daß es immer mehr werden. Wissen Sie jemand in Ihrem Bekanntenkreis?« (420/28)

Die Interviewte »hört« von der vorhandenen Arbeitslosigkeit zwar »im Fernsehen«; in ihrem »ganzen Bekanntenkreis« findet sie aber keine Arbeitslosen. Der eigene Erfahrungshorizont wird zum ausschließlichen Maßstab der Beurteilung von Arbeitslosigkeit. Sie selbst hat ein Jahr »gestempelt«, zählt diese Zeit aber nicht als Arbeitslosigkeit, da sie zur Pflege der kranken Schwiegermutter die Arbeit vorübergehend aufgab. Arbeitslosigkeit (»ich habe ja praktisch gestempelt«) ist durch eigene Aufkündigung des Arbeitsverhältnisses entstanden und »hätte nicht (zu sein) brauchen«. Eine solche Form von Arbeitslosigkeit ist in der

Deutung dieser Arbeiterin deshalb keine Arbeitslosigkeit, hatte sie doch in dieser Zeit eine andere Aufgabe als die der Lohnarbeit zu erfüllen. Psychische und soziale Folgen von Arbeitslosigkeit hervorgerufen durch eine Freisetzung aus dem gewohnten Lebensrhythmus, dem Verlust der sozialen Rollenfunktion und der Verunsicherung der sozialen Identität werden deshalb nicht erfahren, weil diese Frau, während sie arbeitslos war, in die Rolle der sich selbst aufopfernden »Krankenschwester« geschlüpft ist. So hält sie trotz zwischenzeitlicher Arbeitslosigkeit an einer Deutung von Arbeitslosigkeit fest, die sie zwei Jahre vorher im Erstinterview so formulierte:

»Ja, ich weiß auch nicht. Ich höre immer Arbeitslose. Aber im Bekannten- und Verwandtenkreis, ich kann hinhören, wo ich will, ich find' keine Arbeitslosen. Wirklich nicht. Also ich weiß gar nicht, was das für Menschen sind, die arbeitslos sind.« (420-I/21)

Die eigenen eingeschränkten Erfahrungen werden, und das ist für die Interviewten mit diesem Deutungsmuster typisch, zum Kriterium der Beurteilung von gesellschaftlicher Realität gemacht.

»Ich seh' das eigentlich gar nicht so als Krise«

Nicht nur die Arbeitslosigkeit wird in ihrem Ausmaß reduziert, sondern auch die betrieblichen Krisenphänomene und die Auswirkungen der Krise auf die Arbeitnehmer.

Der Grundtenor der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage der jeweiligen Betriebe, denen man selbst angehört, ist positiv; und zwar ohne Unterschied, in welchem Betrieb die Interviewten des Deutungsmusters »direkte Reduktion« tätig sind.

»Frage: Wie sehen Sie so die wirtschaftliche Situation im Moment?

Antwort: Bei uns? Ist ja wieder im Kommen, ist ja im Aufwärtstrend.

Wollen hoffen, daß es weiterhin hoch geht, daß es so bleibt.« (327/30)

Der verhaltene Optimismus (»ist ja im Aufwärtstrend«) in der Aussage dieser Interviewten aus der Elektroindustrie wird dadurch zurückgenommen, daß sie hofft, »daß es so bleibt«.

»An unserm Arbeitsplatz ist es weniger geworden, aber in dem Elektrobereich, da ist es im Kommen. Da werden viele Lehrgänge gemacht und werden vorbereitet für diese Computersachen. Aber da hab' ich überhaupt keinen Einblick. Da bin ich ja nicht dabei. Da hab' ich keinen Einblick, hab' ich gar keine Ahnung. Bin ich noch nicht gewesen, um überhaupt was zu sehen, da, was da läuft.« (327/30)

Dem zu beobachtenden Abbau von Arbeitsplätzen (»an unserem Arbeitsplatz ist es weniger geworden«) wird die Spitze genommen, indem zur eigenen Beruhigung davon ausgegangen wird, daß es im Elektrobereich »im Kommen« ist. Diese beruhigende Funktion können der »Elektrobereich« und die »Computersachen« allerdings nur erfüllen, solange man selber »überhaupt keinen Einblick« in diese Bereiche hat und nimmt.

Ist der eigene Arbeitsplatz nicht so offensichtlich bedroht wie in diesem Falle, so finden sich uneingeschränkt positive Sichtweisen bei den Interviewten.

»Ja, also wie es jetzt aussieht, ganz gut. Ist zu tun.« (420/12)

Das Gefühl der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes muß allerdings in der Regel gegenüber einer betrieblichen Realität aufrechterhalten werden, die durch den Abbau von Arbeitsplätzen als Mittel zur Krisenbewältigung geprägt ist. Selbst die Entlassung von 200 Arbeiterinnen und Arbeitern im Betrieb C erschüttert diese Deutung nicht.

»Was heißt Entlassungen? Bummelanten werden immer entlassen, gesiebt wird immer. Es gibt immer Bummelanten, die zweimal in der Woche fehlen. Das geht ja nicht. Bei uns ist keiner entlassen worden. Die älteren sind ja freiwillig gegangen.« (320/11)

Die Leistungsrationalität des Kapitals wird übernommen und gegen die »Bummelanten« und die, die »zweimal in der Woche fehlen« gewendet. Das Versagen liegt bei den Betroffenen selbst. Die »älteren« haben zwar nicht versagt, haben sich aber »freiwillig« entschieden, aus dem Produktionsprozeß auszuschneiden. So lastet die Verantwortung für die Massenentlassung einzig auf den davon betroffenen Individuen. Das Problem ist individualisiert, nach gesellschaftlichen Ursachen braucht nicht mehr gefragt zu werden. Die Interviewte, die sich nicht zu den »Bummelanten« zählt, sieht, wie die andern Interviewten für sich selbst auch in der Zukunft keine Probleme.

»Na ja, die paar Jahre werd' ich auch noch rumkriegen.« (320/14)

Auch die ökonomische Krise als ein gesamtgesellschaftliches Phänomen wird in der Argumentation dieses Deutungsmusters reduziert.

»Tja, ich denke, wenn noch soviel in Arbeit sind, – ich seh das eigentlich gar nicht so als Krise.« (502/24)

»Wenn noch so viele in Arbeit sind«, kann es folgerichtig für den Interviewten keine Krise geben – sind doch in seiner Argumentation die Arbeitslosen »keine echten Arbeitslosen«; er kennt »überhaupt keinen Arbeitslosen«. Hier schließt sich die Argumentationsfigur der »direkten Reduktion« der Krisenphänomene, welche aus drei Momenten besteht. Die Arbeitslosigkeit wird durch kunstvolles Herunterrechnen in ihrer Bedeutung reduziert. Ihr wird darüber hinaus der gesellschaftliche Charakter abgestritten. Folgerichtig ist dann die Zahl derjenigen, die in Arbeit sind, Kriterium für die Beurteilung der ökonomischen Situation. Die reduktionistische Beurteilung der Krise wird ebenfalls durch Alltagserfahrungen abgestützt.

»Ja, aber ich denke mir, wenn ich so höre, wenn man denn sagt, es geht hier schlecht, ist es ja nicht so, wenn ich höre, was alle so hier, die kleinen, was bei uns Leute sich Kapital angeschafft haben, das ist bestimmt nicht wenig. Der eine sagt, ich hab' 'nen Goldklumpen und die andern auch noch, und denn hat er auch noch sein Geld so angelegt, das andere Geld hat er so angelegt.« (502/27)

Solange die »kleinen Leute« sich »Kapital« anschaffen »können«, »Goldklumpen« ihr eigen nennen können und »ihr Geld« »anlegen« können, kann doch nicht davon gesprochen werden, daß es ihnen »schlecht geht«. In einem Gesellschaftsbild, das den Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital dadurch harmonisiert, daß die Lohnarbeiter selbst zu Kapitaleignern und -anlegern »im kleinen« werden, ist kein Platz für Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise. So gilt nicht nur, daß es für den Betrieb und den eigenen Arbeitsplatz »ganz gut aussieht« (420/12), sondern die gesamte Lage wird nach Ausgliederung der das Gesamtbild störenden Komponenten als positiv eingestuft.

»Von meiner Seite aus würd' ich das nicht sagen. Daß was schlecht wäre, nicht. Also bis jetzt, wenn man auch mit andern spricht, die sagen alle, uns geht's sehr gut.« (502/33)

Die Botschaft ist einfach: Man muß die ganze Problematik nur vom Standpunkt eines Nichtbetroffenen sehen und sich

dies von andern Nichtbetroffenen bestätigen lassen; dann gelingt es, das »Gespenst« der Krisenphänomene zu vertreiben.

Die Chancen, bei einer Entlassung wieder Arbeit zu finden, werden grundsätzlich positiv eingeschätzt.

»Wenn einer zu mir heute sagt, sie können morgen gehen, dann hätt' ich auch morgen 'ne neue Stelle. Da seh' ich im Moment also echt keine Probleme drin.« (509/34)

Sieht man von den realen Umsetzungsmöglichkeiten einer solchen Strategie einmal ab, dann wird auch in dieser Aussage die Reduktion deutlich; wird doch in der Logik dieses Deutungsmusters bei allen anderen die gleiche Möglichkeit, »morgen 'ne neue Stelle« zu haben, unterstellt.

Zusammenfassung

Das Deutungsmuster der »direkten Reduktion« hat mit der Erklärung der Ursachen von Krise und Arbeitslosigkeit die geringsten Probleme, denn sie werden einfach als nicht existent interpretiert. Da mögen allmonatliche Statistiken über Arbeitslosenzahlen in Millionenhöhe veröffentlicht werden, in der Argumentation dieses Deutungsmusters handelt es sich bei der überwiegenden Mehrzahl der Betroffenen nicht um »echte Arbeitslose«. Die Reduktion wird durch ein kunstvolles Herunterrechnen der Zahlen erreicht: Man zieht die Arbeitslosen ab, die mit 59 Jahren entlassen werden und kurz vor der Rente stehen; Frauen »zählen« nicht als Arbeitslose, haben sie doch Kinder, Haushalt und Mann zu versorgen. Ausländische Arbeitslose gelten auch nicht als Arbeitslose, weil sie »nicht zu uns gehören«.

Dem Problem der Arbeitslosigkeit wird der allgemein gesellschaftliche Charakter abgestritten; es wird argumentiert, man selbst kenne keine Arbeitslosen oder habe noch nie einen Arbeitslosen gesehen. Diese Argumentation findet sich auch bei Interviewten, die selbst schon arbeitslos gewesen sind. Von den veröffentlichten Zahlen über offene Arbeitsstellen wird auch nicht viel gehalten, denn die Zahl der tatsächlich gesuchten Arbeitskräfte wird sehr viel höher angesetzt, als sie von den Arbeitsämtern gemeldet wird. Übrig bleibt noch

ein Rest von vielleicht einigen hunderttausend Arbeitslosen; deren gesellschaftliche Relevanz dadurch negiert wird, daß man betont, selbst keine Arbeitslosen zu kennen. Darüber hinaus – so wird argumentiert – existiert immer ein kleiner »Prozentsatz« an Arbeitslosen, den »wir sowieso immer gehabt haben«, der also normal ist und keinen Anlaß zur Beunruhigung gibt.

Die ökonomische Krise wird darauf reduziert, daß, solange »noch so viele in Arbeit sind«, es sich um keine Krise handeln kann. Betriebliche Krisenphänomene, wie z.B. die Reduzierung der Belegschaft, werden individualisiert (»Bummelanten«, »Ältere«) und damit erübrigt sich dann die Suche nach sozialen und ökonomischen Ursachen.

Arbeiterinnen und Arbeiter mit diesem Deutungsmuster wenden sich also gegen jede Dramatisierung von Krise und Arbeitslosigkeit und verweisen auf andersgeartete Erfahrungen, mit denen die Realität harmonisiert wird. Diese Harmonisierung zur Angstabwehr läßt sich in Anlehnung an Anna Freud⁷ als Versuch eines »Ungeschehenmachens« eigener Krisenerfahrung deuten.

Da die Interviewten die Krisenphänomene in ihrer subjektiven Wahrnehmung erfolgreich reduzieren, ist es für sie nicht notwendig, sich mit deren Auswirkungen auseinanderzusetzen; deshalb werden tiefgreifende Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und Krise nicht gefordert.

1.6 Deutungsmuster »Unterwerfung«

In der ersten Interviewwelle erhoffte sich eine kleine Gruppe von Interviewten von bestimmten Maßnahmen der Unternehmer positive Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation. In der Regel wurde die Argumentation aufgegriffen, derzufolge eine bessere Gewinnsituation zu Investitionen führen, durch die wiederum neue Arbeitsplätze geschaffen würden.

Mit dieser positiven Erwartung an die Maßnahmen der Unternehmer geht die Ablehnung einer aktiven Gewerkschaftspolitik einher. Diese wird abgelehnt, weil sie das ohnehin beeinträchtigte Wirtschaftswachstum weiter verringere. Die Interviewten binden die Durchsetzung ihrer Interessen an das Wohl der Wirtschaft und der Unternehmer und ordnen sich diesen unter. Schon in den Erstinterviews war zu beobachten, daß in der Wirtschaftskrise in vielen Fällen das Interesse an der Sicherheit des Arbeitsplatzes in den Vordergrund tritt. Wenn der Arbeitsplatz bedroht ist, dominiert dieses Interesse eindeutig die beiden anderen, das Interesse an höherem Lohn und das Interesse an der Erhaltung der Arbeitskraft. Für das Deutungsmuster »Unterwerfung« ist nun charakteristisch, daß an die Stelle dieser Hierarchie der Interessen ein Gegensatz zwischen ihnen hergestellt wird.

»Die Löhne sind zu hoch«

Der Grund der Wirtschaftskrise wird in diesem Deutungsmuster in den zu hohen Löhnen der Arbeiter gesehen. Ein Schweißer bringt die Wirtschaftskrise auf den einfachen Nenner:

»Ja, sie (die Unternehmer) sind im Absatz zu teuer. Weiter nichts. Und das kommt eben davon, die Löhne sind zu hoch.« (112/21)

Für diesen Befragten sind die Löhne – auch sein eigener – bereits so hoch, daß er sich gar nicht vorstellen kann, wie die Unternehmer das noch bezahlen sollen.

»Wiederum muß man aber auch sagen, meine ganz persönliche Meinung, wo nehmen die (Unternehmer) das viele Geld her im Moment, was sie auszahlen müssen. Mein Bruttolohn liegt bei 3200DM, jetzt kommen die

noch für ihn dazu, 280 DM Invaliden und 80 DM die Krankenkasse und Arbeitslosengeld, gut 500 DM. 3700 DM jeden Monat, was ein Mann kostet. Das ist aber eine Masse Geld. Gut, keiner will das missen, gut, mach' ich den Anfang. Fünfzig Pfennig weniger der allgemeine Arbeiter.« (112/17)

»Eine Masse Geld«, so empfindet es dieser Interviewte, müssen die Unternehmer an Löhnen auszahlen und können es nicht als Gewinn verbuchen. Ist die Ursache der Krise in den zu hohen Löhnen dingfest gemacht worden, dann liegen die Maßnahmen, um aus der Krise herauszukommen, auf der Hand: Die Löhne müssen gesenkt werden, »fünfzig Pfennig weniger der allgemeine Arbeiter«. In diesem Programm will der Befragte mit gutem Beispiel vorangehen, aber er weiß, daß eine Schwalbe noch keinen Sommer macht, da müssen dann schon alle Arbeiter mitziehen, »der allgemeine Arbeiter«.

Dieser Arbeiter hält seinen Lohn für unvernünftig hoch. Eine derartige Sichtweise bezieht sich aber nicht nur auf das Verhältnis der Lohnhöhe zu den Gewinnen. Auch gemessen an den Reproduktionsnotwendigkeiten werden die Löhne als zu hoch angesehen, weil ansonsten eine Lohnkürzung ungerecht wäre.

»Deswegen meine ich, wir sollten jetzt mal so lassen (den Lohn) und im Grunde genommen, wie ist es denn, geht es uns denn schlecht? Ist doch, wird doch nur vom Luxus abgenommen. Da müssen wir doch einschränken. Wir haben jahrelang, in den fetten Jahren haben wir uns doch ein Luxusleben aufgebaut.« (110/17)

Da es keine Armen trifft, sondern Leute, die sich »in den fetten Jahren ein Luxusleben aufgebaut haben«, braucht an der sozialen Gerechtigkeit von Kürzungsmaßnahmen bei Arbeitern nicht gezweifelt zu werden: In dieser Frage ist der Interviewte Experte, denn er spricht von sich selbst (»wir«). Zugleich impliziert die Argumentation, daß die Lohnhöhe sich nur nach den Reproduktionsnotwendigkeiten der Arbeitskraft zu richten habe und Luxus da nicht inbegriffen sei, so daß man beim Luxus der Lohnabhängigen ruhig Abstriche machen könne. Diese Abstriche lassen sich um so leichter vornehmen, da die Arbeiter diesem Deutungsmuster zufolge heutzutage offenbar übertriebene Ansprüche stellen.

»Wenn heute der kleine Arbeiter keinen Mercedes hat, dann geht ihm das nicht mehr wohl.« (318/24)

Der Hinweis auf »heute« in diesem Zitat macht die historische Veränderung in der Anspruchshaltung der Arbeiter deutlich. Von daher ist es dann möglich, auf frühere Zeiten zu verweisen, in denen die Arbeiter mit weniger ausgekommen sind.

»Die Leute vorher waren genügsamer gegenüber heute.« (428/8) »Unsere Vorfahren konnten das auch nicht.« (112/19)

Dieser Vergleich von gegenwärtigem und vergangenem Konsumverhalten erlaubt es diesen Interviewten, die Möglichkeiten von Konsumverzicht seitens der Lohnarbeiter herauszustreichen. In schlechten Zeiten muß es also den Arbeitern schlechter gehen, damit es wieder besser wird. Nachdem ein Interviewter festgestellt hat: »Wir sind drin (in der Krise) und wir müssen da raus« (110/16), folgert er in der Logik dieses Deutungsmusters: »Da müssen wir doch einschränken« (110/17). Jede Interessendurchsetzung der Lohnarbeiter tritt bei dem Unternehmer als Kostenfaktor auf und führt in der Logik dieses Deutungsmusters mit der Verringerung der Gewinne in die ökonomische Krise. Konsequenterweise werden daher auch Forderungen wie die nach Einführung einer 35-Stunden-Woche abgelehnt.

»Für den Unternehmer würd' ich sagen, er muß für die verkürzte Arbeitszeit jedes einzelnen mehr Sozialabgaben, weil es ja dann immer bei vollem Lohnausgleich abgeschlossen werden soll und muß, um die soziale Sicherheit der betreffenden Arbeitnehmer zu gewährleisten. Das wäre dann wesentliche Mehrbelastung für den Unternehmer, und diese Mehrbelastungen in unserer heutigen Zeit, die können sich sehr schlecht auswirken auf die gesamte Wirtschaft.« (218-I/28)

Eine kämpferische gewerkschaftliche Interessenvertretungspolitik in der Krise wird kategorisch abgelehnt, da sie dem Interesse am Erhalt des Arbeitsplatzes direkt zuwiderlaufen würde. Von den Gewerkschaften wird vielmehr verlangt, die Unternehmer mit ihren Forderungen zu verschonen.

»Treffen damit könnte man nur den Unternehmer. Für ihn werden die sozialen Lasten und überhaupt seine Produktionslasten viel größer. Und da finde ich, würde man, wenn man da etwas ehrlich ist, würd' ich meinen, das hat der Unternehmer auch nicht verdient, daß man ihn in der heutigen Zeit noch zusätzlich beuteln sollte.« (214/29)

Bei der Frage der Lohnerhöhungen hat allein der Bezug auf die Gewinnsituation der Unternehmer nicht ausgereicht, den Lohnverzicht zu begründen. Mit dem Hinweis auf »Luxus«

und »frühere Zeiten« muß die Fragwürdigkeit eines sozialen Fortschritts für die Arbeiter betont werden, um Kürzungen als gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Die gleiche Struktur taucht auch in der Frage der 35-Stunden-Woche wieder auf; hier wird bestritten, daß diese für die Arbeiter sinnvoll sei.

»Für den Arbeiter wiederum, der hat natürlich fünf Stunden weniger in der Woche zu arbeiten, würde das gleiche Geld bekommen. Das ist gut, ist eine schöne Sache. Aber ob er da glücklicher bei ist? Könnte sein, aber das bezweifel ich. Viele Arbeiter, da bin ich ganz ehrlich, wissen mit ihrer Freizeit wenig anzufangen.« (214-I/28)

Die Sicherheit des Arbeitsplatzes wird so nicht nur gegen alle anderen Interessen der Lohnarbeiter gekehrt. Zugleich müssen diese anderen Interessen auch als sinnlos denunziert werden, um damit zu zeigen, daß sie nicht nur nicht im Interesse der Unternehmer, sondern auch zum Nachteil für die Arbeiter sind. Soziale Fortschritte werden damit in Nachteile umgedeutet.

»Welcher Lehrherr stellt denn jetzt einen Lehrjungen ein, der gleich 300 Mark im Monat kriegen soll. Der soll erstmal was lernen. Früher mußten die noch Lehrgeld zubezahlen. Jetzt ist es vollkommen umgekehrt. Jetzt muß der Lehrherr ihm schon hundert Mark geben . . . Kein Lehrgeselle wagt es sich heute, dem Lehrjungen was zu sagen. Er sagt höchstens: Mach doch selber. Früher kriegten wir welche an die Ohren und dann mußt du laufen.« (112/21)

Diese autoritäre Konsequenz ist in der Logik dieses Deutungsmusters angelegt. Wenn die Arbeiter auf fragwürdige soziale Errungenschaften nicht freiwillig verzichten, dann muß es eben mit Gewalt gehen, die sich ja schon früher als erfolgreiches Mittel erwiesen hat, um Lohnabhängige zu disziplinieren. Für diesen Interviewten ist es denn auch keine Frage: »Auch der Freiheit müssen Grenzen auferlegt werden« (112/2).

»Ich geh' auch noch mit Fieber zur Arbeit«

Um Arbeitsplätze zu erhalten, wird in diesem Deutungsmuster jedes andere Interesse dem Kostenkalkül der Unternehmer geopfert, wie sich in der Frage der Lohnhöhe oder der 35-Stunden-Woche gezeigt hat. Konsequenterweise erstreckt sich diese Unterwerfung auch auf das Interesse am Erhalt der Arbeitskraft.

»Ich meine, ich bin, ich geh' auch noch mit Fieber zur Arbeit. Das ist meine Einstellung schon alleine. Ich weiß, daß wir uns selbst damit schaden, wenn wir krank zur Arbeit gehen. Aber das ist meine Einstellung, und ich kann da nicht gegen meine Einstellung handeln. Das geht ja nicht. Wenn das jeder machen würde oder mindestens die Hälfte jetzt noch von denen, die das machen, dann wäre uns schon mit geholfen.« (110/39)

Daß die Lohnarbeiter sich selber schaden, wenn sie krank zur Arbeit gehen, ist auch diesem Befragten nicht verborgen geblieben, kann man doch eine Krankheit damit leicht verschlimmern und seine Gesundheit völlig ruinieren. Aber er hat sich in dieser Frage eine »Einstellung« gebildet, gegen die er nicht handeln kann. Wozu dient nun eine für einen selbst offensichtlich gesundheitsschädigende Einstellung? Der nächste Satz verrät es: Sie dient der Sicherung von Arbeitsplätzen. Aus Angst vor einem Verlust des Arbeitsplatzes hat man die tendenziell selbstzerstörerische »Einstellung« angenommen, denn dieser Interviewte weiß, was ihn im Falle einer Arbeitslosigkeit erwartet.

»Ich war mal arbeitslos. Ich weiß, wie das ist. Kurz bevor ich bei A anfang, war ich vier Wochen arbeitslos. Also ich möchte nicht mehr arbeitslos sein. Wie ich schon sagte, dann würde ich, glaub' ich, alles machen. Ja, da kommt man sich echt vor wie ein Mensch zweiter Klasse . . . Aber ich, nee, ich mach das nicht noch mal mit.« (110/21-22)

Das Zitat macht deutlich, daß die Unterwerfungshaltung des Interviewten weit über die Anforderungen des Betriebes hinausgeht (»dann würd' ich alles machen«). Er tut dies, um seinen Arbeitsplatz zu behalten (»Ich mach das nicht noch mal mit«). Diesen Zusammenhang von Angst und Unterwerfung hat der Interviewte auch bei seinen Arbeitskollegen festgestellt.

»Ja, ich weiß nicht, ist nicht mehr so schön, so kollegial wie früher, weil, jeder hat doch'n bißchen Angst, mehr zu sagen wie früher. Daß er dann irgendwelche Nachteile hat. Das merkt man, das spürt man irgendwie. Es gibt zwar keiner das zu und jeder sagt noch, ich hab' keine Angst und so, aber bei bestimmten Gelegenheiten, bestimmten Sachen, da merkt man doch, daß da 'ne kleine Furcht herrscht.« (110/2)

Die aus der Angst resultierende Unterwerfung hat auch Auswirkungen auf den Zusammenhalt der Arbeitskollegen untereinander. Die Kollegialität geht zurück, was der Befragte durchaus kritisch bemerkt (»ist nicht mehr so schön«). Dies führt ihn jedoch nicht dazu, demgegenüber gerade in

der Krise eine stärkere Solidarität zu befürworten. Vielmehr fordert er von der Gewerkschaft, daß sie zur Unterwerfung der Arbeiter beiträgt.

»Aber man sollte von der Gewerkschaft auch mal'n bißchen was tun, finde ich, zum Beispiel jetzt mit den drei Tagen von der Krankenkasse aus, jetzt, wir bekommen ja drei Tage von der Krankenkasse aus jetzt, wir bekommen ja diese drei Tage im Jahr frei, also drei Tage im Jahr können wir uns krank melden. Dann wird, da hab' ich selbst, da hab' ich selbst schon. Ich selbst mach' das nicht und ich bin da auch sehr ehrlich gegen. Ich weiß, daß wir uns da selbst mit schaden. Diese drei Tage, die werden ausgenutzt. Die sagen dann, mir ist heut' schlecht, ich komm' nicht, ich hab' einen gesoffen oder hab' sonstwas vor. Da müßten die (Gewerkschaften) was gegen tun.« (110/33)

Wenn die Gewerkschaften etwas durchsetzen sollen, dann sind es in diesem Deutungsmuster autoritäre Maßnahmen gegen die Arbeiter. Daß eine ärztliche Bescheinigung erst am dritten Tag der Abwesenheit vom Arbeitsplatz beigebracht werden muß, verkehrt sich für diesen Befragten dahin, daß der Arbeiter pro Jahr drei Tage von der Krankenkasse aus frei bekomme, wenn er sich krank meldet. Auch in dieser Frage finden die Arbeiter diesem Deutungsmuster zufolge das rechte Maß nicht, sie nutzen derartige Möglichkeiten schonungslos aus. Da moralische Appelle an jeden einzelnen hiergegen offenbar wenig fruchten, wird von den Gewerkschaften erwartet, daß sie einen Riegel vorschieben und die betreffenden Arbeiter disziplinieren.

Zusammenfassung

Bestimmend für das Deutungsmuster »Unterwerfung« ist eine Interessenorientierung, in der nur noch ein Interesse zählt: das am Erhalt des Arbeitsplatzes. Dieses Deutungsmuster stellt damit eine deutliche Form von Krisenreaktion der Lohnabhängigen dar. Da nur noch dieses eine Interesse durchgesetzt werden soll, gibt es auch keine Interessenhierarchie. Das Interesse am Erhalt des Arbeitsplatzes hat nicht etwa Vorrang vor anderen Interessen, in diesem Deutungsmuster steht es zu den anderen Interessen in einem antagonistischen Verhältnis. Höherer Lohn, Arbeitszeitverkürzung und Erhalt der Arbeitskraft sind nicht etwa von zweitrangigem Interesse, sondern widersprechen den Interessen der

Arbeiter, und das heißt, dem einen und einzigen Interesse am Erhalt des Arbeitsplatzes.

Die Arbeitsplätze dieser Interviewten werden aber von Unternehmern vergeben, für die diese einen Kostenfaktor darstellen. Will man seinen Arbeitsplatz sichern, dann muß man diese Kosten so gering wie möglich halten und folgerichtig auf alle weitergehenden Interessen verzichten. Diese denunziert man dann als »bloßen Luxus«, »sinnlose Freiheit« etc., um einen Verzicht darauf sinnvoll erscheinen zu lassen. Dieser Verzicht geht soweit, daß er – metaphorisch – sogar das vorletzte Hemd noch mit einschließt.

»Und wenn er (der Unternehmer) auch uns nicht direkt als schwarzes Schaf sieht – wir wollen auch nur leben, mehr auch nicht –, dann wird er uns auch etwas zukommen lassen und nicht, daß der eine dem andern das letzte Hemd, was er noch hat, auszieht.« (214-I/29)

Sich einem reinen Kosten-/Nutzenkalkül zu unterwerfen, verschafft offensichtlich doch nicht die Sicherheit, die man sich hiervon erhofft. Da man aber mit der Unterwerfung die Kriterien für das Wohl der Arbeiter an die Unternehmer abgetreten hat, bleibt nur noch von diesen als Gegenleistung für die Unterwerfung, einen Rest von Humanität zu erwarten.

Die durch die Krise verstärkte Existenzangst, die bei den Interviewten dieser Untersuchung generell festgestellt werden kann, wird in diesem Deutungsmuster in spezifischer Weise verarbeitet. Das Deutungsmuster resultiert aus einem weitgehenden Verzicht auf die Durchsetzung eigener Interessen. Diese Interviewten wollen nur ein ganz bestimmtes Interesse, das am Erhalt des Arbeitsplatzes, durchsetzen. Als Mittel dazu dient der Verzicht auf alle weiteren Interessen und die völlige Unterwerfung unter das Kosten-/Nutzenkalkül der Unternehmer als denjenigen, die die Arbeitsplätze zu vergeben haben. Diese Unterwerfung setzen diese Befragten in tendenziell selbstzerstörerischer Weise gegen sich selbst durch. Wo moralische Appelle an die Arbeitskollegen, genauso zu handeln, nichts fruchten, da sollen diese autoritär und aggressiv dazu gezwungen werden.

1.7 Deutungsmuster »Sündenböcke«

In der qualitativen Inhaltsanalyse der Erstinterviews wurde in vielen Fällen eine personalisierende Krisenwahrnehmung festgestellt; in ihr werden bestimmte Personengruppen, vor allem die Ausländer und die Arbeitslosen, für Krise und Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht. Auch in den Zweitinterviews finden sich diese Formen personalisierender Schuldzuschreibung; sie werden im folgenden in ihrem inneren Zusammenhang als soziales Deutungsmuster dargestellt. Die personalisierende Wahrnehmung sieht die Ursachen von Krise und Arbeitslosigkeit nicht in strukturellen Zusammenhängen der Gesellschaft, sondern sucht nach »Sündenböcken«⁸; d.h. bestimmte Personengruppen werden für die Krise verantwortlich erklärt, und es wird ihre Bestrafung gefordert. Deshalb wird diese Deutung von Krise und Arbeitslosigkeit als Deutungsmuster »Sündenböcke« bezeichnet. Es findet sich bei etwa einem Fünftel der Interviewten. Charakteristisch für dieses Deutungsmuster ist die Fraglosigkeit, mit der die Interviewten Sündenböcke benennen und damit Erklärungen für Krise und Arbeitslosigkeit parat haben.

Auf die Frage, welche Gründe es für die hohe Arbeitslosigkeit gibt, erklärt ein Metallarbeiter:

»Gründe? Das sind diejenigen, die nicht mehr arbeiten wollen... Die haben einfach keine Lust mehr zum arbeiten.« (522/14)

Sind es hier die faulen Arbeitslosen, die an der Arbeitslosigkeit schuld sind, so werden von anderen Interviewten die Türken zu Sündenböcken für die Arbeitslosen gemacht:

»Das ist eine importierte Arbeitslosigkeit. Importiert! Aus der Türkei! Wir haben vier (Millionen Gastarbeiter) - na, zwei weniger, die Sache ist dann erledigt.« (212/16)

In beiden Zitaten fällt der Gestus des Bescheidwissens auf; für die Befragten liegt es auf der Hand, daß »die einfach keine Lust mehr (haben) zum arbeiten« oder daß die Arbeitslosigkeit »aus der Türkei importiert« ist. Die scheinbare Evidenz solcher Erklärungsmuster enthebt die Interviewten der Anstrengung, über die komplexen Zusammenhänge weiter nachzudenken.

Im Rahmen des Deutungsmusters »Sündenböcke« werden

häufig beide Gruppen zusammen genannt: Sowohl Arbeitslose wie Ausländer werden zu Sündenböcken gemacht, wenn auch mit unterschiedlichen Begründungen und Unterschieden in den geforderten Maßnahmen. In einem ersten Schritt werden zunächst die Äußerungen der Interviewten zu Arbeitslosen und Ausländern getrennt untersucht; in einem zweiten Schritt werden dann die gemeinsamen und grundlegenden Mechanismen des Deutungsmusters herausgearbeitet.

I. Arbeitslose als Sündenböcke

»Die haben keine Lust zum arbeiten«

Die Ursachen der Arbeitslosigkeit werden nicht in strukturellen Zusammenhängen, sondern in Eigenschaften, Motiven und Verhaltensweisen der Arbeitslosen gesucht. Die Arbeitslosen gelten als faul, bequem und arbeitsunwillig, die Auseinandersetzung mit dem Problem der Arbeitslosigkeit beschränkt sich auf die Kritik der Arbeitslosen. Der Vorwurf der Faulheit und Bequemlichkeit findet sich in den Interviews in den vielfältigsten Formen – angefangen vom Einzelbeispiel des Nachbarn nebenan, »der noch nie im Leben gearbeitet hat«, bis zur Aussage über die Arbeitslosen schlechthin.

»Die meisten, die haben einfach keine Lust mehr zum arbeiten.« (522/14)

Viele Interviewte sind der Meinung, die Arbeitslosen seien zu anspruchsvoll, und kritisieren, daß diese nicht jede Arbeit annehmen.

»Und weil einige sich auch zu fein fühlen, 'ne Arbeit zu machen, die denen nicht zusagt.« (336/22)

Den Arbeitslosen wird Drückebergerei vorgeworfen, wenn sie auf einer ihrer Qualifikation entsprechenden Arbeit bestehen und dadurch ihre Arbeitslosigkeit verlängern. Daneben findet sich oft der Hinweis auf die Höhe des »Stempelgeldes« und die Möglichkeit zur Schwarzarbeit, die nach Ansicht vieler Interviewter die Arbeitslosen davon abhält, sich wieder Arbeit zu suchen. Die Absicherung durch

Arbeitslosenunterstützung untergräbt nach Ansicht dieser Interviewten die Arbeitsmoral.

»Die sagen sich denn auch, wir kriegen soviel Stempelgeld, also warum sollen wir denn arbeiten gehen? Dann melde ich mich lieber arbeitslos und geh' nebenbei ein bißchen arbeiten . . . Dann habe ich im Endeffekt mehr als wie wenn ich den ganzen Tag arbeiten geh'.« (336/21)

»Wer arbeiten will, der findet auch Arbeit«

Auch die gravierende Zunahme der Arbeitslosigkeit, die Diskrepanz zwischen zwei Millionen Arbeitslosen und der geringen Anzahl offener Stellen ist keineswegs in der Lage, das Bild von den arbeitsunwilligen, anspruchsvollen, bequem von »Stempelgeld« und Schwarzarbeit lebenden Arbeitslosen zu korrigieren. Dies ist um so erstaunlicher, als ein Großteil der Interviewten zunehmend selbst von Arbeitslosigkeit bedroht ist und auch erlebt hat, daß Arbeitskollegen arbeitslos wurden. So berichten die Arbeiter der beiden Werften über massiven Arbeitsmangel und Kurzarbeit und die Verringerung der Belegschaften. Sie befürchten eine Schließung ihrer Werft in absehbarer Zeit und sind davon überzeugt, »daß die hier ganz dichtmachen. Die Werft fliegt auf.« (211/10)

Die meisten der Interviewten erklären jedoch, daß diese Zukunftsaussichten sie nicht weiter beunruhigen.

»Da mach' ich mir auch gar keine Sorgen. Wenn man arbeiten will, dann findet man auch Arbeit; das ist meine Auffassung.« (211/11)

Zwar rechnet dieser Interviewte damit, daß die Werft »dichtgemacht« wird und er dann entlassen würde; er ist jedoch überzeugt, auf jeden Fall wieder Arbeit zu finden, das heißt er würde nicht arbeitslos werden.

Während die Möglichkeit, entlassen zu werden, das kollektive Schicksal der Arbeiter darstellt, gegen das es letztlich keine Sicherheit gibt, beschreibt der Topos »arbeitslos« für diese Interviewten einen selbstverschuldeten Zustand, ist gleichbedeutend mit »nicht arbeiten wollen«. Denn: »Wer arbeiten will, der findet auch Arbeit.«

Mit dieser Versicherung wird die Möglichkeit eigener Arbeitslosigkeit abgewehrt; man kann zwar schlimmstenfalls seinen Arbeitsplatz verlieren, aber man wird nicht arbeits-

los, sondern findet sofort wieder Arbeit. Der Wille zur Arbeit schützt in der Wahrnehmung dieser Interviewten vor Arbeitslosigkeit. Im Umkehrschluß gilt dann der Satz, daß, wer tatsächlich arbeitslos ist, eben nicht arbeiten will, denn Arbeit, offene Stellen gibt es ja genug. Es muß also an den Arbeitslosen selbst liegen, wenn sie arbeitslos bleiben. Arbeitslosigkeit wird damit psychologisiert und personalisiert; sie wird nicht als gesellschaftliches Problem gesehen, sondern den Arbeitslosen als individuelle Schuld zugerechnet. Die Bedrohung scheint von den Arbeitslosen selbst auszugehen und soll auch an diesen bekämpft werden. Das Opfer wird in der Wahrnehmung dieser Interviewten zum Täter, der bestraft werden muß. Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit, ihrer Bedrohlichkeit, die sie auch für diese Interviewten hat, wird damit reduziert auf die Bequemlichkeit und Faulheit der Arbeitslosen. Die Angst, selbst arbeitslos zu werden, kann damit weitgehend abgewehrt werden.

»Mensch, dann bin ich blöd, wenn ich arbeiten geh'«

Das Stereotyp vom faulen Arbeitslosen, der nicht arbeiten will, dient jedoch nicht nur dazu, die Angst vor eigener Arbeitslosigkeit abzuwehren. In ihm zeigt sich auch das Resentiment und die Aggression gegen jene, die, aus welchen Gründen auch immer, nicht arbeiten. Die aggressive Kritik an diesen, seien es Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger, zieht sich wie ein roter Faden durch die Äußerungen zum Thema Arbeitslosigkeit.

»Bei uns im Weg da ist einer, der hat im Leben noch nie gearbeitet, aber lebt. Der trinkt, der freut sich immer, lächelt mich an, wenn ich von der Arbeit gekommen bin. Aber ich weiß nicht, ich kam mir immer richtig blöd vor, wenn ich da vorbeigefahren bin. Nee, nee! Aber die leben auch, das ist'n Ding!« (108/16)

Daß es Leute gibt, die »noch nie im Leben« gearbeitet haben und trotzdem leben, ist für den Interviewten provozierend. Während er jeden Tag zur Arbeit gehen muß, lebt sein Nachbar offensichtlich vergnügt und zufrieden in den Tag – ohne zu arbeiten – und lächelt ihn an, wenn er von der Arbeit kommt. Dieses Verhalten führt dazu, daß er sich »richtig blöd« vorkommt; seine Lebensweise und vor allem seine

Arbeitsethik werden durch diesen Nachbarn in Frage gestellt. Daß solche Leute auch »leben«, »das ist'n Ding!« – genauer gesagt ein Unding, etwas, das es eigentlich gar nicht geben darf. Im fassungslosen Erstaunen über diese verkehrte Welt wird die Entschlossenheit spürbar, diesen verkehrten Zustand mit allen Mitteln zu korrigieren. Im Sinne des Satzes »Wer nicht arbeitet, soll nicht essen« ist der Interviewte der Meinung, daß, wer nicht arbeitet, auch nicht leben soll. Die Bereitschaft zur Aggression gegen Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, wie sie besonders in den geforderten Maßnahmen zum Ausdruck kommt, ist hierin angelegt.

Bemerkenswerterweise richtet sich die Aggression nicht gegen jene, die tatsächlich von ihrem Vermögen leben können, ohne zu arbeiten. Sie richtet sich ausschließlich gegen jene, die in der gleichen gesellschaftlichen Situation sind, d. h. auch Lohnabhängige, aber als Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger zeitweilig oder ganz aus dem Lohnverhältnis herausgefallen sind. *Ihnen* wird vorgeworfen, ein luxuriöses Dasein auf Kosten der Arbeiter zu führen:

»Aber daß einer gar nichts macht, gar nichts machen manche Leute und die kriegen, ich meine, das liest man ja auch bald jeden Tag in der Zeitung: die kriegen dann mehr Geld wie so'n Arbeiter, der da richtig, jeden Morgen muß er pünktlich zur Arbeit kommen, muß stempeln.« (108/15)

Die Vorstellung, andere Lohnabhängige könnten genauso gut oder noch besser leben, ohne dafür arbeiten zu müssen, während man selbst jeden Morgen aufsteht und acht Stunden lang »knüppeln« muß, weckt Aggressionen. Der Zwang zur Lohnarbeit, dem man unterworfen ist und den man verinnerlicht hat, ist nur zu ertragen, wenn man alle anderen, die auch lohnabhängig sind, demselben Zwang unterworfen weiß. Daß es Lohnarbeiter gibt, die sich diesem Zwang entziehen, ist für diese Interviewten unerträglich; ihre eigene, unter Zwang verinnerlichte Arbeitsethik wird dadurch in Frage gestellt.

»Denn sag' ich mir doch normalerweise, Mensch, dann bin ich blöd, wenn ich arbeiten geh' . . . Jeden Morgen aufstehen, mich abquälen und die bleiben zu Hause, die kriegen Möbel-Geld, die kriegen Gardinen-Geld, was kriegen die noch alles!« (515/19)

Dieser gelernte Kraftfahrzeugmechaniker ist der Meinung, daß »die« es viel besser haben als er: Während er jeden Morgen aufstehen muß, sich »abquälen« muß, können »die«

zu Hause bleiben und kriegen all das umsonst, wofür er hart arbeiten muß: Unter solchen Umständen verliert der Zwang, den man sich selbst jeden Tag antut, seinen Sinn: »Mensch, dann bin ich blöd, wenn ich arbeiten geh'.«

Um solchen Entwicklungen entgegenzuwirken, ist es nach Meinung des Interviewten »höchste Zeit«, das Arbeitslosengeld und die Sozialhilfesätze zu kürzen.

»Da sollte man ein bißchen also Daumenschrauben ansetzen.« (515/19)

Das Bild von den Daumenschrauben, die angesetzt werden sollen, zeigt die Aggressionen gegen Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger – schließlich handelt es sich beim Ansetzen von Daumenschrauben um eine Foltermethode. Die Aggressionen richten sich gegen jene, die es nach Meinung des Interviewten besser haben; indem diesen die Daumenschrauben angesetzt werden sollen, werden zugleich die eigenen Wünsche nach einem besseren Leben, in dem man sich nicht »abquälen« müßte, bekämpft.

Adorno hat dies den »hämischen Egalitarismus«⁹ genannt, der darauf besteht, daß es keinem besser gehen soll; nicht die Abschaffung von Unterdrückung ist sein Ziel, sondern die Herstellung einer Gleichheit der Entbehrung und des Zwanges. Oder, wie Freud es im Hinblick auf den Gemeinschaftsgeist und seine Abkunft vom Neid formuliert: »Soziale Gerechtigkeit will bedeuten, daß man sich selbst vieles versagt, damit auch die anderen darauf verzichten müssen, oder, was dasselbe ist, es nicht fordern können.«¹⁰

Die Unzufriedenheit mit der eigenen Situation führt so nicht zu einer Kritik der Ursachen dieses als Zwang empfundenen Zustandes; vielmehr wird die Unzufriedenheit und Aggression auf Gruppen wie die Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger und Jugendlichen, das heißt, auf schwächere Gruppen, verschoben. Sie sollen es nicht besser haben, sie sollen den gleichen Zwängen und Einschränkungen unterworfen werden, die man selbst – schmerzhaft – erfahren hat. Besonders deutlich wird dies in den geforderten Maßnahmen gegen die Arbeitslosen.

Ein 50jähriger Werkzeugmacher, der sich für Arbeitsdienst und die Verschärfung der Zumutbarkeitsregelung ausspricht, begründet dies u.a. mit seinen eigenen negativen Erfahrungen:

»Warum kann man die Leute nun nicht mal ranholen und dann mal zum Schneeschippen? Oder wie damals – ich war ja mal ein Vierteljahr arbeitslos – ich mußte Schichten im Hafen machen. Ich konnte das überhaupt nicht, ich konnte das gesundheitlich gar nicht, hier, mit meinen kleinen Händen. Ich bin für so was nicht geschaffen. Aber du mußtest dahin, hast nicht gemacht, hast kein Geld mehr gekriegt. War sowieso so wenig, die paar Pfennig, die man überhaupt gekriegt hat. Wenn ich da noch daran denke, da träum' ich auch noch von. Zement mußte ich da verschiffen. So was Blödes! Ja, ich weiß nicht, ob das heute überhaupt noch gemacht wird. Ich glaube nicht, die können da gleich ihr Geld holen.« (401/37)

Die harte Arbeit im Hafen, der er körperlich gar nicht gewachsen war, und für die er nur »ein paar Pfennig« bekam, war für den Interviewten eine ausgesprochen traumatische Erfahrung – noch heute träumt er von dieser Zwangsarbeit. Er kritisiert, daß das heute nicht mehr gemacht wird, daß die Arbeitslosen »da gleich ihr Geld holen (können)« und fordert die Wiedereinführung der gleichen Zwangsmaßnahmen, unter denen er gelitten hat.

»Diesen Leuten hätte ich risikolos die Unterstützung entzogen«

In der Logik der beschriebenen Krisenwahrnehmung liegt es, daß Sündenböcke nicht nur benannt werden, sondern auch bestraft werden sollen. Entsprechend sind die Maßnahmen, die gegen die Arbeitslosen gefordert werden; auch wenn sie hinsichtlich des Grades an Restriktivität und Härte differieren, die Logik der Bestrafung ist ihnen allen gemeinsam.

Adressat der Forderungen ist der Staat – nach Meinung vieler Befragter trägt er eine Mitschuld an dem gegenwärtigen Zustand: die Gesetze waren zu »lasch« und der Sozialstaat wurde ausgenutzt. So antwortet ein Interviewter auf die Frage nach den Ursachen von Arbeitslosigkeit:

»Ich seh' das so, das sind die Nachteile eines Sozialstaates. Man sollte vielmehr, die sollen das ruhig wieder so machen wie in den fünfziger, sechziger Jahren: viel mehr Kontrolleure, die mal die Arbeitslosen, mal die Kranken unter Aufsicht nehmen.« (123/33)

Vom Staat wird ein härteres Durchgreifen, mehr Kontrolle erwartet; er soll die Maßnahmen gegen die Arbeitslosen mit der nötigen Härte durchsetzen. Der Hinweis auf die »Nach-

teile eines Sozialstaates« zeigt die Richtung der geforderten Maßnahmen an: Wenn Arbeitslosenversicherung und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall als »Nachteile eines Sozialstaates« bezeichnet werden, die verantwortlich sind für die hohe Arbeitslosigkeit, dann ist es nur konsequent, diese »Nachteile« abzuschaffen, zumindest aber einzuschränken. Hier werden Maßnahmen wie die diskutierte Einführung von Karenztagen bereits gedanklich vorweggenommen. In die gleiche Richtung gehen die Forderungen nach Verschärfung der Zumutbarkeitsregelung, oft verbunden mit der Forderung nach Kürzung des Arbeitslosengeldes:

»Und beim dritten Mal müssen die dann wirklich sagen, entweder Sie nehmen die Arbeitsstelle an oder das Arbeitslosengeld wird gekürzt! Dann nimmt der die Arbeitsstelle an, verlassen Sie sich darauf. Das ist schon mal ein wirksamer Schutz, daß die Leute auch wirklich wieder arbeiten.« (522/15)

Zwar gibt es Regelungen über die Zumutbarkeit der Arbeit und wie oft ein Arbeitsloser eine ihm angebotene Arbeit ablehnen kann; die Praxis des Arbeitsamtes läßt jedoch nach Ansicht dieses Interviewten zuviele Lücken offen. Er kritisiert, daß das Arbeitsamt zu wenig Druck ausübe, um die Arbeitslosen wieder zum Arbeiten zu zwingen und fordert eine rigorosere Praxis diesen gegenüber. Zugleich macht die Äußerung des Interviewten deutlich, daß die verschärften Maßnahmen der Bundesregierung gegen die Opfer der Krise mit breiter Zustimmung bei dieser Personengruppe rechnen können.

In einigen Fällen wird auch vor einer gänzlichen Streichung der Arbeitslosenunterstützung nicht zurückgeschreckt:

»Diesen Leuten hätte ich risikolos die Unterstützung entzogen, damit sie sich endlich mal bemühen! Wenn ich einem die Unterstützung nehme, wenn er arbeiten muß, wird er sich auch um einen Arbeitsplatz bemühen – selbst bemühen! Vom Arbeitsamt kriegt man keinen, das ist klar.« (212/18–19)

»Risikolos« den Arbeitslosen die Unterstützung zu entziehen – diese Wortwahl verwundert zunächst, sie scheint nicht zu passen. Entsprechend der Logik des Satzes wäre hier eher ein »rigoros« oder »rücksichtslos« zu erwarten: Den Arbeitslosen die Unterstützung zu entziehen, »damit sie sich endlich mal bemühen«, solche Maßnahmen erfordern in der Tat eine »rigorose« und »rücksichtslose« Haltung gegen-

über den Arbeitslosen, gleichen sie doch dem Versuch, jemand das Schwimmen beizubringen, indem man ihn ins leere Schwimmbecken wirft. Rigorosere Maßnahmen gegen die Arbeitslosen zu fordern, dies ist der objektive Sinn seiner Äußerung. Zugleich sind solche Forderungen für den Interviewten auch »risikolos« – denn die Arbeitslosen sind als gesellschaftliche Gruppe so machtlos, daß er glaubt, man könne ihnen in der Tat »risikolos« die Unterstützung entziehen. In dem Versprecher wird so ein grundlegender Mechanismus des Deutungsmusters »Sündenböcke« deutlich. Zu Sündenböcken für Krise und Arbeitslosigkeit werden jene gemacht, die sich nicht wehren können, die selbst Opfer der Krise sind. Sie zu bestrafen, birgt keinerlei Risiko und erlaubt – in gesellschaftlich weitgehend sanktionierter Form – die Abfuhr von Unzufriedenheit und Aggression.

Nicht selten finden sich in den Interviews die Forderungen nach Einführung eines Arbeitsdienstes für Arbeitslose, »herumlungernde« Jugendliche und Sozialhilfeempfänger.

»Dann sollen sie doch irgend so was schaffen, wo sie all diese Arbeitslosen unterbringen, wie früher, früher war Arbeitsdienst.« (335/19)

Wird so von einigen Interviewten ein positiver Bezug zum Arbeitsdienst der Nationalsozialisten hergestellt, versuchen andere, solche Assoziationen zu vermeiden.

»... Ich weiß nicht, warum soll man diese Leute jetzt, nicht nur die Asozialen, ja, oder die Arbeitslosen oder die Asylanten, warum soll man denen dieses Geld so geben? Warum kann man die nicht einsetzen zum Schneeschaukeln? Warum soll das nicht möglich sein, diese Leute genauso zu beschäftigen? Wir wollen nicht auf die Nazizeit wieder zurückkommen, damals hat man ja die Leute einfach zum Arbeitsdienst eingezogen, die haben die Autobahn gebaut und haben Moore trockengelegt, ja. Diese Kasernierung tut nicht nötig, seh' ich nicht ein, ja, nicht. Aber beschäftigen mit Primitivarbeiten das wär' doch gar nicht das schlimmste.« (105/30)

Die halbherzige Distanzierung vom faschistischen Arbeitsdienst – »wir wollen nicht auf die Nazizeit wieder zurückkommen« – kann nicht über das prinzipielle Einverständnis mit solchen Maßnahmen hinwegtäuschen. Es muß nicht gleich die Kasernierung sein, aber daß diese Leute mit »Primitivarbeiten« beschäftigt werden, das findet der Befragte richtig. Die Assoziationskette Asoziale, Arbeitslose, Asylanten macht den gemeinsamen Nenner deutlich: wer sein Geld »so« bekommt, ohne dafür zu arbeiten, ist in den Augen des

Befragten tendenziell asozial. Eine Beschäftigung mit Primitivarbeiten ist für »diese Leute« durchaus angemessen, noch »gar nicht das schlimmste«.

Die implizite Etikettierung »asozial« macht deutlich, in welchem Maße hier die Ausgrenzung von Arbeitslosen bereits stattgefunden hat; Arbeitslose erscheinen als Fremde, Asoziale, mit denen es keine Gemeinsamkeit und schon gar keine Solidarität gibt. Dies ist als Tendenz bei allen Interviewten mit diesem Deutungsmuster zu finden, wenn auch nicht immer so eindeutig formuliert. Ihre konsequente Zuspitzung findet die Ausgrenzung der Arbeitslosen in dem Ausspruch:

»All die Arbeitslosen, die könnt' ich alle erschießen!« (228/20)

Im Wunsch nach Vernichtung der Arbeitslosen zeigt sich die Logik der Ausgrenzung in ihrer krassesten Form: Das Fremde und Asoziale kann nicht geduldet, es muß zerstört werden. Zugleich werden in der Ausgrenzung von Arbeitslosen und Asozialen auch die eigenen Wünsche abgewehrt. Der Wunsch, nicht arbeiten zu müssen, sein Geld »so« zu bekommen, das Bedürfnis, auch einmal aus den Zwängen des reglementierten Alltags- und Arbeitslebens auszubrechen, wird als asozial an den anderen bekämpft. Deshalb müssen auch Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger zur Arbeit gezwungen werden – an Arbeit herrscht nach Ansicht der Interviewten kein Mangel:

»Wenn die Geld ausgeben wollen an die Leute, die, sagen wir wöchentlich oder monatlich herkommen und ihr Geld holen – ich weiß auch nicht, wie das genau vor sich geht beim Arbeitsamt. Aber dann muß doch hier mal einer eingestellt werden oder was, der nur für solche Sachen da ist: der Arbeit annimmt, wo Arbeit ist, und der die ausgibt. Wenn ich hier am Baggersee rumgeh', wie das da aussieht . . . was da alles so gemacht werden könnte. Die Bäume reißen ab, die stehen schief. Wer das so in die Hand nehmen soll, das ist so eine Sache, das weiß ich auch nicht. Ich weiß nur eines: Arbeit gibt's genug.« (108/16)

Der Hinweis auf die Natur macht deutlich, daß Arbeit hier als reine Naturkategorie begriffen wird, unabhängig von jeder gesellschaftlichen Formbestimmtheit. Arbeit im Sinne dieses Stereotyps ist nicht an ihre Form als Lohnarbeit gebunden – sie wird vielmehr als abstrakt-nützliche, als Bewältigung notwendiger Aufgaben begriffen. Sie ist ewige Naturnotwendigkeit – in diesem Sinne gibt es in der Tat

keinen Mangel an Arbeit. Mit dem Hinweis, daß es »genug Arbeit« gibt, soll die Pflicht zur Arbeit auch gegenüber jenen durchgesetzt werden, die als Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger aus dem Lohnarbeitsverhältnis herausgefallen sind. Auch sie sollen arbeiten – und sei es in einer Kolonne am Baggersee, in Form des Arbeitsdienstes. »Arbeit gibt's genug!«

II. Ausländer als Sündenböcke

Neben den Arbeitslosen bilden die Ausländer die zweite Personengruppe, die als Sündenböcke für Krise und Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht werden. Zwar gibt es Gemeinsamkeiten im Ressentiment gegen Arbeitslose und Ausländer und auch der zugrundeliegende Mechanismus der Sündenbock-Suche ist der gleiche; dennoch ist der jeweilige »Begründungszusammenhang« für ihre Rolle als Sündenböcke verschieden. Darüber hinaus sind die Ausgrenzungsmechanismen gegenüber den Ausländern in der Regel rigoroser, die Trennung zwischen Eigen- und Fremdgruppe starrer und feindseliger. In den Äußerungen zum Thema Ausländer finden sich verschiedene Stereotype, die sich zwar analytisch trennen lassen, im Interviewmaterial jedoch meist eine Einheit bilden. Erst als zusammenhängendes Ganzes ist das Syndrom Ausländerfeindlichkeit in seiner Dynamik zu begreifen.

»Wir haben keine Arbeit mehr für euch – ihr müßt jetzt wieder zurück in eure Heimat«

Während den Arbeitslosen gegenüber argumentiert wird, daß, wer arbeiten will, auch Arbeit findet und damit implizit unterstellt wird, es gäbe genügend Arbeitsplätze, wird – oft von den gleichen Befragten – gegenüber den ausländischen Arbeitnehmern mit Nachdruck betont,

»daß hier keine Arbeit mehr ist«. (338/25)

Mag dies zunächst widersprüchlich erscheinen, so werden bei genauerer Betrachtungsweise doch der Zusammenhang und die zugrundeliegende Logik deutlich.

»Man hat zu lange reingelassen, wahrscheinlich, hat nicht früh genug dichtgemacht. Sicher, die Menschen haben da auch keine Arbeit, das ist traurig genug. Aber wenn man das nach hier, nach den Gesichtspunkten sieht, unsere jungen Leute, die liegen auf der Straße und den Arbeitsplatz, den erfüllt ein Türke oder was.« (212/16)

Nach Meinung dieses Interviewten gibt es verschiedene Maßstäbe hinsichtlich der Beurteilung des Arbeitslosenproblems. Zwar ist es »traurig genug«, daß »die Menschen da auch keine Arbeit haben«, aber wenn man das aus der Perspektive der *hier* lebenden Menschen betrachtet, dann werden solche Überlegungen gegenstandslos. Wenn »*unsere* jungen Leute auf der Straße liegen« und ein Türke den Arbeitsplatz einnimmt, dann ist das nicht in Ordnung, denn ein Arbeitsplatz in Deutschland ist ein »deutscher« Arbeitsplatz, das heißt, er ist von »unseren« Leuten, von deutschen Arbeitern »zu erfüllen«. Noch deutlicher wird diese Auffassung im folgenden Zitat:

»Ich bin bestimmt nicht ausländerfeindlich! Aber wenn es darum geht, daß wir hier unsere eigenen Leute zur Arbeit bringen sollen, dann muß man auch sagen, dann ist klar, wir können einfach nicht mehr Ausländer beschäftigen . . . Hört mal zu, ihr habt eure Schuldigkeit getan, eure Pflicht getan, wir haben keine Arbeit mehr für euch. Ihr müßt jetzt wieder zurück in eure Heimat.«. (527/23-24)

Der Einleitungssatz macht deutlich, in welchem Kontext der Interviewte seine nun folgenden Äußerungen verstanden wissen will. Nicht Ausländerfeindlichkeit sei das Motiv seiner Rede, so gibt er zu verstehen: was ihn beschäftigt, ist das Problem, »unsere eigenen Leute zur Arbeit (zu) bringen«. »Unsere eigenen Leute«, das sind die deutschen Arbeiter; sie gilt es, »zur Arbeit (zu) bringen« in eben dem Doppelsinne dieses Satzes: Sie haben ein Anrecht auf diese Arbeitsplätze und sie sollen zur Arbeit auch gezwungen werden, das heißt, sie sollen ihre Pflicht zur Arbeit erfüllen. Arbeitsplätze in Deutschland sind Arbeitsplätze für deutsche Arbeiter; in Zeiten des Arbeitskräftemangels können diese – sozusagen leihweise und auf Widerruf – den »Gastarbeitern« überlassen werden. Werden die Arbeitsplätze knapp, »dann ist klar, wir können einfach nicht mehr Ausländer beschäftigen« – die Arbeitsplätze werden nun zurückgefordert. Von den Ausländern wird erwartet, daß sie die Arbeitsplätze an die deutschen Arbeiter zurückgeben und in

ihre »Heimat« zurückkehren. »Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.« Die »Gastarbeiter« werden als bloße Manövriermasse begriffen, die man nach Belieben – und vor allem mit gutem Recht – hin- und herschieben kann.

Auf diese Weise wird Arbeitslosigkeit zu einem Ausländerproblem – würden diese nicht in der Bundesrepublik arbeiten, dann gäbe es keine Arbeitslosen. Erleichtert wird eine solche Reduktion des Arbeitslosenproblems durch den Vergleich zwischen der Zahl der Ausländer und der Zahl der Arbeitslosen.

»Wir haben vier (Millionen Gastarbeiter), na, zwei weniger, die Sache ist dann erledigt.« (212/16)

Wenn man von den vier Millionen ausländischen Arbeitnehmern in der Bundesrepublik zwei Millionen abziehen würde, dann wäre das Problem der Arbeitslosigkeit gelöst. Im Gestus der Sprache wird die Inhumanität und Feindseligkeit gegenüber den Ausländern deutlich. Zwei Millionen Ausländer werden auf eine bloße Zahl, ihre geforderte Rückkehr auf einen abstrakten Rechengvorgang reduziert: »... zwei weniger, die Sache ist dann erledigt«.

»Man sollte diese Leute zurückschicken«

Sind sich die Interviewten in ihrer Diagnose einig – die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg, ohne Ausländer gäbe es in der Bundesrepublik keine Arbeitslosigkeit –, so unterscheiden sich die geforderten Maßnahmen doch hinsichtlich ihrer Rigidität und Härte. Die Palette der Vorschläge reicht von Ausländerstopp über »langsame Rückführung« (auch mit Hilfe von Prämien) bis hin zur Forderung nach ihrer Abschiebung.

Die Forderung, nicht mehr Ausländer reinzulassen, ist noch vergleichsweise moderat.

»Ich versteh nicht, warum machen die keinen Stopp dagegen? Warum lassen die immer noch mehr rein?« (338/25)

Viele Interviewte halten solche und ähnliche Maßnahmen für nicht ausreichend – sie fordern weitaus rigorosere Regelungen.

»Die Bundesregierung, die reden jetzt zwar immer: Ausländerstopp, Ausländerstopp, ja! Die wollen auch keine mehr reinlassen – die sollen ein paar abschieben!« (515/18)

Keine Ausländer mehr »reinzulassen«, ist für diesen Interviewten eine völlig unzureichende Maßnahme und dazu eine, die sich erst im Planungsstadium befindet. Seiner Meinung nach müßte die Regierung ganz anders durchgreifen und »ein paar« Ausländer abschieben. In ähnliche Richtung gehen die Forderungen eines Vorarbeiters, der ausführlich erörtert, welche Ausländer seiner Meinung nach zurückgeschickt werden müßten.

»Man sollte diese Leute, nicht alle, gewisse Leute! – die eben im Jahr so oft krank sind, die fehlen, die bummeln oder dieses machen, die von einer Firma zur anderen gehen, die sollte man zurückschicken.« (527/23)

Die »Auswahlkriterien« der vorgeschlagenen Selektion machen das Ausmaß der Willkür und Feindseligkeit gegenüber den Ausländern deutlich. Das »Zurückschicken« erhält den Charakter einer Strafmaßnahme, die jederzeit gegenüber mißliebigen Ausländern exekutiert werden kann – Anlässe dafür sind immer zu finden. Jede Rechtsstaatlichkeit für ausländische Arbeitnehmer wird damit beseitigt. Die Forderungen, die Ausländer auszuweisen, verknüpfen sich bei einigen Befragten nahtlos mit der Forderung nach Disziplinierung der Arbeitslosen.

»... Ich meine, wir haben sie nicht gebraucht... Warum hat man unsere Arbeitslosen auf der Straße laufen lassen? Man hätte die zur Arbeit zwingen können und müssen. Dann hätten wir die Ausländer nicht gebraucht.« (336/35)

Die mangelnde Bereitschaft, auch unqualifizierte Arbeit anzunehmen, die den deutschen Arbeitslosen vorgeworfen wird, wird nachträglich zum Grund dafür gemacht, daß überhaupt ausländische Arbeitnehmer ins Land geholt werden mußten. Damit wird der Arbeitskräftemangel Anfang der sechziger Jahre schlicht geleugnet und die Anzahl der Arbeitslosen in dieser Zeit in phantastischer Weise erhöht. Auch heute würde man keine ausländischen Arbeitskräfte benötigen, man müßte nur die Arbeitslosen dazu zwingen, auch unqualifizierte Arbeit zu verrichten.

»Unsere Deutschen können auch den Müll kippen... Von wegen die Deutschen wollen das nicht mehr! Da könnte man sie wohl zu kriegen!« (212/16)

Die Forderung »Ausländer raus« bietet so für die Interviewten zugleich die Möglichkeit, die Arbeitslosen zu disziplinieren.

»Es sind doch so viele, was hier nicht arbeiten, sind doch die meisten nur Gangster«

Während unter dem Stichwort »wir haben keine Arbeit mehr für euch« die Ausländer als Arbeiter gesehen werden, wenn auch nur als »Gastarbeiter«, das heißt also Arbeiter zweiter Klasse und mit beschränktem Recht, so erscheinen sie in den folgenden Äußerungen nicht als Lohnarbeiter, sondern als »Gangster und Händler«, die von »krummen Geschäften leben«.

»... Es sind doch so viele, was hier nicht arbeiten, sind doch die meisten nur Gangster, was hier rumlaufen tut. Dann kommen sie'n bißchen arbeiten, und dann so'n paar Tage noch, und dann können sie wieder gehen, das Stempelgeld holen und machen linke Geschäfte da und so was.« (211/12)

Anstatt zu arbeiten, wie es eigentlich ihre Pflicht wäre, benutzen nach Ansicht des Interviewten die meisten Ausländer die Arbeit nur als Vorwand. Sie arbeiten ein »bißchen«, holen sich dann ihr »Stempelgeld« und gehen ihren eigentlichen – nämlich »linken« – Geschäften nach, das heißt, sie verdienen ihr Geld auf »unredliche« Weise. Dieses Bild von den Ausländern ist eine spezifische Variante des Stereotyps von den faulen Arbeitslosen, die auf Kosten der Arbeitenden leben. In welcher gedanklicher Nähe zum Antisemitismus solches Ressentiment gegen Fremde steht, zeigt das folgende Zitat aus dem Interview mit einem Werkzeugmacher:

»Wir haben uns ja viele Spitzbuben ins Land geholt, ja. Das sind Menschen, das sind gar keine Arbeiter, das sind Handelsleute, egal wo sie jetzt herkommen, ob die aus dem Orient kommen – die machen nur Handel und Wandel... Wir sehen es ja an den ganzen Lokalitäten: Wie ist denn so was möglich? Die sind doch zum Arbeiten hergekommen! Fahren 'nen dicken Mercedes, an jeder Ecke haben sie ein Gasthaus, ob das die Griechen sind oder die Jugoslawen – jetzt fangen die Türken auch noch an!« (401/38)

Nur als hart arbeitende und anspruchslose »Gastarbeiter« haben Ausländer nach Meinung des Interviewten hier über-

haupt eine Existenzberechtigung. Viele von ihnen entziehen sich jedoch dieser Pflicht zur Arbeit; sie treiben statt dessen »Handel und Wandel« und machen eigene Lokale auf. In seinen Augen sind das alles »Spitzbuben«. Die Tatsache allein, daß sie aus dem »Orient« kommen und Handel treiben, macht sie schon verdächtig genug; dazu kommt, daß sie »'nen dicken Mercedes« fahren und »an jeder Ecke« ein Gasthaus besitzen. Für den Interviewten liegt es auf der Hand, daß so etwas wohl kaum mit redlicher Lohnarbeit zu erreichen ist, sondern nur mit krummen Touren und linken Geschäften.

Die Gegenüberstellung von Arbeitenden auf der einen und »Handelsleuten«, nicht arbeitenden »Spitzbuben« auf der anderen Seite reproduziert in klassischer Weise das antisemitische Stereotyp vom »raffenden, handeltreibenden Juden« – mit dem einzigen Unterschied, daß statt der Juden hier die Ausländer als »Spitzbuben« und »Handelsleute« apostrophiert sind. Die Struktur des Stereotyps ist jedoch die gleiche.

Noch stärker ausgeprägt sind Haß und Aggression gegen Asylanten; sie stehen an unterster Stelle der Ausländerhierarchie.

»Und dann vor allen Dingen auch die Asylanten, die politisch Verfolgten! Das seh ich ja schon hier bei uns. Also die tun den ganzen Tag nichts! Wie letztes Mal in der ›BILD-Zeitung‹, sollten Asylanten, sollten mal so'n bißchen mithelfen, so Straße fegen und so, da fühlten sich die feinen Herren zu fein dazu. Aber jeden Tag das dicke Geld kassieren! Pro Tag fünfzig Mark Taschengeld, Essen frei, alles frei – da fühlen sie sich nicht zu fein dafür! Die sollen sie alle abschieben!« (336/26)

Daß die Arbeitslosigkeit der Asylanten während des Asylverfahrens keine freiwillige, sondern eine erzwungene ist, spielt in der Argumentation dieser Bandarbeiterin keine Rolle – entscheidend ist, daß die Asylanten »den ganzen Tag« nichts tun. Dies allein würde genügen, Ressentiment und Ärger gegenüber den Asylanten zu wecken; daß diese sich jedoch darüber hinaus dem in Baden-Württemberg und Berlin versuchsweise eingeführten Arbeitsdienst verweigern, bringt für die Interviewte das Faß zum Überlaufen. In ihrem Ärger über die, die den ganzen Tag nichts tun und sich »zu fein« dafür sind, »mal so'n bißchen mitzuhelfen«, geht gleichsam die Phantasie mit ihr durch: Die Asylanten werden zu »fei-

nen Herren«, die »jeden Tag das dicke Geld kassieren« – und dies ohne jede Gegenleistung! Die genannte Höhe des angeblich bezahlten Taschengeldes macht das Wahnhafte dieser Wahrnehmung deutlich.

Die Vorstellung, Ausländer könnten sich der Pflicht zur Arbeit entziehen, und als »feine Herren«, als »Gangster« oder »Handelsleute« ein bequemes Dasein führen, während man selbst als Arbeiter sein Geld auf »anständige Weise verdient«, ist für die Interviewten höchst provozierend. Nimmt man es schon den Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern übel, daß sie leben ohne zu arbeiten, so sind solche Vorstellungen im Hinblick auf Ausländer ganz und gar unerträglich.

**»Und die leben von unserem Geld,
leben alle von unserem Geld!
Nur wir, die arbeitende Bevölkerung, wird beschnitten!«**

Ausländer erscheinen in der Wahrnehmung dieser Interviewten häufig als »Parasiten«, die »von unserem Geld« leben, während die »arbeitende Bevölkerung« hart arbeiten muß. Besonders deutlich wird der Zusammenhang zwischen der eigenen, unbefriedigenden Situation und der Aggression gegenüber Ausländern in den folgenden Äußerungen eines Montagearbeiters, der seine Arbeitssituation als sehr unbefriedigend erlebt und sich durch Krise und Arbeitslosigkeit in hohem Maße bedroht fühlt. In der folgenden Passage setzt er sich mit dem Argument auseinander, daß man die Türken nicht einfach »rausschmeißen« könne, weil sie in der Türkei keine »Existenz« mehr hätten. Diese Auffassung kritisiert er vehement:

»Ja, du lieber Himmel, die haben doch die Existenz, sie sind doch nur hierhergekommen, weil sie da keine Arbeit hatten! Und jetzt haben sie hier gearbeitet, haben hier ihr Geld verdient, sind da richtig für entlohnt worden, wieso muß für diese Leute jetzt eine Existenz aufgebaut werden! Ich habe hier mein Leben lang gearbeitet, und jetzt ist mein Leben zu Ende. Wo sind denn die Leute, die sagen, jetzt ist es zu Ende mit ihm, er arbeitet nicht mehr, jetzt müßt ihr ihm eine Existenz aufbauen? Selbst meine Rente ist gefährdet! Wer baut denn für mich, als Deutschem im eigenen Land . . . ?
(302/35)

»Diese Leute«, die Türken, haben nur wenige Jahre in der Bundesrepublik gearbeitet und haben ihr Geld dafür bekommen. Er hingegen hat »sein Leben lang« gearbeitet und steht jetzt, fast am Ende seines Arbeitslebens, ohne gesicherte Existenz da. Er muß befürchten, womöglich noch arbeitslos zu werden, und selbst seine Rente sieht er als gefährdet an. Diese Situation erlebt er als existentielle Verunsicherung: Daß sein Leben »zu Ende« ist, meint nicht nur das absehbare Ende seines Arbeitslebens, sondern in einem tieferen Sinne das Ende seines Lebens überhaupt. »Jetzt ist es zu Ende mit ihm« – das beschreibt die Ausweglosigkeit seiner Situation, in der er sich allein und im Stich gelassen fühlt. Niemand denkt an *ihn*, sorgt für *ihn*, und baut *ihm* eine Existenz auf; statt dessen machen sich die Verantwortlichen Gedanken darüber, wie sie den *Türken* beim Aufbau einer Existenz helfen könnten.

Die Türken bekommen seiner Meinung nach das, was eigentlich ihm, »als Deutschem im eigenen Land«, zustehen würde. Seine Enttäuschung und Verbitterung darüber ist groß – er fühlt sich verraten und ist »mit nichts mehr einverstanden« (302/44).

»Und da sagt der Staat noch, da muß man Verständnis für haben! Und die leben von unserem Geld, lebt alles von unserem Geld! Nur wir, die arbeitende Bevölkerung, wird beschnitten!« (302/48)

Damit ist für ihn der Gipfel der Zumutungen erreicht: Nicht nur, daß er nicht das an Hilfe und Unterstützung bekommt, was ihm eigentlich zusteht, darüber hinaus erwartet man von ihm, daß er Verständnis für die Situation der Ausländer und vor allem der Asylanten aufbringt. Die soziale Ungerechtigkeit, die er hier mit erbitterten Worten anklagt, gewinnt für ihn die Qualität einer Kastration: »Wir, die arbeitende Bevölkerung, wird beschnitten!«

Die aus solcher Empörung und Verbitterung resultierende Wut beschränkt sich in der Regel nicht auf die in der Bundesrepublik lebenden Ausländer, sondern richtet sich bei vielen Befragten gegen »das Ausland« schlechthin. Heftig kritisiert werden die »Zahlungen ins Ausland«, insbesondere die Entwicklungshilfe, aber auch Zahlungen an die Europäische Gemeinschaft.

»Wenn ich diese Arbeit verlier', dann können wir unser Haus gleich wieder verkaufen, nicht. Ich find' das bloß 'ne Sauerei, der kleine Mann, der soll

alles bezahlen, nicht. Aber der Große, ist egal wer, die kriegen noch, oder jetzt andere Länder oder diese Entwicklungshilfe . . . Die wollen alle von uns Geld! . . . Wir sollen überall Geld hingeben, ist egal, jeder fordert von uns Geld . . . Deutschland ist so klein, aber wenn irgendwas geht, hier die Deutschen, die geben uns noch zehn Millionen, und der kriegt noch zwanzig, und der kriegt noch dreißig von uns, alle hin, wenn's geht noch zinslos, und das kriegen sie dann!» (338/17-18)

Die Angst vor Arbeitslosigkeit und die Sorge um das neu erworbene Haus bringen diese junge Bandarbeiterin dazu, die Ungerechtigkeit der Verteilung zwischen »dem kleinen Mann« und dem »Großen« zu beklagen: »Der kleine Mann soll alles bezahlen«, während der »Große« immer noch mehr bekommt. Dieser Gegensatz zwischen dem »kleinen Mann« und dem »Großen« ist jedoch abstrakt; wer »der Große« ist, bleibt unbestimmt – »ist egal wer«. Diese Unbestimmtheit erlaubt im Fortgang der Argumentation eine folgenreiche Verschiebung: »Aber die Großen, die kriegen noch, oder jetzt andere Länder oder diese Entwicklungshilfe . . .«

Die gesellschaftliche Ungleichheit im eigenen Land zu kritisieren, das würde bedeuten, sich gegen das herrschende Denken, die öffentliche Meinung zu stellen. Sehr viel einfacher und vor allem weniger bedrohlich ist es, Unzufriedenheit und Kritik so zu verschieben, daß sie gefahrlos und in Übereinstimmung mit öffentlichen Stereotypen geäußert werden kann. Der Gegensatz besteht dann nicht mehr zwischen dem »kleinen Mann« und dem »Großen«, sondern zwischen dem »kleinen Mann« und »anderen Ländern«, besonders denen der Dritten Welt, die Entwicklungshilfe erhalten. Sie erscheinen nun als Bedrohung und dafür verantwortlich, daß der »kleine Mann« derjenige ist, der alles bezahlen soll«. »Die wollen alle von *uns* Geld, *wir* sollen überall Geld hingeben.«

Das weitere Zitat zeigt, wer hier mit »uns« und »wir« gemeint ist; gemeint ist die deutsche Nation, Deutschland, das »so klein« ist und für alle anderen zahlen muß. Das Bild vom »kleinen« Deutschland macht die Identifikation deutlich: Aus dem »kleinen Mann« ist das »kleine Deutschland« geworden, das hemmungslos von allen geplündert wird. So wird die Unzufriedenheit mit gesellschaftlicher Ungleichheit zur treibenden Kraft eines aggressiven Nationalismus. Grundlage eines solchen Nationalismus ist die Identifizierung mit »Deutschland«, wobei diese durch zwei Momente

bestimmt ist. Individuelle Ohnmacht und Unterlegenheit werden in der Identifizierung mit dem »kleinen« Deutschland aufgehoben: Nicht als einzelnes Individuum ist man benachteiligt, sondern als Nation. Zugleich ist dieses »Deutschland« ökonomisch mächtig - in der Identifizierung mit ihm gewinnt das Individuum Sicherheit und Stärke. Das ursprüngliche Problem, die Sorge um das eigene Haus und die Angst vor drohender Arbeitslosigkeit wird so verschoben: Nicht mehr die ökonomische Krise wird als Bedrohung für den »kleinen Mann« gesehen, die Bedrohung scheint vielmehr von »anderen Ländern« auszugehen, die Geld von Deutschland fordern.

»Die haben ja eine andere Mentalität, die gehören ja nicht hierher«

Ein wesentlicher Ansatzpunkt für Ressentiments und Haß gegenüber den Ausländern ist ihre Fremdartigkeit - je »exotischer« und fremder in ihrem Aussehen und ihren Verhaltensweisen sie sind, desto stärker werden sie von den Interviewten abgelehnt. Diese Ablehnung gilt in besonderem Maße den Türken und Asylanten aus außereuropäischen Ländern, während Arbeitsemigranten aus südeuropäischen Ländern eher akzeptiert und toleriert werden. Jede Abweichung von der eigenen Lebensform, jede Andersartigkeit wird von diesen Interviewten hervorgehoben und dient der Ablehnung und Distanzierung von diesen Fremden.

»Ausländer, das ist genauso ein Problem, die wohnen nicht, die hausen!« (302/16)

»Die Jugoslawen, die sind schon wieder ganz anders eingestellt. . . Aber wenn das 'ne Türkin ist, die laufen mit ihren Kopftüchern da rum und allem. Die passen sich ja auch nicht an. Oder die können unsere Sprache ja auch nicht!« (338/29)

Der Versuch der Türken, eine eigenständige kulturelle Identität beizubehalten, stößt auf besondere Ablehnung und wird als mangelnde Anpassungsbereitschaft kritisiert. Das Anderssein vor allem der Türken und Asylanten wird als bedrohlich erlebt, als Verunsicherung der eigenen Identität. Gegen diese Verunsicherung hilft nur die Abgrenzung, die

starre Trennung in Eigen- und Fremdgruppe. Das Fremde, Bedrohliche, auch Schlechte, das sind immer die anderen – sie müssen ausgegrenzt werden.

»Die haben ja eine andere Mentalität, die gehören ja nicht hierher.« (302/48)

Der Hinweis auf die »andere Mentalität« der Ausländer soll – scheinbar objektiv – begründen, warum die Ausländer zurückgeschickt werden sollen: Sie »gehören nicht hierher«. Selbstverständlich gibt es auch Ausnahmen. Nicht alle Ausländer sind schlecht, es gibt auch – einige wenige – »gute« Ausländer; als Ausnahmen bestätigen sie jedoch die Regel. »Gute« Ausländer sind jene, die sich angepaßt haben und im Grunde von den Deutschen nicht mehr zu unterscheiden sind.

»In meiner Gruppe, wo ich arbeite, ist einer. Ein Türke, aber das ist ein ganz friedlicher. Bei den Hauern sind noch mehrere, das sind normalerweise, die bei uns arbeiten, sind alles ganz friedliche Leute. Die schimpfen selber darüber – über die Türken . . .

Also wir haben von Margot den Juan, der war aus Spanien hier, der hat sich angepaßt, alles. Nicht, wenn er krank ist, denn ist er krank, da hab' ich nichts gegen.« (228/22)

Dieses Beispiel zeigt, mit welcher Rigidität Anpassung gefordert wird; erst wenn keine Differenz mehr vorhanden ist, der Fremde sich gleichgemacht hat, wird er geduldet. Die Formulierung »da hab ich nichts gegen« zeigt die latente Willkür und Feindseligkeit selbst noch diesem »angepaßten« Spanier gegenüber. Sie macht deutlich, daß es unter Umständen nur einer Kleinigkeit bedarf, um diese Duldung in ihr Gegenteil umschlagen zu lassen.

Viele der Interviewten aus dieser Gruppe arbeiten am Arbeitsplatz mit ausländischen Arbeitern zusammen und erleben sie – nach eigenen Aussagen – meist als akzeptable Arbeitskollegen. Das ändert in der Regel nichts an ihrer generellen Ausländerfeindlichkeit; im Gegenteil, das Bild von den »zwei Arten« von Ausländern trägt dazu bei, die dichotomische Struktur von Eigen- und Fremdgruppe aufrechtzuerhalten. Die konkrete Erfahrung mit ausländischen Arbeitskollegen ändert nichts daran, daß die Ausländer weiterhin zu Sündenböcken für Krise und Arbeitslosigkeit gemacht werden und ihre Ausweisung gefordert wird. Deutlich wird dieses in den Äußerungen eines Reparateurs:

»Ich mein', das sind auch, kann man gut mit arbeiten, das will ich nicht sagen. . . . Aber ich mein' ja, von der Allgemeinheit her, müssen sie raus.«
(426/22)

»Da hören Sie ja nur ausländisch«

Eine besondere Variante der Ausgrenzung findet sich in dem Stereotyp von der drohenden Überfremdung der Bundesrepublik durch die Ausländer. Indem den Ausländern eine Dominanz zugesprochen wird, die sie real nicht haben, wird der Boden für ihre radikale Ausgrenzung vorbereitet.

Ein Werftarbeiter bezweifelt die offiziellen Zahlenangaben über die in der Bundesrepublik lebenden Ausländer; er ist der Meinung, daß sehr viel mehr Ausländer hier leben, sozusagen im »Untergrund«, nicht offiziell registriert.

»Was aber ebenso schlimm ist, das sind, die Leute, die im Untergrund leben . . . Denn die Zahl, die uns angegeben wird von Ausländern, ich kann mir das nicht vorstellen. Ich glaube, wir sind ein Volk von 60 Millionen, daß da nur vier Millionen Ausländer von seien, denn wo Sie hinhören, da hören Sie ja nur ausländisch!« (203/29)

Das Bild vom »Untergrund« steht als Symbol für die Bedrohung, die dieser Werftarbeiter in den Ausländern sieht. Daß man überall »ausländisch« hört, ist für ihn ein deutliches Zeichen ihrer bedrohlichen Allgegenwärtigkeit. Wenn die Ausländer überall sind, dann wird es unmöglich, eine klare Grenze zwischen der eigenen Lebenswelt und der Welt der Ausländer zu ziehen – beide vermischen sich und sind nicht mehr klar abgrenzbar. Das Bild vom »Untergrund« beschreibt das nicht Faßbare dieser Bedrohung.

Ein Werftarbeiter vergleicht die Situation der Deutschen in der Bundesrepublik mit der Situation der Indianer in den USA:

»Ich sag' immer zu meinen Kollegen, ich sag', uns wird's bald so gehen wie früher in Amerika den Indianern, wo die Weißen angekommen sind. Da hatten die Indianer auch keine Ruhe mehr, uns geht's auch bald so.«
(228/22)

Die Verkehrung der realen Machtverhältnisse ist hier ganz offensichtlich; die Ausländer erscheinen in der Phantasie dieses Interviewten als Eroberer, die über kurz oder lang die Deutschen vertreiben, wenn nicht gar ausrotten werden. Der

Vergleich mit den Indianern in Amerika stellt die Situation der Deutschen in der Bundesrepublik als so gefährdet dar, daß jede Gegenmaßnahme gerechtfertigt erscheint. Die Nähe solcher Argumentationen zur antisemitischen Propaganda der Nationalsozialisten wird hier besonders deutlich: Die Bedrohung der »Heimat« durch »Überfremdung« war ein zentrales Motiv dieser Propaganda, es diente nicht zuletzt der Vorbereitung und Legitimierung der Judenverfolgung. Adorno beschreibt am Beispiel des antisemitischen Wahns von der drohenden jüdischen Weltherrschaft den zugrunde liegenden projektiven Mechanismus: »Und es ist leicht zu erraten, daß die Gegenmaßnahmen, die solche Personen im Sinn haben, nicht weniger totalitär sind als ihre Verfolgungs-idee, selbst wenn sie das nicht ausführlich zu sagen wagen.«¹¹

III. Die Funktion des Deutungsmusters

Das Deutungsmuster »Sündenböcke« ist von der Logik der Personalisierung bestimmt; die Ursachen von Krise und Arbeitslosigkeit werden nicht in strukturellen Zusammenhängen der Gesellschaft gesehen, statt dessen werden Ausländer und Arbeitslose als Sündenböcke dafür verantwortlich gemacht.

Häufig findet sich eine gewisse Differenz in der Wahrnehmung und Deutung von Krise und Arbeitslosigkeit. Während die Wahrnehmung von Arbeitslosigkeit eindeutig von der Logik der Personalisierung bestimmt ist, scheint dies für die Verarbeitung der ökonomischen Krise nicht im selben Maße möglich zu sein – sie läßt sich nicht vollständig auf das Sündenbock-Muster reduzieren. So finden sich neben der Suche nach Sündenböcken hier auch Momente von Bagatelisierung und Fatalismus wie auch Momente einer Krisenerklärung im Sinne des Deutungsmusters »ökonomische Strukturen«.

Diese Momente bleiben jedoch isolierte Versatzstücke im Gesamtzusammenhang eines Deutungsmusters, das durch die Logik der Sündenbock-Suche bestimmt ist. Punktuelle Ansätze einer rationalen Krisenerklärung gehen in der zum Ausbruch kommenden Aggression gegen Ausländer und Arbeitslose gleichsam unter. Dies zeigt sich besonders bei

den geforderten Maßnahmen: Unabhängig davon, ob ökonomische Strukturzusammenhänge zur Krisenerklärung mit herangezogen werden, ob fatalistische Momente die Krisenwahrnehmung mitprägen oder ob Krisenerscheinungen bagatellisiert werden, immer steht die Forderung nach Bestrafung der Sündenböcke im Zentrum der vorgeschlagenen Maßnahmen. Entscheidend für die Handlungsorientierung der Individuen ist das Deutungsmuster »Sündenböcke« mit seiner Schuldzuschreibung und der Forderung nach Bestrafung der Schuldigen.

Krise und Arbeitslosigkeit bedrohen die Sicherheit von Arbeitsplätzen und Einkommen und gefährden die Erhaltung der Arbeitskraft – sie erzeugen Angst. Die Suche nach einem Sündenbock stellt eine verbreitete Form von Angstabwehr dar. Indem eingrenzbare und faßbare Personengruppen für die bedrohliche Entwicklung verantwortlich gemacht werden, wird die Ursache dieser Bedrohung gleichsam »dingfest« gemacht und ist damit bekämpfbar geworden. Die bedrohlichen Erscheinungen werden so auf ein für das Individuum erträgliches Maß reduziert; die Forderung »Ausländer raus« und Arbeitsdienst für Arbeitslose scheint die Gefahr der Arbeitslosigkeit von der eigenen Person abzulenken. Mit der Bestrafung der Sündenböcke ist die Gefahr für das Individuum – scheinbar – gebannt.

Gleichzeitig dient die Suche nach Sündenböcken der Aggressionsabfuhr: Sieht man sich die Äußerungen der Interviewten zu Ausländern und Arbeitslosen an, vor allem aber die Maßnahmen, die sie gegenüber diesen Gruppen fordern, so fällt die enorme Feindseligkeit auf, die darin zum Ausdruck kommt. Wie ist dieses Potential an Feindseligkeit zu erklären und warum richtet es sich gegen die Gruppe der Ausländer und der Arbeitslosen?

In vielen Interviews finden sich Hinweise darauf, wie stark die Interviewten selbst von Zwängen und Versagungen betroffen sind, mit welcher rigiden Beschränkungen sie zu leben gezwungen sind. Das gilt sowohl für ihre Biographie als auch für die aktuelle Lebens- und vor allem Arbeitssituation und wird durch die Krise noch verstärkt. Die Feindschaft und Aggression, die daraus resultieren, bleiben jedoch weitgehend unbewußt; sie richten sich nicht gegen die tatsächlichen Ursachen und Verursacher dieser Zwänge, son-

dem werden auf andere Personengruppen verschoben. Die Aggression wird auf ein Ersatzobjekt projiziert und kann dort gefahrlos – »risikolos« sagt einer der Interviewten – ausagiert werden.

Dieser Mechanismus der Projektion von Feindseligkeit auf Fremdgruppen ist von Adorno, Fromm und anderen als wesentliches Merkmal des autoritären Charakters beschrieben worden. Adorno erklärt die autoritäre Aggression, bei der die ursprünglich gegen die eigene Gruppe gerichtete Aggression auf Fremdgruppen verschoben wird, mit Hilfe der psychoanalytischen Theorie der Verdrängung. Dieser zufolge »muß der Autoritäre seine Aggression aus innerer Notwendigkeit gegen die Fremdgruppe richten«, aufgrund seiner »psychischen Unfähigkeit«, Autoritäten der eigenen Gruppe anzugreifen¹².

Der autoritäre Charakter, von Adorno vor allem als Resultat frühkindlicher Sozialisation begriffen, wird durch die Bedingungen industrieller Lohnarbeit reproduziert. Vor allem die bestehende Organisation der Arbeit trägt zur Verstärkung autoritärer Persönlichkeitsstrukturen bei:

»Die arbeitsbezogene Entfremdung, das heißt die Erfahrung von Sinnlosigkeit, Ohnmacht, Chaos, sozialer Isolierung und Einschränkung persönlicher Entfaltungsmöglichkeit . . . schürt die Menschenverachtung, den Haß gegen sich selbst und gegen andere.«¹³

Die Aggression richtet sich – und auch das ist typisch für den autoritären Charakter – prinzipiell gegen Schwächere, in diesem Fall gegen die am meisten von Krise und Arbeitslosigkeit betroffenen Personengruppen. Die Opfer der Wirtschaftskrise sollen als ihre Verursacher bestraft werden.

Viele der Interviews zeigen die eklatante Verunsicherung der Interviewten durch die gesellschaftlichen Krisenprozesse; die Verdinglichung der gesellschaftlichen Verhältnisse fördert Desorientierung und verstärkt zugleich das Bedürfnis nach verbindlicher Orientierung.

Diese Orientierung leistet das Deutungsmuster »Sündenböcke«; indem es die bedrohliche Krisenrealität auf die einfache Formel von den Sündenböcken bringt, die an allem schuld sind, werden die gesellschaftlichen Verhältnisse für das Individuum einfach und überschaubar. Adorno beschreibt die Funktion des Antisemitismus für das Indivi-

duum, seine Analyse gilt auch für das hier dargestellte Deutungsmuster: »Die Fremdheit der Juden scheint die handlichste Formel zu sein, mit der Entfremdung der Gesellschaft fertig zu werden. Den Juden die Schuld an allem bestehenden Übel zuzuschieben, mag die Dunkelheit der Realität erhellen wie ein Scheinwerfer, der rasche und umfassende Orientierung gewährt.«¹⁴

Diese Form der Verarbeitung von Realität gewinnt in Zeiten ökonomischer Krise und gesellschaftlicher Umbrüche besonderes Gewicht. Der Mechanismus der Sündenbock-Suche entlastet die Individuen und verstärkt zugleich die autoritären Verarbeitungsstrukturen. »Je mehr ... die Widersprüche innerhalb der Gesellschaft anwachsen und je unlösbarer sie werden, je blinder und unkontrollierter die gesellschaftlichen Kräfte sind, je mehr Katastrophen wie Krieg und Arbeitslosigkeit als unabwendbare Schicksalsmächte das Leben des Menschen überschatten, desto stärker und allgemeiner wird die sadomasochistische Triebstruktur und damit die autoritäre Charakterstruktur.«¹⁵

2. Krise und Krisenbetroffenheit

2.1 Die Krisenbetroffenheit der Industriearbeiter

Die Krisenbetroffenheit der Industriearbeiter stellt sich in unterschiedlichen Formen dar. Neben Entlassung oder Kurzarbeit gehören ebenso dazu das Wechselbad von Überstunden und Kurzarbeit, Dequalifikation, Verringerung des Realinkommens oder der Verlust von Aufstiegsmöglichkeiten. Die unterschiedlichen Formen von Krisenbetroffenheit werden im folgenden anhand des empirischen Materials dargestellt. Krisenbetroffenheit von Arbeitern hat ihre unmittelbare Ursache immer in Maßnahmen der Unternehmer, die ihrerseits in der Krise unter verschärftem Konkurrenzdruck stehen. Die unterschiedlichen Krisenmaßnahmen der Unternehmer bedeuten für die Lohnabhängigen eine je spezifische Krisenbetroffenheit. So können die von den Unternehmen praktizierten Krisenmaßnahmen Eingriffe in den Arbeitsablauf oder Veränderungen der Arbeitsbedingungen, sie können aber auch die Produktionstechnik oder das Produkt selbst betreffen.

Das Gliederungsprinzip, nach dem die verschiedenen Dimensionen von Krisenbetroffenheit unterschieden werden, orientiert sich an den drei grundlegenden Lohnarbeiterinteressen: dem an einem sicheren Arbeitsplatz, dem an höherem Lohn und dem an der Erhaltung der Arbeitskraft.

Während sich die genannten Interessen aus der Tatsache ergeben, daß der Lohnarbeiter seine Arbeitskraft als Ware verkaufen muß, ist das Interesse am Arbeitsinhalt dadurch gekennzeichnet, daß es nicht an den Charakter der Arbeit als Lohnarbeit gebunden ist, daß es im Gegenteil durch diese spezifische Form der Arbeit häufig verletzt wird. Die Interessen an beruflicher Qualifikation und beruflichem Auf-

stiege sind zusammengesetzte Interessen, weil ihre Verwirklichung verspricht, auch die zuvor genannten Interessen in höherem Ausmaß zu befriedigen. Es wird daher zwischen sechs verschiedenen Dimensionen von Krisenbetroffenheit unterschieden:

- Dimension Beschäftigung

Das Interesse an einem sicheren Arbeitsplatz wird durch Entlassungen, Umsetzungen, Kurzarbeit und andere Maßnahmen verletzt.

- Dimension Einkommen

Das Interesse an höherem Lohn wird durch Abgruppierungen nach Umsetzungen, Kürzung von übertariflichen Lohnbestandteilen und Sozialleistungen, Abbau von Überstunden, Veränderungen des Verhältnisses von Lohn und Leistung usw. verletzt.

- Dimension Arbeitsbedingungen

Dem Interesse an Erhaltung der Arbeitskraft laufen Maßnahmen wie die Verkürzung der Taktzeiten, die Verkleinerung der Arbeitsgruppe bei gleichbleibendem Arbeitspensum, kurz alle Formen der Intensivierung der Arbeit, die Verschlechterung der Arbeitsplatzumwelt und des Arbeitsklimas etc. zuwider.

- Dimension Arbeitsinhalt

Das Interesse am Arbeitsinhalt wird durch Veränderungen des Produkts und der Arbeitsformen in Mitleidenschaft gezogen.

- Dimension beruflicher Aufstieg

In der Krise verringern sich die Chancen des Aufstiegs in hierarchisch höhere Positionen im Betrieb; einige Lohnarbeiter verlieren Entscheidungskompetenzen und/oder ihren bisherigen Status.

- Dimension Qualifikation

Das Interesse an höherer Qualifikation oder an ihrer Erhaltung wird durch Dequalifizierungstendenzen verletzt, die oft mit den Krisenmaßnahmen einhergehen.

Die beiden letztgenannten Dimensionen beziehen sich auf mehrere der grundlegenden Interessen; so verspricht zum Beispiel eine höhere Qualifikation in der Regel sowohl einen sichereren Arbeitsplatz, mehr Lohn wie auch bessere Arbeitsbedingungen.

Im folgenden werden die verschiedenen Formen der Krisen-

betroffenheit, die anhand von Interviews und Gruppendiskussionen sowie von Expertengesprächen in den Untersuchungsbetrieben festgestellt wurden, an Beispielen dargelegt. Zugleich wird ein summarischer Überblick über die quantitative Verbreitung der verschiedenen Formen der Krisenbetroffenheit im Untersuchungssample gegeben.

Krisenbetroffenheit in der Dimension Beschäftigung

Die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen ist eine Erfahrung, die viele Interviewte machten.

»Ja, da ist gruppenweise entlassen worden, also massenweise kann man sagen. Nicht gruppen-, sondern massenweise.« (427/3)

Berichteten in der ersten Interviewwelle etwa ein Drittel aller Interviewten von Beschäftigungsabbau, so waren es in der zweiten Interviewwelle nun knapp zwei Drittel der Interviewten, die direkt oder indirekt von Arbeitsplatzvernichtung und Entlassungen betroffen waren.

Ein Interviewter, der zwischen den beiden Interviewwellen entlassen wurde, schildert den Abbau von Arbeitsplätzen bis hin zur Auflösung ganzer Abteilungen.

»Die bauen ab. Die bauen ab . . . und jetzt ist es fast so, daß es ja, also die bauen ab, ja, vielleicht noch elfhundert Personen arbeiten da, vielleicht jetzt im Moment . . . Na, und denn, wie lange war ich da, knapp, knapp 25 Jahre, und dann entlassen, aber alles, alles, auch die Meister, die Abteilungsleiter, die dazu gehörten, die ganzen Abteilungen werden da einfach aufgelöst, nicht.« (402/1)

Die Mittel, mit denen die Unternehmensleitungen die Reduzierung der Beschäftigtenzahl verfolgen, sind vielfältig. Neben Entlassungen und Einstellungsstopp wird die Belegschaft häufig durch Frühverrentung über Sozialpläne verringert.

»Es sind, wir sind zwar 'n Haufen Leute weniger geworden in den letzten zwei Jahren, fast so um die Hälfte geschrumpft, aber da sind auch die 56-, 58-, 60jährigen ausgeschieden, vorzeitig, und da hatten wir zu der Zeit noch allerhand von, die sind alle weg. Also, die sind vorzeitig in Rente gegangen oder arbeitslos. Auf diese Art . . . Deren Arbeitsplätze sind praktisch weg, die sind nicht wieder ersetzt worden, nein. Das ist klar, darum ging's ja auch.« (301/1-2)

Während die bislang zitierten Interviewpassagen die Erfahrung mit bereits durchgeführtem Beschäftigungsabbau zum Inhalt haben, beziehen sich die folgenden Einschätzungen der Interviewten auf die künftige Entwicklung der Beschäftigtenzahl und die absehbare Vernichtung von Arbeitsplätzen. Dabei werden insbesondere jene Formen der Krisenbetroffenheit dargestellt, die den Lohnabhängigen Anlaß zur Furcht vor dem Verlust des eigenen Arbeitsplatzes geben. Der Mangel an Aufträgen für die Unternehmen bedeutet für die Lohnabhängigen Mangel an Arbeit.

In der zweiten Interviewwelle berichten etwa ein Zehntel der Interviewten – gegenüber drei Zehntel der ersten Welle – über Arbeitsmangel, den sie als Bedrohung ihrer Arbeitsplätze wahrnehmen.

»Die ganze Woche vorher war's schlecht. Oder das ganze letzte halbe Jahr hatten wir nicht sehr viel Arbeit in dem Sinne, daß man sagen konnte, wir sind voll ausgelastet da.« (301/2)

Daß im Vergleich von erster und zweiter Interviewwelle weniger Interviewte über Arbeitsmangel klagen, ist dadurch zu erklären, daß wegen den vorgenommenen Entlassungen die weiterhin beschäftigten Arbeiter wieder mehr zu tun haben. Diejenigen, die auch noch in der zweiten Interviewwelle über Arbeitsmangel klagen, befürchten, bald entlassen zu werden. Die durch Arbeitsmangel entstehende Arbeitsplatzunsicherheit wird darüber hinaus noch durch die Furcht vor dem »Wegrationalisieren« verstärkt.

»Also die werden die Arbeitsplätze wegrationalisieren, nicht. So sehe ich das. Denn so eine CNC-Maschine, die kann doch gut zwei, die könnte gut zwei Arbeiter ersetzen, nicht. Also, zwei Arbeitsplätze werden dann wegfallen.« (520/29)

Auch in der zweiten Interviewwelle berichten noch einige Arbeiter von dem Wechselbad von Arbeitsmangel und Arbeitshetze, das die davon betroffenen Lohnabhängigen sowohl verunsichert als ihnen auch körperliche Anstrengungen abverlangt.

»Also das kriselt da schon die ganze Zeit, man redet zwar immer, Arbeitsplätze gesichert und so, aber wir haben keine Arbeit in gewissem Sinn. Wir stehen da manchmal tagelang 'rum, denn kommt mal wieder ein Schwung, dann werden wir gehetzt, ... wegen der Produktion, damit die nicht stillsteht und danach stehen wir 'rum.« (307/1)

Die Erfahrungen mit Arbeitsmangel, Überstundenabbau und Entlassungen geben den Interviewten Anlaß, um ihren Arbeitsplatz zu fürchten. Die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, äußern knapp zwei Drittel aller Interviewten in der zweiten Interviewwelle. In der ersten Interviewwelle waren es etwa ein Drittel.

Das läßt darauf schließen, daß die Angst vor Arbeitsplatzverlust aufgrund des sichtbaren Beschäftigungsabbaus im »eigenen« Betrieb immer konkreter wird. Exemplarisch hierfür ist die Aussage eines Interviewten, der aufgrund mangelnder Aufträge für die Werft, auf der er arbeitet, seinen Arbeitsplatz bedroht sieht.

»Auch der (Arbeitsplatz) könnte gefährdet sein. Sicher! Aber gefeit ist da niemand dagegen; bei dem Arbeitsmangel, dann können sie alle rauschmeißen. Also hoffen will ich das nicht.« (117/53)

Die Angst vor Arbeitsplatzverlust äußern auch Interviewte, deren Arbeitsplatz gegenwärtig noch relativ sicher ist – wie zum Beispiel in der Autoindustrie, –, die sich aber grundsätzlich die Möglichkeit, entlassen zu werden, durchaus eingestehen. Auf die Frage, ob er seinen Arbeitsplatz als sicher ansieht, antwortet ein in der Autoindustrie Beschäftigter:

Antwort: »Da, was heißt als sicher, langfristig vielleicht nicht, aber so in nächster Zukunft noch, ja. Kann ich nicht anders sagen. Ja, 4, 5 Jahre meinetwegen jetzt, um irgendwie 'ne Zahl zu sagen.«

Frage: »Und was befürchten Sie langfristig?«

Antwort: »Ja, was ich befürchte. Daß man zu uns, ja was heißt, vielleicht wegrationalisieren, kann man eigentlich nicht sagen. Vielleicht auch wegrationalisieren, klar.« (518/13)

Krisenbetroffenheit in der Dimension Einkommen

Der Arbeitsmangel hat auch Auswirkungen auf die Höhe des Einkommens. Etwa vier Zehntel der Interviewten berichten in der zweiten Welle gegenüber sieben Zehntel in der ersten von Lohnsenkungen; sei es durch Akkordminderung, Abgruppierungen, Fortfall von Sozialleistungen oder Kurzarbeit. Daß in dieser Dimension von Krisenbetroffenheit ein Rückgang zu verzeichnen ist, ist darin begründet, daß weitere Lohnsenkungen tarifvertragliche Grenzen haben.

Sein durch Arbeitsmangel vermindertes Einkommen beklagt im folgenden ein Akkordlöhner.

»Ich meine, die Arbeit müssen wir auch machen, und danach werden wir auch bezahlt, normalerweise. Und wenn wir nicht durch unser Verschulden irgendwie nicht unsere Sache vollkriegen, unsere Prozente, weil eben zu wenig Arbeit da ist, ich meine, das kann man uns doch in gewissem Sinn nicht ankreiden.« (307/5)

Der »Mangel an Arbeit« ist aber nur eine Ursache für die Verringerung des Einkommens. Neben Kurzarbeit und Überstundenabbau wird eine Lohnsenkung auch dadurch bewirkt, daß Unternehmen bestrebt sind, die Akkordprozente herabzusetzen. Ein Interviewter berichtet von einer solchen Absicht der Unternehmensleitung.

»So wie die (Geschäftsleitung) das vorhatten, wollten sie uns AWG (Arbeitswertgruppe) 8 geben, mit 20 Prozent. Und wir haben ja AWG 8 gehabt, mit 35 Prozent, also 35 Prozent, nicht . . . Und das macht nun ja von heute auf morgen fast zwei Mark aus an Geld.« (316/4)

Ein anderes Mittel der Unternehmensleitungen, die Löhne zu senken, ist die Verkürzung der Vorgabezeiten.

Frage: »Und die haben jetzt von oben runter diese Zeiten geändert?«

Antwort: »Ja.«

Frage: »Und was schätzen Sie so ungefähr, wieviel?«

Antwort: »Um 20 Prozent wurden die Vorgabezeiten verkürzt. Also das ist ehrlich schwierig jetzt, sein Geld zu verdienen.« (320/8)

Lohnsenkungen durch Abgruppierung werden insbesondere dann vorgenommen, wenn Arbeitsbereiche bzw. Abteilungen neu organisiert werden. Diese Erfahrung schildert ein Interviewter, der innerbetrieblich versetzt wurde.

»Und denn ist ein Mann gekommen, . . . und hat gesagt, so, eure Abteilung wird aufgelöst, die ganze Reparaturabteilung, und ihr werdet in alle Winde zerstreut. Und gleichzeitig mit den, na Versetzungen kann man praktisch sagen, ist auch eine Abstufung erfolgt, und die gilt jetzt ab 26. Januar 82. Denn bin ich von Lohngruppe 8, komme ich runter in 5. Das sind 3 Lohngruppen mit 1,80 DM die Stunde; und das nicht bloß ich alleine, sondern das sind 'zig Leute.« (311/1)

Die bisher dargestellten unternehmerischen Strategien des Lohnabbaus bedeuten für die Lohnabhängigen eine Verringerung ihres Realeinkommens. Aber auch bei gleichbleibendem Einkommen und sogar bei nominaler Lohnerhöhung verringert sich das Realeinkommen, weil die nominalen Lohnerhöhungen zu gering sind, um die durch Steuererhöhungen und Inflation bedingten Mehrausgaben für die Lebenshaltung ausgleichen zu können.

»Ja, das Einkommen, das ist zwar gestiegen, die Lohnerhöhung ist aber im Endeffekt immer weniger geworden. Die Ausgaben sind immer teurer geworden . . . Das Realeinkommen, was man hat, ist immer weniger, Teuerungsrate, nicht. Das ist alles schlechter geworden.« (531/2,8)

Weil das Realeinkommen ständig sinkt, sind die Betroffenen dazu gezwungen, auf Ersparnisse zurückzugreifen und ihren Lebensstandard einzuschränken. Durch die unzureichenden nominalen Lohnerhöhungen verschlechtert sich somit das Reproduktionsniveau, wie auch aus der folgenden Interviewpassage hervorgeht.

»Ich weiß gar nicht, wo das Geld immer bleibt, das Geld, das Geld, wo geht das hin. Das zerläuft so zwischen den Händen, und es ist ja nicht nur die Straßenbahn, die teurer wird. Es ist der Sportverein, der wird teurer. Strom wird teurer, Heizung ist teurer geworden. Ich möchte mal wissen, was nicht teurer geworden ist. Es ist alles dermaßen teuer geworden, ob Schuhzeug; obwohl man viel selbst macht, aber man merkt es doch, daß immer etwas fehlt, immer fehlt etwas.« (503/14)

Krisenbetroffenheit in der Dimension Arbeitsbedingungen

In beiden Interviewwellen berichten etwa die Hälfte aller Interviewten von schlechteren Arbeitsbedingungen. Der hohe Grad der Betroffenheit, der sich auch noch in den Zweitinterviews zeigt, deutet darauf hin, daß nahezu alle Interviewten in irgendeiner Weise Erfahrungen mit verschlechterten Arbeitsbedingungen gemacht haben. Die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bedeutet für die Betroffenen ausnahmslos erhöhte physische und/oder psychische Belastungen:

»Also ich merke es, also ich hab' das voriges Jahr noch gar nicht mal gemerkt, aber ich bin jetzt abends, wenn ich nach Hause komm', so kaputt, daß ich erstmal meine Knochen hochlegen, also meine Beine hochlegen muß, weil mir das Kreuz wehtut, das hatte ich früher nie.« (335/2)

Die Ursachen für erhöhte Arbeitsbelastungen sind vielfältig. So erfordert zum Beispiel die Umstellung von Programmlohn auf Prämienlohn, wie im Untersuchungsbetrieb A, von den Lohnabhängigen erhöhte Arbeitsleistung.

»Also die bezwecken in erster Linie, daß mehr Leistung gebracht wird, mehr Leistungen müssen wir sowieso schon bringen, indem wir 6 Prozent mehr arbeiten müssen, im Gegensatz zu früher. Früher, beim Programm-

lohn, da konnten sie 103 Prozent abgeben; da hatten wir praktisch immer so bei 100 Stunden, denn mal 3 bis 5 Stunden über. Und heute, bei diesem neuen Prämienlohnsystem, da müssen wir bis höchstens 97 Prozent; das sind 6 Prozent, die wir praktisch mehr leisten müssen, an Akkordscheinen oder an Stunden ja mehr aufbringen müssen, gegenüber früher.« (124/4)

Die Neuorganisation von Arbeitsplätzen hat oft zur Folge, daß den einzelnen Abteilungen mehr Arbeit zugewiesen wird.

»Die Arbeit ist bei uns mehr geworden. Wir haben mehrere Teile von anderen Abteilungen hinzubekommen bei uns hier. Das hatten wir früher nicht gehabt. Aber bei uns ist die Arbeit nicht weniger geworden. Kann man nicht sagen, die ist im Gegenteil, die ist bei uns mehr geworden.« (503/2)

Eine der häufigsten Formen der Krisenbetroffenheit in der Dimension Arbeitsbedingungen ist durch die Verkleinerung der Arbeitsgruppe gegeben. Dabei steht im Vordergrund der Aussagen die mit der Verkleinerung der Arbeitsgruppe verbundene Intensivierung der Arbeit.

»Ja, in der Spitzenzeit, also sagen wir mal 74, 75, da waren wir mit 144 Leuten bei vollausgenutzten Krananlagen. Und heute sind wir mit 68 bei 80 Prozent ausgenutzter Krananlage. Das sind höchstens 20 Prozent weniger an Krananlagen, aber mehr wie 50 Prozent Personal eingespart.« (123/4)

Die Verringerung der Arbeitsgruppe ist nur eine Ursache für verschlechterte Arbeitsbedingungen; eine andere Ursache ist die Verkürzung der Taktzeiten.

»Der Streß ist ja mehr, ich meine, ich muß ja mehr arbeiten, jetzt. Eben dadurch, weil das, wie gesagt, wann haben wir früher mal 'ne Maschine gehabt, die vier oder fünf Minuten lief. Eben dadurch, weil die Zeiten jetzt ja auch runtergesetzt worden sind. Wenn es früher mal hoch kam, dann waren es vielleicht 12 oder 15 Minuten, dann lief mal 'ne Maschine ab. Das gibt es heute nicht mehr.« (325/5)

Die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bedeutet aber nicht nur Arbeitsintensivierung, sondern hat ebenso Gesundheitsschäden zur Folge. Vor allem die Interviewten aus dem Untersuchungsbetrieb A berichten über Gesundheitsschäden, die auf die Arbeit mit beschichteten Stahlplatten zurückzuführen sind.

»Ja, bei uns waren die Stahlplatten, die wir gekriegt haben, die waren früher alle unbeschichtet, ohne Farbe also. Jetzt kriegen wir die Platten gleich beschichtet. Das ist alles schön und gut, sieht schön aus und rostet nicht.

Aber arbeiten daran ist gefährlich. Die Farbe ist nämlich hoch giftig. Denn die Farbe, die da drauf ist, wenn die erhitzt wird, kommen da Dämpfe. Bei uns klagen die Schweißer über Kopfschmerzen und mit dem Magen und mit so sämtlichem Kram.« (103/4)

Die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen beschränkt sich nicht nur auf erhöhte psychische und physische Belastungen. Parallel zur Arbeitsintensivierung zeigt sich auch die Verschärfung der Konkurrenz der Lohnarbeiter untereinander.

»Es ist das ganze Betriebsklima, denn untereinander, Kollegen und Kolleginnen, jeder kämpft doch um höhere Arbeitswertgruppen, nicht. Einer spielt den anderen aus. Ja, denn ist ja immer diese Rivalität da.« (311/4)

Krisenbetroffenheit in der Dimension Arbeitsinhalt

Durch den Prozeß der Taylorisierung und Automatisierung hat sich für viele Arbeiter der Arbeitsinhalt zunehmend vereinfacht. Dabei gehen nicht nur wesentliche Qualifikationsmerkmale und Dispositionsspielräume verloren, zudem werden die Belastungen durch die Verkleinerung der Maschinenbesetzungen sowie durch Monotonisierung der Arbeitsabläufe beträchtlich erhöht.

Der Zusammenhang von Vereinfachung der Arbeit und gleichzeitigem Verlust an Arbeitsinhalten wird aus der folgenden Interviewpassage deutlich.

»Die Arbeit ist weniger interessant. Ja, man braucht weniger aufpassen, braucht man bloß stur durchjucken. Vorher mußte man öfters messen, aufpassen.« (321/2)

Besonders deutlich zeigt sich der Verlust von Arbeitsinhalten bei einem Werkzeugmacher. Die Schnittwerkzeuge, die er früher hergestellt hatte, werden nicht mehr benötigt, so daß ein Teil seiner ursprünglichen Qualifikation als Werkzeugmacher nicht mehr gefragt ist.

»Und von der eigentlichen Tätigkeit habe ich mich umstellen müssen, ja umstellen müssen. Es ist eine Arbeit, also wer jahrzehntelang Stanz- und Schnittwerkzeuge gebaut hat, der faßt das etwas, die Arbeit als etwas Primitiveres auf. Und ich möchte nicht sagen, wird langweilig, das ist übertrieben, aber der richtige Ausdruck.« (418/2)

Es ist auffällig, daß der Interviewte die Bezeichnung »langweilig« zunächst als »übertrieben« zurücknimmt. Im Ver-

gleich zu Kollegen, die zum Beispiel am Band arbeiten müssen, findet er seine jetzige Tätigkeit nicht als »langweilig« – das wäre »übertrieben«. Langweilig ist aber der »richtige Ausdruck«, wenn er seine derzeitige Tätigkeit mit dem, was er früher gemacht hat, vergleicht.

In ähnlicher Weise äußert sich ein Kollege des soeben zitierten Interviewten:

»Und das ist ziemlich, also ich will mal sagen, das sind keine interessanten Details mehr dran, wie's vorher war, was mit Schnittbau zu tun hatte.« (408/1)

Auch die Reduzierung von Arbeitsgruppen kann zu einem Verlust von Dispositionsspielräumen führen. So berichtet ein Automateneinrichter, daß ihm und seinem Kollegen jeweils der Helfer »abgezogen« wurde.

»Was früher der Helfer gemacht hat, das müssen wir praktisch jetzt mitmachen. Da ist mehr Arbeit auf uns zugekommen, was wir früher nicht brauchten.« (325/4)

Durch den Abzug der Helfer haben sich nicht nur die Belastungen vergrößert, auch der Dispositionsspielraum ist in erheblichem Maße eingeschränkt worden.

»Wenn man einen guten Helfer hatte, auf den man sich verlassen konnte, dann konnte man selber auch mal sagen, gut, man geht da mal woanders hin für eine Stunde, da wußte man genau, der weiß Bescheid, auf den kann man sich verlassen.« (325/4)

Krisenbetroffenheit in der Dimension Qualifikation

Die Anzahl der Betroffenen hat sich in der Dimension Qualifikation nicht wesentlich verändert; in beiden Interviewwellen waren es etwas mehr als ein Zehntel der Interviewten, die von Dequalifikation betroffen waren.

Insbesondere in der Krise neigen die Unternehmensleitungen dazu, eher angelernte Arbeiter als Facharbeiter zu entlassen, weil sie letztere aufgrund ihrer vielseitigeren Einsetzbarkeit in der Belegschaft halten wollen. Diese unternehmerische Personalpolitik hat zur Konsequenz, daß den Facharbeitern zeitweise Arbeiten zugewiesen werden, die nur eine geringe Qualifikation erfordern. Aber auch die durch Berufserfahrung angeeignete Qualifikation der angelernten

Arbeiter, die nicht entlassen werden, wird oftmals entwertet. Ein Beispiel für eine – allerdings nur vorübergehende – Entwertung der beruflichen Qualifikation ist die Beschäftigung von Facharbeitern mit berufsfremden Tätigkeiten. Der im folgenden zitierte Werftarbeiter berichtet davon, daß seine gesamte Arbeitsgruppe mit Malerarbeiten beschäftigt wird.

»Wir malen unsere Halle an, seit Weihnachten sind wir am Pinseln.« (218/6)

Daß auch nur kurzfristige Dequalifikationen zu erheblichen psychischen Belastungen führen, wird daran deutlich, daß der zitierte Werftarbeiter eher kurzarbeiten möchte als weiterhin berufsfremde Tätigkeiten verrichten zu müssen.

»Ja, hoffentlich kommt das (Kurzarbeit). Die Grabbelei mit der Farbe, da drehst ja schon durch.« (218/6)

Auch eine im allgemeinen besonders gesuchte Gruppe von Facharbeitern – die Werkzeugmacher – bleibt von Dequalifikation nicht verschont. So berichtet ein Werkzeugmacher, dessen Qualifikation wegen produktionstechnischer Veränderungen nicht mehr gefragt ist, wie Qualifikation und konkrete Arbeitstätigkeit zunehmend auseinanderfallen.

»Der Arbeitsplatz ist geblieben, aber die Arbeit ist nicht mehr mit dem Beruf so in Einklang zu bringen. Also es ist ein bißchen herabgemindert, nicht.« (408/1)

Die in diesem Sinne erfolgte »Herabminderung« bedeutet für den Interviewten nicht nur eine zunehmende Monotonie der Arbeitsvorgänge, sondern zugleich die Entwertung seiner Qualifikation als Facharbeiter.

Einen ähnlichen Dequalifikationsprozeß beklagt ein anderer Werkzeugmacher, dessen Qualifikation durch den Einsatz von Maschinen weitgehend überflüssig geworden ist.

»Die Arbeit entspricht nicht mehr ganz den Anforderungen, die man gerne gestellt haben möchte, diese sind nicht mehr so groß.« (418/2)

Dequalifikation kann auch bedeuten, daß nach erfolgter Umschulung die Hoffnung, entsprechend der (neuen) Qualifikation eingesetzt zu werden, nicht realisiert werden konnte. Dieser Prozeß der Dequalifikation betrifft vor allem Interviewte aus dem Untersuchungsbetrieb C. So machte die Unternehmensleitung ca. 40 Beschäftigten das Angebot, sich umschulen zu lassen. Nach abgeschlossener Umschu-

lung wurde aber keiner der Beschäftigten seiner neu erworbenen Qualifikation entsprechend eingesetzt. Die folgende Interviewpassage, die diesen Dequalifikationsprozeß beschreibt, ist daher nicht als Einzelfall anzusehen.

Frage: »Sie hatten vor der Umschulung einen Arbeitsplatz an der Drehmaschine?«

Antwort: »Ja, am Automaten, Drehbank war das da, ein Halbautomat. Ich hatte eigentlich schon einen Beruf, ich hab' Maschinenbau gelernt und habe immer gehofft, ich kann, ich wollte in meinen erlernten Beruf reinkommen als Maschinenbauer und denn war das aber nicht möglich, weil die keine Leute gebrauchen konnten. Dann kam der Betriebsrat zu mir und sagte, wollen Sie nicht umschulen? Auf Elektronik und so. Jedenfalls habe ich das denn gemacht, und na ja, dann hat sich das so entwickelt, nach Beendigung der Ausbildung hatten die eben nicht genug Arbeitsplätze und dann setzten sie mich wieder ans Band da.«

Frage: »Und was für 'ne Arbeit war das, die Sie am Band gemacht haben?«

Antwort: »Am Band nur so mechanische Arbeiten, also Montagearbeiten. Da brauchte man gar keinen Beruf zu haben. Das ist vielen so ergangen wie mir, die kamen auch in diese Montageabteilungen, die haben sich nicht verbessern können.« (313/2)

Krisenbetroffenheit in der Dimension beruflicher Aufstieg

Die Möglichkeit und die Hoffnung der Lohnarbeiter auf beruflichen Aufstieg sind insbesondere in Krisenzeiten äußerst gering. Und nicht nur das: Gerade in Krisenzeiten werden die in der Betriebshierarchie aufgestiegenen Arbeiter oftmals zurückgestuft, was in der Regel eine Veränderung der Arbeitsinhalte sowie eine Verringerung des Lohnes mit sich bringt.

Die Interessen, die durch den beruflichen Aufstieg befriedigt werden sollten, werden bei einer Zurücksetzung verletzt. Das folgende Beispiel aus der Werftindustrie verdeutlicht, daß Rückstufungen in der Betriebshierarchie besonders mit Veränderungen von Arbeitsinhalten und Lohneinbußen einhergehen.

Frage: »Hätten Sie denn die Arbeit als technischer Angestellter interessanter gefunden?«

Antwort: »Ja, dieses ist eintönig. Nicht, aber sehen Sie mal, dadurch, daß ich meinen Job als technischer Angestellter bzw. als Werkführer aufgeben mußte, hatte ich vor drei Jahren, vor vier Jahren, schon einen Verlust von 450 Mark brutto.« (105/19-10)

Auf die Frage, ob er noch eine Möglichkeit sehe, seinen Posten als Werkmeister wiederzuerlangen, antwortet der Interviewte:

»Bei der jetzigen Situation, nein!« (105/10)

Den Verlust des Vorarbeiterpostens – und somit seinen beruflichen Abstieg – mußte auch ein in der Elektroindustrie beschäftigter Werkzeugmacher hinnehmen.

»Früher war ich Vorarbeiter, wie gesagt für Schnittwerkzeuge, verantwortlich für die Materialbereitstellung, evtl. kleine Konstruktion, Termineinhaltung, alles, was drum und dran hängt. Dies alles ist weggefallen. Jetzt machen wir im weitestgehenden Sinne Vorrichtungen für die Kunststoff-spritze.« (418/1)

Eine Zurückstufung in der Betriebshierarchie liegt auch dann vor, wenn die Verantwortung für die Lehrlingsausbildung entzogen wird, wie dies die folgende Interviewpassage belegt:

Frage: »Haben Sie noch was mit Lehrlingsausbildung zu tun?«

Antwort: »Nein, mache ich nicht mehr. Also diesen Posten bin ich losgeworden, ich weiß nicht warum.« (401/12-13)

2.2 Die Krisenbetroffenheit der Untersuchungsbetriebe

Der Untersuchungsbetrieb A

Der Untersuchungsbetrieb A ist eine der beiden großen Werften in Bremen. Er ist zum 31. Dezember 1983 stillgelegt worden. Der Betrieb war Teil eines in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft organisierten Unternehmens, zu dem noch eine Werft in Bremerhaven gehört. Eine qualifizierte Mehrheit des Grundkapitals befindet sich in den Händen eines großen westdeutschen Stahlkonzerns.

Hatte der Betrieb A 1980, zum Zeitpunkt der ersten Interviewwelle, noch ca. 2850 Beschäftigte, so waren es 1982 bei der zweiten Welle nur noch 2300. Der drastische Abbau der Belegschaft war in der Zwischenzeit also fortgesetzt worden. 1975 zu Beginn der Werftkrise hatte die Belegschaft noch ca. 5000 Beschäftigte betragen. Der drastische Personalabbau war die Folge der einseitigen Produktionsstruktur der Werft. Da sie in den Zeiten des Tankerbooms mit erheblichen Investitionen fast vollständig auf die Serienfertigung von Großtankern spezialisiert wurde, traf sie der Zusammenbruch dieses Marktes besonders hart.

Die Reaktion der Geschäftsleitung auf die veränderte Situation war die Propagierung eines sogenannten »Programm 3000«. Diesem Programm zufolge lag für den Betrieb bei einer Belegschaftszahl von 3000 Beschäftigten die unterste Grenze, um als Großwerft noch funktionstüchtig zu sein; eine Reduzierung der Belegschaft auf 3000 sei aber auch notwendig, um konkurrenzfähig zu bleiben. Wenn diese Marke einmal erreicht sei, würde es keine weiteren Entlassungen geben. Den Beschäftigten der Werft wurde damit suggeriert, daß jede Entlassung die verbleibenden Arbeitsplätze sicherer mache. Diese Argumentation wurde von der Belegschaft und der betrieblichen Interessenvertretung weitgehend akzeptiert, so daß die Verringerung der Belegschaft auf ca. 3000 Beschäftigte zu keinen größeren Konflikten in den betrieblichen Arbeitsbeziehungen führte.

Die Geschäftsleitung war jedoch nicht in der Lage, ihre eigene Vorgabe auch zu realisieren. Bei Erreichen der von ihr genannten Belegschaftsstärke stellte sie eine ungünstige

Kostenstruktur des Betriebes A im Verhältnis zur Schwesterwerft fest. Durch die Entlassung von Gemeinkostenlöhnern sollte die Kostenstruktur verbessert werden; damit wurde die selbst gesetzte Marke von 3000 Beschäftigten unterschritten. Nun war deutlich, daß der Betrieb als Großwerft auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten war. Die inzwischen personell veränderte Geschäftsleitung legte daraufhin ein neues Konzept vor, welches einschneidende Änderungen beinhaltete. Die Werft sollte zu einem Schiffbaubetrieb mittlerer Größe werden, der überwiegend Reparaturaufträge übernimmt. Die Belegschaft sollte auf ca. 2300 Beschäftigte reduziert und wichtige Abteilungen wie Marketing, Verkauf, Materialeinkauf und Rechtsabteilung zur Schwesterwerft verlegt werden. Statt des bisher gültigen Programmlohns sollte Prämienlohn eingeführt und die Löhne an das niedrigere Niveau der Schwesterwerft angeglichen werden.

Mit dieser neuerlichen Umorientierung war eine Schwelle in der Krisenbetroffenheit erreicht, in der die betriebliche Interessenvertretung der Arbeitnehmer den Eindruck gewann, daß die geplanten Maßnahmen der Geschäftsleitung über kurz oder lang zu einer Schließung der Werft führen würden, da sie aufgrund ihrer technischen Struktur als reiner Reparaturbetrieb nicht konkurrenzfähig sei.

In der Zeit des Tankerbooms gestattete der größere finanzielle Spielraum der Geschäftsleitung eine erfolgreiche Interessenvertretungspolitik des Betriebsrates auf dem Wege einvernehmlicher Verhandlungen; die in hohem Grade gewerkschaftlich organisierte Belegschaft – von den Arbeitern waren ca. 97 Prozent organisiert – brauchte dabei nicht aktiv in die Austragung von Interessenkonflikten einbezogen zu werden, da sie sich auf dem Verhandlungswege beilegen ließen.

Mit dem Beginn der Schiffbaukrise waren die materiellen Bedingungen für eine derartige Interessenvertretungspolitik nicht mehr gegeben, zumal die Geschäftsleitung jetzt einen kompromißlosen Konfrontationskurs einschlug. Hierauf reagierte der 1977 in seiner Führungsspitze veränderte Betriebsrat mit einer konfliktischeren Interessenvertretungspolitik. Die Belegschaft führte mehrere Demonstrationen innerhalb und außerhalb der Werft durch, in denen sie die Bereitschaft zeigte, für die Sicherung ihrer Arbeitsplätze selbst aktiv zu

werden. Aus Protest gegen die Maßnahmen der Geschäftsleitung traten die Mitglieder des Betriebsrats im September 1980 geschlossen zurück. Mit ihrer Wiederwahl im November 1980 unterstützte die Belegschaft die bisherige Politik des Betriebsrates.

In der Folgezeit zeigte sich jedoch, daß die Belegschaft auf sich gestellt die geplanten Maßnahmen nicht verhindern konnte. Hierbei spielten zwei Faktoren eine wesentliche Rolle: Zum einen war die Geschäftsleitung bestrebt, der betrieblichen und überbetrieblichen Interessenvertretung der Arbeitnehmer den Schwarzen Peter für die Folgen, sprich die eventuelle Schließung der Werft, zuzuschieben, wenn sie den Maßnahmen nicht zustimmten. Damit setzte man vor allem die IG Metall unter Druck, die einlenkte, um in der Öffentlichkeit nicht als Verursacher einer Betriebschließung dazustehen. Zum anderen war die Geschäftsleitung in der Lage, durch ungleiche Verteilung der Aufträge auf die beiden Betriebsstätten die Auslastung bei dem Betrieb A und damit die Kampfbedingungen der dortigen Belegschaft ungünstig zu gestalten. 1981 wurden der Ergebnis-Übernahmevertrag durch den Mutterkonzern und zum 1. Januar 1982 auch der Haustarif über die Entlohnung gekündigt. Der Programmlohn wurde durch Prämienlohn ersetzt, was im Betriebsdurchschnitt zu einer Lohnsenkung um eine halbe Lohngruppe und zur Erhöhung der durchschnittlichen Leistung um ca. 6 Prozent führte. Die Belegschaft war inzwischen auf ca. 2300 Beschäftigte verringert worden.

Die Werft war damit zu einem Schiffbaubetrieb mittlerer Größe geworden, dem neben der zu geringen Belegschaftsstärke wesentliche Voraussetzungen für eine Produktion als Großwerft fehlten. So war ein großer Teil des Betriebsgeländes, welcher vom Betrieb in Erbpacht gehalten wurde, zurückgegeben und Anlagen für den Großschiffbau stillgelegt worden. Die Fertigungskapazität von 1,2 Millionen Stunden pro Jahr im Schiffsneubau war für die Fertigung von Großschiffen zu gering.

Nach dem völligen Zusammenbruch des Marktes für Großschiffe hatten sich die Werften im In- wie im Ausland vermehrt der Herstellung von Spezialschiffen und Schiffen mittlerer Größenordnung zugewandt, so daß hier ein Verdrän-

gungswettbewerb einsetzte, der über kurz oder lang zu einer drastischen Verringerung der Kapazitäten führen mußte. Sowohl von staatlicher Seite wie auch von seiten der Vereinigung der Deutschen Schiffbauindustrie wurden betriebsübergreifende Lösungen gefordert, um die Kapazitäten den gegebenen Marktbedingungen anzupassen. Vor allem das Land Bremen sah sich nicht in der Lage, in der Krise zwei Werften zu subventionieren. Bereits 1979 hatte Bremens Bürgermeister Hans Koschnick Überlegungen über eine Fusion der Bremer Großwerften in die öffentliche Diskussion gebracht. Diese Pläne scheiterten jedoch an den unterschiedlichen Interessen der Werftvorstände, aber auch an den fehlenden staatlichen Finanzmitteln. Die Bundesregierung forderte von den vier Küstenländern ein gemeinsames Werftenkonzept, da sie nicht bereit war, einzelne Betriebe zu unterstützen.

Von den Mutterkonzernen der beiden Bremer Großwerften wurde ein Auftrag an Unternehmensberatungsfirmen vergeben, um die gesamte Werftenstruktur im Lande Bremen zu untersuchen. Der IG Metall wurde angeboten, sich an dieser Untersuchung zu beteiligen, um eine »beschäftigungspolitische Komponente« zu formulieren. Daraufhin wurde ein Koordinierungsausschuß aus den Betriebsräten der zu untersuchenden Werften gegründet. Die Betriebsräte der beiden Großwerften verließen diesen Arbeitskreis jedoch, da das ganze Verfahren ihrer Meinung nach die Untersuchung der gesamten Bremer Werftensituation nur als Alibi vorschob. Dagegen argumentierten sie, daß es tatsächlich ausschließlich um eine Umstrukturierung der beiden großen Werften gehe, was nichts anderes als eine drastische Kapazitätsreduzierung gegen die Interessen der Arbeitnehmer bedeute. Ende August 1983 fiel der Beschluß, den Betrieb A zu schließen. Mit seinem geringen Auftragspolster und der stark reduzierten Belegschaft stellte dieser Betrieb das schwächste Glied in der Kette dar, zumal die Anteilseigner ja noch eine Betriebsstätte in Bremerhaven besitzen. Der Bremer Senat, der sich bislang für die Erhaltung aller Werftbetriebe ausgesprochen hatte, akzeptierte die neue Situation. Allerdings hatte er als Mehrheitsaktionär der anderen großen Bremer Werft die Forderung von deren Vorstand, den Betrieb A zu schließen, bereits vorher stillschweigend zur Kenntnis ge-

nommen. Um die Stilllegung ihres Betriebes zu verhindern, versuchte die Belegschaft, auf den Senat politischen Druck auszuüben. Die Gelegenheit war günstig, da am 25. September 1983 die Wahlen zur Bremer Bürgerschaft stattfanden. So beschloß die Belegschaft auf einer Betriebsversammlung am 19. September, die Werft zu besetzen.

Mit ihren vielfältigen politischen und kulturellen Aktivitäten wurde die Besetzung sowohl hinsichtlich der Solidarität der Belegschaft wie auch der Außendarstellung ihrer Probleme ein voller Erfolg. Ihr eigentliches Ziel, die Rücknahme der Stilllegung der Werft, konnte sie allerdings nicht erreichen. Die SPD erhielt in der Wahl die absolute Mehrheit der Wählerstimmen und ließ sich so nicht mehr unter Druck setzen. Da sie ihre Besetzung von Anfang an als politische begriffen hatte, mit der sie auf politischer Ebene Druck ausüben wollte, brach die Belegschaft die Besetzung nach einwöchiger Dauer am 26. September 1983 ab. Damit war das Schicksal der Werft besiegelt. Sie ist zum 31. Dezember 1983 stillgelegt worden.

Der Untersuchungsbetrieb B

Der Untersuchungsbetrieb B, eine Hamburger Werft, ist wie alle westdeutschen Werften seit mehreren Jahren von dem weltweiten Kriseneinbruch im Schiffbau betroffen. Der Betrieb B gehört zu einem Unternehmen, das im Jahre 1977 noch aus zwei Kieler und zwei Hamburger Werften bestand. Das Aktienkapital des Unternehmens wird von einem staatlichen Stahlkonzern und dem Land Schleswig-Holstein gehalten. B ist damit faktisch ein staatseigener Betrieb.

Die krisenhafte Entwicklung im Werftenbereich erfaßte den Betrieb B 1975/76, als der Auftrag über vier Großtanker storniert wurde, was im Bereich Schiffsneubau zu Produktionsrückgängen führte. Dadurch kam es in diesem Bereich zu Kurzarbeit und innerbetrieblichem Verleih. Als Reaktion auf die veränderte Auftragslage wurde 1977 vom Vorstand ein Unternehmenskonzept, das spätere »Unternehmenskonzept 79«, in Auftrag gegeben. Ende 1978 legte der Vorstand dem Aufsichtsrat drei Varianten eines Unternehmenskonzepts vor: Stilllegung des Schiffsneubaus in Hamburg, Schlie-

ßung des größeren Hamburger Werks oder Schließung eines kleineren Werks in Kiel.

Die ersten zwei Varianten hätten bei Realisierung zu Massenentlassungen in Hamburg geführt. Die IG Metall und die Belegschaften der beiden Hamburger Werftbetriebe protestierten gegen das Unternehmenskonzept. In der Folge kam es zu spontanen Arbeitsniederlegungen und Protestveranstaltungen, die in eine Kundgebung der IG Metall an den Hamburger Landungsbrücken mündeten.

Die daraufhin einsetzenden Verhandlungen um einen Interessenausgleich führten im März 1979 zu folgendem Ergebnis:

- Statt der geplanten 1550 nur 770 Entlassungen über Sozialplan in Hamburg.
- Keine Stilllegung des Schiffsneubaus in Hamburg, sondern eine Reduzierung von 1,2 Millionen auf 800 000 Fertigungsstunden.
- Schließung des kleineren Hamburger Werftbetriebes bis 1982.
- Einführung eines neuen Entlohnungssystems.
- Diversifizierung der Produktionspalette.

Die Auslastung der Produktion im Schiffsneubau auf verringertem Niveau wurde vor allem durch einen Großauftrag der städtischen Hamburger Verkehrsbetriebe sichergestellt, die ein großes Passagierschiff für die Kreuzfahrt auf der Hamburger Werft bauen ließen.

Vor allem infolge der im »Interessenausgleich 79« vorgesehenen Einführung des neuen Entlohnungssystems, des »Programmlohn«, der im Werk Kiel schon seit langer Zeit durchgesetzt war, kam es innerhalb der Belegschaft, des Vertrauensleutekorpers und des Betriebsrats der Hamburger Werftbetriebe zu Auseinandersetzungen. Die Befürworter setzten auf ein in ihrer Einschätzung zu erwartendes höheres Lohnniveau. Die Gegner lehnten den Programmlohn ab, weil sie eine Intensivierung der Arbeit befürchteten. In einer Kampfabstimmung im IG Metall-Vertrauenskörper des Betriebes setzten sich Anfang 1980 die Gegner der Einführung des Programmlohn durch. Die Unternehmensführung wich infolge der sich verändernden wirtschaftlichen Situation schließlich von ihrem alten Konzept ab und versuchte, in Verhandlungen mit dem Betriebsrat die Einführung eines

Prämienlohnsystems durchzusetzen; diese Verhandlungen dauerten Anfang 1984 noch an.

Jahrelange Auseinandersetzungen im Betriebsrat und Vertrauenskörper führten, nachdem Verhandlungen über Persönlichkeitswahlen im Betrieb gescheitert waren, zur Spaltung der IG Metall-Vertrauensleute im Betrieb. Zur Betriebsratswahl 1981 traten eine offizielle »IG Metall-Liste« und die »Liste aktive Metaller« an. Die »aktiven Metaller« erreichten bei der Betriebsratswahl im Frühjahr 1981 die absolute Mehrheit, auf sie entfielen 14 von 27 Betriebsratsmandaten. Die Kandidatur auf einer konkurrierenden Liste führte zum Ausschluß von sechs Mitgliedern der »Liste aktive Metaller« aus der IG Metall. 31 Mitglieder dieser Liste erhielten ein zweijähriges Funktionsverbot.

Das »Unternehmenskonzept 79« wurde bis auf die Einführung eines neuen Lohnsystems durchgesetzt, das heißt sowohl die Entlassungen als auch die Schließung des zweiten Hamburger Werkes wurden bis Ende 1982 bzw. Anfang 1983 abgeschlossen. Aufgrund der unverändert krisenhaften Entwicklung des europäischen Schiffbaues reagierte der Werftvorstand des Betriebes B Anfang 1983 mit einem neuerlichen Unternehmenskonzept, dem »Unternehmenskonzept 83«. Dieses sollte noch 1983 umgesetzt werden und beinhaltete folgende, für die Belegschaft einschneidende Maßnahmen:

- Entlassung von rund 2400 Arbeitnehmern in Hamburg und 1750 Arbeitnehmern in Kiel.
- Einstellung des Schiffsneubaus, Reduzierung der Schiffsreparatur von 1,8 Millionen auf eine Million Fertigungsstunden im Werftbetrieb Hamburg.
- Schließung des kleineren Kieler Werks und Verlegung der U-Boot-Produktion ins Kieler Hauptwerk.
- Verringerung der Ausbildungskapazität.
- Abbau der betrieblichen sozialen Leistungen.
- Anrechnung von übertariflichen Zahlungen auf die Tarifierhöhung.
- Kürzung der Vorgabezeiten.
- Produktionssteigerung zwischen 6 und 18 Prozent.

Die Entlassungswelle begann im April 1983. Zunächst wurde in Hamburg nach dem Muster des »Unternehmenskonzepts 79« verfahren, das heißt Entlassungen über den alten Sozial-

plan und Nichtersetzung der Fluktuation waren kennzeichnend für den Personalabbau bis August desselben Jahres. Anfang September wurden dann dem Betriebsrat ohne vorherige Verhandlungen die Anträge auf 1354 Entlassungen im Werftbetrieb Hamburg vorgelegt.

Frauen von Betriebsangehörigen (und von Kollegen eines Hamburger Maschinenbauunternehmens) begannen einen Hungerstreik für den Erhalt der Arbeitsplätze ihrer Männer. Der Betriebsrat versuchte, die Entlassungen per einstweiliger Verfügung rückgängig zu machen. Die Belegschaft demonstrierte mit Unterstützung durch die IG Metall und anderer Hamburger Betriebe gegen die Massenentlassungen. Nachdem die Demonstration und die Aktion der Frauen die Betriebsleitung nicht zu Verhandlungen bewegen konnten, besetzte die Belegschaft Mitte September 1983 die Werft.

Der Betriebsrat gewann das Arbeitsgerichtsverfahren. Eine Einigungsstelle zur Beratung des »Unternehmenskonzept 83« wurde eingerichtet. Am dritten Tag der Besetzung der Werft erklärte der Werftenvorstand das Einigungsverfahren zum »Unternehmenskonzept 83« für gescheitert. Die Besetzung wurde fortgesetzt. Während der gesamten Besetzungsdauer arbeiteten die IG Metall-Kollegen und die »aktiven Metaller« zusammen. Beide Fraktionen waren an politischen Verhandlungen mit dem Hamburger Senat, der Landesregierung von Schleswig-Holstein und der Bundesregierung beteiligt. Kollegen aus dem IG Metall-Vertrauensleutekorper koordinierten die Besetzung des Betriebes. Während der einwöchigen Besetzung der Werft kamen Solidaritätsbekundungen und Spenden aus der Hamburger Bevölkerung, die sich auch an den kulturellen Solidaritätsveranstaltungen Hamburger Künstler inner- und außerhalb des Betriebes zahlreich beteiligte. Gewerkschaftskollegen aus anderen Betrieben überbrachten Solidaritätsadressen und Spenden für die streikende Belegschaft. Betriebsräte und Vertrauensleute aus dem Betrieb A unterstützten aktiv die Aktionen und Forderungen ihrer streikenden Kollegen.

Die Verhandlungen von IG Metall und Betriebsrat mit dem Hauptvorstand des Konzerns und den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein führten zu keinem Ergebnis; weder der Einstieg der Hansestadt als Anteilseigner in die Hamburger Betriebsstätte noch eine andere Aufteilung des Schiffs-

neubaus zwischen Hamburg und Kiel, die die Hamburger Betriebsstätte berücksichtigt hätte, waren durchsetzbar.

Die politischen Verhandlungen auf Bundesebene mit dem Ziel, eine Subvention des Bundes für die Erhaltung der Arbeitsplätze im Schiffsbau zu erreichen, scheiterten an der Haltung der Bundesregierung.

Nachdem sich einerseits zeigte, daß eine politische Lösung des Konflikts nicht zu erwarten sein würde, und andererseits die Betriebsleitung mit Entlassung der »Rädelsführer« und Polizeieinsatz auf der Werft gedroht hatte, resignierte ein Teil der Belegschaft. Schon während der ersten Tage der Besetzung hatte es vereinzelte Konflikte mit arbeitswilligen Kollegen gegeben; nach dem Scheitern der Verhandlungen und den angekündigten Repressionen gegen die gewerkschaftlichen Vertrauensleute drohte eine Spaltung der Belegschaft in Befürworter und Gegner einer weiteren Besetzung. In einer Kampfabstimmung, in der sich die letzteren knapp durchsetzten, wurde nach einwöchiger Dauer die Besetzung aufgehoben.

Das »Unternehmenskonzept 83« wurde danach zügig umgesetzt; bis Ende 1983 sind schon ca. 1200 Beschäftigte entlassen worden, unter ihnen auch Vertrauensleute der IG Metall sowie ein besonders engagiertes Mitglied der Streikleitung. Die Besetzung führte zu einer Annäherung der Gruppe der »aktiven Metaller« und der IG Metall. Verhandlungen über eine Wiederaufnahme der sechs ausgeschlossenen Betriebsratsmitglieder in die IG Metall hatten im Februar 1984 einen Kompromiß zum Ergebnis. Die ausgeschlossenen »aktiven Metaller« wurden nach Unterzeichnung einer Loyalitätserklärung wieder in die IG Metall aufgenommen.

Der Untersuchungsbetrieb C

Der Untersuchungsbetrieb C gehört zur Elektroindustrie und produziert Büromaschinen und Bürosysteme; der Schwerpunkt liegt auf der Produktion von elektronischen Schreibmaschinen. Das Unternehmen ist eine Tochtergesellschaft des zweitgrößten westdeutschen Elektrokonzerns, der eine qualifizierte Mehrheit des Aktienkapitals hält.

Das Unternehmen befindet sich seit Jahren in einer schlechten wirtschaftlichen Situation, die sowohl durch die generelle Entwicklung in der Büromaschinenindustrie wie durch eine Abhängigkeit von der Muttergesellschaft bedingt ist; die Situation des Elektrokonzerns ist ebenfalls seit Jahren durch massive wirtschaftliche Schwierigkeiten bestimmt, aufgrund derer 1982 der Vergleich angemeldet werden mußte. Die Abhängigkeit vom Mutterkonzern drückt sich auch darin aus, daß das Unternehmen C vor einigen Jahren die recht lukrative mittlere Datentechnik aufgeben und an eine andere Tochtergesellschaft des Konzerns abgeben mußte.

Diese besondere Situation des Unternehmens, eine schlechte Produkt- und Absatzpolitik sowie Versäumnisse in der Entwicklungsplanung führten dazu, daß das Unternehmen mit der technologischen Entwicklung im Bereich der Daten- und Informationstechnik nicht Schritt gehalten hat. Das Unternehmen nimmt daher nur sehr bedingt an dem Boom der Büromaschinenindustrie der letzten Jahre teil, zumal es an Geräten, die in diesem Zusammenhang interessieren, im wesentlichen nur elektronische Schreibmaschinen und Schreibautomaten herstellt. Eine große Exportabhängigkeit und die starke Konkurrenz japanischer und amerikanischer Konzerne verstärken die schwierige wirtschaftliche Situation des Unternehmens.

Die anhaltenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten führten in den vergangenen Jahren zu einer drastischen Reduzierung der Belegschaft. So verringerte sich die Belegschaft des gesamten Unternehmens, zu dem bis 1982 noch ein Zweigwerk in Süddeutschland und bis Sommer 1983 zwei im norddeutschen Küstenraum liegende Zweigwerke gehörten, von fast 11 000 Beschäftigten im Jahre 1980 auf ca. 5500 Beschäftigte im Jahr 1983. Im Hauptwerk – dem Untersuchungsbetrieb C – des Unternehmens wurde die Belegschaft von fast 6000 im Jahr 1980 durch Nichtersatz von Fluktuation, Auflösungsverträge und Sozialplan auf ca. 4000 Beschäftigte im Jahr 1983 reduziert; 1500 Beschäftigte arbeiten in der selbständigen Vertriebsgesellschaft.

Angesichts der wirtschaftlichen Situation richteten sich 1980, zum Zeitpunkt der Erstinterviews, die Hoffnungen auf Konsolidierung des Unternehmens auf die Produktion von neuartigen elektronischen Schreibmaschinen, mit der 1979

begonnen wurde und die zu einer vollständigen Umstrukturierung der Produktion führte. Da im Unterschied zur mechanischen und elektromechanischen Schreibmaschine für die Produktion der elektronischen Schreibmaschine nur noch ein Zehntel der Einzelteile benötigt wird und außerdem 70 Prozent der Anbauteile von Zuliefererfirmen eingekauft werden, bedeutete die Umstellung auf die elektronische Schreibmaschine eine erhebliche Vereinfachung der Produktion und eine deutliche Verringerung des Personalbedarfs. Dies wirkte sich vor allem im Werkzeugbau und in der Einzelteilefertigung aus; im Zuge der Umstrukturierungen wurden ganze Abteilungen aufgelöst oder stark reduziert, die dadurch bedingten innerbetrieblichen Umsetzungen waren für viele Beschäftigte mit Abgruppierungen verbunden. Auch in der Produktion selbst hat sich die Anforderung an die Qualifikation verringert, so daß mehr Beschäftigte als vorher in den Lohngruppen 2 bis 5 eingestuft sind.

Insgesamt wurden im Zeitraum von 1980 bis 1983 fast 500 Beschäftigte abgruppiert. Die Umstellung der Produktion auf die elektronische Schreibmaschine führte insgesamt zu einer Verschlechterung des Qualifikationsprofils vieler Arbeitsplätze und zu einer erheblichen Reduzierung der Arbeitsplätze bei gleichzeitiger Steigerung der Produktivität. So verringerte sich im Hauptwerk die Zahl der direkt in der Produktion Beschäftigten von 1979 bis 1983 um über 1000 Beschäftigte.

Die Ankündigung von Massenentlassungen und Pläne zur Schließung eines Zweigwerkes lösten Anfang 1981 Unruhe in der Belegschaft des Hauptwerkes und des betroffenen Zweigwerkes aus. Es kam zu Protestaktionen der Betroffenen und zu einer gewissen Mobilisierung der Öffentlichkeit, in deren Folge die Unternehmensleitung von ihren Plänen abrückte und zunächst auf die geplante Schließung des Zweigwerkes – aus »sozialpolitischen Gründen« – verzichtete. Damit war die Schließung des Zweigwerkes zwar vorläufig vom Tisch, sie konnte jedoch längerfristig ebensowenig verhindert werden wie die Stilllegung der beiden anderen Zweigwerke.

In der folgenden Zeit richtete sich die Hoffnung der Belegschaft auf den neuen Vorstandsvorsitzenden und sein Konzept zur Sanierung des Unternehmens. Man hoffte, er würde

das Unternehmen aus den roten Zahlen bringen und im Bereich der Elektronik eine positive Entwicklung einleiten. Fast der Hälfte der Interviewten beurteilte 1982, zum Zeitpunkt der Zweitinterviews, die Unternehmenspolitik des neuen Vorstandes positiv; die Interviewten sahen einen Aufwärtstrend und schätzten die wirtschaftliche Situation des Unternehmens optimistisch ein. Die von der Betriebsleitung erneut aufgegriffenen Pläne zur Stilllegung der beiden Zweigwerke im norddeutschen Küstenraum führte bei vielen Beschäftigten des Hauptwerkes zu der Hoffnung, durch die Umstrukturierung der Produktion und den dadurch bedingten Abbau von Arbeitsplätzen werde sich das Unternehmen sanieren und würden somit die eigenen Arbeitsplätze langfristig gesichert sein. Diese optimistische Beurteilung der wirtschaftlichen Situation wurde jedoch nicht von allen geteilt; ein anderer Teil der Interviewten sah die zukünftige Entwicklung des Betriebes sehr negativ und rechnete damit, selbst arbeitslos zu werden.

Trotz eines Beschäftigungsabbaus von ca. 2000 Beschäftigten im Gesamtunternehmen in den Jahren 1981/82 und verstärkter Bemühungen von seiten des Vorstandes, das Unternehmen aus den roten Zahlen zu bringen, mußte das Unternehmen auch in diesen Jahren erhebliche Verluste hinnehmen, die aufgrund des bis Ende 1982 geltenden Beherrschungsvertrages von der Muttergesellschaft übernommen wurden. Absatzschwierigkeiten führten dazu, daß sowohl 1981 wie 1982 Kurzarbeit angemeldet werden mußte.

Eine Verschärfung der Situation trat im Sommer 1982 ein, als die Muttergesellschaft den Vergleich beantragte und für das Unternehmen die Gefahr bestand, dadurch in Konkurs zu gehen. Für einen Zeitraum von fast zwei Monaten war die Zahlung der Löhne und Gehälter nicht mehr gesichert und die Lieferung von Produktionsmaterial gefährdet. Die dadurch ausgelöste Verunsicherung der Belegschaft und die unmittelbare Sorge um den Erhalt der Arbeitsplätze führte im Herbst 1982 zu einer Vielzahl von Protestaktionen und öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten. Von der IG Metall und einer Bürgerinitiative wurden eine Großdemonstration, Aktionen vor dem Arbeitsamt, Mahnwachen und Bittgottesdienste organisiert, um politischen Druck auf Landes- und Bundesregierung auszuüben. Innerhalb des Betriebes kam

es zu mehreren Arbeitsniederlegungen; Betriebsrat und Vertrauenskörper organisierten eine zweimonatige »Nachtwache«, um eine befürchtete Schließung des Werkes »über Nacht« zu verhindern.

Ende des Jahres 1982 »normalisierte« sich die Situation; die Gefahr eines Konkurses des Unternehmens als Folge des eingeleiteten Vergleichsverfahrens der Muttergesellschaft war vorerst überstanden, im Untersuchungsbetrieb C kehrte der normale Krisenalltag wieder ein.

Auch 1983 blieb die wirtschaftliche Situation des Unternehmens prekär; die Verluste für 1983 wurden nur noch zu einem Teil von der Muttergesellschaft übernommen.

Für 1984 ist die Produktion einer kleineren elektronischen Schreibmaschine geplant, die die bisherige Produktpalette weitgehend ersetzen soll und mit der man hofft, neue Märkte zu erschließen. Die Produktion dieser Maschine wird wesentlich weniger Arbeitskräfte binden, so daß, um die Belegschaftsstärke zu halten, Produktion und Absatz wesentlich gesteigert werden müssen. Zu Beginn des Jahres 1984 ist bereits für den überwiegenden Teil der in der Produktion Beschäftigten Kurzarbeit angemeldet.

Der Untersuchungsbetrieb D

Im Untersuchungsbetrieb D, dem einzigen größeren Betrieb der Unterhaltungselektronik-Branche im Bremer Raum, zeigten sich in den Jahren 1980 bis 1983 die Folgen des Konzentrations- und Internationalisierungsprozesses in dieser Branche. Seit der Übernahme des früheren Familienunternehmens durch einen Großkonzern Ende der siebziger Jahre sind der Bremer Betrieb und die Zweigwerke im Umland Gegenstand einer Konzernstrategie, die - um in der Weltmarktkonkurrenz bestehen zu können - auf die Umstellung der europäischen Produktionskapazitäten auf Großserienfertigung von Farbfernsehgeräten setzt. Die früher von D produzierte breite Palette von Geräten der Unterhaltungselektronik ist inzwischen vollständig abgebaut worden.

Parallel zu dieser strukturellen Abhängigkeit von Umschichtungsprozessen in der internationalen Arbeitsteilung ist die

deutsche Unterhaltungselektronikbranche – und damit auch der Untersuchungsbetrieb D – von den Auswirkungen einer nunmehr seit Jahren andauernden Absatzkrise auf ihrem angestammten Markt in Mitteleuropa betroffen, die nur von vereinzelten saisonalen Boomphasen unterbrochen wird.

Die Strategie des Mutterkonzerns von D zeigte sich zum einen darin, daß ein weiteres Unternehmen der Branche aufgekauft wurde, das auch die Entwicklung und Fertigung von Farbfernsehgeräten betrieb. Zum andern wurde die Gesamtstrategie in einen umfassenden Rationalisierungsansatz umgesetzt, der eine klare Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Konzernbetrieben vorsieht, das heißt jedem Betrieb im wesentlichen einen einzigen Produktionsabschnitt zuweist. Auch die Bereiche Entwicklung/Konstruktion und Vertrieb werden tendenziell aus den bestehenden Betrieben herausgelöst und an einer Stelle konzentriert. Innerhalb der einzelnen Betriebe sind darüber hinaus weitreichende technologische und arbeitsorganisatorische Rationalisierungsmaßnahmen vorgenommen worden.

Für den Bremer Betrieb bedeutete dies ab 1980 zunächst eine weitere Reduzierung des Produktionsbereichs, das heißt die Abgabe von Produktionsabschnitten an andere Konzernbetriebe. Dabei handelte es sich um Elemente der Vorfertigung (Chassis-, Einzelteile- und Leiterplattenfertigung). Im Zuge dieser Verlagerung wurde 1982 das letzte außerhalb Bremens verbliebene Zweigwerk von D mit ca. 500 Beschäftigten stillgelegt. Im Bremer Werk verblieben nach dieser »Bereinigung« als wesentliche Produktionsabschnitte der Guß von Kunststoffteilen, die Leiterplattenbestückung und die Endmontage und -kontrolle der Geräte.

Im Zuge dieser Umstrukturierung wurde die Fertigung bei D erheblich rationalisiert. Unter Einsatz bedeutender Investivmittel wurden die Leiterplattenbestückung und zahlreiche Arbeitsgänge der Endmontage automatisiert; dadurch ging ein Teil der Arbeitsplätze in diesen Bereichen verloren. Zur Auslastung der automatisierten Anlagen wurde Anfang 1982 der Zwei-Schicht-Betrieb eingeführt. Da im Kunststoffguß von Anfang an im Drei-Schicht-Betrieb gearbeitet wurde, arbeitet nunmehr nur noch ein kleiner Teil nicht in Schichtarbeit.

Die Umstrukturierung führte zu einer erheblichen Steige-

rung der Produktion. Während noch 1981 im Durchschnitt 2000 Geräte pro Tag produziert wurden, betrug die Tagesproduktion Mitte 1983 ca. 3500 Geräte. Diese Produktion konnte jedoch nicht vollständig abgesetzt werden; daher führte der Betrieb 1981, 1982 wie auch 1983 Kurzarbeitsphasen durch. Durch die Umstellung auf Schichtbetrieb konnte ein Teil der durch die Automatisierung überflüssig gewordenen Arbeiter weiterbeschäftigt werden. Das war auch das Motiv für die grundsätzliche Zustimmung des Betriebsrats zu dieser Umstellung.

Umstrukturiert und verkleinert wurde auch der Werkzeugbau. Die Ausdehnung der Verwendung von Kunststoffen in der Produktion läßt die Zahl der benötigten Schnittwerkzeuge zurückgehen. Ein Teil der Werkzeugmacher bei D wurde daher entlassen, ein anderer in den Bereich Formbau umgesetzt, in dem jedoch nur ein Teil der spezifischen Facharbeiterqualifikationen weiterhin benötigt wird.

Die Belegschaft bei D wurde nach 1980 weiter verringert; in den zehn Jahren von 1973 bis 1982 hat sich die Beschäftigtenzahl mehr als halbiert. Anfang 1981 waren bei D ca. 3500 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Anfang 1982 war die Zahl auf knapp 3100 zurückgegangen, und Anfang 1983 – nach der Entlassung von ca. 350 Beschäftigten (überwiegend Frauen) bei der Stilllegung des Zweigwerks und nach der Vernichtung von Arbeitsplätzen bei der Automatisierung der Fertigung in Bremen – arbeiteten noch ca. 2500 Arbeitnehmer bei D (einschließlich der Vertriebs- und Kundendienstabteilungen).

Bei diesem Arbeitsplatzabbau hat es sowohl im Zweigwerk als auch in Bremen einen Sozialplan gegeben. Zur Belegschaftsverringerung sind jedoch während des gesamten Zeitraums auch Einzelkündigungen aus personenbezogenen Gründen und wegen Arbeitsmangels eingesetzt worden. Da von der Automatisierung vorwiegend Arbeitsplätze betroffen waren, an denen Frauen gearbeitet hatten, hat sich ihr relativer Beschäftigungsanteil verringert und das durchschnittliche Lohnniveau ist gestiegen.

Die hier skizzierten Maßnahmen (Stilllegung, Automatisierung, Schichtarbeit) sind im Zeitraum zwischen den Erst- und den Zweitinterviews durchgeführt worden. Die Mehrzahl der Interviewten, die beim Zweitinterview den Betrieb

gewechselt hatten, arbeitslos oder bereits aus dem Arbeitsleben ausgeschieden waren, stammt aus dem Untersuchungsbetrieb D.

Die Abhängigkeit von der Konzernstrategie wird von den Beschäftigten bei D durchaus als solche wahrgenommen; die Interviewten aus diesem Betrieb sehen deshalb die Ursachen für die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit mehrheitlich im technologischen Prozeß, der Arbeitsplätze vernichtet, und in den Weltmarktverflechtungen. Weder der Betriebsleitung in Bremen noch der eigenen Interessenvertretung wird daher eine Chance zugebilligt, die Durchsetzung der Konzernstrategie zu verhindern oder ihre Folgen auch nur geringfügig abzumildern. D ist der einzige krisenbetroffene Betrieb der Untersuchung, in dem sich so gut wie kein Widerstand gegen die betrieblichen Maßnahmen geregt hat (von einer Demonstration der Belegschaft des Zweigwerks gegen die Stilllegung abgesehen).

Die betriebliche Umstrukturierung hat für die Mehrzahl der Beschäftigten die Umsetzung an einen anderen Arbeitsplatz, die Anpassung an neue Arbeitsanforderungen und -bedingungen und die Umstellung auf Schichtarbeit mit sich gebracht. Das Arbeitsklima hat sich erheblich verschlechtert. Ein großer Teil der Beschäftigten ist zudem von der Unsicherheit der Arbeitsplätze bei D überzeugt. Es wird vermutet, daß die mittel- bis langfristige Konzernstrategie die völlige Schließung auch des Bremer Betriebs beinhaltet. Die Arbeitssituation wie die Unsicherheit werden zwar allgemein als schwere Belastung empfunden, angesichts fehlender Arbeitsplatzalternativen jedoch von den Arbeitern bei D als unvermeidbar hingenommen.

2.2.5 Der Untersuchungsbetrieb E

Der Untersuchungsbetrieb E ist ein Zweigwerk eines westdeutschen Automobilunternehmens. Das Unternehmen besteht aus insgesamt elf Werken in der Bundesrepublik und bildet mit seinen ausländischen Tochtergesellschaften einen weltweit produzierenden Konzern.

Im Gegensatz zu den übrigen Betrieben, die in die Untersuchung einbezogen waren, wurde die wirtschaftliche Entwicklung des Betriebs E nicht durch die Krise bestimmt:

Die Produktion, die zunächst nur die Montage von Kleintransportern und seit 1977 auch die von Kombinationskraftwagen umfaßte, war bis 1980, dem Zeitpunkt der ersten Interviewwelle, ständig gestiegen. Dieser Produktionsanstieg machte umfangreiche Neueinstellungen notwendig. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich daher zwischen 1977 und 1980 von 4600 auf 6400.

Eine weitere Ausdehnung der Produktion war bereits geplant. Anstelle des Kleintransporters sollte neben dem Kombi ein neu entwickeltes PKW-Modell in hoher Stückzahl montiert werden. Eigens für die Montage dieses PKW-Modells wurden drei neue Werkshallen errichtet. Ende 1982, dem Zeitpunkt der zweiten Interviewwelle, war eine Halle betriebsfertig.

Anfang 1983 wurde dann damit begonnen, die Montage des Kleintransporters nach und nach in ein anderes Werk des Unternehmens zu verlagern. Dieser Prozeß soll Mitte 1984 abgeschlossen sein. Mit dem Beginn der Verlagerung des Kleintransporters wurde in den neuen Werkshallen zugleich die Produktion des PKW-Modells aufgenommen, die im Verbund mit dem süddeutschen Hauptwerk des Unternehmens arbeitsteilig betrieben wird. Die Arbeiter, die bisher in der Kleintransporterproduktion tätig waren, werden zum größten Teil in die Produktion des neuen PKW-Modells, zu einem kleinen Teil in die des Kombinationskraftwagens umgesetzt. Von dieser Umsetzung werden insgesamt 1200 Arbeiter betroffen sein.

Als Folge der Produktionsumstellung konnten im Jahre 1983 zusätzlich etwa 1500 Neueinstellungen vorgenommen werden. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich dadurch auf etwa 8000.

Für das Unternehmen hat es insbesondere 1982 einen Rückgang in der Produktion von Nutzfahrzeugen gegeben, von dem auch die Kleintransporterproduktion im Betrieb E betroffen war. Durch die Steigerung der PKW-Produktion, an der die Kombi-Produktion des Betriebs E wesentlichen Anteil hatte, konnte das Unternehmen seine wirtschaftliche Situation insgesamt jedoch weiter verbessern.

Bei den Neueinstellungen im Betrieb E nutzte das Unternehmen die hohe Arbeitslosigkeit, um seine personalpolitische Zielsetzung zu realisieren. Sie besteht darin, sich eine in

ihrer Leistungsfähigkeit und -bereitschaft weitgehend homogene Belegschaft zu schaffen. Hierzu wurde die Personalauswahl so getroffen, daß sich der Anteil ausländischer Arbeiter an der Belegschaft verringerte und der jüngerer und gelernter Arbeiter zunahm. Die Arbeitslosigkeit ermöglicht es dem Betrieb darüber hinaus, die gewünschte Homogenität der Belegschaft durch eine stärkere Disziplinierung herbeizuführen. Eine Auswirkung ist die deutliche Verringerung des Krankenstandes. Für die Belegschaft stellt diese Disziplinierung die allgemeine Form ihrer Krisenbetroffenheit dar. Aufgrund des Rückganges der Kleintransporterproduktion wurden 1982 darüber hinaus eine größere Anzahl der dort Arbeitenden in die Kombi-Produktion umgesetzt und etwa 100 Beschäftigte an das süddeutsche Hauptwerk des Unternehmens verliehen.

Es gehört zur personalpolitischen Strategie des Unternehmens, daß es Beschäftigte, die in einem Werk von Arbeitsmangel betroffen sind, nicht entläßt, sondern an andere Werke ausleiht. Während dieser Verleih für das Unternehmen die Funktion hat, sich die eingearbeiteten Belegschaften seiner Werke über konjunkturelle Flauten hinweg zu erhalten, stellt er für die Betroffenen die Zusicherung eines Arbeitsplatzes dar.

Die neuen Werkshallen des Betriebes E sind mit Fertigungsanlagen ausgestattet, die eine im hohen Maße rationalisierte Produktion ermöglichen. Dabei handelt es sich vor allem um Vielpunktschweißanlagen, Industrieroboter und maschinelle Zuführanlagen im Montageprozeß. Weitere Rationalisierungseffekte werden durch Veränderungen an den Karosserieteilen erzielt, durch die ihre Montage zusätzlich vereinfacht wird.

Zur Intensivierung der Arbeit wird die Anzahl der Arbeitsgänge, die pro Arbeitsplatz zu verrichten sind, erheblich verringert. Für die Arbeiter hat dies sowohl eine Reduzierung des Arbeitsinhaltes, als auch eine Erhöhung des Arbeitstempos zur Folge. Als Grundlage, auf der die Vorgabezeiten für die einzelnen Arbeitsgänge festgelegt werden, wurde das Kleinstzeitverfahren MTM eingeführt.

Die betriebliche Interessenvertretung sieht ihre Hauptaufgabe gegenwärtig darin, die Beschäftigten vor den Auswirkungen dieser Rationalisierungs- und Intensivierungsmaß-

nahmen zu schützen. Es geht ihr darum, daß die von der Umsetzung betroffenen Arbeiter gleichwertige Arbeitsplätze bekommen und Lohnseinbußen durch Abgruppierungen verhindert werden.

3. Die Krisenreaktion der Lohnarbeiter

3.1 Veränderungstendenzen der Deutungen von Arbeitslosigkeit und Krise

Die untersuchten Deutungsmuster und Interessenorientierungen zeigen sich auf der Ebene ihrer individuellen Ausprägung als sehr stabil. Bei der überwiegenden Mehrheit der Interviewten ist festzustellen, daß sich die jeweiligen Deutungsmuster von Arbeitslosigkeit und Krise und die Interessenorientierungen von der ersten zur zweiten Interviewwelle nicht verändert haben. Nun ist ein Wandel in größerer Zahl auch nicht wahrscheinlich, wenn man die identitätsstrukturierende Funktion sozialer Deutungsmuster bedenkt. Schwerwiegende Veränderungen gerade im Bereich der betrieblichen Krisenbetroffenheit lassen sich im Rahmen der vorhandenen Deutungsmuster meist noch plausibel interpretieren, so daß es zu keinem Deutungsmusterwechsel kommt. Auch da, wo sich Veränderungen ergeben haben, sind sie in den Bewußtseinsstrukturen, wie sie in den Erstinterviews festgestellt werden konnten, in der Regel schon angelegt. Es handelt sich also nicht um grundlegende Veränderungen, sondern um die Weiterentwicklung latent schon vorhandener Tendenzen.

Die Tendenzen der Veränderung haben in den jeweiligen Deutungsmustern sehr unterschiedliche Voraussetzungen. Dennoch sind Gemeinsamkeiten festzustellen. Die Annahme, daß durch die in der Krise zunehmende Arbeitslosigkeit und andere Formen der Krisenbetroffenheit das Bewußtsein der Arbeiter sich in Richtung auf eine stärkere Gesellschaftskritik und entsprechende Handlungsorientierungen hin verändern würde, wird durch die Ergebnisse dieser Untersuchung nicht bestätigt. Im Gegenteil sind die Krisen-

reaktionen der Arbeiter eher dadurch gekennzeichnet, daß sie den gegebenen Rahmen der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht überschreiten.

Die Ergebnisse der Auswertung des empirischen Materials bestätigen für einen Teil der Interviewten die schon in den dreißiger Jahren in den nunmehr klassischen Arbeitslosenuntersuchungen von Jahoda u.a. in Österreich und von Bakke in England und den USA festgestellte Krisenreaktion des »Rückzugs aufs Private«. Diese Krisenreaktion kann im folgenden in unterschiedliche Veränderungen von individuellen Deutungsmustern differenziert werden, die als Resignation und fatalistische Wendung gekennzeichnet werden. Im Abschnitt 3.3, der die Veränderung von Interessenorientierungen behandelt, wird dann deutlich, daß die Resignation auf der Ebene gewerkschaftlichen Bewußtseins besonders stark ist.

Die festgestellte Krisenreaktion beschränkt sich jedoch nur für einen Teil der Lohnarbeiter auf den »Rückzug aufs Private«; für andere ist dagegen eine besondere Art von Politisierung zu konstatieren, eine Politisierung, die weniger in eigene Aktivitäten mündet, sondern in sehr nachdrücklichen, konservativen Erwartungen an staatliches Handeln seinen Ausdruck findet. Insgesamt muß festgestellt werden, daß zumindest in dieser Phase des Krisenverlaufs die reduktionistische Verarbeitung der Krisenerscheinungen sich noch verstärkt: Die Tendenzen zum »Abschließen« gegenüber der sozialen Realität werden noch ausgeprägter, an ihre Stelle treten allenfalls projektive Mechanismen der Krisenverarbeitung, die sich als Aggression gegen andere richten. Während in den Erstinterviews vielfach die reduktionistischen Deutungen noch lückenhaft waren oder gar »aufgesetzt« erschienen, sind sie in den Zweitinterviews meist elaborierter und zugleich geschlossener; der zirkuläre Charakter der Argumentationen ist nun ausgeprägter. Es scheint, als ob die Individuen sich angesichts der Bedrohung durch die übermächtige soziale Realität nicht anders zu helfen wissen, als sich immer stärker in ein Gewebe reduktionistischer Deutungen und Orientierungen einzuspinnen.

3.1.1 »Ich kann diese ›BILD-Zeitung‹ lesenden Arbeiter nicht mehr ab«

Die Darstellung des Deutungsmusters »Kapital und Arbeit« hat gezeigt, daß es für die Interviewten, die Krise und Arbeitslosigkeit auf seiner Grundlage interpretieren, eine hohe Handlungsrelevanz hat. Bei einigen dieser Interviewten ist nun eine Krisenreaktion festzustellen, die darin besteht, daß für sie das Deutungsmuster an Handlungsrelevanz verliert. Es hat bei ihnen, wenn individuell auch unterschiedlich stark, ein Veränderungsprozeß eingesetzt, der zur Resignation führt. Die Verlaufsform dieser Krisenreaktion wird im folgenden dargestellt.

In der Interessenorientierung, die für das Deutungsmuster »Kapital und Arbeit« charakteristisch ist, wird die Solidarität als das Mittel der Arbeiter betrachtet, durch das sie sich letztlich nur vor dem Arbeitsplatz- und Lohnabbau der Unternehmer schützen können. Aus dieser Deutung ziehen die interviewten Arbeiter in der Regel die praktische Konsequenz, sich gewerkschaftlich zu engagieren. Sie gehen dieses Engagement mit der Erwartung ein, daß sie auch die anderen Arbeiter von der Notwendigkeit einer solidarischen Gegenwehr überzeugen können.

»Also, ich würde sagen, wenn dies sogenannte Lambsdorff-Papier da in vollem Umfange durchexerziert würde, da sollten die Kollegen wach werden und wissen, was die Uhr geschlagen hat. Also, man darf ja nicht warten, bis so was durchexerziert wird. Das muß man ja vorher machen, daß man die wohl motivieren kann, daß sie so was mitmachen, nicht.« (333-II/21)

Das Engagement der Interviewten beruht auf der Annahme, daß die Krisenbetroffenheit, sobald sie ein bestimmtes Ausmaß erreicht hat, bei den Arbeitern auch die Einsicht hervorruft, sich wehren zu müssen. Ein solches Ausmaß wäre zum Beispiel erreicht, wenn »dies sogenannte Lambsdorff-Papier da in vollem Umfange durchexerziert würde«. Das Lambsdorff-Papier forderte gravierende Einschränkungen der Arbeiterschutzgesetzgebung. Die Krisenbetroffenheit der Arbeiter und ihre Gegenwehr werden also als ein Verhältnis von Ursache und Wirkung gedeutet. Da aber die Krisenbetroffenheit gerade verhindert werden soll, muß die Bereitschaft der Arbeiter, sich zu wehren, schon vorab hergestellt werden. Darin sehen die Interviewten die Funktion ihres

Engagements. Sie wollen die Arbeiter dazu bringen, ihre Betroffenheit gedanklich vorwegzunehmen, um sie so zu »motivieren«, sich rechtzeitig wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen entgegenzustellen, die für sie negative Folgen haben. Erforderlich ist hierzu, daß sie die Arbeiter über diese negativen Folgen aufklären, denn:

»Es mangelt an Aufklärung, ganz gewaltig an Aufklärung.« (432-II/30)

Das Engagement der interviewten Arbeiter besteht daher wesentlich darin, diese Aufklärung zu betreiben. Die anderen Arbeiter aber reagieren nicht in der erwarteten Weise.

»Die wollen das gar nicht, die wollen gar nicht zuhören. Ach, ihr spinnt doch. Wieso? Wir haben doch Arbeit hier. Ihr habt ja immer was. Es muß bloß wieder ein Schiff kommen, daß wir samstags/sonntags wieder arbeiten können. Ja, das ist der Trend. Die wissen noch gar nicht, was in der Luft schwebt. Und die denken das am allerletzten Tag noch, wenn sie den letzten Lohnzettel kriegen und wenn sie hinterherlaufen müssen, daß sie vom letzten Monat noch Geld kriegen, weil nichts mehr da ist. Ja, das gibt eine ganze Menge, die wollen mit der Realität nichts zu tun haben.« (202-II/53-54)

Die Interviewten müssen, wie hier auf einer Werft, die Erfahrung machen, daß viele Arbeiter ihnen gar nicht zuhören »wollen«. Diese Arbeiter leugnen, daß ihre Arbeitsplätze gefährdet sind; sie »wollen mit der Realität nichts zu tun haben«. Die reduktionistische Krisenwahrnehmung dieser Arbeiter wird also von den engagierten Arbeitern thematisiert. Ihr Thematisierungsprozeß stößt jedoch auf Grenzen, die durch das ihm zugrunde liegende Deutungsmuster »Kapital und Arbeit« gesetzt sind. Wie die Analyse des Deutungsmusters »Direkte Reduktion« zeigt, ist die Leugnung der Realität eine Form, in der zahlreiche Arbeiter versuchen, ihre Angst vor dem Arbeitsplatzverlust zu bewältigen. Das Deutungsmuster »Kapital und Arbeit« thematisiert zwar diese Angst, reflektiert aber nicht ihren Zusammenhang mit der Krisenwahrnehmung. Dieser Zusammenhang jedoch erklärt erst die von den Interviewten beschriebene Reaktion, die ihr Versuch der Aufklärung bei den anderen Arbeitern auslöst.

Da die Aufklärung über die wirtschaftliche Entwicklung gerade die Bedrohung der Arbeitsplätze ins Bewußtsein heben will, gefährdet sie die Leugnung als eine Form der Angstbewältigung. Die Folge ist, daß die Argumente der

engagierten Arbeiter aggressiv abgewehrt werden: »Ihr spinn doch!« Aus ihrem Engagement wird ihnen ein Vorwurf gemacht: »Ihr habt ja immer was.« Wie tief die Enttäuschung über dieses Verhalten anderer Arbeiter ist, zeigt der Zynismus des konstruierten Beispiels, das die Stärke der Realitätsverleugnung veranschaulichen soll: Es gibt Arbeiter, die glauben selbst dann noch, daß sie einen sicheren Arbeitsplatz haben, wenn der Betrieb sie schon nicht mehr entlohnen kann.

In dieser reduktionistischen Krisenwahrnehmung sehen die Interviewten den Grund für ein verändertes Verhalten vieler Arbeiter:

»Also, heute sind sie alle wieder uneinig. Der eine bildet sich ein, er ist was Besseres wie der andere. Der eine sagt: Och, ich bin doch nicht betroffen, warum soll ich mir Sorgen machen? Der lacht sich nur einen darüber: Oh, morgen mußt *du* stempeln gehen, dann wirst *du* ausgesteuert und alles mögliche. Ja, die machen sich sogar noch lustig darüber. Die wissen noch gar nicht, wie ernst das ist.« (202-II/32)

Die gewerkschaftlich engagierten Arbeiter müssen also nicht nur die Erfahrung machen, daß ihre Aufklärung von zahlreichen Arbeitern zurückgewiesen wird, weil diese die Möglichkeit ihrer Krisenbetroffenheit gar nicht wahrhaben wollen. Entgegen ihrer Erwartung, daß zwischen Krisenbetroffenheit und solidarischer Gegenwehr ein Verhältnis von Ursache und Wirkung besteht, müssen sie auch feststellen, daß die Arbeiter aufgrund ihrer Realitätsverleugnung selbst bei anstehendem Arbeitsplatzabbau keine Solidarität entwickeln. Im Gegenteil, sie verstärken ihre Konkurrenz untereinander. Jeder sieht in den Entlassungen anderer eine Sicherung seines Arbeitsplatzes, die ihm Anlaß zur Freude, zur Schadenfreude ist: »Die machen sich sogar noch lustig darüber.« Die Freude, die eintritt, sobald sie von der Angst vor eigener Entlassung befreit sind, genießen sie auf Kosten der Betroffenen. Die Interviewten aber sehen nicht die Angst, die hinter dieser Freude steht, und interpretieren sie daher als Ausdruck fehlenden Wissens darüber, »wie ernst das ist«. Allerdings scheitern sie gerade daran, dieses fehlende Wissen unter den Arbeitern zu verbreiten. Das Scheitern erklären sie sich mit der Manipulation ihrer Kollegen durch die Massenmedien. In diesem Zusammenhang thematisieren sie den Einfluß der »BILD-Zeitung«.

»Das wissen die meisten Leute gar nicht, auch die Leute, die jetzt im Arbeitsleben stehen, die wissen gar nicht, was da geschieht richtig. Die Leute holen sich die ›BILD-Zeitung‹. Ich fahr' morgens mit der Bahn. Wenn die Leute ihre Zeitung aus der Tasche kriegen oder die sitzen schon da, haben sie die ›BILD-Zeitung‹. Die wissen gar nicht, warum eigentlich, das ist doch denen vollkommen egal, auch meine Kollegen, alle ›BILD-Zeitung‹. Sag' ich, kann ich mal fragen, warum liest du denn die ›BILD-Zeitung‹? Dann kriegst Gabeln voll Schimpfwörter immer hier, nicht.« (406-II/27-28)

Die »BILD-Zeitung« vermittelt keine Informationen über das, »was da geschieht« im »Arbeitsleben«. Und gerade deshalb wird sie von den meisten Arbeitern gelesen, denn ihnen ist das auch »vollkommen egal«; sie wollen die Realität nicht zur Kenntnis nehmen. In der Sicht der Interviewten bedingen und verstärken sich das »BILD-Zeitung«-Lesen der Arbeiter und ihre reduktionistische Wahrnehmung wechselseitig. Ob sie daher über drohenden Arbeitsplatzabbau aufklären oder die »BILD-Zeitung« kritisieren, in jedem Fall rufen die engagierten Arbeiter bei den anderen Arbeitern eine aggressive Abwehr hervor.

»Und da schimpfen sie noch auf die Gewerkschaften hinterher: ›Die wollen nur unseren Beitrag haben; erhöhen, das können sie schnell« - und solche Reden kriegen Sie zu hören dann. Und wenn man mal was klarstellen will, dann lachen sie einen noch aus: ›Du kriegst wohl noch was dafür, daß du so redest«, sagen sie dann. Es ist traurig, aber es ist wahr.« (202-II/54)

Die Erfahrung, sich nicht nur erfolglos um ein solidarisches Verhalten der Kollegen zu bemühen, sondern darüber hinaus auch deren Aggression und Spott auf sich zu ziehen, liegt der Krisenreaktion der Interviewten zugrunde.

»Du kannst also wirklich mit Kollegen diskutieren, ist zum größten Teil ein fruchtloser Versuch, wie ein Pudding an die Wand zu nageln. Und da, ich für meinen Teil, bin die Nagelei einfach satt bis da oben.« (501-II/50)

Der sich ständig wiederholende Mißerfolg in dem Versuch, andere Arbeiter über Arbeitslosigkeit und Krise aufzuklären, führt bei den engagierten Arbeitern letztlich zur Resignation, die sie selbst an sich diagnostizieren.

»Ich merke das schon, das ist also immer, na irgendwie resignierend. Ja, ich habe resigniert.« (501-II/52)

Die Resignation als Krisenreaktion ist eine nahezu zwangsläufige Folge eines Engagements, das auf der Grundlage des Deutungsmusters »Kapital und Arbeit« entwickelt wird. Die-

ses Engagement geht – wie zu Anfang dargestellt wurde – von einem als notwendig gedeuteten Zusammenhang zwischen der Krisenbetroffenheit der Arbeiter und ihrer Solidarität aus. Um die Krisenbetroffenheit verhindern zu können, wird sie zum Gegenstand von Aufklärung, in der Erwartung, auf diesem Wege bei den Arbeitern eine Bereitschaft zur solidarischen Gegenwehr herstellen zu können. Die Interviewten aber müssen erfahren, daß sich ihre Erwartung nicht erfüllt. Für diese Erfahrung aber liefert ihr Deutungsmuster keine plausible Interpretation, weil es den Zusammenhang zwischen der Existenzangst der Arbeiter und ihrer Krisenwahrnehmung nicht reflektiert. Daher sind im Engagement der Interviewten das Scheitern und die Resignation immer schon angelegt. Es ist keine individuelle Krisenreaktion, sondern eine, die in der Logik des Deutungsmusters »Kapital und Arbeit« liegt.

Die Resignation führt dazu, daß die Interessenorientierung für die Interviewten nicht länger handlungsrelevant ist. Ihr Inhalt verändert sich nicht, sondern wird als Interpretation in das Gesellschaftsbild integriert. Dieser Vorgang ist durchaus umkehrbar, das heißt der Inhalt kann wieder handlungsrelevant und so zur Orientierung werden.

»Man braucht die Revolution dazu, dann bin ich voll dabei. Oder es geschieht irgend so was, daß was in Bewegung kommt, in Bewegung, dann – doch! Aber so? Nee! Immer diese Laberei um irgendwelche wirklich unwichtigen Dinge.« (501-II/52)

Ob die Interviewten jedoch ihre Interessenorientierung tatsächlich reaktivieren, ihre Resignation also überwinden, hängt nicht zuletzt von der Stärke ihrer Enttäuschung ab. Ein typisches Moment ihrer Krisenreaktion ist der Zynismus, in dem sie ihre Enttäuschung über die anderen Arbeiter zum Ausdruck bringen:

»Das ist – wie soll man das sagen? Wie ein Kindergarten kommt es mir vor, die noch unmündig sind, viele.« (202-II/54)

Es entspricht dem Selbstverständnis dieses Engagements, das aufklären will, jene, die sich den vorgebrachten Argumenten verschließen, als »unmündig« zu bezeichnen, oder als:

»Die El Blindos, sorry, das ist gemein.« (501-II/52)

Ihre Unmündigkeit ist selbstgewollt, selbstverschuldet:

»(Sie) haben ihre Video-Anlage, alles andere interessiert sie nicht. Da ist aus, und da ist Schluß: »Ich bin glücklich, so wie ich lebe, verstehste!« Sie sind glücklich, so wie sie leben. Sie sagen aber ganz konkret: »Ich will es nicht anders! Mir gefällt es so!« (501-II/52)

Daß also keine Solidarität zustande kommt, liegt an der

»Trägheit unserer Mitmenschen, die Bequemlichkeit mit dickem Arsch im Sessel zu sitzen und in die Röhre zu gucken«. (202-II/35)

Dieser Zynismus findet seine Zuspitzung in dem Wunsch der Interviewten, daß das eintreten möge, was sie durch ihr Engagement gerade verhindern wollten:

»Und ich wünsche mir, es kommt so schlimm, wie's nur, wie man sich das nur vorstellen kann. Vielleicht, vielleicht, aber nur vielleicht, nicht, könnten ein paar Leute aufwachen. Ich fürchte nur, daß die meisten Leute dann, deswegen wünsche ich mir also doch nicht so sehnlichst, wieder mal auf den völlig falschen Dampfer steigen. Will sagen: der Ruck nach rechts wird programmiert. Das ist das Problem.« (501-II/50)

Da die Interviewten andere Arbeiter nicht von der Notwendigkeit der Solidarität überzeugen können, bleibt ihnen als letzte Hoffnung – und die ist zynisch –, daß eine Krisenbetroffenheit, die möglichst »schlimm« ist, es kann: »Vielleicht könnten ein paar Leute aufwachen.« Sie klammern sich gleichsam an die Interpretation vom notwendigen Zusammenhang zwischen der Krisenbetroffenheit der Arbeiter und einer Zunahme ihrer Solidarität. Diese Interpretation jedoch hat sich angesichts der mit den unmündigen Kollegen gemachten Erfahrung als haltlos erwiesen. Eine wirtschaftliche Entwicklung, die zunehmend negative Auswirkungen auf die Arbeiter hätte, würde »die meisten Leute« dazu bringen, einen »Ruck nach rechts« zu machen. Es gibt also keinen Weg, auf dem sich die Solidarität herstellen ließe: Die Aufklärung durch gewerkschaftlich engagierte Arbeiter scheitert, und eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation bringt die Mehrheit der Arbeiter dem Faschismus näher.

»Ja, manchmal denkt man, wenn heute genauso ein Rattenfänger kommt, da kann ich garantieren, da schreien sie genauso hinterher, die breite Masse, und diejenigen, die die Wahrheit rausbrüllen wollen, die werden sie doch totschiagen. Die Welt ist nicht besser geworden bzw. unser Nachwuchs. Den größten Teil mein ich jetzt, nicht.« (202-II/55)

In ihrer Enttäuschung ziehen die Interviewten eine historische Parallele: Die Arbeiter, unmündig wie sie sich zeigen, werden als »breite Masse« gesehen, von der mit Sicherheit gesagt werden kann, daß sie zum »größten Teil« – wie 1933 – bereit ist, einem »Rattenfänger«, einem faschistischen Führer zu folgen. Die »breite Masse« würde dann ihre Aggressionen gegen diejenigen, die enttäuscht durch ihre Mißerfolge die »Wahrheit rausbrüllen«, nicht mehr in Spott und Beschimpfungen ausdrücken, sondern sie »totschlagen«. Die Interviewten sehen in der Mehrzahl der übrigen Arbeiter nicht mehr zur Solidarität fähige und bereite Individuen, sondern ihre zukünftigen faschistischen Mörder. An die Stelle der Hoffnung auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen ist eine pessimistische Weltsicht getreten: »Die Welt ist nicht besser geworden.«

3.1.2 »Vor allen Dingen müßte der Staat auch solche Gesetze machen«

In der Krise wird die Funktion des Staates als quasi außerhalb der Konkurrenz stehende Instanz, die stabilisierend in die Konkurrenz eingreifen soll, besonders deutlich. Daß der Staat korrigierend und erhaltend in die gesellschaftlichen Prozesse eingreifen soll, sagt nichts über seine wirkliche Eingriffskapazität aus; es läßt aber die ihm zugewiesene Funktion stärker hervortreten. Das zeigt sich in vielen betrieblichen Krisenfällen: Wenn es sich nicht gerade um ein Zweigunternehmen eines multinationalen Konzerns handelt, der eine hohe Flexibilität und Handlungsfähigkeit auch in der Krise besitzt, erscheint den Lohnarbeitern und ihrer Interessenvertretung das »eigene«, von der Krise bedrohte Unternehmen als handlungsunfähig und hilfebedürftig. Die Hilfe kann dann nur von außerhalb, und das heißt, sie kann nur vom Staat kommen. Deshalb ist zu beobachten, daß sich die Interessenvertretungen der Lohnarbeiter, also Gewerkschaft und Betriebsrat, bei betrieblichen Krisen in der Regel an staatliche Instanzen wenden, damit diese die drohende Stilllegung des Betriebs verhindern und die Arbeitsplätze retten.

Eines der vielen Beispiele war die Stilllegung des Betriebs A,

auf die schon unter 2.2 eingegangen wurde: Die Besetzung des Betriebs durch die Beschäftigten war keineswegs als eine Selbsthilfe-Maßnahme gedacht, die auf eine Übernahme der Produktionsmittel durch die Lohnarbeiter hätte zielen können. Der durch die Besetzung ausgewirkte Druck richtete sich vielmehr eindeutig auf die politischen Instanzen, also vor allem die Bremer Landesregierung. Das wird auch dadurch belegt, daß die Besetzung sofort beendet wurde, als der Betriebsrat und die Beschäftigten keine Möglichkeit mehr sahen, weiter Druck auf die SPD-Regierung auszuüben, weil die bei den Bürgerschaftswahlen erzielte absolute Mehrheit sie praktisch unangreifbar machte.

Es kommt hier nicht auf Einzelheiten dieses Ablaufs, sondern auf seine Struktur an, in der die Funktion des Staates im Verhältnis zur Gesellschaft und hier genauer zu den wirtschaftlichen Prozessen deutlich wird. Diese Funktion ist immer gegeben, sie wird in der Krise noch verstärkt.

Auch im gesellschaftlichen Bewußtsein der Individuen zeigt sich in der Krise eine Zunahme im weiten Sinne politischer Argumentationen und eine gesteigerte Erwartungshaltung gegenüber dem Staat.

Bei den Veränderungen der Deutungsmuster für Arbeitslosigkeit und Krise von der ersten zur zweiten Interviewwelle stellt die Hinwendung zum Deutungsmuster »Politik als Krisenursache« eine der beiden augenfälligen und auch quantitativ bemerkenswerten Veränderungen dar. Die »Wechsler« kommen vor allem aus dem Deutungsmuster »Ökonomische Strukturen«, aber auch aus den reduktionistischen Deutungsmustern »Direkte Reduktion« und »Sündenböcke«.

Die Logik der Veränderung ist in den letztgenannten Fällen relativ offensichtlich: Der weit über eine Verdoppelung hinausgehende Zuwachs der Arbeitslosenzahlen auf zweieinhalb Millionen hat die gesellschaftliche Bedeutung der Arbeitslosigkeit wesentlich verstärkt und erschwert die direkte Reduktion des Problems und auch die Zuweisung der Schuld an die Betroffenen selbst.

»An allen Kanten und Ecken, überall«

Für die direkte Reduktion der Krisenprobleme kennzeichnend ist der Zweifel an den offiziellen Arbeitslosenzahlen:

»Ich weiß es nicht. Ich kenn' nur, was ich vom Fernsehen, von den Nachrichten . . . Es soll ja eine Million sein.« (219-I/25)

Über eine eigene Erfahrung, auf die diese Interviewten sich gern berufen, kann man in bezug auf die Höhe der Arbeitslosenzahlen nicht verfügen. Deshalb kann sich der Interviewte nur auf die Informationen der Massenmedien beziehen, die er aber als erstes in Zweifel zieht, um dann zur Reduktion der Zahl zu schreiten:

»Zweitens: Was heißt eine Million Arbeitslose? Überlegen wir doch mal, wieviel ausländische Arbeitnehmer hier sind. Das sind doch mehr als eine Million.« (219-I/24)

Wenn man nur nachdenkt, kann man die Bedrohlichkeit der hohen Zahl herabsetzen und die Lösung des Problems wenigstens für sich selbst finden. Lange muß er nicht überlegen, denn die Gruppe der ausländischen Arbeitnehmer ist ja größer als die der Arbeitslosen. Es gibt natürlich noch mehr Gruppen, die abgezogen werden können:

»Von den Frauen sind . . . 75 Prozent jetzt, um nur eine Zahl zu nennen, Halbtagskräfte . . . Und auch von den Männern, da gibt es genug, die nicht arbeiten wollen.« (511/I/26)

Die hier sichtbar werdende Vermischung von Argumentationsfiguren, die idealtypisch zu unterschiedlichen sozialen Deutungsmustern gehören, zeigt ihren inneren Zusammenhang. Die Sündenbock-Argumentation gegenüber Arbeitslosen, »die nicht arbeiten wollen«, gestattet es, eine weitere Gruppe von der Arbeitslosenzahl abzuziehen. Die reduktionistischen Argumentationsfiguren stützen sich also gegenseitig.

In diesem Erstinterview wird auf die Frage, wer denn etwas gegen die Krise tun könne, zum Teil der Staat genannt. Zum Teil wird ihm auch die Fähigkeit dazu abgesprochen:

Frage: »Könnte denn der Staat da was machen?«

Antwort: »Nein, wir haben eine freie Wirtschaft, haben wir ja. Das glaube ich nicht. Denn wenn der Staat jetzt vorschreiben würde, soundso viel Arbeitsplätze - oder soundso viel müßt ihr einstellen, dann wäre das ja kein freies Land mehr, dann haben wir ja eine Diktatur.« (511-I/29)

Die Normen der herrschenden Staatsform lassen also einen solchen Eingriff nicht zu. Zwar kann man die Sorge um den Bestand des Staates konstatieren, denn »wenn jeder« die Leistungen der Arbeitslosenversicherung zu Unrecht in Anspruch nehmen würde, »würde jeder Staat kaputtgehen« (219-I/28).

In den Zweitinterviews hat sich die Argumentation eindeutig verändert. Nun wird eine ganze Palette von präzisen staatlichen Maßnahmen gefordert. Die Situation ist so bedrohlich geworden, daß eine veränderte staatliche Politik den Interviewten unumgänglich erscheint. So soll der Staat sparen, und zwar »an allen Kanten und Ecken, überall« (511-II/15). Auch die Arbeitslosenunterstützung kann eingeschränkt werden:

»Aber man könnte am Arbeitslosengeld, da könnte man auch mal ruhig ein bißchen . . .« (511-II/16)

Die Sparmaßnahmen sollen vor den Sozialleistungen nicht haltmachen und selbstverständlich auch die Entwicklungshilfe betreffen:

»Und man soll auch ruhig mal an die Sozialleistungen ran, die Sozialempfänger, da soll man auch ruhig mal ein bißchen abstreichen. Denn wir müssen ja auch sparen, dann müssen die auch mal ein bißchen Geld sparen. Vor allem die in Bonn auch mal ein bißchen kürzertreten. Und in der Entwicklungshilfe, da sollten die auch mal ein bißchen weniger.« (511-II/16)

Dieser Wechsel vom Deutungsmuster »Direkte Reduktion« zum Deutungsmuster »Politik als Krisenursache« hängt auch damit zusammen, daß die direkte Reduktion des Problems Arbeitslosigkeit bei einer so massiv gestiegenen Arbeitslosenzahl schwieriger ist. Das erklärt jedoch nicht, warum die einen trotz der enorm erhöhten Arbeitslosigkeit weiterhin zur direkten Reduktion des Problems in der Lage sind und die anderen eine davon verschiedene reduktionistische Vorgehensweise übernehmen. Dieser Wechsel wird in den hier zu betrachtenden Fällen dadurch begünstigt, daß zum einen die subjektive Relevanz des ersten Deutungsmusters nicht sehr hoch ist und daß zum anderen in den Erstinterviews zum Teil auch schon einzelne Argumente des in den Zweitinterviews entfalteten Argumentationszusammenhangs zu finden sind.

So wird in den Erstinterviews nicht nur Skepsis gegenüber

den offiziellen Arbeitslosenzahlen geäußert, es wird auch an dem eigenen Wissen über die Arbeitslosenzahlen gezweifelt: »Ich weiß es nicht.« Für den Interviewten ist die Arbeit »irgendwie falsch verteilt« (219-I/24). Auch in dem »irgendwie« drückt sich die Unsicherheit der Argumentation aus. Diese Unsicherheit wird dann jedoch durch die weiteren Argumente (»Ausländer«, »Arbeitsunwillige«) hinweggewischt.

Zugleich wird auf die Frage, wer gegen die Arbeitslosigkeit etwas tun könne, in diesen Interviews zum Teil der Staat genannt.

»Meiner Meinung nach muß die Regierung, also ob das jetzt SPD oder CDU ist, ist egal, die hat die Verantwortung, und es gibt ja schließlich einen Wirtschaftsminister und auch einen Arbeitsminister. Ich finde, daß die dafür sorgen müssen. Ich meine, die können auch nicht zaubern, aber das sind ja praktisch die Volksvertreter.« (219-I/26)

In den auf diese Aussage folgenden Interviewpassagen werden zwar staatliche Maßnahmen recht allgemein und abwägend diskutiert, es finden sich jedoch keine solchen präzisen Forderungen, wie es in dem Deutungsmuster »Politik als Krisenursache« üblich ist, und vor allem wird nicht der Staat als der Schuldige ausgemacht. Im Zweitinterview dagegen, nach dem erfolgten Deutungsmusterwechsel, wird eindeutig konstatiert:

»Und da ist natürlich der Staat auch ein bißchen schuld . . .« (219-II/24)

Es muß hervorgehoben werden, daß in der Sprache dieser Interviews »ein bißchen« in der Regel die gegenteilige Bedeutung hat, also »viel« meint.

In dem Interview 511 wird ein zusätzliches Motiv für die Veränderung deutlich, das die Verarbeitung der Krise im Alltag betrifft. Wird im Erstinterview das Sparen allgemein als staatliche Krisenmaßnahme befürwortet, so wird es doch zugleich für viele Bereiche entschieden abgelehnt und im übrigen im einzelnen diskutiert. Es findet auch keinerlei Schuldzuweisung an den Staat statt. Im Zweitinterview fällt dann nicht nur die eindeutige Schuldzuweisung auf (»Das haben die von Anfang an damals falsch gemacht«), sondern auch die Vehemenz, mit der nun der Staat zum Sparen »an allen Kanten und Ecken« aufgefordert wird. Der Schlüssel zum Verständnis liegt in der eigenen Betroffenheit: »Wir

müssen ja auch sparen.« (511-II/16) Danach wird im Dialog zwischen der Ehefrau und ihrem Mann dargelegt, an welchen »Kanten und Ecken« (Auto, Haushaltsgeld) sie nun sparen müssen:

»Frau A.: Na, wir nagen nicht am Hungertuch . . . , aber wir sparen doch irgendwie . . .« (511-II/16)

Da liegt natürlich die Schlußfolgerung nahe:

»dann müssen die auch mal ein bißchen Geld sparen. Vor allem die in Bonn . . .« (511-II/16)

Die ganze Komplexität des Deutungsmusterwechsels kann hier nicht entfaltet werden. Es muß allerdings betont werden, daß dieser Wechsel nur die Deutung von Arbeitslosigkeit und Krise betrifft und daß beide Deutungsmuster für das jeweilige Individuum die identische Funktion haben: Sie reduzieren die Bedeutung der Krisenphänomene, indem sie diese im einen Fall bagatellisieren und, wenn das subjektiv nicht mehr geht, im anderen Fall die Verantwortung für die Krise und das eigene Wohlergehen dem Staat zuweisen.

In der Formulierung der Forderung an den Staat, an »allen Kanten und Ecken«, »überall« zu sparen, wird eine Totalität des Anspruchs deutlich, die sowohl auf die Dringlichkeit des reduktionistischen Bedürfnisses nach dem Schließen der (Haushalts-)Lücken sowie auf seine totalitäre Perspektive hinweist. Die reduktionistische Grundstruktur des jeweiligen individuellen Deutungsmusters wird durch den Wechsel des Deutungsmusters für Arbeitslosigkeit und Krise nicht berührt.

»Arbeit ist immer da«

Eine ähnliche Analyse gilt für den Deutungsmusterwechsel von der Sündenbock-Argumentation »Die Arbeitslosen sind faul« zur Feststellung der »Politik als Krisenursache«. In den Erstinterviews machen diese Interviewten eindeutige Aussagen zu den Ursachen der Arbeitslosigkeit.

»Und dann haben wir ja die notorischen Arbeitslosen. Die nicht arbeiten wollen. Das weiß ja jeder, daß wir da auch genug von haben. Aber wenn man Arbeit haben will und wenn man Arbeit sucht, dann findet man Arbeit. Ich hab' es selber erfahren.« (508-I/30)

Das ist geradezu die idealtypische Argumentation des Deutungsmusters »Sündenböcke«, Variante »Die Arbeitslosen sind selbst schuld«, hier abgestützt durch positive Erfahrungen beim eigenen, freiwilligen Arbeitsplatzwechsel. Ein anderer Arbeiter argumentiert auf derselben Linie.

»Und dann gibt es natürlich auch wieder die, die also nicht arbeitswillig sind.« (414-I/29)

Er zieht auch sogleich die Konsequenzen und fordert, daß solche Notstandsarbeiten, wie er sie nach dem Krieg hat machen müssen, nun von den Arbeitslosen verrichtet werden. Dafür sollen »Wehrmachtsfahrzeuge organisiert« werden (33) und dann sollen Arbeitslose »gehen und graben, Notstandsarbeit machen, Park saubermachen« (32). Damit aber die Arbeitslosen »sämtliche Deicharbeiten« und ähnliches verrichten, »da müßte man ein bißchen durchgreifen« (31).

Durch die Schuldzuweisung an die Arbeitslosen, die für ihre Schuld auch bestraft werden sollen, wird das Problem für diese Interviewten ebenfalls reduziert, abgewehrt, so daß es letztlich als nicht existent angesehen werden kann. »Sicher, es werden Arbeitsplätze abgebaut.« Aber »Wirtschaftskrise gibt es doch gar nicht. Wir haben doch keine Wirtschaftskrise.« (414-I/33)

Der Grund ist einfach, daß »Arbeit immer da« ist: Diese Argumentation impliziert, daß nützliche Arbeit und Lohnarbeit nicht auseinandergehalten werden.

»Wirtschaftskrise ist überhaupt nicht, wir haben ja Arbeit. Arbeit ist immer da.« (508-I/33)

Zweieinhalb Jahre später wird zwar immer noch kategorisch behauptet, »eine Wirtschaftskrise ist es nicht« (508-II/44), aber jetzt folgt eine ganz andere Erklärung: »Da ist eine falsche Politik betrieben worden. Und zwar zehn Jahre lang.« (508-II/44)

Die Fehler der Politik werden in der Regelung des Ausländerzuzugs gesehen:

»Wenn wir nicht alle reinholen hier, die ganzen Türken und alles, dann hätten wir bedeutend weniger (Arbeitslose).«

Die Lösung liegt dementsprechend in einer anderen Ausländerpolitik.

»Die hätten das so machen müssen, wie es in der Schweiz heute noch praktiziert wird . . . Aufenthaltsgenehmigung geben für einen gewissen Zeitraum, sagen wir mal zwei Jahre.« (508-II/41)

In diesen Fällen ist es nicht die geringe subjektive Relevanz der ersten Deutung, die den Wechsel des Deutungsmusters begünstigt, sondern die Schwierigkeit, bei einer so massiv gestiegenen Arbeitslosenzahl den Betroffenen selbst die Schuld an der Arbeitslosigkeit zu geben. Schon in der ersten Argumentation wurde nicht umstandslos allen Arbeitslosen die Bereitschaft zu arbeiten abgesprochen, sondern zwischen denen differenziert, die »echt keine Arbeit kriegen« und den »notorischen Arbeitslosen«, weil die Zahl bereits damals zu hoch schien, um sie alle der letzten Gruppe zuzuschlagen. Auch wird in den Erstinterviews der Staat schon für die gewünschten Maßnahmen gegen die Krise eingesetzt (Arbeitsdienst), aber erst in den Zweitinterviews wird er auch als der Schuldige erkannt, der »zehn Jahre eine falsche Politik« betrieben hat. Der Staat muß in der Logik der Argumentation schuldig sein, denn mit der »falschen Politik« zeigt er seine Fähigkeit zum Eingriff in das wirtschaftliche Geschehen. Und nur wenn er diese Fähigkeit besitzt, kann er auch die Krisenprobleme lösen. Die Zuspitzung der Krise steigert die Erwartungen an den Staat; aus der bloßen Forderung nach Staatsintervention wird die zirkuläre Logik des Deutungsmusters »Politik als Krisenursache«.

In den Erst- wie den Zweitinterviews haben die Deutungen von Krise und Arbeitslosigkeit dieselbe Funktion: Mit ihrer Hilfe wird das Problem der Arbeitslosigkeit abgewehrt, es wird von dem eigenen Bereich ferngehalten und in äußere, fremde Bereiche verlagert: das erste Mal durch die Schuldzuweisung an die Betroffenen selbst, das zweite Mal durch die Erklärung der Zuständigkeit der staatlichen Politik.

Wie in der Darstellung des Deutungsmusters »Politik als Krisenursache« gezeigt, verbirgt sich in der Variante »Ausländerzuzug nach dem Vorbild der Schweiz« ein latenter Rassismus. Die Forderung nach einer rigorosen Ausländerpolitik zielt auf die Ausgrenzung einer Gruppe von Arbeitern, der ausländischen. In dem hier behandelten Deutungsmusterwechsel ist ausschließlich diese Variante anzutreffen. Letztlich ist also sowohl in der Deutungsmustervariante »Die Arbeitslosen sind faul« – vor dem Deutungsmusterwechsel –,

wie in der Deutungsmustervariante »Ausländerzuzug nach dem Vorbild der Schweiz« die Ausgrenzung von Arbeitergruppen das entscheidende Merkmal: Sie hat zwar einen anderen Inhalt (einmal Arbeitslose, das andere Mal Ausländer) und eine andere Form, aber der eigentliche und übereinstimmende Sinn der Argumentation ist die Bewältigung der von der Arbeitslosigkeit ausgehenden Bedrohung durch eine spezifische Bestimmung, Isolierung und Beseitigung der Ursache.

»Unser Staat läßt jeden Hans und Franz hier rein«

Eine gewichtige Veränderung stellt der Wechsel vom Deutungsmuster »Ökonomische Strukturen« zum Deutungsmuster »Politik als Krisenursache« dar, denn das erstgenannte Deutungsmuster enthält vielfach thematisierende Ansätze, während das zweite reduktionistische Strukturen zeigt.

In den Erstinterviews finden sich die typischen Argumente des Deutungsmusters »Ökonomische Strukturen«, die von der »japanischen Konkurrenz« über die Rationalisierung bis hin zur Überproduktion und der Kritik am Funktionieren der freien Wirtschaft reichen:

»Die Konkurrenz der Japaner zum Beispiel macht uns schwer zu schaffen. Wir haben ein anderes Niveau gehabt usw., und dadurch ging viel flöten . . . « (418-I/37)

»Dann kommt noch dazu die Rationalisierung. Man muß mit noch weniger Arbeitskräften auskommen, weil man der Konkurrenz die Stirn bieten muß . . . « (418-I/37)

» . . . daß also die Betriebe bis vor Jahren noch voll gefahren haben, haben also den Markt so voll gehauen, haben also nicht planmäßig gefahren, also überproduziert. Und da haben sie auch Leute für gebraucht. Und jetzt plötzlich kam der große Einbruch, da haben sie also reduziert.« (413-I/32)

»Ganz ehrlich gesagt - schuld dran ist die freie Marktwirtschaft, die wir haben, also mit diesem ganzen Arbeitslosenproblem. Nun geht es bloß darum, wirft der Betrieb noch genügend ab, kann ich an den Leuten noch genug verdienen? - Nein, dann weg damit.« (117-I/24)

Diese Argumentationen stehen beispielhaft für eine ganze Reihe von Aussagen in den jeweiligen Interviews, deren innerer Sinnzusammenhang durch das Deutungsmuster »Ökonomische Strukturen« gestiftet ist. Es finden sich in den Interviews jedoch auch einzelne Passagen, die eine gewisse Anfälligkeit gegenüber reduktionistischen Argumen-

tationsfiguren aufzeigen. So erklärt ein Vorarbeiter und nicht-freigestelltes Betriebsratsmitglied:

»Ich kann aus eigener Erfahrung vom letzten Jahr her sagen – ich habe eine ganze Menge Leute gehabt, und es waren also schon einige dabei, wo man erkennen konnte, daß die also keine Lust hatten. Die kamen also morgens mit einer Fahne schon an, haben dann gleich gesagt, wo sie kaputt sind, rechts ein steifer Arm und so. Aber – wie gesagt – das sind ja Minderheiten. Daraus kann man ja jetzt nicht schließen, daß alle nicht arbeiten wollen.« (413-I/32)

Solche Erfahrungen, die er als Vorgesetzter macht, veranlassen ihn zwar nicht zu Pauschalurteilen, aber er nimmt sie unhinterfragt hin und zeigt keinerlei Sensibilität gegenüber den menschlichen Problemen, mit denen er konfrontiert wird.

Eine ähnliche Differenzierung macht ein Werkzeugmacher:

»Also es gibt auch genug Arbeitslose, die gar nicht arbeiten wollen. Bloß ob das immer das Wahre ist, wenn man sagt, die sollen denen mal das Arbeitslosengeld sperren, das weiß ich auch nicht. Manche Leute sind da, die suchen eine Arbeit und kriegen nichts. Und andere können genug kriegen und wollen nicht.« (307-I/22)

Auch in den nachfolgenden Antworten zeigt sich das schon im Zitat deutlich werdende Einerseits-andererseits seiner Argumentation. Einerseits »kommt schon eine ganz schöne Masse« von Arbeitsunwilligen zusammen, andererseits soll man nicht das Arbeitslosengeld kürzen, weil »man nicht genau (weiß), wer nicht will und wer nicht kann« (307-I/22). Dieses Einerseits-andererseits gibt sich sehr abgeklärt und vernünftig, zeigt jedoch eine zugrundeliegende Unsicherheit und damit Offenheit für reduktionistische Veränderungen. Obwohl im Deutungsmuster »Ökonomische Strukturen« häufig staatliche Maßnahmen zur Behebung der Strukturprobleme, die zur Krise führen, gefordert werden, fällt an den Interviews dieser kleinen Gruppe der »Wechsler« auf, daß die Interviewten bis auf eine Ausnahme von sich aus keine staatlichen Maßnahmen zur Krisenbekämpfung fordern. Die Ausnahme stellen die Aussagen eines Arbeiters aus der Elektronikindustrie dar, der mehrfach die japanische Konkurrenz anspricht:

»Könnte man nicht irgendwie der Einfuhr eine Beschränkung auferlegen? Z.B. in unserer Branche der Japaner! Wenn der seine Billigprodukte bei uns nicht absetzen könnte, dann würden unsere Firmen größeren Absatz

haben, dann müßten unsere Firmen ja noch Leute einstellen, um den Markt zu sättigen . . .

Aber man hat den Eindruck, daß unser Staat, unsere Regierung jeden Hans und Franz hier reinkommen läßt und hier wurschteln läßt. Natürlich muß auf dem europäischen Markt ein Austausch stattfinden und müssen Grenzen fallen.« (418-I/41)

Hier taucht bereits – wenn auch nur als ein Nebenmotiv der Argumentation – die Argumentationsfigur auf, die im Zweitinterview die Aussagen zur Krise und Arbeitslosigkeit bestimmen wird. Ferner ist festzuhalten, daß auch in den anderen Interviews, die keine staatlichen Maßnahmen fordern, Kritik am Staatshandeln geübt wird:

»Ich würde sagen, der Staat sollte schon bißchen vorsichtiger mit unserem Geld umgehen. Das ist ja nicht sein Geld. Das ist ja das Geld, was wir einbringen. Denn die Leute, die arbeiten, die zahlen dafür. Es gibt schon Möglichkeiten, daß man das Geld nicht so zum Fenster rauschleudert. Es muß nicht jeder Minister oder jeder Senator paarmal im Jahr durch die Gegend reisen. Es sollte schon wirklich auf das Geld bißchen mehr geachtet werden.« (413-I/36)

Diese Argumentationsfiguren sind Nebenmotive in den jeweiligen individuellen Deutungsmustern und gehören nicht in den Argumentationszusammenhang des sozialen Deutungsmusters »Ökonomische Strukturen«. Diese Nebenmotive haben sich zweieinhalb Jahre später zu einem eigenständigen Deutungszusammenhang ausgebildet und die Argumentationsfiguren des ersten Deutungsmusters in den Rang von Nebenmotiven verwiesen. Von dem exemplarischen Ausspruch »Das liegt an der ganzen Politik« (117-II/57) bis zur breiten Diskussion der Möglichkeiten einer »vorsichtigen« Kürzung der Sozialleistungen und der Kontrolle ihrer Vergabe (413-II/20ff.) reicht eine Palette von Argumentationsfiguren, die in dem Abschnitt über das Deutungsmuster »Politik als Krisenursache« bereits dargestellt und zitiert wurden, so daß hier darauf verzichtet werden kann.

Zusammenfassung

Reduktionistische Argumentationsfiguren wie die Rede von den Arbeitsunwilligen tauchen in den Erstinterviews wie in den Zweitinterviews auf. Die entscheidende Veränderung ist die Ausbildung der Argumentationsfiguren, die das Staats Handeln zum Inhalt hatten, zum Deutungsmuster. Dieser Deutungsmusterwechsel ist vor dem Hintergrund der zunehmenden Krisenbetroffenheit der Betriebe zu sehen, aus denen die erwähnten Interviewten kommen. Im Deutungsmusterwechsel drückt sich die Suche nach einer Instanz aus, die das Krisengeschehen in den Griff bekommen soll, das die wirtschaftlichen Kräfte nicht mehr in einem wie auch immer gearteten Selbstheilungsprozeß meistern können. Die bereits in den Erstinterviews vorhandene Kritik an der staatlichen Politik muß sich nun zur Schuldzuweisung an den Staat erweitern, weil mit dieser Feststellung zugleich die staatliche Fähigkeit und Kompetenz zum Eingreifen als Teil des Sinnzusammenhangs begründet wird. Die Krise verweist die Lohnarbeiter auf den Staat als die Instanz, die in die Konkurrenz regelnd und stabilisierend eingreift. »Vor allen Dingen müßte der Staat auch solche Gesetze machen . . .« (117-II/59) Zugleich werden die Steuerlast und die Sozialabgaben höher und provozieren die Kritik der Arbeiter:

»Und wenn *die* jetzt hier wieder mit der Steuer, was *sie* da wieder vorhaben, Heizölsteuer und Benzinsteuern und was sie da alles wieder hochmachen wollen . . . Genauso mit den Sparmaßnahmen hier, also das trifft doch wirklich nur den kleinen Mann.« (117-II/16-17)

Dieses Zugleich an Kritik der staatlichen Politik und höheren Erwartungen an sie, die beide durch die Krise und das Krisenmanagement des Staates hervorgerufen werden, ist Ausdruck einer zirkulären Logik und begründet den spezifischen Argumentationszusammenhang des neuen Deutungsmusters, das die Krisenursache in Staatseingriffen sieht und seine Lösung ebendort sucht. Die Genese des Deutungsmusters – aus der Veränderung der Argumentation mit »ökonomischen Strukturen« – konstituiert also zugleich seine Struktur.

3.1.3 »Ich darf ja den Betrieb nicht überlasten«

Die Verschärfung der Krise, insbesondere in der Werft- und Elektroindustrie, vergrößert die Angst der Lohnarbeiter um ihre Arbeitsplätze. Wie berechtigt diese Angst ist, zeigt sich unter anderem an der Schließung eines der Untersuchungsbetriebe und den Massenentlassungen in den anderen Betrieben.

Die zunehmende Angst führt bei einigen Interviewten zu Veränderungen in den individuellen Deutungsmustern. So wechseln einige Interviewte, die in dem Erstinterview Argumentationen des Deutungsmusters »Ökonomische Strukturen« äußerten, im Zweitinterview zum Deutungsmuster der »Unterwerfung«. Dieser Wechsel des Deutungsmusters ist, obwohl er nur wenige Interviewte betrifft, insofern eine wichtige Krisenreaktion, da die Interessenorientierung sich verengt auf das Interesse am Erhalt des Arbeitsplatzes unter Preisgabe der Interessen an höherem Lohn und an der Erhaltung der Arbeitskraft.

»Aber das ist ein Kreislauf«

Im Zentrum des individuellen Deutungsmusters dieser Interviewten stehen im Erstinterview Argumentationen des sozialen Deutungsmusters »Ökonomische Strukturen«. Typisch für deren Argumentation ist die Verwendung des »Kreislaufmodells«.

»Um Gewinne zu machen, muß ich erstmal Aufträge haben. Und Aufträge bekomme ich nur, wenn der Schiffsreeder auch Aufträge erteilt. Der erteilt solange keine Aufträge, solange er schlecht fährt, oder keine Schiffe braucht. Aber das ist ein Kreislauf. Da müßte man vielleicht ganz woanders anfangen, um Geld reinzustecken, wenn der Staat das vielleicht versuchen würde. Was nützt das denn, wenn der Staat jetzt soundso viel tausend Tonnen Schiffe baut und die dann, wie jetzt zum Beispiel die großen Tanker, in der Geltinger Bucht vergammeln. Ja, sicher, den Arbeitern ist damit gedient, die haben Arbeit, aber im Endeffekt werden da nur sinnlos Steuergelder verjubelt, die man vielleicht woanders besser hätte brauchen können.«
(110-I/30)

Die Entwicklung der Tonnagemenge im Welthandel bestimmt das Handeln der Reeder und letzteres wiederum die Auftragslage der Werften. Reeder ordern nur neue Schiffe,

wenn sie welche brauchen, und die Werften benötigen die Neubaufträge der Reeder, um ihrerseits »Gewinne zu machen«. Der Interviewte sieht den eigenen Werftbetrieb in diesen »Kreislauf« eingebunden. Staatliche Eingriffe in diesen »Kreislauf« in Form von Subventionen hält er nicht für opportun, führen sie doch dazu, daß Steuergelder sinnlos »verjubelt« werden. Selbst wenn durch die Subventionierung der Werften »den Arbeitern . . . gedient« ist, weil sie dadurch Arbeit haben, ist das für ihn kein Grund für eine staatliche Werftenhilfe, da ein Abwägen von Kosten und Nutzen gegen ein Werfthilfeprogramm spricht.

Dieser Interviewte argumentiert mit einem von den Lebensbedingungen der Arbeiter abstrahierenden ökonomischen Allgemeininteresse, das die Lohnarbeiter nur noch als Kostenfaktor berücksichtigt.

In einer solchen am ökonomischen Allgemeininteresse orientierten strukturellen Argumentation ist damit die Möglichkeit des Übergangs zum Deutungsmuster »Unterwerfung« angelegt.

Ein anderer Interviewter, ein Mechaniker aus dem Betrieb C, argumentiert im Erstinterview mit der Überproduktion im Bereich der Elektroindustrie.

»Was jetzt hergestellt wird, die Geräte und so, das muß ja eines Tages mal zurückgehen. Zum Beispiel Taschenrechner – fast jeder Arbeiter hat einen. Und so ist das auch mit Fernsehern, Radios und so weiter. Wo soll das denn noch hin? Ich kann doch jetzt nicht sagen, jeden Monat werden zehntausend Schreibmaschinen gebaut und die zehntausend müssen verkauft werden.« (318-I/19)

Die Überproduktion wird längerfristig gesehen und so mit der Krise in Verbindung gebracht, »das muß ja eines Tages mal zurückgehen«. Unter diesen Umständen ist auf keinen Fall auf Lohnerhöhungen zu verzichten, würden doch gerade Lohnsenkungen den Krisenkreislauf verschärfen.

»Es kommt ja auch anders ausgedrückt zurück, wenn die sagen, keine Lohnerhöhung und die Preissteigerungen, die wird es automatisch um ein oder zwei Prozent immer wieder geben. Die Rohstoffe sind teurer geworden, das muß ja dann auf die Preise draufgeschlagen werden. Anders geht es ja gar nicht. Und wenn sie jetzt kein Geld mehr kriegen würden, dann würde ja unsere Kaufkraft weniger werden, wir können uns nicht mehr so viel kaufen, die Fabriken und die Firmen könnten das nicht mehr herstellen, weil wir das ja nicht mehr kaufen . . . Wenn wir nichts kaufen, werden die ja arbeitslos.« (318-I/21)

Eine Lohnsenkung wird konsequent abgelehnt, würde diese doch die Arbeitslosigkeit, die schon durch die Rationalisierung in der Produktion entsteht, steigen lassen.

»Das kommt jetzt auch durch die Technologie in den Betrieben. Heute braucht ja die elektrische Maschine weniger Leute, wie vorher eine mechanische Schreibmaschine. Das fängt im Einkauf, in der Stanzerei, in der Druckerei, in der Verwaltung – das fängt überall an. Damals bei den Schreibmaschinen brauchten sie vier bis fünf Leute für eine Maschine. Heute kommen sie mit ein bis zwei Leuten aus.« (318-I/17)

Die Produktivkraftentwicklung wird als Ursache für den Abbau von Arbeitsplätzen angesehen. Eine Lohnsenkung würde diese Vernichtung von Arbeitsplätzen durch sinkende Kaufkraft und damit einhergehende Überproduktion zusätzlich beschleunigen.

»Die Zahl ist nicht realistisch«

In den Erstinterviews dieser Interviewten finden sich aber nicht nur solche strukturellen Argumentationen zu Krise und Arbeitslosigkeit, obgleich sie insgesamt dominieren. Typisch für diese individuellen Deutungsmuster ist, daß sich über die strukturelle Deutung hinaus reduktionistische Erklärungen der Arbeitslosigkeit finden.

Die Suche nach Sündenböcken, die direkte Reduktion der Krisenphänomene und erste Ansätze der Unterwerfung werden als Argumentationsfiguren eines individuellen Deutungsmusters sichtbar.

»Ich würde erstmal sagen, von der eine Million hat ein Drittel fast überhaupt keine Lust zum Arbeiten. Auch wenn man hier mal langgeht, da stehen immer dieselben am Arbeitsamt – schon zehn und 20 Jahre. Meine Frau kennt die auch, die hat da mal ausgeholfen.« (318-I/15)

Die Arbeitslosigkeit wird dadurch reduziert, daß den Arbeitslosen selbst die Schuld für Arbeitslosigkeit angelastet wird. Die Behauptung, daß dies schon seit »20 Jahren« zu beobachten sei, nimmt dem rapiden Anstieg der Arbeitslosigkeit zum Ende der siebziger Jahre ihren Effekt, nimmt ihr das Bedrohliche für die eigene Lohnarbeiterexistenz.

Dasselbe Ziel verfolgt die Argumentation des schon zitierten Schlossers.

»Ich bin der Meinung, daß die Zahl, die jetzt zur Zeit genannt wird, nicht realistisch ist. Ich sehe das an meiner Mutter selber. Da sind viele Hausfrauen dabei, die wollen ja gar nichts arbeiten, die sagen sich, ein Jahr kann ich ruhig arbeitslos bleiben. Es gibt genug davon und die werden ja alle zu dieser Zahl dazugezählt. Oder viel Rentner, die jetzt ein Jahr arbeitslos sind und dann Rentner werden. Wenn das alles abgerechnet wird, dann würde die Zahl ganz anders aussehen.« (110-I/15)

Der Wunsch, die Arbeitslosigkeit so zu reduzieren, daß man selbst sich nicht mehr bedroht fühlen muß, wird in beiden Zitaten deutlich und erklärt sich aus der schon zur Zeit des ersten Interviews feststellbaren Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren.

»Zur Zeit ist es auf der Werft ja so, daß jeder Angst hat um seinen Arbeitsplatz.« (110-I/26)

Diese Angst und das damit verbundene Gefühl eigener und auch kollektiver, gewerkschaftlicher Ohnmacht bilden auf der Ebene des individuellen Deutungsmusters die Grundlage der Übernahme des Deutungsmusters »Unterwerfung«.

»Wenn man das manchmal von andern sieht oder hört, die können ja auch nicht mehr, wie der Arbeitgeber bereit ist. Also wir können ja keine Wunder von der Gewerkschaft erwarten. Sie muß sich ja der allgemeinen Lage anpassen.« (318-I/11)

Die an die betriebliche Interessenvertretung herangetragenen Erwartungen bezüglich des Erhalts des Arbeitsplatzes, des Schutzes vor Abgruppierung etc. erweisen sich als nicht durchsetzbar.

Aus dieser Beobachtung wird die Schlußfolgerung gezogen, daß die Macht und die Herrschaft von den Arbeitgebern ausgeht und für die »anderen«, die Lohnarbeiter, die betriebliche Interessenvertretung und die Gewerkschaften nur die Anpassung bleibt. Die Unterwerfung wird somit zum Sachzwang.

»Ich darf ja nicht den Betrieb überlasten«

In den Erstinterviews wurde trotz dominanter struktureller Argumentation eine Neigung deutlich, die Arbeitslosigkeit in ihrer Bedeutung zu reduzieren. Schon hier zeigten sich Angst und Ohnmacht angesichts von Arbeitslosigkeit und Krise, die sich in den Zweitinterviews infolge der Verschärfung der Krise vergrößerten.

»Ich war mal arbeitslos. Ich weiß, wie das ist. Kurz bevor ich bei A anfing, war ich vier Wochen arbeitslos. Also ich möchte nicht mehr arbeitslos sein. Wie schon gesagt, denn würd' ich, glaube ich, alles machen. Ja, da kommt man sich echt vor wie ein Mensch zweiter Klasse . . . Aber ich, nee, ich mach' das nicht noch mal mit.« (110-II/21-22)

Die Arbeitslosigkeit läßt sich für diesen Interviewten nicht mehr direkt reduzieren, wie er es im Erstinterview durch »Herunterrechnen« der arbeitslosen Frauen und arbeitslosen älteren Kollegen tat. Sie hat für ihn ein Ausmaß angenommen, das durch die Werftkrise verstärkt wurde und sich daher als Bedrohung für die eigene Person nicht mehr leugnen läßt. Sie reaktiviert die ältere Erfahrung von Arbeitslosigkeit, die Selbstwertzweifel und die Identitätsdiffusion. Die Angst vor neuerlicher eigener Arbeitslosigkeit ist bestimmt durch den dann drohenden Verlust der sozialen Identität – er fürchtet, »Mensch zweiter Klasse« zu werden. Diese Angst dominiert die Handlungsperspektive im sozialen Deutungsmusters der »Unterwerfung«. Die Interessenorientierung, die sich nur noch auf den Erhalt des eigenen Arbeitsplatzes bezieht, steht im Zentrum der Krisenreaktion.

Wurde noch im Erstinterview eine Lohnsenkung mit der Begründung abgelehnt, daß die sich daraus entwickelnde Unterkonsumtion den Krisenkreislauf verschärfen würde, so wird von demselben Interviewten im zweiten Interview ausdrücklich ein Lohnstopp gefordert.

Frage: »Die neue Tarifrunde läuft seit einiger Zeit. Was sollte man denn Ihrer Meinung nach fordern?«

Antwort: »Meine ehrliche Meinung wär', für dies Jahr mal ganz sagen stopp damit.«

Frage: »Überhaupt nichts?«

Antwort: »Ja, und dafür sich einsetzen, daß wir mehr Leute einstellen.« (318-II/12)

Das Interesse am Erhalt des Arbeitsplatzes ist zum einzigen Interesse geworden, das durchgesetzt werden soll. Will man seinen Arbeitsplatz sichern, so muß man die Kosten des Unternehmens so gering wie möglich halten.

»Ich darf ja nicht den Betrieb überlasten.« (318-II/17)

Die Interviewten betrachten in der Sicht des Unternehmens die Arbeitsplätze nur als Kostenfaktor.

Das Interesse an höherem Lohn wird in der Hoffnung, den eigenen Arbeitsplatz zu sichern, dem Kosten-/Nutzenkalkül

betrieblicher Wirtschaftsführung geopfert. Damit bleibt kein Raum für differenziertere ökonomische Betrachtungsweisen, wie sie sich im Erstinterview fanden.

Das »Drückeberger«-Argument, das sich im Erstinterview gegen die Arbeitslosen richtete, wird jetzt den eigenen Arbeitskollegen vorgehalten. Sie sind es, die es »ausnutzen« (110-II/33), daß eine ärztliche Bescheinigung erst am dritten Tag der Abwesenheit vom Arbeitsplatz beigebracht werden muß. Dem soll die Gewerkschaft einen Riegel vorschieben und die betreffenden Arbeiter disziplinieren.

Die Arbeitskollegen sind es auch, die in ihren Vorstellungen über die Möglichkeiten individueller Reproduktion weit über das Vertretbare hinausgehen.

»Wenn heute der kleine Arbeiter keinen Mercedes hat, dann geht ihm das nicht mehr wohl.« (318-II/24)

Die Lohnhöhe hat sich nur an dem Minimum der Reproduktionsnotwendigkeiten der Arbeitskraft und nicht an dem »Luxusleben« der »fetten Jahre« (110-II/17) zu orientieren. Ein Verzicht auf Lohnerhöhung und soziale Leistung erscheint diesen Interviewten deshalb auch möglich und sinnvoll. Wenn das den anderen Lohnarbeitern nicht einsichtig ist, müssen sie autoritär zur Einsicht gezwungen werden.

»Da müßten die was gegen tun.« (110-II/33)

Die subjektive Krisenreaktion des Deutungsmusterwechsels: »Ökonomische Strukturen« – »Unterwerfung«, wird durch die Verschärfung der Krise und den Anstieg der Arbeitslosigkeit hervorgerufen. Verunsicherung der Lebensperspektiven und Antizipation der Gefährdung des eigenen Arbeitsplatzes führen zu einem Verhalten, das sich als Unterwerfung unter die Kapitalinteressen kennzeichnen läßt.

Diese Arbeiter suchen durch verstärkte Unterordnung, Hinnahme direkter Lohnkürzungen und durch Verzicht auf Heilbehandlung im Krankheitsfall ihren Arbeitsplatz »sicherer« zu machen.

3.1.4 »Ich meine, wir haben uns damit abgefunden«

Einer der zwei quantitativ bedeutsamen Deutungsmusterwechsel von der ersten zur zweiten Interviewwelle ist der Wechsel vom Deutungsmuster »Sündenböcke« zum Deutungsmuster »Fatalismus«: Statt personalisierender Schuldzuschreibung und Forderung nach Bestrafung der Sündenböcke in den Erstinterviews herrscht in diesen Zweitinterviews eine fatalistische Sicht von Krise und Arbeitslosigkeit vor. Dieser Wechsel in der Deutung von Krise und Arbeitslosigkeit soll im folgenden näher beschrieben werden.

Von den Interviewten, bei denen sich diese Veränderung feststellen läßt, wurden im Erstinterview bei der Frage nach den Ursachen von Arbeitslosigkeit Faulheit und mangelnde Arbeitsbereitschaft der Arbeitslosen an erster Stelle genannt – manchmal auch verknüpft mit dem Versuch des Herunterrechnens:

»Denn ich bin mit meiner Frau häufig und oft genug zum Arbeitsamt gelaufen, wie sie arbeitslos war, und habe da feststellen müssen, daß 60 bis 65 Prozent derjenigen, die auf dem Arbeitsamt da rumlungern und rumlaufen, Arbeitsunwillige sind. Und von den restlichen 40 Prozent, wer da keine Arbeit findet, der bemüht sich auch nicht darum. Denn ich habe die Feststellung gemacht, wer arbeiten will, der kann arbeiten.« (229-I/31)

Hier fällt auf, mit welcher Bestimmtheit der Interviewte Arbeitslosigkeit als letztlich nicht existent erklärt. Der Vorwurf an die Arbeitslosen, sie seien faul und würden sich nicht genügend um Arbeit bemühen, wird mit scheinbar objektiven Prozentzahlen untermauert und als nicht mehr bezweifelbare Tatsache behauptet – »ich habe feststellen müssen«. Wenn 60 Prozent arbeitsunwillig sind und 40 Prozent sich nicht genügend um Arbeit bemühen, dann hat sich das Problem der Arbeitslosigkeit erübrigt: Mit Hilfe der Schuldzuschreibung an die Arbeitslosen wird die Realität von damals einer Million Arbeitslosen so weit reduziert, daß sie sich in nichts auflöst. Am Ende der Argumentation steht dann die Gewißheit, »wer arbeiten will, der kann arbeiten«. Ein anderer Werftarbeiter sieht das ähnlich:

»Ja, es gibt echt Leute, die tatsächlich, aber ich würde sagen, es gibt noch genug Arbeit. Leute, die arbeiten wollen, können es auch. Ich meine auch, wenn man Arbeit kriegt, in dem Moment, wenn man zum Arbeitsamt geht und die Arbeit paßt einem nicht, man kann sie jetzt annehmen, man kann

sich ja was anderes suchen. Aber ich glaube, die größte Prozentzahl, die wollen auch gar nicht.« (103-I/21)

Auch dieser Interviewte geht davon aus, daß es für diejenigen, die arbeiten wollen, »noch genug Arbeit« gibt. Die Arbeitslosigkeit existiert nur, weil viele Arbeitslose zu anspruchsvoll und nicht bereit sind, zur Überbrückung auch mal schlechtere Arbeit anzunehmen. Mit Hilfe dieser Schuldzuschreibung reduziert sich das Problem der Arbeitslosigkeit auf letztlich unbedeutende Schwankungen zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, die leicht auszugleichen sind. Wenn es dennoch eine Million Arbeitslose gibt, dann liegt dies an den Arbeitslosen selbst: Sie wollen gar nicht wirklich arbeiten, sie sind faul und zu anspruchsvoll.

Diese Kritik an den Arbeitslosen ist charakteristisch für die Argumentation des Deutungsmusters »Sündenböcke«. Allerdings gibt es bei dieser Gruppe von Interviewten auch Abweichungen von der typischen Struktur dieses Deutungsmusters. Die aggressive Wendung gegen die Arbeitslosen ist sehr viel geringer als bei den entsprechenden Interviews der zweiten Untersuchungswelle, teilweise fehlt sie ganz. Nur ein kleiner Teil der Interviewten fordert zum Zeitpunkt der Erstinterviews auch entsprechende Maßnahmen gegen Arbeitslose, wie die Einführung einer Sperrfrist oder eine Kürzung des Arbeitslosengeldes, um die Arbeitslosen zur Arbeit zu zwingen. Die anderen Interviewten bezeichnen zwar die Arbeitslosen als arbeitsunwillig, fordern aber keine Zwangsmaßnahmen gegen sie; ihren Äußerungen fehlt der aggressive Charakter, der ansonsten das Deutungsmuster »Sündenböcke« bestimmt.

Auch Feindseligkeit und Ressentiment gegen Ausländer, die das Deutungsmuster »Sündenböcke« in hohem Maße kennzeichnen, sind bei diesen Interviewten so gut wie nicht zu finden; Ausländer werden weder für Krise und Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht, noch werden entsprechende Maßnahmen gegen sie gefordert. Wenn die Interviewten über ausländische Arbeitnehmer sprechen, dann oft mit Verständnis für deren Situation:

»Vor allem, da bin ich ganz ehrlich, die Arbeiten, die manchmal ein Ausländer macht, die möchte ich nicht machen. Da wäre ich schon lange von der Welt. Zum Beispiel die Reiniger, die müssen doch überall den Dreck weg-

nehmen und dann verdienen sie weniger wie wir. Also da steh' ich voll dafür ein, daß die für diese Arbeit mehr verdienen müssen . . . Aber das sind Ausländer, und mit denen kann man das ja machen.« (215-I/13)

Der Sündenbockmechanismus stellt bei diesem Interviewten nicht eine generelle Struktur dar, ist also nicht in den subjektiven Verarbeitungsstrukturen verankert, sondern beschränkt sich im wesentlichen auf das Stereotyp von den faulen Arbeitslosen.

Von den meisten Interviewten dieser Gruppe, vor allem aber von den Werftarbeitern, wird auf die unsichere wirtschaftliche Situation des eigenen Betriebes hingewiesen:

»Im Moment ganz schlecht. Im Moment sieht es ganz schlecht aus. Man hört ja – aber Konkretes erfährt man ja auch nicht.« (103-I/22)

Auch die zukünftige Entwicklung des eigenen Betriebes wird eher skeptisch beurteilt:

»Ob sie nun dichtmachen oder von X übernommen werden – ich weiß nicht. Deutschland baut ja nicht alleine nur Schiffe . . . Deshalb wird für uns ja die Auftragslage schlechter, wenn unsere eigenen Reedereien nicht mit Aufträgen kommen.« (215-I/18)

»Wir haben jetzt zwei Neubaufträge, aber das muß jetzt erst mal wieder anlaufen und denn weiß man immer noch nicht . . . Da kann ich für die nächste Zukunft auch noch nichts sagen.« (124-I/20)

Die Situation der beiden Werften wird zwar nicht dramatisiert, aber Skepsis und eine gewisse Unsicherheit, ob und wie es auf der Werft weitergeht, sind bei diesen Interviewten nicht zu überhören. Auch in den Äußerungen eines Maschinenarbeiters aus der Elektroindustrie wird zumindest die latente Unsicherheit über die weitere Entwicklung des Betriebes deutlich:

»Ja, hoffen wir's, daß das so weitergeht.« (321-I/14)

Angesichts dieser Unsicherheit ist die Überzeugung, daß es »noch genug Arbeit« gäbe, von größter Wichtigkeit für diese Interviewten. Wenn jeder, der arbeiten will, auch Arbeit finden kann (selbst wenn sie nicht ganz seinen Erwartungen entspricht), dann ist die Angst vor Arbeitslosigkeit unbegründet; wenn es Arbeitslose gibt, dann haben sie sich ihre Arbeitslosigkeit selbst zuzuschreiben, denn dann sind sie arbeitsunwillig oder zumindest zu anspruchsvoll. Die Schuldzuweisung an die Arbeitslosen reduziert das Ausmaß der Arbeitslosigkeit und damit ihre Bedrohlichkeit für die

Interviewten. In den Zweitinterviews rückt diese personalisierende Schuldzuschreibung deutlich in den Hintergrund. Nur bei einem kleinen Teil der Interviewten findet sich in den Zweitinterviews noch das Stereotyp von den faulen Arbeitslosen; es wird von diesen Interviewten jedoch eher beiläufig erwähnt und hat nicht mehr den zentralen Stellenwert für die Erklärung von Arbeitslosigkeit wie in den Erstinterviews. Auch werden von keinem dieser Interviewten Maßnahmen gegen die Arbeitslosen gefordert. Bei einem anderen Teil der Interviewten findet sich das Stereotyp von den faulen Arbeitslosen überhaupt nicht mehr – von einem Interviewten wird es sogar nachdrücklich zurückgewiesen:

»Was soll ich dazu sagen? Ja, es ist jedenfalls Blödsinn, daß man sagt, die meisten sind zu faul, die wollen gar nicht – also das ist Blödsinn! Gibt sehr viele Leute, die würden lieber zur Arbeit gehen, als hier irgendwie rumgammeln oder so.« (103-II/20)

Derselbe Interviewte, der noch im Erstinterview darauf insistiert hatte, daß es noch genug Arbeit gäbe und der größere Teil der Arbeitslosen eben nicht arbeiten wolle oder nicht bereit sei, eine weniger qualifizierte Arbeit anzunehmen, dieser Interviewte weist nun im Zweitinterview die Vorstellung von den faulen Arbeitslosen als »Blödsinn« zurück. Anstatt die Arbeitslosen für die Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen, werden Überproduktion und Marktsättigung, Rationalisierung und technologische Veränderungen sowie die allgemeine Wirtschaftslage als Ursachen für die Arbeitslosigkeit genannt.

»In erster Linie würde ich ja sagen, daß das an der Wirtschaftslage liegt . . . Es werden heute ja auch nicht mehr so viele Schiffe gebaut.« (124-II/21)
»Ja, durch Rationalisierung und das, Elektronik, geburtenstarke Jahrgänge.« (321-II/17)

Der Interviewte 229, der im Erstinterview die Arbeitslosenzahlen letztlich auf Null heruntergerechnet hatte, indem er 60 Prozent als arbeitsunwillig bezeichnet hat und von den restlichen 40 Prozent der Meinung war, sie hätten sich nicht genügend um Arbeit bemüht, sagt nun im Zweitinterview zu den Ursachen der Arbeitslosigkeit:

»Ja, das ist nach meiner Meinung folgendermaßen: Es werden immer weniger Betriebe, sei, daß es weniger Arbeit für diese Betriebe gibt, weil das Ausland zu stark damit, zum Beispiel in der Bekleidungsindustrie oder in der Fernsehindustrie, da wird im Ausland billiger gebaut.« (229-II/27)

Verändert hat sich jedoch nicht nur die Deutung der Arbeitslosigkeit, sondern auch die Wahrnehmung der Krise. Während in den Erstinterviews diese Interviewten mehrheitlich der Meinung waren, daß trotz der Arbeitslosigkeit nicht von einer Krise gesprochen werden könne oder allenfalls für bestimmte Teilbereiche, so betonen dieselben Interviewten zum Zeitpunkt der Zweitinterviews nachdrücklich, daß die gegenwärtige ökonomische Situation als Krise begriffen werden müsse.

»Wer da nicht von Krise spricht, der läuft mit Scheuklappen durch die Gegend.« (514-II/27)

Derselbe Interviewte hatte im Erstinterview erklärt:

»Ja, da (in anderen Ländern) kriselt es etwas . . . Aber hier bei uns (in der Bundesrepublik) sehe ich keine Krise, das muß ich ganz ehrlich sagen. Das war mal 'ne Krise, ja, und Krisen sind dafür da, um gemeistert zu werden.« (514-I/36)

Einige Interviewte sind sogar der Meinung, daß angesichts der anhaltenden Arbeitslosigkeit und der Verschlechterung der ökonomischen Situation insgesamt schon gar nicht mehr von einer Krise gesprochen werden kann:

»Die Krise haben wir ja schon etliche Jahre. Also da kann man schon gar nicht mehr Krise zu sagen. Das ist ja schon 'n Dauerzustand.« (229-II/27)

Derselbe Interviewte war im Erstinterview der Meinung, daß, solange die Betriebe noch Gewinne machen, von einer Krise nicht gesprochen werden könne.

»Wirtschaftskrise? Solange die Betriebe noch Gewinne machen, kann ich nicht von einer, kann ich keine Krise sehen.« (229-I/32)

In dieser veränderten Krisendefinition zeigt sich sehr deutlich die Veränderung der Krisenwahrnehmung vom Erst- zum Zweitinterview. Während dieser Werftarbeiter im Erstinterview der Meinung war, daß von Krise noch nicht gesprochen werden könne, weil die Betriebe noch Gewinne machten, hält er nun – knapp zweieinhalb Jahre später – den Begriff der Krise für nicht einmal mehr ausreichend zu ihrer Beschreibung.

Der Begriff der Krise impliziert nun für den Interviewten, daß die Situation eine vorübergehende ist; er ist jedoch – wie auch andere Interviewte – der Meinung, daß angesichts der anhaltenden Arbeitslosigkeit von einem »Dauerzustand«

gesprachen werden muß. Die Veränderung der Krisendefinition macht deutlich, wie stark in der Wahrnehmung dieses Interviewten die Krise sich verschärft hat. Dies gilt, mit individuellen Nuancen, für alle Interviewten, bei denen sich der Wechsel des Deutungsmusters von der Sündenbocksuche zum Fatalismus feststellen läßt.

Diese veränderte Krisenwahrnehmung erklärt auch den Wechsel in der Deutung von Arbeitslosigkeit. Da zum Zeitpunkt der Erstinterviews von den Interviewten (noch) keine Krise gesehen wird oder nur in Teilbereichen wie im Schiffbau, ist es ihnen auch möglich, Arbeitslosigkeit auf die Faulheit der Arbeitslosen zu reduzieren, Arbeitslosigkeit nicht als strukturelles Problem zu begreifen. Umgekehrt trägt die Schuldzuweisung an die Arbeitslosen auch dazu bei, Krisenphänomene für die Interviewten zu entdramatisieren: Wenn jeder, der arbeiten will, auch Arbeit finden kann, dann kann von Krise nicht gesprochen werden.

Schuldzuweisung an die Arbeitslosen und eine gewisse Bagatellisierung der Krise verstärken sich so gegenseitig; beide ermöglichen es den Interviewten, die Krisenphänomene, wenn schon nicht zu leugnen, so doch in ihrer Bedrohlichkeit erheblich zu reduzieren. Trotz der als unsicher beurteilten Situation des eigenen Betriebes gehen die Interviewten zum Zeitpunkt der Erstinterviews davon aus, daß die ökonomischen Rahmenbedingungen insgesamt noch weitgehend stabil sind.

In den Zweitinterviews hat in der Wahrnehmung der Interviewten die Krise so weit zugenommen, daß eine Reduktion des Problems der Arbeitslosigkeit im Sinne des Stereotyps von den faulen Arbeitslosen nicht mehr möglich ist. An die Stelle des Deutungsmusters »Sündenböcke« tritt eine fatalistische Sicht von Krise und Arbeitslosigkeit.

Zu dieser Sicht gehört es, daß Krise und Arbeitslosigkeit ihre Eigendynamik haben und letztlich nicht zu beeinflussen sind. Weder der Staat noch die Unternehmer noch die Gewerkschaften können nach Meinung der Interviewten an Krise und Arbeitslosigkeit etwas ändern; ebensowenig sind sie für diese Entwicklung verantwortlich zu machen. So betont ein Werftarbeiter mit Nachdruck:

»Ja, das wird ja immer behauptet. Die Regierung hat die Schuld, aber ich kann mir auch nicht vorstellen, wenn wir da 'ne andere Regierung krie-

gen . . . , daß die das anders machen können, nicht. Denn wenn auf dem Arbeitsmarkt nicht genügend Arbeit da ist, dann kann die Regierung da jetzt auch nichts machen.« (124-II/22)

Das gleiche gilt für die Gewerkschaft: Auch sie kann an der gegenwärtigen Situation nichts ändern.

»Ja, die Sache ist jetzt, heute ja derartig verfahren, heute kann sie ja gar nichts mehr machen . . . Das ist denen doch total aus den Händen geglitten.« (229-II/20)

Wenn keiner diesen krisenhaften Prozeß beeinflussen kann, wenn keiner etwas daran ändern kann, dann bleibt den Interviewten nichts übrig, als die Dinge eben so hinzunehmen wie sie sind.

»Da können wir doch gar nichts gegen machen.« (229-II/28)

»Wo soll man die Arbeit jetzt herkriegeln, wenn keine Arbeit da ist?« (124-II/23)

In dieser fatalistischen Sicht von Krise und Arbeitslosigkeit werden die Krisenphänomene zwar realistisch wahrgenommen, gleichzeitig aber als unabänderlich und nicht beeinflussbar gesehen.

Momente einer solch fatalistischen Haltung finden sich bereits in den Erstinterviews. Häufig wird von den Interviewten betont, daß man die ökonomische Entwicklung abwarten müsse, daß man zur Situation des eigenen Betriebes im Moment nichts Genaues sagen könne, daß es keinen Sinn habe, längerfristig zu planen und sich den Kopf über die Zukunft zu zerbrechen.

»Ich plane nicht weit. Was soll man vielleicht drei oder vier Jahre vorausrechnen und auf einmal ist es aus.« (215-I/25)

Der bereits zitierte Werftarbeiter, der zum Zeitpunkt des Erstinterviews den Begriff der Wirtschaftskrise für nicht angemessen gehalten hatte, da die Unternehmer noch Gewinne machten, beurteilt jedoch bereits im Erstinterview die zukünftige Entwicklung sehr skeptisch:

»Man muß die Entwicklung abwarten. Man muß sehen, was bleibt. Und viel bleibt da sowieso nicht. Denn wir müssen doch davon ausgehen, daß die Weltwirtschaftslage immer schlechter wird. Der Markt ist gesättigt . . . die Weltwirtschaftslage ist ja überall in die Knie gegangen. Schön, es geht was kaputt, ja, aber ich weiß nicht, da können doch die Gewerkschaften nichts dran ändern.« (229-I/28)

Angesichts dieser düsteren Zukunftsaussichten bleibt der Gewerkschaft und mit ihr den Arbeitern nichts anderes übrig, als diese Entwicklung »abzuwarten«; sie haben keinerlei Handlungsmöglichkeiten und sind gezwungen, dieser Entwicklung tatenlos zuzusehen. »Da können doch die Gewerkschaften nichts dran ändern.«

Solche Momente von Fatalismus sind in den Erstinterviews verschieden stark ausgeprägt; sie sind um so stärker, je weniger es den Interviewten gelingt, die Krisenphänomene in ihrer Bedrohlichkeit zu reduzieren. In den Zweitinterviews hat in der Wahrnehmung der Interviewten die Krise erheblich zugenommen, Arbeitslosigkeit wird als strukturelles Problem gesehen und der Fatalismus wird zum dominierenden Deutungsmuster von Krise und Arbeitslosigkeit.

Drei Momente bestimmen die innere Logik dieses Deutungsmusterwechsels. Die subjektive Relevanz des Sündenbock-Deutungsmusters ist für die Interviewten dieser Gruppe eher gering; zwar bestimmt dieses Deutungsmuster die Wahrnehmung von Arbeitslosigkeit in den Erstinterviews, aber die Suche nach Sündenböcken stellt keine durchgehende Verarbeitungsstruktur dieser Interviewten dar.

Entscheidend ist die Veränderung der Krisenwahrnehmung von den Erst- zu den Zweitinterviews. Wenn auch mit individuellen Nuancen, so hat sich doch die Krise für alle Interviewten deutlich verschärft. Aufgrund dieser veränderten Krisenwahrnehmung und entsprechend der eher geringen subjektiven Relevanz des Sündenbock-Deutungsmusters wird dieses Deutungsmuster in den Zweitinterviews aufgegeben oder hat nur noch eine untergeordnete Bedeutung.

Statt dessen verstärken sich die fatalistischen Momente, die sich bereits in den Erstinterviews gefunden haben und werden zum dominierenden Deutungsmuster von Krise und Arbeitslosigkeit, während das bisher im Vordergrund stehende Deutungsmuster zu einem Nebenmotiv wird.

Der Deutungsmusterwechsel läßt sich also begreifen als eine Dominanzverschiebung, bei der, bedingt durch eine veränderte Krisenwahrnehmung, das bisher vorherrschende Deutungsmuster in den Hintergrund tritt, während das andere, bisher eher latent vorhandene, dominierend wird und in den Vordergrund tritt. Wurden in den Erstinterviews die Bedrohung durch Arbeitslosigkeit durch Schuldzuweisung an die

Arbeitslosen reduziert und zugleich das Ausmaß der Krise bagatellisiert, so ist dies in den Zweitinterviews nicht mehr möglich. Da Arbeitslosigkeit nicht mehr personalisiert wird, sondern als strukturelles Problem begriffen wird, ist die Versicherung, »wer arbeiten will, der findet auch Arbeit«, für diese Interviewten obsolet geworden. Übrig bleibt eine fatalistische Hinnahme der Krisenrealität und der Versuch, sich darüber »keine zu großen Gedanken« zu machen. Letztlich ist die Haltung dieser Arbeiter von Resignation bestimmt.

»Ich meine, wir haben uns damit abgefunden. Was können wir, was sollen wir noch viel verlieren? (215-II/6)

»Heute sind wir doch schon viel zu phlegmatisch. Kommen Sie doch mal rein in die großen Betriebe, fragen Sie doch mal die älteren Arbeitnehmer so wie mich . . . Die älteren sagen, ach, interessiert mich doch gar nicht und damit ist der Fall erledigt . . . Früher, da haben wir auch, wie wir noch jünger waren, sind wir auch losmarschiert. Na ja, nun, hat uns nichts eingebracht, im Gegenteil, nun lassen wir's nach. Nun versuchen's die jungen.« (229-II/20)

Sich »abzufinden« mit der (Krisen-)Realität, »phlegmatisch« die Dinge so hinzunehmen, wie sie sind, nicht mehr »loszumarschieren« und sich einzumischen, bedeutet für diese Interviewten auch, sich gegen mögliche Frustrationen und Enttäuschungen zu schützen. Wer sich mit allem abgefunden hat, der kann auch nichts mehr verlieren.

3.1.5 »Mit Krieg und Neuaufbau – es gibt nichts anderes«

Innerhalb der Gruppe der Interviewten, deren dominierendes soziales Deutungsmuster das des »Fatalismus« ist, wird in den Zweitinterviews im Vergleich zu den Erstinterviews der Krieg als Krisenlösung verstärkt akzeptiert. Krieg erscheint diesen Interviewten als ein unabänderliches und notwendiges Übel, mit dem die Krise im allgemeinen und das Problem der Arbeitslosigkeit im besonderen zu lösen wäre. Das wesentliche Strukturmerkmal des sozialen Deutungsmusters »Fatalismus« besteht darin – das sei nochmals in Erinnerung gerufen –, die Krisenerscheinungen wie Arbeitslosigkeit als unabänderlich und immer wiederkehrend zu erklären.

»Arbeitslose wird's immer geben. Mal weniger, mal mehr.« (339-I/44)

Es ist eine durchgängige Argumentationsfigur des Deutungsmusters »Fatalismus«, daß weder der Staat, die Gewerkschaft noch die Unternehmer entsprechende Eingriffsmöglichkeiten in den wirtschaftlichen Prozeß besitzen, um den Verlauf der Krise entscheidend abzumildern oder gar zu beenden. Politisches Handeln, sei es von staatlicher oder gewerkschaftlicher Seite, ist dem Deutungsmuster »Fatalismus« zufolge von vornherein zum Scheitern verurteilt. Diese Einschätzung gesellschaftlicher Realität, die sich sowohl in den Erst- als auch in den Zweitinterviews findet, hat die Argumentationsfigur von einem »gesättigten Markt« zur Grundlage.

»Das (Krise und Arbeitslosigkeit) kann man nicht in den Griff kriegen. Solange wie ein Absatz da ist, hat man dies im Griff, und wenn kein Absatz da ist, dann kann man das auch nicht mehr im Griff haben.« (402-I/25)

Ökonomische Krisen werden hier als eigengesetzlich verlaufender Prozeß gedeutet, in den niemand eingreifen könne. Krise und Arbeitslosigkeit sind als gesellschaftliches Problem zwar nicht mehr von der Hand zu weisen, aber nicht in den Griff zu bekommen. Ökonomische Krisen seien letztlich Absatzkrisen, weil durch die restlose Befriedigung der Bedürfnisse sich keine weitere Nachfrage nach den bereits produzierten Waren artikulieren könne. Gesellschaftliche Entwicklung ist im Deutungsmuster »Fatalismus« zwar Fortschritt in der Befriedigung der Bedürfnisse, aber zugleich auch notwendig fortschreitend in Richtung Krise. Die Ursache für den Krisenverlauf sind den Interviewten zufolge im gesellschaftlichen Fortschritt zu suchen.

»Ja, jetzt kann man nichts mehr tun. Aber man hätte in der gesamten Welt oder auf unserer gesamten Erde den technischen Fortschritt nicht so schnell laufen lassen dürfen.« (402-I/22)

Der technische Fortschritt ist letztlich die Ursache für einen krisenhaften Verlauf der Weltgeschichte. Eingriffe in diesen Prozeß können diesen nur verlangsamen, aber nicht aufheben. Die Lösung der auf der Überproduktion beruhenden ökonomischen Krise ist dann nur dadurch möglich, daß der bereits produzierte gesellschaftliche Reichtum zerstört wird.

»Das ist unsere Grenze im Augenblick, daß wir einfach keinen Markt mehr haben, wo wir alles, was wir produzieren, wirklich an den Mann bringen können. Müßte vielleicht auch mehr kaputtgehen.« (525-II/37)

Aber auch wenn mal etwas durch technischen Verschleiß kaputtgeht, wobei vor allem an Konsumgüter wie Autos, Haushaltsgeräte etc. gedacht ist, reicht das keinesfalls aus, um die Grundlage für eine umfassende gesellschaftliche Nachfrage zu schaffen. Da sich der technische Fortschritt nicht nur auf die nationale Ökonomie beschränkt, sondern sich auf »unserer gesamten Erde« durchzusetzen vermochte und somit der Weltmarkt generell gesättigt ist und da darüber hinaus aufgrund des technischen Fortschritts der normale technische Verschleiß von Konsumgütern beträchtlich verringert wurde, ist der einzige Ausweg aus der Krise, daß viel »mehr kaputtgeht«. Letzten Endes ist dies nur durch Krieg möglich - eine Vorstellung, die schon in den Erstinterviews zu finden ist.

»Das einzige, was eventuell mit einem wirtschaftlichen Aufschwung zu tun haben könnte, das wäre ein ganz großer Knall. Schade, aber ich sehe es so. Wenn die irgendwo einen Krieg anzetteln, dann ist sofort ein Aufschwung da. Leider ist es so.« (402-I/27)

Während in den Zweitinterviews der Krieg, in den man quasi »hineinschlittert« (402-II/30), als notwendig akzeptiert wird, ist in den Erstinterviews noch die Ahnung vorhanden, daß Kriege gemacht werden. Diese werden »angezettelt« und auch, so die Hoffnung der Interviewten, nicht in Europa, sondern »irgendwo«. Die Kriege, die »irgendwo« geführt werden und die Wirtschaft eines anderen Staates zerstören, würden der deutschen Wirtschaft die Möglichkeit eröffnen, ihre Waren dorthin zu exportieren und somit neue Absatzmärkte eröffnen.

In einem weiteren Sinne wird in den Erstinterviews Krieg nicht als unabänderliches Schicksal betrachtet, sondern das politische Handeln der Weltmächte in Rechnung gestellt.

»Ich glaube, wenn ein Krieg ausbrechen sollte, was wir nicht hoffen, was ich nicht hoffe, glaube ich, können wir sowieso nichts dagegen machen. Zum Beispiel der Amerikaner, gut, der muß rüsten, weil auch der Russe rüstet. Die müssen sich schon ein bißchen gleichstehen. Aber ich glaube, wenn der eine drückt, dann drückt der andere auch. Und dann drücken sie alle. Und ich glaube, zu so einem Krieg würde es auch nicht kommen. Jedenfalls nicht, daß sie dann zu der Waffe greifen. Denn dann ist alles weg.« (339-II/47)

Nicht nur das Handeln der beiden Großmächte, auch die Vorstellung, daß bei einem stattfindenden Krieg »alles weg«

ist, wird mitbedacht. Krieg in Europa wird nicht unter der Perspektive wirtschaftlichen Neuaufbaus bejaht, sondern befürchtet. Daß es zu einem Krieg kommen könnte, wird zwar nicht ausgeschlossen; Krieg wird aber nicht als das Mittel zur Krisenlösung umstandslos befürwortet, weil dann *alles* zerstört werden würde.

In den Zweitinterviews verändert sich die Argumentation der Interviewten dahingehend, daß in verstärktem Maße Krieg als das notwendige Mittel der Krisenlösung akzeptiert wird. Legitimiert wird diese Argumentationsfigur durch den Rückgriff auf die bisherige Geschichte der Menschheit.

Die Paradoxie an solchen Argumentationen ist, daß sie sich auf die Geschichte berufen und doch ungeschichtlich sind, d. h. die Notwendigkeit des Krieges wird damit begründet, daß es schon immer Kriege gegeben hat, die von niemandem und erst recht nicht vom »kleinen Mann« verhindert werden konnten.

»Aber der kleine Mann kann da ja sowieso nichts gegen machen, wie er den ersten nicht konnte, beim zweiten konnte er nichts dagegen tun und die ganzen Kriege davor. Wenn Sie die ganze Geschichte zurückverfolgen, seitdem die Erde besteht, gab's schon immer Mord und Totschlag, und es gab immer Kriege, weil der eine mehr haben wollte als der andere.« (339-II/38)

Freilich ist festzuhalten, daß sich die Interviewten keinen Krieg wünschen oder gar ausdrücklich befürworten. Aber der Krieg ist ihren Vorstellungen nach eine Naturgewalt, die, ähnlich einem plötzlichen Wetterumschwung, über die Menschen hereinbricht und die in der ganzen bisherigen Geschichte nicht verhindert werden konnte und auch in der Zukunft nicht zu verhindern sein wird.

»Ja, es kann die Möglichkeit kommen, daß ein Krieg kommt. Ja, kann auch die Möglichkeit sein, daß es morgen schneit.« (339-II/33)

Wie schon in den Erstinterviews leiten diese Interviewten auch in den Zweitinterviews die Unausweichlichkeit von Krisen aus der Tatsache der Überproduktion her. In den Zweitinterviews allerdings wird nicht nur auf der Unausweichlichkeit von Krisen bestanden, hinzu kommt die Vorstellung von der Notwendigkeit eines Krieges. Dieser ist das letzte, einzige und konsequenteste Mittel, die negativen Krisenerscheinungen aufzuheben und sowohl Ende als auch Anfang einer gesellschaftlichen Produktionsphase. Der nach den bis-

herigen Kriegen immer erfolgte wirtschaftliche Neuaufbau könnte dann auch nach dem nächsten Krieg den Menschen genügend Arbeit verschaffen.

»Aber, ich mein', wenn es einen Krieg gibt, ist wieder alles, kann man sagen, in Schutt und Asche, alles müssen wir wieder aufbauen. Aber es wäre genug Arbeit da, wir würden 'n paar Menschen weniger, es kann also wieder produziert werden und wir fangen wieder ganz von vorne an. Ich mein', das passiert nicht jetzt, nicht morgen, aber wer weiß, ich mein', ich möcht's nicht hoffen, daß ich mal 'n Krieg miterleben müßte, aber ich glaub' schon, daß es eines Tages knallt.« (339-II/31)

Aus dieser Interviewpassage wird eine doppelte Reduktion deutlich. Nicht nur die Unausweichlichkeit eines Krieges wird konstatiert, sondern auch, daß es einen nicht selbst trifft. Das »wir«, das die Interviewte mehrfach im Munde führt, deutet darauf hin, daß sie der festen Überzeugung ist, den nächsten Krieg zu überleben. Doppelt ist diese Reduktion der Interviewten also darin, daß ihrer Vorstellung nach die Menschheit nicht von Kriegen verschont bleiben wird; aber sie als Mensch den Krieg unbeschadet überstehen würde. Dann gäbe es ein paar Menschen weniger, zu denen sie sich hinzurechnet, und die von vorne anfangen könnten. Krieg ist quasi die wirksamste Medizin, um die gesellschaftliche Krankheit Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

»Bis jetzt hat sich jede Wirtschaft, also das ist meine Erfahrung, hier jedenfalls, jede Wirtschaft in jedem Land, entweder durch Wiederaufbau, ja durch Wiederaufbau oder durch Krieg gesundgehalten. Oder gesundgestoßen.«

»Mit Krieg und Neuaufbau. So leid mir das tut, aber, es gibt nichts anderes, es gibt da nichts.« (402-II/7/35)

Dem Interviewten tut es zwar leid, daß seiner Erfahrung nach eine Gesundung der Wirtschaft nur durch Krieg zustande kommt, er sieht aber keine andere Lösung der Krisenprobleme.

Seine Erfahrung, auf die sich der Interviewte beruft, ist die des Zweiten Weltkrieges, die der bis in die Mitte der siebziger Jahre dauernden wirtschaftlichen Prosperität und die der sich dann stetig verschärfenden Krise. Die individuelle Erfahrung von Zerstörung und Neuaufbau verfestigt sich bei ihm zum universalen Geschichtsgesetz von Prosperität – Krieg – Neuaufbau.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Interview-

ten, die Krieg als Krisenlösung begreifen, von einem eigengesetzlichen wirtschaftlichen Prozeß ausgehen, in den niemand entscheidend eingreifen könne. Die Argumentationsfigur der Überproduktion ist die Grundlage dieser Deutung. Es liegt in der Logik des Deutungsmusters, die durch Überproduktion entstandene Krise lasse sich nur durch Krieg lösen, weil erst durch die Zerstörung von Produktionsmitteln und Gebrauchsgütern die Bedingungen für einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung gegeben sind.

In den Erstinterviews wird die Krisenlösung Krieg zwar als notwendige Konsequenz angesehen, aber keineswegs befürwortet. Die Auswirkungen eines Krieges – daß dann »alles weg ist« – werden durchaus wahrgenommen. Die Interviewten bekennen auch in den Zweitinterviews ihre Angst vor einem möglichen Krieg, zum Teil beruhigen sie sich aber sogleich mit der festen Überzeugung, daß sie zu denen gehören, die einen Krieg überleben würden. Krieg wird in den Zweitinterviews nicht nur als notwendiger Abschluß des Krisenverlaufs begriffen, sondern als *das* Mittel der Krisenlösung akzeptiert und letzten Endes befürwortet.

Die Vorstellung vom Krieg als Krisenlösung hat für diese Interviewten die Funktion, ihre Argumentation konsistent zu halten. Da wirtschaftliche Prosperität vorangegangene Zerstörung von Produktionsmitteln und Konsumgütern zur Voraussetzung hat, liegt es in der Logik des Deutungsmusters, das wirksamste Mittel der Zerstörung als Krisenlösung anzugeben. Weil aber eine solche in sich geschlossene zirkuläre Argumentation identitätsstiftende Funktion besitzt, bleibt ihr der darin liegende Zynismus verborgen.

3.1.6 Krise und Existenzangst

Viele der Interviewten, die im Rahmen des Deutungsmusters »Kapital und Arbeit« argumentieren und in der Gewerkschaft eine aktive Interessenpolitik vertreten, treffen in der Krise auf eine ablehnende Haltung ihrer Arbeitskollegen. Gesellschaftskritische Orientierungen werden zurückgewiesen und Arbeiter, die derartige Vorstellungen artikulieren, als »linke Spinner« abgestempelt. Dies führt im Umkehrschluß dazu, daß letztere ihre Arbeitskollegen für

durch die »BILD-Zeitung« manipulierte »Blödmänner« halten. Auf der Basis dieser wechselseitigen Rollenzuschreibungen ist konsequenterweise keine Kommunikation, geschweige denn ein gemeinsames Handeln möglich.

Der gesellschaftsverändernde Impuls des Deutungsmusters »Kapital und Arbeit« scheitert damit in seiner alltagspraktischen Umsetzung. Das Deutungsmuster verändert sich in sich selbst nun so, daß dieses Scheitern schlüssig interpretiert werden kann, ohne das Deutungsmuster als ganzes zu ändern: Die »herrschenden« Verhältnisse sind nun so übermächtig, daß sie durch die Manipulation der Arbeiter jede wirksame Gegenmacht im Keime ersticken können. Damit wird aber auch für jeden einzelnen eine Gegenwehr in der Krise sinnlos. Durch resignativen Rückzug wird das Deutungsmuster zu einem bloßen Gesellschaftsbild, die Momente einer aktiven Handlungsorientierung treten zurück. Das Deutungsmuster »Kapital und Arbeit« mag so einen recht abgeklärten Charakter erhalten, es verliert aber auch viel von seiner thematischen Relevanz, denn es ist in seiner Resignation nun relativ abgeschlossen und nicht mehr so offen für neue Erfahrungen.

Diese Veränderung ist beispielhaft auch für die anderen Veränderungen in den Deutungsmustern und Interessenorientierungen, die sich im empirischen Material dokumentieren. Veränderungen des Bewußtseins ergeben sich nicht daraus, daß eine veränderte Realität eine vorhandene »Deutungskapazität« übersteigt und das Bewußtsein nun hierauf reagiert. Bewußtsein ist selbst Moment der gesellschaftlichen Realität und verändert sich, wenn es im alltäglichen Handeln praktisch scheitert. Die Resignation im Deutungsmuster »Kapital und Arbeit« ist hierfür ein Beispiel.

Eine Enttäuschung angesichts fehlender Handlungsmöglichkeiten liegt auch dem Wechsel in der Interessenorientierung von der »Loyalität« zur »Delegation« hin zugrunde, der im Abschnitt 3.3 behandelt wird. Hier ist es die den Gewerkschaften unterstellte Unmöglichkeit, die Interessen ihrer Mitglieder in der Krise wirksam zu vertreten, die zu einer Veränderung führt. Zwar ist die Definition des zu lösenden Problems eine andere als im Deutungsmuster »Kapital und Arbeit«, aber die fehlenden Handlungsmöglichkeiten und damit das Scheitern der Orientierung in der alltäglichen

Lebenspraxis sind auch hier die Grundlage der Veränderung. Durch diese Krisenreaktion verstärkt sich natürlich eine Tendenz, in der die Gewerkschaften zu mitgliederfernen Organisationen werden. Dadurch geht ihnen gerade in der Krise die Basis für eine erfolgreiche Interessenvertretung verloren, so daß das Verhältnis von Mitgliederbasis und organisatorischem Apparat in einen sich verstärkenden Zirkel wechselseitiger Entfremdung gerät.

Bei der Veränderung im Deutungsmuster »Kapital und Arbeit« ist die Resignation sehr unmittelbar an die persönlichen Handlungsmöglichkeiten des einzelnen Interviewten gebunden, auch wenn sie sich nachdrücklich auf einen kollektiven Zusammenhang beziehen. Beim Wechsel von der Interessenorientierung »Loyalität« zur Interessenorientierung »Delegation« verliert die Interessenorientierung an Handlungsrelevanz. Die Handlungsorientierung ist in der Interessenorientierung der Delegation weniger auf eigene Aktivitäten als auf das Handeln der Gewerkschaft als Organisation gerichtet. Die Veränderung ergibt sich hier daraus, daß man sowohl in eigenen Aktivitäten in der Gewerkschaft als auch in einer Interessenvertretungspolitik des gewerkschaftlichen Apparats keine effektiven Handlungsmöglichkeiten erkennen kann. Die Orientierung ist in ihren Inhalten zwar auf die kollektive Durchsetzung von Lohnarbeiterinteressen gerichtet, man sieht in der derzeitigen Situation aber keine Realisierungsmöglichkeiten. Die Interessendurchsetzung wird aber nicht einfach auf bessere Zeiten vertagt. Vielmehr nimmt die Identifikation mit der Gewerkschaft ab. In einigen Fällen wird die Interessenorientierung sogar individualistisch.

In den Deutungsmusterveränderungen hin zum Deutungsmuster »Politik als Krisenursache« wird eine Erweiterung von Handlungsspielräumen nachdrücklich gefordert. Allerdings gibt es für die Interviewten, die diesen Wechsel vollziehen, in der Krise nur noch eine Instanz, die handlungsfähig ist, und zwar der Staat, während für die Lohnabhängigen, in welcher organisatorischer Form auch immer, keinerlei Handlungsmöglichkeiten mehr gesehen werden. Aufgrund seiner ordnungspolitischen und finanziellen Möglichkeiten wird vom Staat noch am ehesten ein effektives Handeln in der Krise erwartet. Da er durch sein bisheriges Handeln die

Krise selbst herbeigeführt hat, soll er gemäß dem Verursacherprinzip nun auch zusehen, wie man aus dieser Situation wieder herauskommt. Die vom Staat geforderten Maßnahmen sind im Prinzip beliebig; sie laufen aber alle darauf hinaus, seine Handlungsmöglichkeiten zu erweitern, da er nun endlich diese oder jene Maßnahme ergreifen soll.

Ein derartiges Vertrauen in die Möglichkeiten staatlicher Maßnahmen ist bei den Deutungsmusterwechseln hin zum Deutungsmuster »Unterwerfung« nicht festzustellen. Nicht durch staatliche Politik und schon gar nicht durch gewerkschaftliche Interessenvertretung scheint hier eine Abwehr der Krisenbetroffenheit möglich. Da in der Sicht der Interviewten Handlungschancen derart eingeschränkt sind, bleibt als Konsequenz für ihr eigenes Verhalten nur noch die Unterwerfung unter die Interessen des Kapitals. Sie hoffen, dadurch zumindest ihren Arbeitsplatz behalten zu können. Die Einschätzung von Handlungschancen ist auch die Grundlage der Veränderungen im Deutungsmuster »Fatalismus«. Hier werden nun allerdings jegliche Möglichkeiten bestritten, gegen die Krisenbetroffenheit etwas unternehmen zu können.

Da der Lauf der Welt als völlig unbeeinflussbar gilt, wird als letzter Ausweg aus der Krise nur ein neuer Krieg gesehen, selbst wenn man ihn nachdrücklich ablehnt. Aber in der Sicht dieser Interviewten gibt es keinerlei Möglichkeit, eine derartige Entwicklung aufzuhalten. Das ist der deutlichste Ausdruck einer reduktionistischen Krisenreaktion, die sich aufgrund verringerter Handlungsmöglichkeiten in der Krise immer weiter von aktivem Handeln in gesellschaftlichen Prozessen entfernt und dadurch in einem Zirkel die eigenen Handlungsmöglichkeiten immer weiter einschränkt. Auch die Veränderungen in den Arbeitsmarktstrategien der Interviewten geben einen Einblick darin, wie weitgehend in der Krise die Einschränkung der Handlungsmöglichkeiten von den Lohnabhängigen erfahren wird.

Nicht die mögliche Krisenbetroffenheit selbst, sondern das Gefühl, nichts dagegen unternehmen zu können, angesichts der Bedrohung ohnmächtig zu sein, stellt offensichtlich die Grundlage der reduktionistischen Tendenz der Krisenreaktion dar. Dieses Gefühl der Ohnmacht stellt die persönliche und soziale Identität in Frage. Erst die subjektive Bedeutung

der objektiven Bedrohung durch die Krise macht daher klar, warum die überwiegende Krisenreaktion in Rückzug, Abkapselung und Verhärtung gegenüber gesellschaftlichen Problemen besteht.

Die gegenwärtige ökonomische Krise mit ihrer strukturellen Arbeitslosigkeit stellt für die Lohnabhängigen eine außerordentliche Bedrohung dar – nicht nur in materieller Hinsicht als Gefährdung ihrer Reproduktion, sondern gerade auch als Bedrohung ihrer Identität als produktiv Arbeitende. Die Leugnung möglicher eigener Arbeitslosigkeit wie auch die Projektion der Ursachen von Arbeitslosigkeit auf die Arbeitslosen selbst können keineswegs als Indizien für das subjektive Nichtbetroffensein von der Krise gewertet werden. Vielmehr ist der Umgang mit der Bedrohung durch die Krise, wie er in der reduktionistischen Krisenreaktion zum Ausdruck kommt, Hinweis auf eine tiefgehende Verunsicherung. Diese Verunsicherung ist nicht nur als aktuelle und vorübergehende zu begreifen; sie verweist zugleich auf die ökonomische Unsicherheit der Lohnarbeiterexistenz, aus der für die Lohnarbeiter eine grundlegende Existenzangst folgt, die in Krisenzeiten aktualisiert und verschärft wird und die ihre subjektive Verarbeitung der Realität bestimmt.

Entscheidend ist also, wie die Existenzangst verarbeitet wird. Wird sie verdrängt, wie es bei der Mehrzahl der Interviewten geschieht, so hat dies Konsequenzen für die Form der Krisenwahrnehmung, denn die Existenzangst ist damit als solche nicht mehr erfahrbar, aber als verdrängte gleichwohl weiter wirksam. Jetzt geht es nicht darum, eine mögliche Krisenbetroffenheit abzuwehren und selbst aktiv zu werden, sondern die Angst vor der möglichen Betroffenheit in Verdrängung zu halten. Dies kann dadurch geschehen, daß man alle Handlungsmöglichkeiten an den Staat delegiert oder aber jegliche Handlungsmöglichkeit strikt bestreitet; dadurch, daß man die mögliche Betroffenheit bagatellisiert oder aber sein Heil nur noch in Unterwerfung sieht; und dadurch, daß man für gesellschaftliche Probleme Sündenböcke sucht, durch deren Bestrafung man die Probleme lösen will.

Die Thematisierung der Krisenbetroffenheit hingegen beinhaltet einen anderen Umgang mit der Existenzangst. Da die eigene Verunsicherung thematisiert wird, wird auch Solidarität mit anderen möglich, muß die Angst nicht durch Projek-

tion bewältigt, muß Sicherheit nicht in Zwangsmaßnahmen gegenüber den Betroffenen gesucht werden. Entscheidend für die zukünftige Entwicklung dürfte sein, ob es gelingt, solidarische Verkehrsformen zu entwickeln, die es den Lohnarbeitern ermöglichen, anders als in Form von Verdrängung und Projektion mit ihrer Existenzangst umzugehen und neue Handlungsperspektiven zu entwickeln.

3.2 Arbeitsmarktstrategien und Krisenbetroffenheit

Die Lohnabhängigen verfolgen nicht nur in der Wirtschaftskrise Strategien, durch die sie sich einen sicheren Arbeitsplatz erhalten oder erst bekommen wollen. Weil sich die Lohnabhängigen nur durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft reproduzieren können, sie also ständig mit dem Risiko leben, ihre Reproduktion nicht sichern zu können, wenn sie keinen Käufer für ihre Arbeitskraft finden, sind sie immer dazu gezwungen, sich um ihre Arbeitsplatzsicherheit zu sorgen. Durch die Krise hat sich das Reproduktionsrisiko der Lohnarbeiter erheblich vergrößert. Die von ihnen verfolgten Strategien sind daher in der Regel Reaktionen auf direkte oder indirekte Krisenbetroffenheit. In ihnen zeigt sich die eigene Handlungsmöglichkeit zur Verringerung der Krisenbetroffenheit. Diesem allgemeinen Ziel kann sowohl der Versuch dienen, den derzeitigen Arbeitsplatz zu erhalten, wie auch die Planung eines Wechsels des Arbeitsplatzes oder des Betriebes.

Die Strategien der Lohnabhängigen sind also mehr oder weniger entwickelte Planungen ihres zukünftigen beruflichen Verhaltens.

Sicherheitsstreben und individualistische Strategien

Im Zeitraum zwischen der ersten und der zweiten Interviewwelle hat sich in den Strategien der interviewten Arbeiter und Arbeiterinnen angesichts eigener gegenwärtiger und zukünftiger Krisenbetroffenheit eine Tendenz verfestigt, die bereits in der Analyse der Erstinterviews bei einem großen Teil der Arbeiter festgestellt wurde: Das Verhalten am Arbeitsplatz und generell das inner- und überbetriebliche Arbeitsmarktverhalten soll vorrangig der Sicherung des bestehenden Arbeitsplatzes bzw. allgemein der Aufrechterhaltung des Status quo dienen. Die Gruppe derjenigen Arbeiter, die durch aktives Verhalten eine Verbesserung ihrer Situation erreichen wollen, stellte eine Minderheit dar und ist weiter erheblich geschrumpft.

Im einzelnen zeigen sich bei den verfolgten Strategien

bedeutungsvolle quantitative Verschiebungen, die die Verfestigung des Sicherheitsstrebens belegen. Schon in den Erstinterviews waren die Strategien explizit oder implizit auf die Krisenbetroffenheit bezogen gewesen. Vier unterschiedliche Strategien zur Sicherung der beruflichen Zukunft bzw. der Sicherung der Lohnarbeiterexistenz wurden damals festgestellt:

Strategie A: das Beschäftigungsverhältnis am gleichen Arbeitsplatz erhalten;

Strategie B: das Beschäftigungsverhältnis an einem beliebigen Arbeitsplatz im Betrieb erhalten;

Strategie C: das Beschäftigungsverhältnis wechseln (Betriebswechsel);

Strategie D: aus dem Beschäftigungsverhältnis (auf Dauer) ausscheiden.

Diese Strategien waren voneinander genau abgrenzbar. Nur wenige Interviewte versuchten, zwei Strategien miteinander zu kombinieren beziehungsweise berichteten von einem kurz zuvor erfolgten Wechsel ihrer Strategie. Bei den Strategien A und B wurde eine Interessenpriorität für die Sicherung des Arbeitsplatzes und – bei einigen Interviewten – das Interesse am Inhalt der gegenwärtigen Arbeit festgestellt. Die defensiven, eher passiven Varianten dieser Strategien standen dabei im Vordergrund. Nur bei den Interviewten mit der Strategie C dominierte das Interesse an höherem Lohn, das an besseren Arbeitsbedingungen und/oder das an interessanterer Arbeit. Für diese Strategie ist die Entfaltung eigener Aktivitäten zur Erlangung eines besseren Arbeitsplatzes kennzeichnend. Die Strategie D wurde nicht ausdrücklich vertreten; einige Interviewte stellten allerdings Überlegungen in dieser Richtung an.

Insgesamt gab es nur drei Interviewte, die bei der Strategie A die Variante der kollektiven Arbeitsplatzsicherung durch gemeinsames Vorgehen von Belegschaft, Betriebsrat und Gewerkschaft befürworteten und auch für ihre eigene Zukunft als relevant ansahen. Alle anderen Arbeiter sahen nur die Möglichkeit, sich individualistisch für ihre Arbeitsplatzsicherung und für die Aufrechterhaltung oder Verbesserung ihrer Arbeitssituation einzusetzen. Diese Tendenz, über die berufliche Zukunft nur in individualistischen Kategorien nachzudenken, hat sich in den Zweitinterviews verstärkt.

In den Erstinterviews äußerten viele Arbeiter und Arbeiterinnen die Absicht, sich zur Verbesserung ihrer Arbeitsplatzsicherheit oder ihrer Arbeits- und Lohnsituation einen Arbeitsplatz in einem anderen Betrieb zu suchen (Strategie C). Von über 20 Interviewten, die diese Strategie verfolgten, haben in der Zwischenzeit nur zwei sie erfolgreich verwirklichen können. Alle anderen Interviewten mit dieser Strategie waren zum Zeitpunkt des Zweitinterviews noch im selben Betrieb beschäftigt.

Drei Interviewte waren zum Zeitpunkt des Zweitinterviews arbeitslos, drei haben in den öffentlichen Dienst gewechselt, fünf weitere waren in der Zwischenzeit entlassen worden und hatten wieder einen Arbeitsplatz gefunden. Abgesehen von einigen, die mit der Begründung, sie stünden nicht mehr im Arbeitsleben, das zweite Interview ablehnten, waren drei Interviewte (davon zwei Frauen) zum Zeitpunkt des Zweitinterviews bereits in Rente.

Diese knappen Angaben weisen darauf hin, daß weniger die artikulierten Strategien als betriebliche Maßnahmen und strukturelle Merkmale des Arbeitsmarktes für die jeweilige Arbeitssituation der Interviewten verantwortlich waren. Der »starke« Ausdruck Strategie muß also relativiert werden, weil die in den Interviews zum Ausdruck kommenden Berufsbiographien in der Krise zunehmend von strukturellen Zwängen dominiert sind – also »Blindläufe« sind.¹⁶ Die Strategien der Beschäftigten in den untersuchten Betrieben veränderten sich, bedingt durch die objektive Verschlechterung der Arbeitsmarktlage, deutlich. Vor dem Hintergrund einer erheblichen Verschärfung der Krisenbetroffenheit und einer veränderten Wahrnehmung dieser Betroffenheit treten die aktiven Varianten der Strategien A und B und die Strategie C zahlenmäßig noch weiter zurück.

Von den 120 in der zweiten Welle interviewten Arbeitern und Arbeiterinnen tragen nur noch drei die Strategie vor, durch einen Betriebswechsel (Strategie C) größere Arbeitsplatzsicherheit und/oder bessere Arbeits- und Lohnbedingungen zu realisieren. Alle anderen wollen – obwohl die meisten von Verschlechterungen und betrieblicher Unsicherheit betroffen sind – in dem Betrieb, in dem sie zur Zeit arbeiten, bleiben; einzige Ausnahme ist eine Frau, die nach langer Berufstätigkeit demnächst wegen der großen Bela-

stung durch die Arbeit Hausfrau werden will (Strategie D). Innerhalb dieser großen Gruppe hat sich die Differenz zwischen den Strategien A und B, wie sie in den Erstinterviews anzutreffen gewesen war, verwischt, um zugleich einer Reihe von Differenzierungen innerhalb einer neuen Strategie AB Raum zu geben. Diese Strategie soll möglichst den gleichen Arbeitsplatz im Betrieb erhalten, legt aber das Hauptgewicht auf die Sicherung eines Arbeitsplatzes im selben Betrieb. Im folgenden sollen die Ausdrucksformen der Strategie AB mit ihren jeweils gruppenspezifischen Begründungen untersucht werden. Nicht alle Interviewten äußern eine Strategie oder eine Einschätzung ihrer zukünftigen Beschäftigungssituation.

Strategie und Lebensalter

Mit dem Begriff Strategie ist zunächst das Arbeitsmarktverhalten, Mobilität oder Immobilität, Anpassung oder aktives Verhalten am Arbeitsplatz, kurz: das Verhalten in der Konkurrenz der Arbeitnehmer untereinander benannt. Die Strategie ist ein Resultat des Abwägens verschiedener individueller Ziele und Bedürfnisse im Zusammenhang einer individuellen (Arbeits-)Biographie und die Reaktion auf strukturelle Zwänge des Arbeitsmarktes.

Für die Arbeitsplatz- und Arbeitsmarktstrategie ist die Qualifikation zwar zweifellos ein wichtiger Gesichtspunkt, entscheidend ist jedoch nach den Ergebnissen dieser Untersuchung das Alter.

Der Lebenslauf eines Lohnarbeiters ist aufgrund der vergesellschafteten Produktions- und Reproduktionsstrukturen in bestimmte Phasen gegliedert. Über die die jeweilige Altersstufe der Frauen kennzeichnenden Lebensformen und Strategien können aufgrund der geringen Zahl der interviewten Arbeiterinnen keine Aussagen gemacht werden. Es ist jedoch eindeutig, daß einige der die Phasen »Familienunterhalt« und »Rentnerperspektive« charakterisierenden Strategieelemente der Männer auch von Frauen verfolgt werden.

Folgende soziobiographischen Einschnitte und Phasen des Arbeitslebens (männlicher) Lohnarbeiter können bestimmt werden:

- Schulabschluß;
- Lehre oder erste Arbeitsjahre;
- Wehrdienst (Arbeitsdienst, Krieg, Bundeswehr, Zivildienst – je nach Geburtsjahrgang);
- »Wanderphase«;
- Heirat (Ende der »Wanderphase«);
- Phase des Familienunterhalts;
- Phase der »Rentnerperspektive«;
- Verrentung;
- Rentenalter.

Jedem der Lebensalter entspricht ein spezifisches Arbeitsmarktverhalten, eine spezifische Strategie. Aktive, und das heißt immer in gewissem Sinne mobile Strategien, werden in der »Wanderphase« zwischen dem Abschluß der Lehre bzw. der Volljährigkeit und zum zweiten während der Phase des Familienunterhalts (ca. 25. bis 45. Lebensjahr) verfolgt. Die subjektive Seite der Arbeitsmarktstrategien ist nicht von der objektiven Seite der Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu trennen, denn in einer Phase des zunehmenden Mißverhältnisses von Arbeitssuchenden und freien Arbeitsplätzen stellen – von spezifischen Ausnahmesituationen und -qualifikationen abgesehen – die Betriebe nur noch jüngere Arbeitnehmer (bis ca. 40 Jahre) ein.

In den Zweitinterviews tragen von allen Interviewten nur noch drei eine mobile Arbeitsmarktstrategie vor. Zwei davon sind um die 30 Jahre alt. Diese Interviewten mit der Strategie C (Wechsel des Beschäftigungsverhältnisses) sollen hier nicht vorgestellt werden, weil sich in ihren Motiven und Zielen kein neues Moment gegenüber der im ersten Bericht analysierten Strategie C zeigt. Erklärungsbedürftig ist demgegenüber, warum jetzt weniger Interviewte diese Strategie verfolgen.

In der Phase der Lehre oder der ersten Arbeitsjahre und in der Militärzeit ergeben sich in aller Regel für die jungen Lohnarbeiter kaum Möglichkeiten, individuelle Strategien zu verfolgen. Bei vielen schließt sich dann jedoch eine mehrere Jahre umfassende Phase der Mobilität an, die sich in häufigem Betriebswechsel, Ortswechsel, »zur-See-fahren«, oder auch Wechsel des Berufs ausdrücken kann. In dieser »Wanderphase« vor der Familiengründung werden mit der Mobilität verschiedene Ziele verfolgt:

- Die Befreiung von einengenden Banden der Herkunft, des Berufs, der Region - entsprechend dem Topos die »Welt sehen zu wollen«;
- die Verbreiterung der beruflichen Erfahrung;
- die Suche nach interessanten Arbeitsplätzen und
- der Wunsch, unabhängig zu sein und Geld zu verdienen.

Diese Aussagen beziehen sich alle noch auf eine Zeit der wirtschaftlichen Prosperität; es kann nicht ausgeschlossen werden, daß in der Wirtschaftskrise die Mobilität auch der jungen Arbeiter eingeschränkt wird.

Daneben gibt es eine unfreiwillige »Wanderphase«, die mit der Kriegserfahrung in Verbindung steht. So mußten viele Arbeiter in der Nachkriegszeit nicht nur ihren Wohnort und damit die soziale Umgebung, sondern auch den Beruf wechseln.

Fast alle interviewten Arbeiter befanden sich in der Phase des »Familienunterhalts« oder nahmen ihre gegenwärtige Arbeitssituation unter der Perspektive wahr, in absehbarer Zeit das Rentenalter zu erreichen.

Auch in der Phase des Familienunterhalts werden von vielen Arbeitern aktive Strategien verfolgt, die jedoch zum Teil andere Ziele verwirklichen sollen als in der »Wanderphase«. Vorrangig ist hier in der Regel ein den Ansprüchen der gegründeten und wachsenden Familie entsprechendes Einkommen. Dafür werden von der überwiegenden Mehrheit der Lohnarbeiter, soweit sie die Möglichkeit dazu haben, Überstunden gemacht. Um einen höheren Lohn zu erzielen, wird häufig die Strategie verfolgt, innerhalb oder außerhalb des Betriebs nach besser bezahlten Arbeitsplätzen zu suchen. In dieser Phase entsteht dadurch ein Widerspruch zwischen der Mobilität und dem entstehenden und wachsenden Bedürfnis nach sozialer Kontinuität.

Die Charakterisierung der beiden Phasen gilt sowohl für Facharbeiter als auch für angelernte Arbeiter. Bei Facharbeitern ist darüber hinaus in dieser Zeit die Suche nach inhaltlich befriedigender, anspruchsvoller Arbeit, die der Qualifikation entspricht beziehungsweise sie erweitert, ein Motiv für eine aktive Strategie.

Die Verfolgung aktiver Strategien wird in der »Wanderphase« und in der Phase des »Familienunterhalts« dadurch erleichtert, daß in der Regel die körperliche und psychische Lei-

stungsfähigkeit auch für anstrengende Einarbeitungs- und Weiterqualifizierungsprozesse, für Überstunden und für vollen beruflichen Einsatz ohne Einschränkung vorhanden ist. Das Interesse an einer Verringerung der Arbeitsbelastungen – das heißt im betrieblichen Kontext an besseren Arbeitsbedingungen – ist in diesen Phasen in der Interessenhierarchie weit unten angesiedelt. Bei den interviewten Arbeitern war daneben auch die Arbeitsplatzsicherheit bis etwa zum Jahre 1975/76 kein vorrangiges Problem.

In der Phase der »Rentner-Perspektive« treten dagegen in der Regel die aktiven Strategien vollständig zurück. Alle Ziele, die vorher zu aktiven Verhaltensweisen der Arbeiter führten, sind entweder erreicht (etwa die Erweiterung der beruflichen Erfahrungen oder ein Arbeitsplatz mit interessanter Arbeit und/oder hohem Lohn) oder ihr Erreichen wird in realistischer Einsicht in die eigene Position auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr erwartet. Die Notwendigkeit, möglichst viel Geld zu verdienen – auch mit Überstunden –, die die »Familienphase« charakterisiert, schwächt sich danach ab und ist in der Strategie nicht mehr dominierend. Wichtigstes Ziel der älteren Arbeiter ist die Beibehaltung der erreichten Position im Betrieb; wachsende Bedeutung bekommt auch eine Reduzierung der körperlichen Belastung.

Das in den Interviews häufig anzutreffende Raisonement: »Wäre ich doch in den öffentlichen Dienst gegangen« bezieht sich zum einen auf diese gewandelte Interessenlage: Die Arbeiter, die dies im Rückblick sagen, argumentieren aus der Position des Älteren, der inzwischen mit etwas weniger Geld auskommen könnte. Zum zweiten hat die wirtschaftliche Krise die Arbeitsplatzsicherheit in den Vordergrund gerückt; die Interessenhierarchie der Familienphase hat sich damit gewandelt.

Die gewandelte Interessenlage trifft jedoch auf eine in die entgegengesetzte Richtung sich verändernde objektive Situation. Gegenwärtig, d. h. in der Krise, die auch eine Einschränkung der öffentlichen Haushalte mit sich bringt, können nur wenige einen Wechsel in den öffentlichen Dienst realisieren. Die wenigen Interviewten, denen dieser Wechsel nach dem Erstinterview gelungen ist, sind noch jung.

Veränderungen der Arbeitsmarktstrategien

Der Vergleich der Zweit- mit den Erstinterviews ergibt, daß sich die hier skizzierte – weitgehend altersspezifische – Bandbreite an Strategien und Methoden zu ihrer Durchsetzung, die in den Erstinterviews noch anzutreffen war, unter dem Einfluß der Krise erheblich verringert. In der quantitativen Dominanz der Strategie AB (das Beschäftigungsverhältnis in dem Betrieb erhalten, in dem man arbeitet) spiegelt sich die Einebnung der altersspezifischen Differenzen in der Interessenpriorität und den beruflichen Zielsetzungen, die in den Erstinterviews noch nachweisbar waren. Die Ursache für diese Einebnung liegt zum einen in der massiven Erhöhung der Arbeitslosenzahlen, die es tendenziell sinnlos erscheinen lassen, eine überbetriebliche Arbeitsmarktstrategie zu verfolgen, und zum anderen in der Verschärfung der Krisensituation in den Untersuchungsbetrieben, in der die Spielräume innerbetrieblicher arbeitsplatzbezogener Strategien sich weitgehend aufgelöst haben. Die genannten altersspezifischen Prioritäten und Perspektiven drücken sich als Varianten der allgemeinen Strategie AB aus.

Variante 1: Den Arbeitsplatz erhalten

In dem Untersuchungsbetrieb E, der nicht direkt von der Krise betroffen ist, strebt der überwiegende Teil der Interviewten danach, den Arbeitsplatz im Betrieb zu behalten, weil sie die schlechte überbetriebliche Arbeitsmarktlage wahrnehmen. Die interviewten Arbeiter aus dem Betrieb E verfolgen eine spezifische Variante der Strategie AB, die wesentlich auf einer optimistischen Einschätzung der wirtschaftlichen Lage des Betriebs beruht:

»Die Arbeitslage ist bei E im Augenblick immer sehr, sehr gut, was andere Firmen ja nicht haben.« (503/1)

Diese Arbeiter nehmen zwar die überdurchschnittlich hohe Arbeitsbelastung an vielen Arbeitsplätzen in diesem Betrieb in der Montage ebenso wie in Facharbeiterabteilungen durchaus wahr. In ihrer Interessenhierarchie haben jedoch die Sicherheit des Arbeitsplatzes und daneben das hohe Lohnniveau eine größere Bedeutung. Dies wird durchweg gleich zu Beginn eines Interviews angesprochen.

»Wir haben immer noch genug zu tun, so ist das nicht. Wir haben auch nicht solche Schwankungen gehabt wie andere Werke, so mit Krisen oder so, bei uns ging das eigentlich. Es werden heutzutage auch noch Überstunden gemacht.« (504/1)

Dieser Facharbeiter begreift eine solche Situation als eine Ausnahme. Einen Arbeitsplatz, an dem »heutzutage«, das heißt unter Krisenbedingungen, noch Arbeitsplatz- und Lohnsicherheit (Überstunden!) herrschen, setzt man nicht aufs Spiel. Ein anderer Facharbeiter berichtet über diese Strategie auch in bezug auf seine Kollegen:

Frage: »Wie lange arbeiten Sie schon mit den fünf anderen zusammen?«
Antwort: »Ach das ist schon einige Jahre, 4, 5 Jahre glaub' ich. Eine Zeit hab' ich gehabt, da sind oft welche weggegangen, gekündigt. Aber die letzte Zeit ist es eigentlich ganz gut gegangen. Wir haben zum Beispiel auch Werkzeugmacher gehabt, wir haben einen gehabt, der kam aus den USA zurück, der hat nach ein paar Tagen schon wieder in'n Sack gehauen. Aber zur Zeit geht es, es kommt dadurch, daß der Arbeitsmarkt nicht aufnahmefähig ist.« (507/13)

Bei manchen jüngeren Facharbeitern beruht diese Strategievariante nicht nur auf der Wahrnehmung der günstigen Wirtschaftslage des Betriebs, sondern auch auf einer optimistischen Einschätzung der Nützlichkeit der eigenen Qualifikation und Arbeitserfahrung. Ein Werkzeugmacher, der zum Zeitpunkt des Erstinterviews gerade den Arbeitsplatz bei D – mit Abfindung – aufgegeben und ohne Schwierigkeiten einen neuen Arbeitsplatz in einem mittelständischen Betrieb gefunden hatte, kann vor dem Hintergrund dieser positiven Erfahrungen und seiner anerkannten Stellung im Betrieb selbstbewußt sein. Auf die Frage, ob er Angst um seinen Arbeitsplatz habe, antwortet er:

»Ich hab' damals gesehen, daß also Arbeit immer wieder zu kriegen ist, nicht . . . Facharbeiterbrief wurde gefragt und dann hätten die uns sofort eingestellt, nicht, obwohl sie gar keine gesucht haben. Also ich hab' mich an und für sich, weil mir die Firma da gut gefällt, ist alles ganz schön da, deswegen, aber Angst brauch' ich an und für sich nicht zu haben. Ich hab' mich da so langsam 'n bißchen gut reingearbeitet bei denen da.« (405/5)

Bei diesem Interviewten, der außerdem in vielfältigen kollektiven und gewerkschaftlichen Beziehungen im Betrieb steht, ist diese Strategie also keineswegs defensiv.

Von Selbstbewußtsein geprägt ist auch die Strategie einer Gruppe von Beschäftigten im Betrieb E. Die unternehmerische Entscheidung, diesen Betrieb weiter auszubauen, spie-

gelt sich unter anderem darin, daß zwischen dem Erst- und dem Zweitinterview eine erstaunlich große Zahl, nämlich ein Viertel der Interviewten, aus diesem Betrieb einen innerbetrieblichen Aufstieg mitgemacht hat. Es handelt sich dabei überwiegend um Facharbeiter, die mit dem Ziel der Sicherung ihrer Beschäftigung bei E eine Weiterbildung gemacht haben und die sich dabei auf eine betriebliche Strategie der Formalisierung der Aufstiegsvoraussetzungen (insbesondere der Vorgesetztenqualifikation) bezogen.

Variante 2: Die »Rentnerperspektive«

Defensiven Charakter haben die anderen Varianten der Strategie AB, die von den Beschäftigten der krisenbetroffenen Betriebe verfolgt werden.

In dem Lebensalter, in dem die Beschäftigungsperspektive auf das Erreichen des Rentenalters in demselben Betrieb gerichtet ist, dominierten – wie eingangs kurz ausgeführt – immer schon die Strategien A und B. In den Erstinterviews war das – möglichst ohne Qualifikations- und Lohneinbußen – zu erreichende Datum die im Arbeitskampf 1974 durchgesetzte sogenannte Altersabsicherung, d. h. der tarifvertragliche Schutz vor Entlassung und Abgruppierung ab dem 55. Lebensjahr. Mehrfach wurde in den Erstinterviews erwähnt, daß der große Wert dieser Regelung erst in der Zeit des Beschäftigungsabbaus im Gefolge der Wirtschaftskrise erkannt worden sei. Nach dem Erreichen der »Altersabsicherung« war das Erreichen des Rentenalters dann kein Problem mehr.

Für eine kleine Zahl der älteren Beschäftigten bedeutet dieses Datum immer noch die Schwelle, die sie überschreiten müssen, um sich sicher fühlen zu können. Ein angelernter Arbeiter bei C antwortet auf die Frage nach den Auswirkungen der betrieblichen Krisensituation auf seinen Arbeitsplatz:

»Da rechne ich an und für sich jeden Tag mit . . . Nicht, weil man sich noch nicht getraut hat, weil ich schon so lange da bin. Da mache ich mir auch gar keine Illusionen; ich bin in der Beziehung, (will) nicht grade sagen: gleichgültig, aber mich würde das nicht, nicht so treffen, nicht, wie einige, die würden dann gleich 'nen Strick nehmen und so weiter, also ich wunder' mich an und für sich noch, daß ich da noch drin bin. Ich mach' mir da gar keine Illusionen. Irgendwie kommt das mal zum Klacken, und ich hoff' jetzt bloß, daß die Zeit so'n bißchen aufrückt, nicht, ich mein', ich werd 53 . . . Die Zeit läuft für mich zu langsam . . . Wo soll ich als 53jähriger denn

noch Arbeit kriegen? Meine sogenannte Arbeitsplatzabsicherung eben, wie gesagt, gibt's ja nur ab 55, und das bin ich noch nicht. Trotzdem ich schon 27 Jahre im Werk bin.« (329/42)

Die kommenden zwei bis drei Jahre bis zur Arbeitsabsicherung verlieren für diesen Interviewten ihren Charakter als Lebenszeit, sie werden zur unnützen Zeit, die nicht schnell genug »aufrückt«, die er überbrücken muß, bis er selbst in die Alterssicherung »aufrückt«. Er kann dieses Ziel nur erreichen, wenn *seine Zeit* nicht »zu langsam läuft«, das heißt er den Wettlauf mit dem betrieblichen Krisenprozeß nicht verliert. Er selbst kann in diesen Wettlauf nicht eingreifen, er kann nur abwarten und hoffen, daß das »Klacken«, das Einrasten des Mechanismus, der unweigerlich auch seinen Arbeitsplatz einmal überflüssig machen wird, erst dann eintritt, wenn er nicht mehr kündbar ist. Die 27 Jahre Betriebszugehörigkeit verlieren angesichts der Unpersönlichkeit dieser Entwicklung jede Bedeutung. Er macht sich »gar keine Illusionen«, daß er daraus einen Schutz für das Alter ableiten könnte.

Der Bezug auf die »Altersabsicherung« spielt in den Zweitinterviews im Vergleich zu den Erstinterviews nur eine geringe Rolle. Dies ist auf zwei Umstände zurückzuführen: Zum einen wird von vielen Interviewten die Gesamtstillegung des Betriebs, in dem sie arbeiten, als eine reale Gefahr eingeschätzt; in diesem Fall würde die relative Sicherheit, die die tarifvertragliche Regelung gibt, gegenstandslos. Zum anderen – und dies ist eine weiterreichende Entwicklung, die übrigens auch die Diskussion um die Formen der Arbeitszeitverkürzung beeinflusst – erfährt zur Zeit zumindest in den krisenbetroffenen Betrieben der biographische Einschnitt »Verrentung« eine grundlegende kollektive Uminterpretation.

Ein großer Teil der Interviewten verlegt die Altersgrenze drastisch nach unten. Dies beruht auf der Tatsache, daß die krisenbetroffenen Betriebe die Altersgrenze durch die sogenannte Frühverrentung de facto auf 59 Jahre vorverlegt haben. In den vier Krisenbetrieben der Untersuchungen wird daher die Altersgrenze von 65 Jahren im Grunde nicht mehr wahrgenommen. Von vielen Beschäftigten, die über 45 Jahre alt sind, wird die Altersgrenze, auf die sie sich einrichten, letztlich noch weiter nach unten verlegt: Sie liegt jetzt bei

etwa 55 Jahren. Da es außer bei E in allen Betrieben Sozialpläne oder Interessenausgleich mit der Möglichkeit der Frühverrentung gegeben hat, ist die gesetzliche Altersgrenze von 65 Jahren dort praktisch außer Kraft gesetzt. In vielen Bereichen der Krisenbetriebe gibt es keine Arbeiter mehr, die älter als 59 Jahre sind.

Das Ziel der über 45jährigen Arbeiter und Arbeiterinnen, für die der Eintritt in das Rentenalter damit in erreichbare Nähe gerückt scheint, ist demnach, einen Arbeitsplatz im Betrieb zu behalten, bis ein Ausscheiden über einen Sozialplan auch für sie selbst in Frage kommt. Ein großer Teil der Arbeiter mit dieser Strategievariante sieht die Frühverrentung zugleich als die wesentliche Methode der Belegschaftsverringerung an. Ein 54jähriger Werftarbeiter sagt dazu:

»... mit 58, 59 gehen die schon in Rente, und dann kriegen sie von der Werft - also man muß gesundheitlich nicht voll auf der Höhe sein - und dann kriegen sie Rente. Aber die kriegen ja keine volle Rente, und dann kriegen sie vom Betrieb noch soundsoviel dazu... Oder wie gesagt, wir wollen Arbeitskräfte entlassen, sollen raus, und dann gut, kriegt ihr soundso viel Rente und den Rest kriegste von uns dazu. Aber auch nur bis zu bestimmter Zeit... Wenn se 65 sind, dann kriegen sie von der Werft nichts mehr. Dann kriegen sie ihre normale Rente.« (228/18)

Die prinzipielle Zustimmung zu diesem Vorgehen ist bei fast allen Interviewten anzutreffen, jedenfalls bei allen älteren. Nicht alle sehen das Problem der Rentenhöhe, bei dessen Regelung sich die verschiedenen Sozialpläne der Firmen ja auch tatsächlich unterscheiden.

Von vielen der älteren Interviewten, aber auch einigen jüngeren wird im Zusammenhang mit den Frühverrentungsaktionen die Chance der Betroffenen hervorgehoben, einige Jahre früher den Belastungen des Arbeitsprozesses zu entgehen und noch »etwas vom Leben zu haben«.

Vor allem die älteren Werftarbeiter thematisieren dieses Bedürfnis aufgrund der eigenen Erfahrungen:

Frage: »Finden Sie das gut, wenn das vorgezogen wird, das Rentenalter?«

Antwort: »Für mich persönlich schon. Ich meine, man merkt das, wenn man über die 50 ist, der Körper baut ab. Man springt nicht mehr so rum wie so'n jungen Kerl und so was und wenn man denn mal mithalten muß mit den Jungs, denn geht auch die Puste schon mal ein bißchen. Und wenn das vorgezogen wird, ich meine, wenn man die Zeitung mal verfolgt, wie viele da sterben vor dem Rentenalter, ist für jeden gut, wenn er vielleicht noch ein paar Jahre retten kann.«

Das, was in der Arbeitszeitdiskussion der Humanisierungseffekt der Arbeitszeitverkürzung genannt wird, wird von einem anderen Werftarbeiter radikal eingefordert. Er will alle diskutierten Formen zugleich einführen, um den Verschleiß der Arbeitskraft zu verlangsamen:

»Ja, und mit 55 aufhören. Wir sind doch alle verbraucht auf der Werft. 50 bis 55 müßten die aufhören, 8 Wochen Urlaub, die 35-Stunden-Woche!« (217-I/17)

Um noch etwas vom Rentenalter zu haben, würde dieser Facharbeiter sich nicht auf jede Zumutung des Arbeitsamtes einlassen:

»Ich mache mich doch nicht selber verrückt, ich sagte bereits, ich bin 56 . . . Sollte das kurz über lang gehen, also ich rechne immer noch damit, daß es für mich mindestens bis nächstes Jahr geht. Dann bin ich 57^{1/2} und wenn ich da auf das Arbeitsamt komme, glaube ich kaum, daß die für mich irgendwelche Arbeit haben. Nicht, daß ich mich vor der Arbeit drücke, aber für mich ist es schwer, wo ich jetzt 28 Jahre in dem Betrieb war, in einen anderen Betrieb mich jetzt vollkommen umzustellen und wieder von vorne anzufangen, ja, also könnte ich jetzt nicht mehr mit Schritt halten, altersbedingt. Man kommt langsamer mit und so weiter und ich seh nicht, daß ich da in 'ner anderen Firma gleich noch 'n Herzinfarkt oder so was kriege, bloß weil ich vielleicht Ambitionen habe, mit den jüngeren jetzt Schritt zu halten. Das käme nicht in Frage, ich bereite mich jetzt schon moralisch auf mein Rentenalter, auf mein späteres Leben bereite ich mich vor.« (418/28, 29)

Die Vorverlegung der Altersgrenze und die Hoffnung, selber davon profitieren zu können, ist eine typische Kalkulation der über 45jährigen Arbeiter und Arbeiterinnen. Sie wird von etwa einem Viertel aller Interviewten und - von wenigen Ausnahmen abgesehen - von allen älteren Arbeitern in den Krisenbetrieben formuliert.

Diese Interviewten kennen ihre geringen Chancen auf dem überbetrieblichen Arbeitsmarkt und wollen daher ihren Arbeitsplatz im Betrieb, in dem sie arbeiten, behalten. In den meisten Fällen ist dabei der Zeitraum zwischen der Gegenwart und dem Zeitpunkt einer möglichen Frühverrentung eine Leerstelle, die überbrückt, eine Zeit, die abgewartet werden muß. Die eigene Strategie reduziert sich damit auf ein Kalkül, in dem die Zukunft des Betriebs und die eigene Reproduktionsnotwendigkeit auf einen Nenner gebracht werden. Viele Interviewte drücken dies ganz lakonisch aus:

»Ja, ich nehme an, daß ich die paar Jahre, die ich noch habe, noch irgendwie über die Bühne bring'.« (104/5)

Ein angelernter Arbeiter, Anfang 50, der selbst darauf hinweist, daß die Beschäftigtenzahl in seiner Abteilung in den letzten Jahren halbiert wurde und noch weiter sinken wird, antwortet auf die Frage nach den Auswirkungen auf seinen Arbeitsplatz:

»Also ich würde sagen, ich hoffe, daß ich dann schon in Rente bin.« (325/21)

Für die Zwischenzeit soll der Status quo aufrechterhalten werden. Die absolute Priorität der Arbeitsplatzsicherung läßt auch Lohneinbußen erträglich erscheinen. Ein anderer 50jähriger Arbeiter sagt:

»Wenn es so bleibt, auch mit einer Abgruppierung, oder wenn ich mich so halten kann, in 7 oder 6, dann will ich ruhig sein und will meine Schnauze halten.« (311/30)

Besonders weit verbreitet ist die Hoffnung auf das vorgezogene Rentenalter beim Betrieb B, bei dem überdurchschnittlich viele ältere Arbeiter beschäftigt sind. Auch die durchschnittliche Dauer der Betriebszugehörigkeit ist hoch. Hier tendiert das Kalkül jedoch häufig dazu, zum Selbstbetrug zu werden. Die Arbeiter aus diesem Betrieb – soweit sie die Lage des Betriebs pessimistisch beurteilen – neigen dazu, die Dauer der Weiterexistenz des Betriebs so zu kalkulieren, daß sie – bei mehr oder weniger vorgezogenem Rentenalter – genau mit der fiktiven Betriebsschließung in Rente gehen können.

Ein Beispiel dafür gibt ein erst 47jähriger Schlosser auf die Frage nach der wirtschaftlichen Lage von B:

»Schlecht, nicht gut, ich mein', gestöhnt haben sie ja schon immer . . . Aber ich würd' sagen, daß jetzt wohl, jetzt wirds langsam kritisch . . . Aber ich würde sagen, acht Jahre, dann wird sie wohl kaputt sein, die Firma.« (224/23)

Nach acht Jahren wäre er genau 55 Jahre alt; er wäre also gerade in der Altersgruppe, von der nicht nur er annimmt, daß für sie bei der Stilllegung eines Betriebs der Größenordnung von B eine Sozialplanregelung zur Überleitung in das Rentenalter vereinbart werden müßte.

Aufschlußreich ist an dieser Passage vor allem die unreflektierte Sicherheit, mit der die Perspektive von acht Jahren genannt wird. Die genaue Berechnung der Beschäftigungs-

jahre, die ein Interviewter noch »braucht« und ihre Gleichsetzung mit der erwarteten Zeit, die der Betrieb noch »durchhält« – für ihn durchhalten muß –, ist kein Einzelfall.

Variante 3: Das Beschäftigungsverhältnis erhalten

Für die Beschäftigten mittleren Alters (bis Ende 40), die zum größten Teil in der Phase des Familienunterhalts stehen, stellen sich dieselben Probleme wie für die älteren Arbeiter und Arbeiterinnen, ohne daß sie sich von einer allgemeinen Senkung des Rentenalters oder von betrieblichen Sozialplänen eine Lösung ihrer Probleme bei einem Arbeitsplatzverlust erwarten könnten.

Die Strategie, das Beschäftigungsverhältnis bis auf weiteres aufrechtzuerhalten, ohne eine wirkliche Sicherung ihrer Situation erwarten zu können, wird von der großen Mehrheit der Interviewten dieser Altersgruppe verfolgt – insgesamt von einem Viertel aller Interviewten.

Zu dieser Gruppe gehören auch einige Facharbeiter, die ihren Arbeitsplatz für sicher halten.

»Ich hab' das seltene Glück, ... weil ich wirklich da noch 'n Facharbeitsplatz habe, wird da wohl auch so schnell nichts passieren. Da müßte die ganze Versuchswerkstatt schon dichtgemacht werden. Also vorher passiert da nichts, weil ich da gut eingearbeitet bin... Insofern hab' ich ja wohl relativ 'n Arbeitsplatz, wie selten, so daß man damit rechnen kann, da alt zu werden eventuell, nicht. Das gibt es nicht oft, nicht.« (312/1)

Die Verbindung von Spezialarbeitsplatz und Arbeitsqualifikation geben diesem Werkzeugmacher das Gefühl der Arbeitsplatzsicherheit, die er zum einen angesichts der herrschenden Unsicherheit bei C und in anderen Betrieben relativiert und für die er sich schon beinahe entschuldigt; auf der anderen Seite zeigt sich hier besonders deutlich die Verschiebung der Interessenpriorität in der Krise. Mit den oben zitierten Sätzen antwortet der Interviewte auf die erste allgemeine Eingangsfrage; die Sicherheit seines Arbeitsplatzes ist offenbar für ihn der wichtigste Aspekt seiner Arbeitssituation.

Dies war vor der Krise bei dieser Beschäftigtengruppe nicht der Fall.

Die Voraussetzung dieser Sicht (individuell einen sicheren Arbeitsplatz zu haben) ist allerdings, daß der Betrieb – in welcher Größe auch immer – erhalten bleibt. Das gerade ist

jedoch eine Annahme, die von vielen Interviewten nicht mehr geteilt wird. Sie sehen dagegen eine reale Gefahr, in nicht allzu ferner Zukunft durch Stilllegung oder Massenentlassungen den Arbeitsplatz zu verlieren und müssen sich mit dieser Aussicht auseinandersetzen.

Einige Interviewte sehen keine andere Möglichkeit, als die Entwicklung fatalistisch auf sich zukommen zu lassen. Eine Reparaturarbeiterin weist darauf hin, daß von diesem Unternehmen in den letzten Jahren ein Zweigwerk nach dem anderen stillgelegt wurde, und »die nächsten, das ist Bremen, die dran sind, da haben wir uns schon ganz klar mit abgefunden« (431/24).

Sie spricht übrigens charakteristischerweise selten von ihren eigenen Erwartungen, sondern meist von den Aussichten für die ganze Kolleginnengruppe; individuelle Hoffnungen, wie sie der zitierte Facharbeiter hegt, scheinen angelesenen Arbeiterinnen sinnlos zu sein.

Eigene kollektive Handlungsmöglichkeiten, um die Arbeitsplätze zu erhalten, werden von fast allen Interviewten nicht gesehen; nur drei Arbeiter mit dieser Strategie denken daran, mit gewerkschaftlicher Unterstützung zur Erhaltung der Arbeitsplätze beitragen zu können. Verbreitet ist dagegen das Vertrauen auf einen politischen Eingriff – vor allem bei den Werftarbeitern:

»Soweit sind meine Gedanken noch nicht gegangen, also, ich hab' bisher immer gesagt, ich bin bisher immer satt geworden, und ich werde auch bestimmt weiterhin satt, denn wird irgendwas anderes gemacht . . . Ich kann mir nicht vorstellen, daß sie einen Haufen Leute auf die Straße lassen, also da muß den Großen natürlich was einfallen, nicht.« (206/35)

Das Mandat zum Handeln liegt also allemal bei der Betriebsleitung und den Politikern. Erst wenn deren Entscheidungen gefallen sind, ist auch der einzelne zur Aktivität gezwungen; so sieht es nicht nur der Rohrschlosser auf der Werft, von dem die folgende Aussage stammt:

»Solange wie die da noch Schiffe bauen, werden die uns auch nicht entlassen . . . Aus dem Grunde sehe ich für meinen eigenen Arbeitsplatz gar nicht mal so schwarz. Es sei denn, daß die Werft mal tatsächlich zumacht . . . Wenn ich heute mal bei der Werft rausgeschmissen würde, also ich könnt' mir vorstellen, daß ich auch noch woanders denn auch noch was kriegen könnte. Ich kann ja praktisch genau irgendwo im Heizungsbau auch anfangen, nicht.« (124/19)

Ein anderer Werftarbeiter formuliert sehr klar das objektive Dilemma der »40jährigen«, die zwischen höchst unsicheren Chancen auf dem Arbeitsmarkt, auf dem sich Alter und Spezialqualifikation für sie ungünstig auswirken, und dem Festhalten an einem ebenso unsicheren Arbeitsplatz wählen müssen. Für letzteres sprechen immerhin subjektive Beweggründe wie die Bindung an den Betrieb:

»Es sieht nicht gut aus. Ich bin jetzt 42, habe ich schon mal gesagt. Meine Chancen stehen nicht gut. Ich hab' keine Lust, einen Besen in die Hand zu nehmen, für 7 oder 8 Mark Straßen zu fegen . . . Ich überlege, entweder ich gehe zum Arbeitsamt nach Hamburg und mache eben eine Umschulung als Facharbeiter. Wenn die das überhaupt machen. Oder aber ich gehe zum Arbeitsamt, eine andere Möglichkeit gibt es ja kaum, und lasse mich im Gesundheitswesen umschulen, Pfleger oder so was ähnliches, für Polizei und Feuerwehr und alles andere bin ich zu alt. Und da hätte ich noch 20 Arbeitsjahre. Für 20 Jahre lohnt sich das vielleicht noch . . . Es sieht nicht gut aus. Ich hab' ein ganz schlechtes Gefühl.«

Frage: »Haben Sie denn jetzt schon was unternommen? Oder ist das noch auf der langen Bank?«

Antwort: »Das ist gefährlich mit der langen Bank. Ja, ich weiß nicht, ich weiß ehrlich nicht. Sehen Sie, das ist so eine Sache, die Firma, die ist 70 oder 80 Jahre alt und 5000 Beschäftigte. Die können die ja nicht einfach so, da hängt der Staat ja auch noch drin, mit Geld, mit viel Geld. Mensch, das können die doch nicht einfach so dichtmachen. Das ist der Hoffnungsgedanke. Der andere, vielleicht der realistische, der ist: Suche dir was Besseres oder was anderes . . . Sehen Sie, da sind zwei Seelen, die eine sagt: Mensch, geht nicht kaputt, was 23 Jahre war, die letzten zehn bis fünfzehn Jahre übersteht du auch noch. Die andere: Das geht nicht lange gut, seh' dich um.« (226/11-12)

Der objektive Mangel an Alternativen stärkt zum einen die »Seele«, die an betriebliche Kontinuität glauben will. Zum anderen geht in eine solche Entscheidung ein, daß für die Arbeiter ihre Arbeit mehr ist als ein bloßes Mittel zur Reproduktion. Der konkrete Arbeitsinhalt, die sozialen Beziehungen am Arbeitsplatz, der Stellenwert eines bestimmten Betriebs in der Arbeitsbiographie stellen keineswegs eine quantité négligeable dar, sondern ein objektives Hindernis, die »realistische« Entscheidung zu treffen.

». . . die sind natürlich auch ein bißchen deprimiert, daß die, daß es da aufhört, wo die da auch etliche Jahre waren oder da groß geworden sind, gelernt haben, und das jetzt aufgeben sollen, das wird wohl jedem Arbeiter so ergehen.« (208/7)

Der Hoffnung auf den individuellen Aufstieg oder auf den »rettenden Hafen« (Früh-)Rente können sich die Beschäftig-

ten mittleren Alters in den Krisenbetrieben nicht hingeben. Die Erkenntnis: »Wenn es uns trifft, trifft es alle gleichermaßen« scheint durch viele der zitierten Aussagen hindurch. Die Strategie der Anpassung, des Kopfeinziehens ist zwar eine individualistische, aber zugleich eine allgemeine, wenn auch keine kollektive. Nur ganz wenige ziehen die Konsequenz, sich aktiv für die Erhaltung ihres Arbeitsplatzes einzusetzen:

»... ist ja mein Arbeitsplatz, ich muß ja auch kämpfen drum. Da ist schon so manche Stunde geopfert nach Feierabend. Ja echt, wir müssen alle kämpfen, Sie wissen ja selber, wie schwer das ist, einen Platz zu bekommen.« (304/3)

Die defensiven Arbeitsplatzstrategien werden bei vielen Interviewten abgestützt durch Überlegungen, die auf die überbetriebliche Sicherung der Reproduktion bei Arbeitsplatzverlust gerichtet sind. Nur bei wenigen ist Kritik an der dann notwendigen Einschränkung des Lebenshaltungsniveaus anzutreffen; die meisten Interviewten sind bereit, sich im wesentlichen mit der neuen Situation zu arrangieren.

Viele Interviewte führen realistische Quellen der Absicherung gegen die materielle Unsicherheit an, etwa den Verdienst der Ehefrau oder des Ehemannes, die Möglichkeit, durch Schwarzarbeit oder mit einem lukrativen Hobby Geld zu verdienen oder die vom Arbeitgeber zu zahlende Abfindung. Das eigentliche »soziale Netz« spielt in diesen Reflexionen eine untergeordnete Rolle; das Arbeitsamt wird – zumindest von den 40jährigen – eher als Agentur für Umschulungen denn als Arbeitsvermittlung gesehen.

Die genannten Überlegungen erscheinen zugleich als Absicherung und Abwehr gegen die tiefgehende Verunsicherung, die die als aussichtslos wahrgenommene Lage des Betriebs wie des Arbeitsmarktes mit sich bringt. Dennoch sind in den Strategien zur Arbeitsplatzsicherung oft Ansätze zur Thematisierung der eigenen Betroffenheit anzutreffen.

3.3 Veränderungen von Interessenorientierungen in der Krise

Angesichts der Fülle des empirischen Materials muß sich die Auswertung und daher auch dieser Untersuchungsbericht auf jeweils besonders relevante Ausschnitte beschränken. Unter den alltagspraktischen Orientierungen sind in der Krise die Interessenorientierungen hervorzuheben, weil die Interessen der Lohnarbeiter von Arbeitslosigkeit und anderen Krisenmaßnahmen besonders betroffen sind. Veränderungen sind also hier am ehesten zu erwarten.

In der Tat zeigt der Vergleich zwischen Erst- und Zweitinterviews Veränderungen von Interessenorientierungen, die quantitativ weit über den zuvor dargestellten Deutungsmusterwechsel hinausgehen. Die Bewegungen sind gegenläufig: Zum einen ist eine starke Tendenz zur gewerkschaftlichen Demobilisierung, zum anderen eine Tendenz zu stärkerem gewerkschaftlichen Engagement festzustellen, die jedoch weitaus weniger verbreitet ist.

Die Demobilisierungstendenzen

Die Untersuchung der Interessenorientierungen geht von der Unterscheidung zwischen individualistischen und kollektiven Interessenorientierungen aus. Innerhalb der kollektiven Interessenorientierung, die bei Arbeitern im Gegensatz zu den Angestellten in der Regel anzutreffen ist, werden drei Typen der Interessenorientierung unterschieden: die der Identifikation, der Loyalität und der Delegation.

Grundlage der Interessenorientierung der *Identifikation* ist die Erkenntnis, daß die Interessen der Lohnarbeiter und die der Unternehmer im Widerspruch zueinander stehen. Besonders deutlich zeigt sich dieser Widerspruch im Konflikt um die Verteilung des Produktionsergebnisses, in dem sichtbar wird, daß sich Lohnarbeit und Kapital in ihrer Reproduktion wechselseitig beschränken. In dieser Interessenorientierung wollen die Lohnarbeiter ihre Interessen uneingeschränkt gegen das Kapital durchsetzen; sie sehen daher eine Orientierung am Allgemeininteresse als Hindernis für die Durchsetzung ihrer Interessen an.

Lohnarbeiter mit der Interessenorientierung der Identifikation befürworten deshalb eine besonders aktive gewerkschaftliche Interessenvertretung, an der sie sich selbst beteiligen. Sie lehnen Kompromißhaltungen ab, kritisieren Schlichtungsverfahren bzw. deren Modalitäten und setzen sich statt dessen für aktive Formen des Streiks ein. Für diese Lohnarbeiter soll die Gewerkschaft kein mitgliederferner Apparat sein, sondern sie selbst verstehen sich als die Gewerkschaft. Ihre Beteiligung an der Gewerkschaft ist sehr intensiv – ob in der Form der Beteiligung an der betrieblichen Interessendurchsetzung, ob in der Form der aufmerksamen Verfolgung der gewerkschaftlichen Aktivitäten oder in der Form des persönlichen Engagements in der Gewerkschaft. Sie sind daher in der Regel auch über gewerkschaftliche Tarifpolitik und Organisationsprobleme gut informiert. Diese Lohnarbeiter kritisieren den gewerkschaftlichen Apparat, wenn er sich gegenüber den Mitgliedern verselbständigt. Aus dieser Kritik werden organisationspolitische Forderungen entwickelt: Die gewerkschaftlichen Entscheidungsstrukturen sollen möglichst basisnah sein. Diese Kritik am Apparat der Gewerkschaften wird in der Regel mit einer Kritik am fehlenden Engagement ihrer Mitglieder verknüpft. Aufgrund der Logik des Deutungsmusters haben alle Interviewten mit dem Deutungsmuster »Kapital und Arbeit« eine Interessenorientierung der »Identifikation«. Die kollektive Gegenwehr der Lohnabhängigen gegen die Krisenbetroffenheit ist für sie ein zentrales Moment ihrer Interessenorientierung. Das fehlende gewerkschaftliche Engagement ihrer Arbeitskollegen in der Krise führt bei vielen dieser Interviewten zu einer Resignation, wie sie in der Krisenreaktion des Deutungsmusters »Kapital und Arbeit« bereits ausführlich dargestellt wurde. Aufgrund der engen Verknüpfung dieses Deutungsmusters mit der Interessenorientierung der Identifikation stellen die dort beschriebenen Veränderungen zugleich eine Veränderung der Interessenorientierungen dar. Besonders häufig sind Veränderungen in der Gruppe derjenigen Interviewten, deren Interessenorientierung in den Erstinterviews von einer Haltung der *Loyalität* gegenüber der aktuellen gewerkschaftlichen Praxis in der Bundesrepublik bestimmt war. Charakteristisch für diese Form der Interessenorientierung ist die Bestimmung der Lohnarbeiterinteressen-

sen als besonderer, die aber gleichwohl am Allgemeininteresse relativiert werden. Für diese Interviewten gehen die Lohnarbeiterinteressen keineswegs von vornherein im Allgemeininteresse auf; da aber kein prinzipieller Widerspruch zu den Interessen der Unternehmer besteht, sind sie kompromißfähig.

Die Forderung nach Durchsetzung eigenständiger Lohnarbeiterinteressen bei gleichzeitiger Kompromißbereitschaft bestimmt die Äußerungen dieser Interviewten in den Erstinterviews. Ein Werftarbeiter betont die Notwendigkeit der Gewerkschaft, denn

»... geschenkt wird uns nichts. Und weil uns nichts geschenkt wird, müssen wir uns das erst holen – nur durch unsere Organisation, sonst ist da nichts zu holen.« (107-I/14)

Gleichzeitig betont er den Kompromißcharakter von Tarifabschlüssen:

»Die Tarifverhandlungen sind ja schon der Versuch, sich ohne Streik annähernd zu einigen; denn es kommt bei einer Lohnverhandlung oder bei einer Tarifforderung immer ein Kompromiß zustande.« (107-I/15)

Ein Facharbeiter aus der Elektroindustrie, der den Streik als letztes Mittel der Interessendurchsetzung bejaht und den Betriebsrat wegen seiner zu »laschen« Vertretung von Arbeitnehmerinteressen kritisiert, betont zugleich die Kompromißfähigkeit der Lohnarbeiterinteressen mit den Interessen der Unternehmer:

»Es geht total eben nicht ohne Gewerkschaften. Und ich sage zu manchen auch, die dann total Gegner sind, deutsche Arbeitgeber, die sollten sich jeden Morgen auf die Knie setzen und beten: Lieber Gott, erhalte mir die deutsche Gewerkschaft, so wie sie ist. Denn der Arbeitgeber kann ja auch damit zufrieden sein. Und das Wirtschaftswunder ist hundertprozentig ein Verdienst der Gewerkschaften mit, daß wir eine solide und vernünftige, eine gesamte Gewerkschaft haben.« (312-I/47)

Da das Allgemeininteresse in einem Kompromiß als soziales Verhältnis erst zu verwirklichen ist, kann es nicht vorab von Experten festgestellt und durchgesetzt werden. Solange ein Kompromiß durch Verhandlungen erreichbar scheint, kann die Interessendurchsetzung an den gewerkschaftlichen Apparat delegiert werden; sobald dies nicht mehr der Fall ist, muß der Kompromiß durch eigenes Engagement erzwungen werden.

Ein Arbeiter aus der Automobilindustrie drückt diese Bereitschaft zum eigenen Engagement aus:

»Wenn *sie* mit den einfachen Verhandlungen nicht zurecht kommen und die meinen, sie müßten das unbedingt haben, dann geht's halt in den Streik über. Das ist ja nur zu unserem Besten, in dieser Hinsicht. Und wenn's nicht anders geht, dann müssen *wir* eben streiken.« (522-I/19)

Der für die Interessenorientierung der Loyalität charakteristische Übergang - im Konfliktfall - von der passiven Haltung der Delegation zur aktiven Beteiligung findet hier seinen Ausdruck im Übergang von »*sie*« (die Funktionäre) zum »*wir*« (die Lohnarbeiter).

Für diese Lohnarbeiter sind sowohl der friedliche Ausgleich der Interessen durch eine Schlichtung als auch der Streik Wege zur Durchsetzung ihrer Interessen. Gleichwohl kommt dem Streik die Funktion des letzten Mittels zu, das eingesetzt werden muß, wenn Verhandlungen und Schlichtungen keine Einigung bringen. Der Streik hat hier den beschränkten Zweck, die Unternehmer zu einem angemessenen Kompromiß zu zwingen.

»Ja, Verhandlungen sind auf jeden Fall besser, das ist ganz klar - wenn es ohne Streik geht, ist es immer besser. Also da würde ich Verhandlungen vorziehen, solange es geht. Streiken muß ja sein - eine Sache ohne Gewicht, da würde gerade ein hartgesottener Arbeitgeber darüber lachen.« (312-I/48)
»Aber irgendwann ist dann mal ein Punkt erreicht, wo es dann nicht mehr weitergeht. Und dann sehe ich den Streik als ganz gut an, als Mittel, um meine Forderungen dann durchzusetzen.« (110-I/21)

Die betriebliche Interessenvertretung halten diese Interviewten für sehr wichtig; einige von ihnen kritisieren die ihrer Meinung nach zu geringe Aktivität des Betriebsrates, seine mangelnde Durchsetzungsfähigkeit gegenüber der Betriebsleitung.

»Die Leute bei uns im Betriebsrat sind zu oberflächlich. Die sind schon seit eh und je im Betriebsrat drin gewesen und in dieser Hinsicht vertreten die nicht mehr die Arbeitnehmerschaft.« (522-I/15)
»Meines Erachtens hätte gerade jetzt in so einer Krisenzeit der Betriebsrat etwas mehr tun können.« (418-I/29)

Ähnlich verhalten sich die Interviewten gegenüber der Gewerkschaft als überbetrieblicher Interessenvertretung. Sie betonen die Notwendigkeit der Gewerkschaft und kritisieren die »Trittbrettfahrer« unter den Kollegen ebenso wie die Uneinigkeit der Belegschaft und fehlende Solidarität bei

Streiks. Ihre Partizipation an der Gewerkschaft beschränkt sich jedoch weitgehend auf Zeiten der Mobilisierung für Tarifbewegungen.

Die Interessenorientierung der Loyalität verändert sich bei über einem Viertel der Interviewten dieser Gruppe in Richtung einer stärker am Allgemeininteresse orientierten Bestimmung der Lohnarbeiterinteressen und einer Delegation der Interessendurchsetzung an den Gewerkschaftsapparat. Grundlage der Interessenorientierung der *Delegation* ist die Wahrnehmung, daß Unternehmer und Arbeiter als Faktoren des Produktionsprozesses zusammenwirken müssen, um das Ergebnis erzielen zu können, das zur Verteilung auf sie als Gewinn oder Lohn zur Verfügung steht. Aus dieser Erscheinung des »harmonischen« Zusammenwirkens der sogenannten Produktionsfaktoren ergibt sich die Vorstellung eines Allgemeininteresses, in dem die besonderen Interessen von Unternehmern und Lohnarbeitern aufgehoben sind. Diese Lohnarbeiter sehen also in der Herstellung des Allgemeininteresses ihre Interessen mit denen der Unternehmer zusammenfallen. Sie reflektieren die Durchsetzung ihrer Interessen zugleich als Kostenfaktor auf seiten des Kapitals, so daß für sie der Kompromiß mit dem Unternehmer eine unumgängliche Bedingung der gewerkschaftlichen Durchsetzung ihrer Interessen ist. Hieraus folgt, daß die Lohnarbeiter ihre Interessen, zum Beispiel ihr Interesse an höherem Lohn, nicht autonom bestimmen, sondern von vornherein ihre Lohnforderungen in Orientierung am Allgemeininteresse kalkulieren.

Mit Nachdruck wird von den Interviewten jetzt betont, daß angesichts der Krise von seiten der Lohnarbeiter zurückgesteckt werden müsse, daher weitgehende Abstriche an der eigenen Interessendurchsetzung unumgänglich seien. So wird einem engagierten und aktiven Betriebsrat vorgeworfen, daß er zu offensiv die Interessen der Belegschaft verrete und zu wenig die Interessen der Betriebsleitung berücksichtige.

»Man muß auch Zugeständnisse machen. Man kann nicht einfach alles ablehnen, das geht nicht alles.« (216-II/16)

Die Durchsetzung eigener Interessen wird als Kostenfaktor für den Unternehmer reflektiert:

»Ich meine ja, wenn der Arbeitgeber zum Beispiel, für den sieht das ja auch nicht rosig aus, wollen wir mal so sagen. Wenn der nicht seinen Gewinn sieht, dann ist es wie bei mir auch, dann würde ich ja auch nicht arbeiten . . . Und wenn die immer neue Forderungen stellen über alles mögliche, jetzt zum Beispiel, wie sie letztens gesagt haben: Ja, wenn wir solche schmutzige Arbeit haben . . . und wir keine Erschwerniszulage mehr kriegen, dann können wir die Arbeit nicht machen.

Ich sag': Menschskinder, sag' ich, dann brauchen wir erst gar nicht die Schiffe kommen lassen, wenn wir die nicht machen können. Ja, die sollen uns das Geld geben (sagt ein anderer Kollege). Ja, sag' ich, Mensch, wenn alle so denken würden, die sollen uns erst das Geld geben, dann sagt der andere: Ja, wenn ihr für jeden Pup gleich Geld haben wollt, denn kommt doch gar nicht erst hierher.« (206-II/30)

Die Forderung der Kollegen, für bestimmte schmutzige Arbeit vom Meister die Erschwerniszulage aufgeschrieben zu bekommen, wird von diesem Werftarbeiter kritisiert. Solche Forderungen verhindern seiner Meinung nach längerfristig eine gesicherte Auftragslage der Werft – die »immer neuen Forderungen« lassen die Produktion für den Unternehmer als letztlich nicht mehr rentabel erscheinen. Wenn die Arbeiter »für jeden Pup gleich Geld haben wollen« – so die Sicht des Unternehmers, die sich dieser Interviewte zu eigen macht –, dann lohnt sich das für den Unternehmer nicht mehr, dann »sieht« er nicht mehr seinen Gewinn. Diese Entwicklung ist letztlich auch zum Nachteil der Arbeitnehmer, denn dadurch werden auf lange Sicht ihre Arbeitsplätze gefährdet.

Die Notwendigkeit von Zugeständnissen gilt jedoch nicht nur für die innerbetriebliche, sondern auch für die überbetriebliche Interessenvertretung, die Gewerkschaft soll angesichts der krisenhaften Entwicklung Abstriche machen – insbesondere bei Lohn tarifverhandlungen.

Der bereits zitierte Interviewte 110, der sich im Erstinterview entschieden für Streiks zur Durchsetzung von Lohnforderungen oder Arbeitszeitverkürzung ausgesprochen hatte, ist im Zweitinterview der Meinung, daß die Arbeiter angesichts der Wirtschaftskrise zurückstecken sollten mit ihren Forderungen:

»Wir müssen uns ja auch selbst mal sagen, jetzt ist Schluß, jetzt können wir nicht immer so, wir müssen auch mal zurückstecken, das seh' ich ja auch ein, und mal sagen: so, jetzt zwei Jahre kürzertreten . . . Wir sind nun mal in einer Wirtschaftskrise und da müssen wir eben durch.« (110-II/12)

Diese Bereitschaft zu Zugeständnissen bedeutet für die Interviewten auch, daß sie den Streik zur Durchsetzung von Lohnforderungen ablehnen. Während in den Erstinterviews von den meisten Interviewten der Streik als letztes Mittel zur Interessendurchsetzung befürwortet wurde, wenn Verhandlungen und Schlichtungen keine Einigung gebracht haben, wird in den Zweitinterviews der Streik als Möglichkeit der Interessendurchsetzung weitgehend abgelehnt oder nur mit sehr großen Vorbehalten diskutiert.

»... aber was bringt das denn? Das hätte vielleicht, wenn's hoch kommt, 'n halbes Prozent mehr gebracht. Und was hätte ich dadurch verloren schon alleine... , wenn ich das alles berechne, dann kann ich auch, dann sage ich mir lieber, dann verzichte ich auf dieses halbe Prozent. Im Endeffekt ist alles das gleiche... Wie ich vorhin schon gesagt habe, wir sind in einer Wirtschaftskrise und wir müssen jetzt auch 'n bißchen...« (110-II/16)

Der Verzicht auf den Streik als Mittel der Interessendurchsetzung ergibt sich aus der Einschätzung der momentanen ökonomischen Situation; unter den Bedingungen der anhaltenden Wirtschaftskrise ist die Durchsetzung der Lohnarbeiterinteressen sinnlos geworden – auch ein Streik hilft da nicht weiter. Der Streik als »Mittel, um eine Forderung durchzusetzen« (110-I/21), den der Interviewte im Erstinterview noch befürwortet hatte, ist charakteristisch für die Interessenorientierung der Loyalität. Diese Form der Interessendurchsetzung ist für den Interviewten jedoch unter den gegenwärtigen Umständen obsolet geworden. Die Durchsetzung der Lohnarbeiterinteressen ist in der Krise nicht mehr möglich und letztlich auch für die Lohnarbeiter von Nachteil, denn »wir sitzen alle in einem Boot« (418-II/21), wie ein anderer Interviewter erklärt. Die Interessen der Lohnarbeiter und die der Unternehmer fallen im Allgemeininteresse zusammen.

Die Interessenorientierung der Delegation, bei der die Lohnforderungen von vornherein am Allgemeininteresse relativiert werden, erscheint diesen Interviewten in der Krise notwendig. Die Verletzung der Lohnarbeiterinteressen, die das Zurückstecken in der Krise zur Folge hat, wird – zumindest von einem Teil dieser Interviewten – zwar gesehen, aber sie erscheint unumgänglich und wird von ihnen auch akzeptiert. So sagt ein Arbeiter aus der Elektroindustrie zum Ergebnis der Tarifrunde 82:

»Wenn ich das so deutlich sagen soll, wie man fühlt und denkt, ob's richtig ist oder nicht, dann ist der eine Gedanke erst mal ganz klar, daß das nicht reicht.« (312-II/31)

Von den Kosten her gesehen, die der »kleine Arbeiter« »auf'm Hals hat«, war diese Lohnerhöhung für diesen Interviewten auf jeden Fall zu gering - »bedeutend zu wenig«. Dieses Lohninteresse, das er »ohne zu überlegen, ob's richtig ist oder nicht« formuliert hat, wird jedoch im folgenden sogleich relativiert:

»Der zweite Gedanke ist, daß man sagt, Gott sei Dank, daß diese Tarifrunde nicht mit soviel Ärger abgelaufen ist. Also ich hatte eigentlich schon bald erwartet, daß es also ganz, ganz schwere Kämpfe hätte geben können - und die wären für keinen gut gewesen, für keine Seite gut gewesen.« (312-II/32)

Obgleich die Lohnerhöhungen seiner Meinung nach nicht einmal ausreichen, um den Anstieg der Lebenshaltungskosten auszugleichen, akzeptiert der Interviewte das Ergebnis der Tarifverhandlungen, weil ein Streik »für keine Seite gut gewesen« wäre.

Da für diese Interviewten die Durchsetzung der besonderen Lohnarbeiterinteressen unter den gegenwärtigen ökonomischen Bedingungen nicht mehr möglich und als mit dem Allgemeininteresse auch nicht vereinbar erscheint, wird die Interessenvertretung an die Gewerkschaft delegiert. Besonders deutlich zeigt sich die Delegationshaltung bei einem Arbeiter aus der Automobilindustrie, der sehr verärgert über die Lohnerhöhung von 4,2 Prozent im Jahr 1982 ist.

»Was ich davon halte? Die (die Gewerkschaften) haben uns kräftig verarscht, das ist alles! . . . Unsere Warnstreiks, die wir gemacht haben, war alles vorm Arsch. Das war alles verlorene Zeit. Alles verloren.« (522-II/6)

Auf die Frage des Interviewers, ob man denn seiner Meinung nach richtig streiken hätte sollen, antwortet er:

»Überhaupt nicht streiken, weswegen denn! Entweder die IG Metall setzt sich für uns ein, sonst brauch' ich ja kein Mitglied zu sein. Wenn die nur meinen, daß wir Mitglieder alles machen müssen. Dafür werden die ja bezahlt, die Burschen.« (522-II/6)

Die Durchsetzung von Lohnforderungen wird von diesem Interviewten an den Gewerkschaftsapparat delegiert: Seine Aufgabe ist es, für eine ausreichende Lohnerhöhung zu sorgen - dafür werden die Funktionäre von den Mitgliedern bezahlt. Selbst für die Durchsetzung seiner Interessen zu

streiken, dies empfindet der Interviewte als Zumutung, die er empört zurückweist. Hier zeigt sich eine eindeutige Veränderung in der Interessenorientierung, hatte dieser Arbeiter aus der Automobilindustrie sich doch im Erstinterview nachdrücklich für die Notwendigkeit von Streiks ausgesprochen. Die Durchsetzung der Lohnarbeiterinteressen erscheint nicht mehr als Aufgabe, an der man selbst Anteil hat, sondern wird an den Gewerkschaftsapparat delegiert. So meint ein Werftarbeiter zur 35-Stunden-Woche:

»Ja, von mir aus gerne. Das liegt ja nur an der Gewerkschaft, ob sie das rauskriegt.« (228-II/18)

Die Delegationshaltung wird nicht nur deutlich, wenn es um die Frage der eigenen Beteiligung an Streiks geht, sie zeigt sich auch in dem zunehmenden Desinteresse an Problemen der betrieblichen und überbetrieblichen Interessenvertretung und in den verschiedenen Formen des Rückzugs von jedem gewerkschaftlichen Engagement. Einige Interviewte, die zum Zeitpunkt der Erstinterviews noch zum Vertrauenskörper gehörten, haben sich in der Zwischenzeit aus dieser Arbeit zurückgezogen. Der bereits zitierte Interviewte 418, der im Erstinterview die Untätigkeit des Betriebsrates kritisiert und von ihm gefordert hatte, er solle stärker über die Situation des Betriebes »aufklären«, beschreibt im Zweitinterview, wie er und seine Kollegen »gleichgültig« und »phlegmatisch« geworden sind.

»Also wir sind mehr oder weniger jetzt, fast sag' ich, in einer phlegmatischen Lage . . . Also 'ne gewisse Gleichgültigkeit hat sich da Platz gemacht, während früher, man hatte öfter mal zusammengesessen, diskutiert, hast du schon gehört, da die Abteilung ist wieder aufgelöst worden und die wird aufgelöst, wann kommen wir dran? Also solche Themen waren bei uns gängig gewesen.« (418-II/13)

Ein anderer Arbeiter aus der Elektroindustrie beklagt sich über mangelnde Solidarität unter den Arbeitern, die er als eine Folge der Verunsicherung durch die Krise begreift. Er selbst hat sich aus allen gemeinschaftlichen Aktivitäten zurückgezogen; das Problem fehlender Solidarität delegiert er an den Gewerkschaftsapparat, dieser ist seiner Meinung nach dafür zuständig.

»Ich habe gewerkschaftlich auch kein Vertrauen mehr – da sitzt keine Kraft dahinter, da ist nichts mehr drin . . . Weil wir selber keinen Rückhalt haben. Aber das sollte ja nicht unser Problem sein, dafür ist ja die Gewerkschaft

da. Da sollen die sich was einfallen lassen, wie man Kraft und Saft kriegen kann. Aber das läuft nicht so wie es soll.« (302-II/43)

Auch hier wird die Interessendurchsetzung an den Gewerkschaftsapparat delegiert: Für die Solidarität unter den Arbeitern, die nach Meinung des Interviewten eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Interessenvertretung darstellt, ist die Gewerkschaft zuständig. Mangelt es an dieser Solidarität, dann sollen »die sich was einfallen lassen« – die Solidarität soll gewissermaßen von oben, durch den Gewerkschaftsapparat veranlaßt werden.

Die Veränderung der Interessenorientierung von einer Haltung der Loyalität zu der der Delegation, also zu einer stärkeren Delegation der Interessendurchsetzung an den Gewerkschaftsapparat ist eine Reaktion sowohl auf die betriebliche Krisenerfahrung wie auf die generelle Verschärfung der ökonomischen Krise. Die Formulierung und Durchsetzung von Lohnarbeiterinteressen scheint für diesen Interviewten angesichts der schlechten wirtschaftlichen Situation des eigenen Betriebes wie der ökonomischen Rahmenbedingungen insgesamt nicht mehr möglich zu sein; sie müssen vielmehr den Unternehmerinteressen untergeordnet werden. Die dadurch bedingte Verletzung der Lohnarbeiterinteressen wird jedoch akzeptiert im Hinblick auf das gemeinsame Interesse von Unternehmern und Lohnarbeitern an einem wirtschaftlichen Aufschwung; in der Orientierung an diesem Allgemeininteresse scheinen die besonderen Interessen von Unternehmern und Lohnarbeitern aufgehoben zu sein.

Ist die Veränderung der Interessenorientierung von der Loyalität zur Delegation sehr stark von Resignation und individuellem Rückzug geprägt, so findet sich bei einem kleineren Teil dieser Gruppe von Interviewten eine fast aggressive Wendung gegen die Gewerkschaft. Die Enttäuschung über mangelnde Solidarität und fehlendem Rückhalt in der Krise und die Verärgerung über die Verletzung bestimmter Lohnarbeiterinteressen führen bei diesen Interviewten zur Kritik an der Gewerkschaft und verstärken zugleich die Interessenorientierung der Delegation.

Die Tendenz zu stärkerem gewerkschaftlichem Engagement

Einige wenige Interviewte reagieren auf die zunehmende Krisenbetroffenheit mit einem stärkeren gewerkschaftlichen Engagement. Diese Hinwendung zu einer identifikatorischen Interessenorientierung soll im folgenden an einzelnen Beispielen aufgezeigt werden.

Eine angelernte Arbeiterin aus dem Betrieb C verweist im Erstinterview auf die Notwendigkeit der Gewerkschaft für die Arbeiter.

»Wir haben das doch durch unsere Organisation, haben wir das doch erreicht, daß wir heute sechs Wochen Urlaub haben. So viel soziale Vorteile und alles mögliche, was wir haben. Lohnfortzahlung, das ist nur minimal, was ich hier erwähne. Allein hätt' das doch keiner geschafft.« (332-I/32)

Diese Erfolge, die die Interviewte nur durch eine gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter für erreichbar hält, hindern sie jedoch nicht, bei Erfolglosigkeit der betrieblichen Interessenvertretung im Kampf gegen Abgruppierung und Umsetzung den Austritt aus der Gewerkschaft zu erwägen.

»Und wenn man denn mal jemanden braucht und man wird dann so enttäuscht, da hat man ja gar nicht mehr richtig Vertrauen. Und darum hab' ich zu meinem Mann gesagt, wir gehen beide raus.« (332-I/32)

Der Austritt wird erwogen, aber nicht vollzogen, würde man sich doch durch ihn in die kritisierte Rolle eines »Trittbrettfahrers« begeben.

»Wenn ich organisiert bin, habe ich auf alle Vorteile, die die Gewerkschaft erkämpft, ein Recht. Und wenn ich nicht organisiert bin, habe ich da kein Recht drauf.« (332-I/33)

Diese Sicht der Gewerkschaft als Versicherungsverein geht im Erstinterview einher mit einer Haltung der Loyalität gegenüber der aktuellen gewerkschaftlichen Praxis. Dem Streik kommt die Funktion des letzten Mittels zu, das eingesetzt werden muß, wenn Verhandlungen und Schlichtung keine Einigung bringen.

»Ich würde sagen, eher Verhandlungen. Streik ist doch das letzte. Aber wenn sie gar nichts erreichen, was sollen sie dann machen?« (332-I/34)

Diese eher wirtschaftsfriedliche Haltung korrespondiert mit der Auffassung, daß die Gewerkschaft gegen Arbeitslosigkeit und Krise letztendlich nichts unternehmen kann.

»Ich persönlich bin der Meinung, die Gewerkschaft kann da nichts machen. Weil da immer noch, hier immer noch, das Kapital hat doch letzten Endes das Sagen.« (332-I/24)

Eine größere Identifikation mit der gewerkschaftlichen Durchsetzung der Interessen der Lohnarbeiter zeigt sich vor allem in der veränderten Haltung der Interviewten zum Streik. Die Warnstreiks – am späteren Tarifabschluß gemessen – werden kritisiert.

Frage: »In der Tarifbewegung voriges Jahr hat es ja so Warnstreiks gegeben, haben Sie auch daran teilgenommen?«

Antwort: »Ja!«

Frage: »Und wie fanden Sie das?«

Antwort: »Also, nicht genug. Ja, muß ich ehrlich sagen, nicht genug . . . ist nicht genug gestreikt worden.« (332-II/11)

Diese kämpferische Haltung zeigt sich auch in der Einschätzung des Tarifabschlusses.

»Ich find' das überhaupt nicht richtig, nur 4,2 Prozent für uns. Also, die hätte nicht nachgeben dürfen, die Gewerkschaft . . . Ich hab' beinahe so das Gefühl, als wenn die Gewerkschaft viel zu labil ist der Regierung oder den Arbeitgebern gegenüber, die müßten sich vielmehr durchsetzen.« (332-II/10)

Da für die Interviewte die Hoffnung auf Durchsetzung der Lohnarbeiterinteressen nur die Gewerkschaft verkörpert, führt die zunehmende Krisenbetroffenheit zu einer stärkeren Identifikation mit den gewerkschaftlichen Zielen und der Einsicht, daß gewerkschaftliche Erfolge sich letztlich nur mit dem Mittel des Streiks realisieren lassen.

Die im Untersuchungsbetrieb C eingeführte »Nachtwache«, durch Vertrauensleute und Betriebsräte organisiert, um die befürchtete Schließung des Werks »über Nacht« zu verhindern, ist ein Beispiel für kollektive Widerstandsformen gegen den Abbau von Arbeitsplätzen.

»Warum sollen wir denn nicht die Firma da mal 'nen bißchen bewachen und uns darum kümmern, daß da nicht Dinge geschehen. Es sind ja letzten Endes unsere Arbeitsplätze, die wir aufgebaut haben in den vielen Jahren und Jahrzehnten. Das muß man auch mal sehen. Viele glauben ja nicht daran, aber es übt und es hat positive Seiten.« (333-II/15)

Daß solche kollektiven Widerstandsformen auch Auswirkung auf die daran nicht beteiligten Kollegen hatten und damit eine der »positiven Seiten« dieser Aktion darstellten, schildert derselbe Interviewte:

»Es haben sich allerdings auch bei uns Kollegen angeboten und die haben gesagt, wenn irgendwas los ist und die uns brauchen, wir sind erreichbar – Telefonnummer, nicht, ganz spontan. Das hat mich eigentlich 'n bißchen gewundert, das hab' ich eigentlich, gerade von manchen Leuten, nicht erwartet. Die haben aber wohl den Ernst der Situation erkannt und haben gesagt: Komm, wenn irgendwie was ist und da muß was gemacht werden, ich bin dabei. Nur eben Bescheid sagen, nicht. Also insofern war auch teilweise schon Solidarität vorhanden, nicht, und der Willen, da irgendwas zu machen.« (333-II/16)

Einem Vertrauensmann, dessen Haltung zur Gewerkschaft sich im Erstinterview als Loyalität charakterisieren läßt, geht es darum, gewerkschaftliche Solidarität als Schutz gegenüber den Übergriffen des Kapitals herzustellen. So führt die Erfahrung, daß die Gewerkschaft einen Reallohnabbau nicht zu verhindern vermochte, ihn dazu, eine aktivere Gewerkschaftspolitik zu fordern.

Ausgangspunkt des stärkeren Eintretens für kämpferische Auseinandersetzungsformen ist die Kritik am letzten Lohnabschluß.

»Vier Prozent haben sie gehabt, das ist doch ein Witz. Ja, das ist ein Witz. Das reale Einkommen ist ja wirklich zurückgegangen, das deckt ja nicht mal die Unkosten.« (117-II/32)

Deshalb fordert er für die neue Tarifrunde erheblich höhere Tarifabschlüsse.

»Wenn es nach mir ginge, mindestens zehn Prozent! Unter zehn Prozent brauchen die gar nicht erst anfangen. Nach dem, was alles teurer geworden ist, wenn man das so alles in einen Sack wirft, das fressen die zehn Prozent leicht wieder auf.« (117-II/32)

Aber nicht nur eine Lohnerhöhung in diesem Umfang hält er für notwendig, er fordert auch eine Arbeitszeitverkürzung.

»Die Gewerkschaften müßten auch eine andere Forderung stellen, ich kann mir einfach nicht helfen, aber wenn die immer gegenschnacken, meiner Meinung nach müßten die auch mit der Arbeitszeit runter. Wenn wir alle weniger arbeiten und die wollen dasselbe herstellen, dann müßten die noch irgendwie Leute einstellen, um dasselbe zu erzeugen. Denn wir arbeiten ja weniger in der Zeit und daß die da sagen, das wäre Unsinn, das kann ich nicht begreifen, ehrlich gesagt.« (117-II/34)

Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, die er für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit für notwendig hält, verteidigt er gegen die Argumente der Unternehmer. Eine aktivere Gewerkschaftspolitik soll die gewerkschaftlichen Forderungen durchsetzen.

»Meiner Meinung nach, je mehr ich dann auf die Pauke hauen, lassen sich vielleicht diese Forderungen dann besser durchsetzen.« (117-II/40)

Daß mit »auf die Pauke hauen« nicht nur ein Warnstreik gemeint sein kann, wird deutlich, wenn er seine Motive, an diesen teilzunehmen, schildert.

»Man hat das mitgemacht, weil man dazugehört und sich mitverpflichtet fühlt, das mit durchzusetzen.« (117-II/43)

Er vertritt, wie auch andere Arbeiter, die Auffassung:

»Entweder richtig oder gar nicht.« (117-II/43)

Und er fordert einen flächendeckenden Streik zur Durchsetzung der berechtigten Lohnarbeiterinteressen.

»Ich seh' nur einen Vorteil darin, wenn die Gewerkschaften streiken und meiner Meinung nach nicht schwerpunktmäßig, wie sie es in Baden-Württemberg gemacht haben, sondern generell alle, und dann kommt der Arbeitgeber auch nicht in die Überlegenheit auszusperren.« (117-II/43)

Dieser gewerkschaftliche Vertrauensmann folgert aus seiner bisherigen Krisenerfahrung, daß sich die Arbeiter und ihre Gewerkschaften aktiv für die Schaffung neuer und die Absicherung alter Arbeitsplätze sowie die Verbesserung der Reproduktionsmöglichkeiten einsetzen müßten.

Die Veränderungen der Interessenorientierung, in denen eine aktivere und kämpferischere Interessendurchsetzung im Rahmen der Gewerkschaften vertreten wird, sind auch durch eine veränderte Einschätzung von Handlungschancen bedingt. Die aktive Gegenwehr von Belegschaften und ihrer Interessenvertretung in krisenbetroffenen Betrieben hat einigen Interviewten Handlungsperspektiven aufgezeigt, die sie zu einem größeren Engagement in und mit der Gewerkschaft veranlaßt. Das Bewußtsein, in der Krise etwas zur Wahrung und Durchsetzung der Lohnarbeiterinteressen tun zu müssen, und die Erkenntnis, hierzu auch in der Lage zu sein, hat – gleichsam in einer selbsterfüllten Prophezeiung – die Handlungsmöglichkeiten dieser Interviewten erweitert. Diese Tendenz der Krisenreaktion ist jedoch im empirischen Material sehr viel seltener anzutreffen als die Tendenz zur gewerkschaftlichen Demobilisierung.

Zur Krise der Gewerkschaften

Die Tendenz zur gewerkschaftlichen Demobilisierung drückt sich sehr deutlich in der fast »klassisch« zu nennenden Krisenreaktion aus, die schon in den dreißiger Jahren als »Rückzug aufs Private« beschrieben wurde. Der gewerkschaftliche Aspekt dieses Rückzugs ist besonders bei dem im folgenden zitierten Metallarbeiter stark ausgeprägt, denn seine früheren politischen Aktivitäten und Interessen, auf die er anspielt, waren gewerkschaftlicher Natur; er wurde nach 24 Jahren Betriebszugehörigkeit entlassen und beschreibt nun seine Enttäuschung:

»Aber wenn man so einen Morstritt gekriegt hat, dann fängt man an, sofort anders über die ganze Welt zu denken. Dann nur noch ich, ich, ich, ich, meine Familie, und nichts mehr. Alles andere interessiert mich seitdem überhaupt nicht mehr. Politisch interessiere ich mich überhaupt nicht mehr. Da kann kommen, was will, nicht. Das ist irgendwie vorbei, und da kriegt man dann so einen gewischt, da kann man nicht . . .« (402-II/3)

Die skizzierten Tendenzen zur Resignation und zur stärkeren Delegation der Interessenvertretung an den Gewerkschaftsapparat, kurz die Tendenzen zur Demobilisierung drohen sich weiter zu verstärken. Die Krise hat eine für die Gewerkschaft verhängnisvolle Entwicklung in Gang gesetzt: Das Verhältnis der Mitglieder zum gewerkschaftlichen Apparat wird zunehmend von der Interessenorientierung der Delegation bestimmt, das heißt die Mitglieder, die sich schon bisher in der Regel nur wenig für die Durchsetzung ihrer Interessen selbst eingesetzt haben, sind dazu nun noch weniger bereit und erwarten immer stärker die Durchsetzung ihrer Interessen vom gewerkschaftlichen Apparat. Da sie ja Mitgliedsbeiträge zahlen, meinen sie, Interessenvertretung wie ein Konsumgut, wie eine Versicherungsleistung kaufen zu können. Je weniger die Mitglieder aber selbst zu tun bereit sind, um so weniger ist der Apparat auch in der Lage, Forderungen durchzusetzen. Aus diesem Grund wird die Enttäuschung der Mitglieder weiter zunehmen.

Es handelt sich um eine positive Rückkopplung mit negativer Wirkung: Stärkere Delegationshaltung, geringere Militanz, gesunkene Durchsetzungsfähigkeit, größere Enttäuschung bedingen und verstärken einander gegenseitig.

Hinzu kommt ein weiteres strukturelles Problem: Die Erwar-

tung der Mitglieder richtet sich auf eine globale Interessenvertretung. In der Zeit des Wirtschaftsaufschwungs konnte es so scheinen, als ob die unbestrittenen Erfolge der Gewerkschaft auch die Vollbeschäftigung umfassen würden. In der Krise zeigt sich jedoch, daß die Gewerkschaften die Arbeitsplatzsicherheit nicht garantieren können. Dieser Umstand verstärkt die Enttäuschung der Mitglieder, die nun feststellen, daß die Gewerkschaft nicht das leistet, wofür sie ihrer Ansicht nach vorgesehen ist und die Funktionäre aus den Mitgliedsbeiträgen bezahlt werden. So kann die Enttäuschung der Mitglieder so groß werden, daß sie die kollektive Interessenorientierung aufgeben und aus der Gewerkschaft austreten. Die stark sinkenden Mitgliederzahlen zum Beispiel in den USA und in Frankreich sind ein deutlicher Hinweis auf mögliche Entwicklungen.

Die Grundlage der gewerkschaftlichen Erfolge und der gewerkschaftlichen Stabilität in den sechziger und zum Teil noch in den siebziger Jahren waren unter anderem stabile Austauschbeziehungen zwischen Mitgliedern und gewerkschaftlichem Apparat: Die Mitglieder übertrugen die Interessendurchsetzung an die hauptamtlichen Funktionäre (Delegation), waren aber in den seltenen Konfliktfällen bereit, über die Beitragszahlung hinaus selbst zur Interessendurchsetzung beizutragen, indem sie streikten (Loyalität). Im Austausch erwarteten sie von dem gewerkschaftlichen Apparat die Durchsetzung ihrer Interessen, das heißt vor allem der Interessen an der Sicherheit des Arbeitsplatzes, an höheren Löhnen und an besseren Arbeitsbedingungen. Sie erwarteten und sie erhielten einen bestimmten Schutz, sie gaben dafür Beiträge und Folgebereitschaft.

Der gewerkschaftliche Apparat erhielt also seine finanzielle Grundlage und Gehorsam, übte so auch eine gewisse Herrschaft aus, und gab dafür die Durchsetzung der Lohnarbeiterinteressen. Solche Austauschbeziehungen konstituieren durchaus ein lebendiges Ganzes, das dem einzelnen hohe Identifikationsmöglichkeiten bietet. Dem einzelnen heißt sowohl dem Spitzenfunktionär, der sich als *die* Gewerkschaft fühlt, wenn er in zähen und langwierigen Verhandlungen höhere Löhne durchsetzt, wie auch dem einfachen Mitglied, das durch die Beteiligung an Warnstreiks an dieser Durchsetzung symbolisch partizipiert.

In der Krise bricht dies alles langsam aber sicher auseinander: Die Krise verändert zunächst den Kontext des beschriebenen Austauschs, weil durch sie die ökonomischen Voraussetzungen für die gewerkschaftlichen Erfolge wegfallen. Damit sind jedoch die Bedingungen für das Funktionieren des Austauschs zwischen Mitgliedern und hauptamtlichen Funktionären nicht mehr gegeben und die anhand des empirischen Materials beschriebenen Prozesse setzen ein. Nun zeigt sich, daß die symbolische Partizipation nicht ausreicht, um aus Mitgliedern engagierte Gewerkschafter zu machen. Die Mitglieder sind enttäuscht, weil der Spitzenfunktionär nichts oder zu wenig durchsetzt. Der Spitzenfunktionär setzt zu wenig durch, weil die Mitglieder zu passiv sind. Der Streit, was zuerst war, ist müßig. Wichtig ist dagegen, die Dynamik der positiven Rückkoppelung zu erkennen, die solchen Prozessen innewohnt. Diese Dynamik kann nur gestoppt werden, wenn die Regeln des Austauschs verändert werden oder wenn einer der beiden Austauschpartner sich ändert.

Zu einer solchen Veränderung könnten möglicherweise die Gegentendenzen beitragen, die ebenfalls im empirischen Material festzustellen sind, wenn das auch angesichts ihrer Schwäche unwahrscheinlich ist.

4. Zur Theorie sozialer Deutungsmuster

Das Projekt »Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise« hat soziale Deutungsmuster von Arbeitslosigkeit und Krise zum Gegenstand. Soziale Deutungsmuster stellen einen Zusammenhang verschiedener Argumentationen dar, in denen gesellschaftliche Verhältnisse in einer Form interpretiert werden, die von der gesamten Gesellschaft oder von bestimmten Gruppen geteilt wird. Diese Bedeutung, die gesellschaftlichen Verhältnissen von einer Gruppe von Individuen gegeben wird, verleiht den Deutungsmustern ihren sozialen Charakter und legt fest, wie Probleme in der gesellschaftlichen Realität bewältigt werden.

Die Reaktion auf gesellschaftliche Probleme ist also durch das bestimmt, was von den Betroffenen als Problem angesehen wird. Folgendes Beispiel kann diesen Sachverhalt veranschaulichen: Im Zuge einer Entlassungswelle wird zwei Arbeitern gekündigt; beide reagieren aber hierauf völlig unterschiedlich, sowohl was die Einschätzung der allgemeinen gesellschaftlichen Situation als auch ihr Verhalten hinsichtlich der Durchsetzung ihrer Interessen angeht. Nun könnte man annehmen, daß die gleiche Betroffenheit (Entlassung) auf unterschiedliche Voraussetzungen (z. B. angelernter und Facharbeiter) trifft und von daher für die Betroffenen unterschiedliche Folgen hat, aus denen sich ihre unterschiedlichen Reaktionen erklären ließen.

Aber die Krisenreaktion der Arbeiter ist kein feststehender Reflex auf eine objektive Betroffenheit. Selbst wenn man alle Momente der objektiven Krisenbetroffenheit erfassen könnte, käme man der subjektiven Bedeutung der Betroffenheit nicht näher, und erst die subjektive Interpretation der Krisenbetroffenheit bestimmt die Krisenreaktion. G. Bateson hat in einem Beispiel darauf hingewiesen, daß es einen

Unterschied macht, ob man einen Stein oder einen Hund tritt¹⁷. Der Stein fliegt in der Verlängerung der Bewegung des Fußes weiter, der Hund aber hat eine eigene Energie und er reagiert in bestimmter Weise. So ist auch die Krisenreaktion der Arbeiter kein Reflex auf eine Betroffenheit, die man um so genauer erklären kann, je weiter und intensiver man das Umfeld der Betroffenheit bestimmt hat. Man muß vielmehr fragen – und dies muß man die Betroffenen fragen –, was die Betroffenheit für sie bedeutet, um ihre Reaktion verstehen zu können.

Um gesellschaftliche Probleme wie die Arbeitslosigkeit erklären und hierauf reagieren zu können, produziert das Individuum aber keine privaten, nur für es selbst gültigen Deutungen. Es greift vielmehr auf Deutungsmuster zurück, die bereits vorliegen und eine gesellschaftlich gültige Interpretationsfolie der Krisenbetroffenheit darstellen und eignet sie sich im soziobiographischen Prozeß an. Die Bedeutung, die Arbeitslosigkeit für ein Individuum hat, steht selbst immer in gesellschaftlichen Lebenszusammenhängen und ist erst erklärbar durch die Struktur eines sozialen Deutungsmusters, welches diese Zusammenhänge sinnvoll interpretiert. Soziales Handeln, wie z.B. die Krisenreaktion, kann nicht allein aus sozial-strukturellen Zwängen erklärt werden, denn die soziale Umwelt ist für das Individuum immer schon eine interpretierte und diese Interpretationen stellen handlungsleitende Regeln dar. Dadurch sind, wie Habermas schreibt, »die Bedingungen des Handelns nicht . . . unabhängig von der Interpretation des Handelnden selber gegeben. Zwischen Stimulus und Verhaltensreaktion schieben sich Deutungsschemata, die als solche ermittelt werden müssen, weil sie die Auffassung von Welt ebenso wie die Bedürfnisse präformieren.«¹⁸

Die Deutungen, die die Krisenreaktion der Individuen bestimmen, sind nicht nur für jeden einzelnen gültig, sondern stellen gesellschaftlich typische Muster der Interpretation von Realität dar. Als soziale Deutungsmuster sind sie ein sozial erworbenes Alltagswissen, das nur zu einem Teil in eigenen persönlichen Erfahrungen gründet. Die relative Unabhängigkeit der Deutungsmuster von unmittelbar eigenen Erfahrungen zeigt sich z.B. in den sozialen Topoi. Das sind sprachliche Mittel, durch die Erfahrungszusammen-

hänge ausgedrückt werden. Soziale Topoi sind festgelegte Formeln, wie z. B. »Geld regiert die Welt«, in denen soziale Sachverhalte verdichtet dargestellt werden.

Die Funktion der Topoi ist es, soziale Deutungsmuster sprachlich auszudrücken; sie sind mit diesen aber nicht identisch. So kann der Topos »ein gerechter Lohn für eine gerechte Arbeit« in verschiedenen Deutungsmustern sowohl in zustimmender wie in kritischer Absicht gebraucht werden. Für die soziale Topik haben Popitz/Bahrtdt empirisch nachgewiesen, daß sie in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der persönlichen Lage stehen, sondern sich z. B. auf die gesellschaftliche Situation als Lohnabhängiger allgemein beziehen. So ist in ihrer Untersuchung der Topos »Arbeitslosigkeit« bei Befragten, die mehr als ein Jahr arbeitslos waren, nicht häufiger aufgetreten als bei Befragten, die nie arbeitslos waren¹⁹.

Soziale Deutungsmuster haben eine unterschiedliche Reichweite. Sie stellen für bestimmte Lebensbereiche einen Sinnzusammenhang her und sind keine »universelle Logik« für alle Probleme des alltäglichen Handelns. Es können also für unterschiedliche Lebensbereiche verschiedene Deutungsmuster vorhanden sein. Für die hier dargestellte Untersuchung sind die Deutungsmuster von Interesse, die Arbeitslosigkeit und die Krise und die damit zusammenhängenden Probleme der Interessendurchsetzung von Arbeitern zum Thema haben.

Für diesen Problembereich gibt es verschiedene Deutungsmuster, die miteinander vereinbar sind oder zueinander in Widerspruch stehen. Jedes einzelne Deutungsmuster ist zunächst darauf zu untersuchen, welche Probleme für das Deutungsmuster zentral sind oder welche eher am Rande liegen. So haben z. B. die psychischen und sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit in manchen Deutungsmustern einen hohen Stellenwert, während sie in anderen gar nicht zur Sprache kommen. Derartige Themen haben also eine unterschiedliche thematische Relevanz.

In der Analyse von Deutungsmustern geht es nicht nur darum, die einzelnen Themen, die im Material auftreten, zusammenzustellen, sondern ihren inneren Zusammenhang, die Logik ihrer Verknüpfung darzustellen. Hierdurch soll analysiert werden, nach welchen Regeln der Übereinstim-

mung die einzelnen Elemente in ein Deutungsmuster integriert werden. Denn nur solche Interpretationen werden akzeptiert, die plausibel erscheinen. So erscheint es z.B. in einem Deutungsmuster als plausibel, zur Überwindung der Krise die Löhne allgemein zu senken, während eine solche Forderung in einem anderen Deutungsmuster nicht nur nicht plausibel ist, sondern in dessen Sicht die Krise sogar noch verschärfen würde, weil der Absatz zurückginge.

Die Untersuchung der Kriterien, nach denen eine Deutung als plausibel akzeptiert und damit in ein Deutungsmuster integriert werden kann, ist zugleich eine Untersuchung über die *Veränderungsmöglichkeiten* sozialer Deutungsmuster. Veränderungen im Rahmen der für ein Deutungsmuster bestehenden Geltungskriterien können problemlos vorgenommen werden, wenn eine neue Deutung als grundsätzlich plausibel erscheint. Eine völlige Veränderung oder ein Wechsel des Deutungsmusters wird somit nicht notwendig. Aber auch eine Veränderung des Bewußtseins beruht nicht nur auf einer Veränderung von sozial-strukturellen Bedingungen. Zunächst ist zu klären, warum und wann ein Phänomen überhaupt als deutungsbedürftiges auftritt. So kann eine Zunahme der Arbeitslosenzahlen in einem Deutungsmuster plausibel erklärt werden, während eine derartige Zunahme in einem anderen Deutungsmuster als völlig unwahrscheinlich gilt. Wenn die Arbeitslosigkeit nun tatsächlich zunimmt, so steht nur das letztere Deutungsmuster vor der Schwierigkeit, die krisenhafte ökonomische Veränderung nicht zu verstehen. Es ist daher anzunehmen, daß bei gleicher objektiver Krisenbetroffenheit unterschiedliche Deutungsmuster zu unterschiedlichen Reaktionen führen.

Die jeweilige Interpretationslogik des Deutungsmusters, also die Kriterien, die ein Problem als thematisch relevant und eine Deutung als plausibel erscheinen lassen, strukturieren selbst etwaige Veränderungen mit. Die Beziehungen zwischen den objektiven ökonomischen Veränderungen und subjektivem Bewußtsein können nicht auf ein schlichtes Kausalverhältnis reduziert werden, in dem die ersteren das letztere bedingen.

Soziale Deutungsmuster entspringen nicht aus individuellen Erfahrungen, sie sind gesellschaftlich gültige Interpretationsfolien, die den individuellen Erfahrungen vorausgesetzt sind

und mit deren Hilfe das Individuum seine Erfahrungen verarbeitet, um auf alltägliche Probleme in sozial verbindlicher Form reagieren zu können. Nun zeigt die empirische Untersuchung von sozialen Deutungsmustern, daß sie in sich selbst differenziert sind. Es finden sich zum einen Vorstellungen von gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen, die einen hohen Allgemeinheitsgrad haben. Beispiele hierfür sind die ökonomische Krise und die allgemeine Arbeitslosigkeit, der technische Fortschritt und Rationalisierungen im Produktionsprozeß, Weltmarktprobleme und so weiter. Diese Phänomene sind als solche zwar erfahrbar, indem man hierüber Informationen aus den Medien bezieht, oder die Erfahrung ist eine konkretere, wie sie der einzelne zum Beispiel auf der betrieblichen Ebene machen kann. Von den abstrakten gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen muß der einzelne sich also ein Bild machen, ohne jedoch unmittelbar auf diese Zusammenhänge zurückwirken zu können. Daher sind die Gesellschaftsbilder, die eine Interpretation dieser Zusammenhänge darstellen, für den einzelnen auch nicht unmittelbar handlungsrelevant. Aus diesen alltagstheoretischen Erklärungen gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge kann daher nicht umstandslos auf eine »entsprechende« Alltagspraxis geschlossen werden. Vielmehr sind in sozialen Deutungsmustern auch alltagspraktische Orientierungen enthalten, die sich nicht auf gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge, sondern auf das konkrete Verhalten im Betrieb, in der Familie und so weiter beziehen.

Der Unterschied zwischen Gesellschaftsbildern und alltagspraktischen Orientierungen kann sehr weit gehen. So schreiben z. B. Popitz u. a. über die Vorstellungen der Menschen von der Gesellschaft: »Sie können ein Eigenleben entwickeln und eine selbständige zweite Welt über der zugänglichen und vertrauten schaffen, die als »soziale Bildwelt« sich gegenüber jeder Veränderung der eigenen Situation behauptet. Die Diskrepanz zwischen dem eigenen Erlebnisbereich und den gesellschaftlichen Wirkungszusammenhängen wird einfach dadurch beantwortet, daß überhaupt nicht mehr der Versuch unternommen wird, beide in einen Zusammenhang zu bringen. Wird diese Trennung wirklich konsequent vollzogen, so ergibt sich sogar eine ungewöhnliche Dauerhaftigkeit der gesellschaftlichen Verortung.«²⁰

Wenn der Unterschied derart weitgehend ist wie hier beschrieben, dann hat dies auch Auswirkungen auf die Veränderung des Bewußtseins in der Krise. Je weniger die Gesellschaftsbilder mit den alltagspraktischen Orientierungen vermittelt sind, um so weniger sind sie durch eigene Erfahrungen veränderbar. Veränderungen sind dann eher mit den an alltagspraktischen Erfahrungen gebundenen Orientierungen zu erwarten.

Die Differenzierung der Bewußtseinsstrukturen in Gesellschaftsbilder und alltagspraktische Orientierungen ist bei Popitz u. a. implizit zwar angelegt, geht dort aber nicht in die Darstellung der Gesellschaftsbilder mit ein, so daß auch nicht der Versuch einer systematischen Vermittlung gemacht wird. So findet sich bei ihnen auch nicht der Begriff der alltagspraktischen Orientierungen. Zu kritisieren ist an Popitz u. a., daß sie ihre Unterscheidung auf einer eher passiven Erfahrbarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse gründen. Ihre Konstruktion beruht auf einer Analogisierung objektiver (gesellschaftlicher) und subjektiver (individueller) Strukturen. Sie sehen die Gesellschaft geteilt in einen Bereich, der für die Individuen unmittelbar erfahrbar ist (z. B. ihre alltägliche Arbeitssituation), und einen Bereich komplexer gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge, die der unmittelbaren Erfahrung entzogen sind.

Die Zweiteilung der Gesellschaft in einen der unmittelbaren Erfahrung zugänglichen und einen ihr entzogenen Bereich wird jedoch behauptet und implizit zugleich zurückgenommen, wenn die Autoren schreiben: »Jenseits des eigenen Erlebnisbereiches beginnt eine andere Welt, die auf den Arbeiter einwirkt, an den er aber nicht heranreicht.«²¹ Wenn etwas auf den Arbeiter »einwirkt«, dann liegt es auch in seinem eigenen Erlebnisbereich. Blicke die Unterscheidung, daß »eine Welt an den Arbeiter«, er im Gegensatz dazu aber nicht an diese heranreicht. Diese letztere Unterscheidung kommt der Sache näher. Der Arbeiter kann eben auf komplexe und auch abstrakte Verhältnisse, die durchaus in seiner Erfahrung liegen, nicht unmittelbar zurückwirken. Die Unterscheidung von Gesellschaftsbild und alltagspraktischen Orientierungen, wie sie in der Studie über das »Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise« vorgenommen wird, ist also nicht auf Unterschiede in einer eher passiven Erfahrbar-

keit, sondern auf Unterschiede in der subjektiven Relevanz für alltagspraktisches Handeln begründet. Der Fehler von Popitz u.a. liegt darin, eine einseitige Beziehung von den gesellschaftlichen Verhältnissen, die als mehr oder weniger erfahrbar dargestellt werden, zu den Bewußtseinsstrukturen anzunehmen, wobei diese Unterscheidung im Bewußtsein als Analogie wieder auftaucht. Tatsächlich besteht hier jedoch ein Regelzusammenhang, in dem die Individuen auf die Gesellschaft zurückwirken. Die Unterscheidung von Gesellschaftsbildern und alltagspraktischen Orientierungen ist keine der Erfahrbarkeit, sondern der Handlungsrelevanz der Bewußtseinsstrukturen.

Hinter der Differenz von Gesellschaftsbildern und alltagspraktischen Orientierungen steht also letztlich die von Theorie und Praxis. Gesellschaftsbilder sind die – wie auch immer unzulänglichen – Theorien der Individuen von den gesamtgesellschaftlichen Strukturzusammenhängen, während die Alltagspraxis sich an deren empirisch konkreten Erscheinungsformen orientieren muß. Indem das Gesellschaftsbild sich auf eine reale Abstraktion bezieht, kann es nicht unmittelbar handlungsorientierend sein, weil – wie Hegel schreibt – »das Handeln für sich einen besonderen Inhalt und bestimmten Zweck erfordert.«²² Hegel zufolge setzt Handeln einen *besonderen* Inhalt voraus, auf den es sich mit *bestimmten* Zwecken bezieht; es besitzt eine Verbindlichkeit also in den empirisch konkreten Situationen des Alltags, während sich Gesellschaftsbilder auf die abstrakte Allgemeinheit der Gesellschaft beziehen. Das gleiche Verhältnis wird von Hegel in dem folgenden Beispiel beschrieben: »Es ist dies dieselbe Frage, die an Jesus gerichtet wurde, als man von ihm wissen wollte, was getan werden solle, das ewige Leben zu erlangen; denn das Allgemeine des Guten, das Abstrakte, ist als Abstraktes nicht zu vollbringen. Es muß dazu noch die Bestimmung der Besonderheit erhalten.«²³

Selbst wenn zwischen Gesellschaftsbildern und alltagspraktischen Orientierungen kein radikaler Bruch besteht, sind Gesellschaftsbilder nicht direkt handlungsorientierend, denn das Individuum kann ja nicht unmittelbar auf die Verhältnisse in der Form einwirken, wie sie Gegenstand der Gesellschaftsbilder sind. Auch das enorm handlungsrelevante Gesellschaftsbild der Sozialisten²⁴ in der Untersuchung von

Popitz u. a. ist nicht unmittelbar handlungsleitend. Es entfaltet seine Handlungsrelevanz erst, indem es in einer alltagspraktischen Orientierung auf verbindliches Handeln hin konkretisiert wird. So wollen diese Arbeiter ihre Vorstellungen von gesellschaftlich notwendigen Veränderungen durch ihr praktisches Handeln im Rahmen von Gesellschaft und Partei realisieren. Neben ihren Gesellschaftsbildern müssen sie also konkrete Vorstellungen darüber haben, wie sie in alltäglichen Situationen mit anderen zusammen verbindlich handeln wollen.

Die Analyse der inneren Struktur sozialer Deutungsmuster, d.h. des Zusammenhangs von Gesellschaftsbildern und alltagspraktischen Orientierungen, gibt jedoch noch keinen Aufschluß über die Bedeutung und Dynamik, die diese sozialen Deutungsmuster für das Individuum selbst haben. Individuelle Bewußtseinsstrukturen sind keineswegs nur Ansammlungen verschiedener Deutungsmuster. Soziale Deutungsmuster sind den Individuen ja vorausgesetzt und haben eine gesellschaftlich gültige Bedeutung. Das Individuum muß sich daher die sozialen Deutungsmuster aneignen und sie dabei in einen für sich selbst widerspruchsfreien Zusammenhang bringen, wodurch erst seine ihm eigentümliche soziale Identität hergestellt wird. Diesen individuellen Zusammenhang stellen die subjektiven Verarbeitungsstrukturen dar.

Die sozialen Deutungsmuster beziehen sich auf bestimmte Lebensbereiche, wie z.B. den Betrieb oder die Familie, worin durchaus widersprüchliche Handlungsanforderungen liegen können. Diese Widersprüche kann das Individuum zwar nicht aufheben, muß sie aber so verarbeiten, daß es sich selbst als identisches gegenüber widersprüchlichen Anforderungen behaupten kann. Auch wenn dies selten vollständig gelingt und ein für das Individuum subjektiv widerspruchsfreier Zusammenhang meist nur in Annäherung erreicht wird, so ist das Streben danach doch die Grundlage für die Identität des Individuums; dieses Streben verhindert, daß es in relativ unvermittelte soziale Rollen auseinanderfällt.

Die subjektiven Verarbeitungsstrukturen sind zum einen Resultate der bisherigen Lebensgeschichte, zum anderen sind sie aber auch notwendige Voraussetzungen für die

zukünftige Auseinandersetzung mit gesellschaftlicher Realität. Aus dieser subjektiven Grundlage der Auseinandersetzung mit gesellschaftlicher Realität ergeben sich die konkreten Formen, in denen das Individuum in seiner Praxis alltägliche Probleme bewältigt. Die subjektiven Verarbeitungsstrukturen strukturieren in spezifischer Weise die alltagspraktischen Orientierungen und das Gesellschaftsbild, ohne in diesen vollständig aufzugehen. Verschiedene alltagspraktische Orientierungen und Gesellschaftsbilder werden in einen Zusammenhang gebracht, der für das Individuum subjektiv plausibel ist. Subjektive Verarbeitungsstrukturen bestimmen also die individuelle Aneignung und Reproduktion der sozialen Deutungsmuster. Umgekehrt bieten aber auch die sozialen Deutungsmuster dem Individuum die Möglichkeit, seine individuellen Konflikte in gesellschaftlich akzeptierten Formen zu bearbeiten. Unter dem Zwang der gesellschaftlichen Verhältnisse erfährt das Individuum Versagungen seiner Bedürfnisse, die zu – meist unbewußten – psychischen Konflikten und Spannungen führen. Die verschiedenen Formen der Krisenbetroffenheit verstärken diese Versagungen und die daraus resultierenden Konflikte, so daß zum Teil die bisher vorhandenen Formen ihrer Verarbeitung nicht mehr ausreichen und nach neuen Formen der Konfliktverarbeitung gesucht werden muß.

In diesem Zusammenhang können bestimmte Deutungsmuster eine wichtige Funktion erfüllen; sie bieten dem Individuum Interpretationsschemata an, die es in spezifischer Weise entlasten. Individuelle Konflikte, zum Beispiel Existenzangst und Bedrohung der Identität durch Arbeitslosigkeit, werden in gesellschaftlich angebotenen Konfliktkanalisierungen aufgegriffen und so vergesellschaftet, daß das Individuum seine individuelle Pathologie gefahrlos, das heißt in sozial akzeptierter Form ausagieren kann. Das Individuum wird gewissermaßen von seiner privaten Neurose »befreit« und kann sich in der kollektiven Pathologie aufgehoben fühlen. Ausländerhaß und Antisemitismus sind zwei besonders prägnante Beispiele für dieses Zusammenspiel von gesellschaftlich angebotenen Konfliktkanalisierungen und (unbewußter) individueller Struktur.

Wenn soziale Deutungsmuster diese Funktion der Kanalisierung haben, nehmen sie den Charakter von Klischees an,

was sich sowohl in ihrer endlosen Wiederholung auf subjektiver Ebene als auch in ihrer gleichförmigen massenhaften Erscheinung dokumentiert. Aber nicht in jedem Fall haben die sozialen Deutungsmuster den Charakter von Klischees. Wenn soziale und individuelle Konflikte nicht stillgestellt, sondern die aufgeworfenen Probleme in der Vermittlung von individuellen Bedürfnissen und kollektiven Normen zum Thema gemacht werden, dann haben soziale Deutungsmuster als Interpretation gesellschaftlicher Realität auch nicht den Charakter von Klischees. Sie erfüllen dann eine produktive Funktion für die Bearbeitung individueller und gesellschaftlicher Konflikte.

Diese beiden idealtypischen unterschiedenen Verarbeitungsformen bilden die Grundlage für zwei verschiedene Formen der Wahrnehmung von Krise und Arbeitslosigkeit. In dem ersten Untersuchungsbericht²⁵ werden diese Formen der Krisenwahrnehmung anhand des empirischen Materials beschrieben und als reduktionistische und thematisierende Form der Wahrnehmung gekennzeichnet. Die reduktionistische Krisenwahrnehmung zeichnet sich grundsätzlich durch ihren stereotypen Charakter aus, das heißt die Erklärungen der Ursachen von Krise und Arbeitslosigkeit stehen als öffentliche Stereotype zur Verfügung und können ohne viel Reflexion abgespult werden. Beispiele solcher Argumentationen sind: Die Arbeitslosigkeit würde nur dramatisiert, die Arbeitslosen seien selber schuld, man müsse nur die Ausländer »rausschmeißen«.

Gesellschaftliche Probleme werden auf derart standardisierte Erklärungsmuster reduziert, daher nennen wir diese Wahrnehmungsformen reduktionistisch. Der Reduktionismus besitzt für die Individuen seine entscheidende Bedeutung darin, daß er ihre soziale Identität bestätigt und stützt. Arbeitslosigkeit ist für Lohnabhängige dann kein »wirkliches Problem, die Arbeitslosen sind nur zu faul zum arbeiten« oder für Deutsche gibt es »deutsche Arbeitsplätze genug«. Somit ist auch nicht daran zu zweifeln, daß man sich als Lohnarbeiter jederzeit angemessen reproduzieren könne. Diese selbstverschriebene Sicherheit kann jedoch die zugrunde liegende latente Verunsicherung nicht nur nicht verbergen, sie ist gerade ihr Ausdruck. Die reduktionistische Wahrnehmung hat für das Individuum die Funktion, die

objektive Gefährdung nicht zum Thema zu machen, sondern sie psychisch so zu verarbeiten, daß sie die Identität als Lohnarbeiter stärkt und nicht in Frage stellt. Daher wird die Gefährdung durch Arbeitslosigkeit zum Beispiel entweder verleugnet und dadurch direkt reduziert oder als Problem auf »Sündenböcke« abgewälzt.

Genau entgegengesetzte Verarbeitungsmechanismen kennzeichnen die thematisierende Wahrnehmungsform. Sie macht die schwerwiegenden Auswirkungen von Arbeitslosigkeit und Krise für *alle* Lohnarbeiter zum Thema. Die finanziellen, sozialen und psychischen Folgen der Arbeitslosigkeit werden nachdrücklich angesprochen. Die Verschärfung der Konkurrenz der Lohnarbeiter untereinander wird in ihrer negativen Wirkung beschrieben und dabei auch auf die zugrunde liegenden Verhältnisse einer Gesellschaft eingegangen, in der Arbeitskraft bloße Ware ist. Diese thematisierende Wahrnehmung stellt die Identität der betreffenden Lohnarbeiter auf eine harte Probe, denn sie verlangt das Aushalten von Angst; sie ist daher auch sehr viel seltener anzutreffen als die reduktionistische Form der Wahrnehmung.

Die sozialen Deutungsmuster, die Gegenstand der vorliegenden Untersuchung sind, haben ihren gemeinsamen Bezugspunkt in der Verarbeitung von Arbeitslosigkeit und ökonomischer Krise. Dabei geben einzelne Motive, wie zum Beispiel die Forderung nach Rückführung der ausländischen Arbeitnehmer in ihre Heimatländer zwar einen Hinweis auf bestimmte soziale Deutungsmuster, ihre jeweilige Bedeutung entfalten sie aber erst im Zusammenhang des Interviewtextes und damit im Zusammenhang verschiedener Argumentationsfiguren, die als zusammenhängende Struktur ein soziales Deutungsmuster charakterisieren.

Auch wenn die vorgestellten Deutungsmuster mit Arbeitslosigkeit und Krise ein gemeinsames Thema haben, so unterscheiden sie sich doch dadurch, daß für sie die alltagspraktischen Orientierungen, das Gesellschaftsbild und die subjektiven Verarbeitungsstrukturen von je unterschiedlicher Relevanz sind. Diese Bewußtseinsstrukturen kommen zwar in einem Deutungsmuster immer zugleich vor, aber eine bildet aufgrund ihrer besonderen Relevanz den Kern des Deutungsmusters. Aus dem Kern entwickelt sich die für das

Deutungsmuster charakteristische Argumentationsabfolge; er hat also eine generative Funktion. Im folgenden wird kurz dargestellt, welche generativen Kerne sich in den jeweiligen Deutungsmustern finden.

Im Zentrum der Deutungsmuster »*Ökonomische Strukturen*«, »*Kapital und Arbeit*« und »*Fatalismus*« liegen Gesellschaftsbilder, die Popitz/Bahrtdt bereits in ihrer Untersuchung über das »Gesellschaftsbild des Arbeiters« feststellen konnten. Zwar kommen im empirischen Material der vorliegenden Untersuchung auch andere Gesellschaftsbilder als solche mit einer dichotomischen Struktur vor, aber nicht als generative Kerne der sozialen Deutungsmuster. In den Gesellschaftsbildern, die eine generative Funktion haben, in Deutungsmustern also die Argumentationsabfolge bestimmen, dominiert eine Betrachtung der Arbeit, in der von ihrer konkret-nützlichen Form abstrahiert wird. An der Arbeit wird ihre abstrakte Nützlichkeit für den Erhalt der gesamten Gesellschaft hervorgehoben. Auf der Grundlage dieser Betrachtungsweise der Arbeit als abstrakt-nützliche wird eine Verortung »der« Arbeiter im gesellschaftlichen Gefüge vorgenommen. Dies ist der insgesamt vorherrschende Aspekt.

Hieraus resultiert das Bewußtsein der gesellschaftlichen Zusammengehörigkeit aller Lohnarbeiter und ihres Gegensatzes gegen »die da oben«, die von ihrer Arbeit leben. Ist die abstrakt-nützliche Arbeit der dominierende Aspekt eines Gesellschaftsbildes, so ergibt sich hieraus also eine Dichotomie der Gesellschaft. Die Gesellschaft kann nur existieren, weil eine Gesellschaftsklasse für alle produktiv arbeitet und diese Klasse gerade damit von allen anderen Klassen abgegrenzt ist.

Das derart bestimmte Gesellschaftsbild ist identisch mit dem von Popitz u. a. beschriebenen dichotomischen Gesellschaftsbild, welches inhaltlich zentriert ist auf den abstrakt nützlichen Charakter der Arbeit: »Die Arbeiterschaft hat etwas zu bieten, das dem Kapital – dem toten Kapital – zumindest ebenbürtig, wenn nicht überlegen ist: die Arbeit – ›menschliche Arbeit‹. Sie wird verstanden als körperliche Arbeit, d. h. diejenige menschliche Tätigkeit, die am sinnfälligsten ›Arbeit‹ ist; also produktive Arbeit, d. h. eine unmittelbar wertschaffende Leistung; also primäre Arbeit, d. h.

eine Funktion, die für die anderen, für die Gesellschaft, eine fundamentale Voraussetzung ihrer Existenz schafft.«²⁶

Kennzeichnend für die Deutungsmuster »*Kapital und Arbeit*« und »*Unterwerfung*« ist die hohe Relevanz der Interessenorientierung, die im ersten Falle eine kollektive, im zweiten eine individualistische ist. Wenn das Bewußtsein eines Arbeiters nur durch die Wahrnehmung des Tauschaktes, der Leistungsabhängigkeit seines Lohnes und etwaiger Vorteile bestimmt ist, die er sich durch besondere Anstrengungen verschaffen kann, dann wird er versuchen, seine Interessen individualistisch, d.h. auf sich selbst gestellt zu vertreten. Wenn er jedoch erkennt, daß der einzelne Lohnarbeiter nur geringe Durchsetzungschancen hat, wenn er also stärker die Gemeinsamkeit der Abhängigkeit vom Unternehmer, der Arbeitssituation, kurz die gemeinsame Lage der Lohnarbeiter sieht, dann wird er es für richtig halten, daß die Lohnarbeiterinteressen kollektiv vertreten werden.

Im thematischen Kern des Deutungsmusters »*Politik als Krisenursache*« steht eine Staatsorientierung, die an den Staat die Erwartung richtet, negative Wirkungen der Konkurrenz für die Reproduktion der Lohnarbeiter zu beseitigen. Diese Erwartung unterstellt ein entsprechendes Handlungspotential des Staates: in ihm wird die Instanz zur Regulierung und Aufrechterhaltung der Konkurrenz gesehen. Aus dieser Funktion des Staates, den Fortbestand der Gesellschaft zu sichern, leitet sich der Anspruch der Lohnarbeiter her, daß der Staat diese Leistung auch für sie, weil sie integraler Bestandteil der bürgerlichen Gesellschaft sind, erbringen muß.

Diesen Erwartungen an staatliches Handeln ist die Annahme gemeinsam, daß der Staat sich zum einen in einer Position der Unabhängigkeit vom ökonomischen Prozeß befindet und zum anderen durch die Steuern über die finanziellen Mittel und aufgrund seines Gewaltmonopols über die notwendigen Zwangsmittel verfügt, denn ohne diese Eigenschaften könnte er nicht regulierend in die Konkurrenz eingreifen. Die unterschiedlichen Erwartungshaltungen gegenüber dem Staat setzen somit alle die Trennung von Gesellschaft und Staat und das Gewaltmonopol des Staates voraus.

Die Trennung von Staat und Gesellschaft stellt die Grundlage für die zwei fundamentalen Staatsorientierungen dar,

die das Verhältnis von Staat und Gesellschaft jeweils von dem Standpunkt des Staates oder von dem der Gesellschaft, oder genauer von dem des Staatsbürgers und dem des Privatmannes aus betrachten. Die bürgerliche Gesellschaft ist nicht nur in Staat und Gesellschaft (»civil society«) verdoppelt, auch das bürgerliche Individuum ist durch die Verdoppelung in Staatsbürger und Privatmann (»citoyen« und »bourgeois«) bestimmt.

Die jeweils stärkere Ausprägung des einen oder anderen Moments bestimmt die ihm zuzuordnende Staatsorientierung: Der »Privatmann« hat als primären Bezugspunkt die Unmittelbarkeit des Individuums in der Gesellschaft. Er sieht die Konkurrenz als prinzipiell selbstregulierend und funktionsfähig an; das bedeutet für den einzelnen Konkurrenten, daß er, wenn er will und sich anstrengt, in der Lage ist, für sich selbst zu sorgen. Jeder ist für sich selbst verantwortlich und wenn alle nach dieser Maxime handeln, funktioniert der gesellschaftliche Zusammenhang.

Diese Orientierung unterstellt die Selbstregulierungsfähigkeit der ökonomischen Beziehungen; die Eingriffe des Staates in die Konkurrenz – ob sie nun autoritärer Natur seien oder demokratischen Regeln folgen sollen – dienen nur dazu, die entweder durch ihn selbst oder durch andere Ursachen entstandenen Störungen im gesellschaftlichen Prozeß zu beheben.

Während die Staatsorientierung des »bourgeois« das Verhältnis von Staat und Gesellschaft aus der Perspektive der Gesellschaft als »civil society« heraus interpretiert, geht die Orientierung des »citoyen« von der Perspektive der staatlichen Ebene aus.

Die Staatsorientierung des »citoyen« basiert auf der Annahme eines von den unmittelbaren Privatinteressen getrennten, höherwertigen Allgemeininteresses, welches sich in der vom Egoismus beherrschten »civil society« von selbst gar nicht durchsetzen könne. Vordringliche Aufgabe des Staates ist es also, dieses Allgemeininteresse gegen die einzelnen Privatinteressen durchzusetzen. Nur er ist dazu in der Lage, weil er »über« der Gesellschaft und damit über den Privatinteressen steht. Erwartungen an den Staat sind also hier bestimmt durch die Vorstellung einer umfassenden Regulierungsfähigkeit des Staates gegenüber der Gesell-

schaft, zum Beispiel einer Regulierung des ökonomischen Prozesses durch wirtschaftspolitische Maßnahmen, ob sie nun von Keynes oder planwirtschaftlichen Modellen inspiriert sind. Beide Varianten dieser Staatsorientierung finden sich im Deutungsmuster »Politik als Krisenursache«; in ihrer je spezifischen Ausprägung bestimmen sie die Argumentationsstruktur dieses Deutungsmusters.

Im generativen Kern der Deutungsmuster der »direkten Reduktion«, der »Unterwerfung« und der Suche nach »Sündenböcken« stehen subjektive Verarbeitungsstrukturen, die auf der einen oder anderen Form der Bearbeitung von Existenzangst beruhen. Diese Aufgabe erfüllen die genannten Deutungsmuster, indem sie die Bedrohung durch Arbeitslosigkeit bagatellisieren, indem sie durch Unterwerfung den Aggressor besänftigen wollen oder indem sie die Bedrohung personalisieren, was dann gestattet, vom Angegriffenen zum Angreifer zu werden; die Bedrohung wird auf Sündenböcke projiziert und die Aggression auf sie gerichtet.

Soziale Deutungsmuster lassen sich also nicht hinreichend erklären, wenn man ihre psychische Funktion nicht berücksichtigt, die in den subjektiven Verarbeitungsstrukturen begründet ist. Da in der bürgerlichen Gesellschaft die gesellschaftlichen Konflikte soweit wie möglich in das Individuum verlagert werden, ist es notwendig, die psychische Ebene der subjektiven Verarbeitungsstrukturen in die Analyse einzubeziehen. Nur so ist es möglich, die Verschleierung der gesellschaftlichen Konflikte, die durch ihre Individualisierung geschieht, zu durchschauen und der Kritik zugänglich zu machen.

Die gegenwärtige Krise und die durch sie verursachte Arbeitslosigkeit sind eine außerordentliche Bedrohung für die Lohnabhängigen – nicht nur in materieller Hinsicht, weil sie ihre Reproduktion gefährden, sondern auch in psychischer Hinsicht, weil sie ihre Identität als produktiv Arbeitende, als Lohnarbeiter in Frage stellen.

Die reduktionistischen Verarbeitungsstrukturen verweisen auf diese tiefgehende Verunsicherung, die nicht nur eine aktuelle, durch die Krise ausgelöste und deshalb mit der Krise wieder verschwindende ist. Vielmehr wird die wirtschaftliche Unsicherheit der Lohnarbeiterexistenz, die in den Strukturen dieser Gesellschaft angelegt ist, durch die Krise

an den Tag gebracht und verstärkt. Aus ihr folgt für die Lohnarbeiter eine grundlegende Existenzangst, die durch Krisenbetroffenheit aktualisiert wird und dann die subjektive Verarbeitung der sozialen Realität bestimmt.

Entscheidend ist, wie mit dieser Existenzangst umgegangen wird. Wird sie verdrängt, wie es bei der Mehrzahl der Interviewten geschieht, so hat dies Konsequenzen für die Form der Krisenwahrnehmung. In der reduktionistischen Krisenwahrnehmung wird die Existenzangst verdrängt und die objektive Krisenrealität geleugnet, bagatellisiert oder personalisiert. Die Existenzangst ist damit als solche nicht mehr erfahrbar, aber als verdrängte bleibt sie gleichwohl weiter wirksam.

Reduktionistische Verarbeitungsstrukturen bilden eine Art unbewußter psychischer Zensurschranke, durch die die objektive Bedrohung in der Krise so verarbeitet wird, daß die Identität des einzelnen nicht in Frage gestellt wird. Die reduktionistischen Verarbeitungsstrukturen sind selbst Strukturen der Gesellschaft und als solche bereits vorhanden und vielfach bekräftigt. Sie haben daher keineswegs einen sozial isolierenden Charakter, denn die identitätsstabilisierende Funktion beruht gerade darauf, die Verunsicherung der Identität in gesellschaftlich akzeptierten Formen aufzufangen.

Die Deutungsmuster, die als generativen Kern reduktionistische Verarbeitungsstrukturen haben, stellen eine kollektive Verhärtung gegenüber einer identitätsbedrohenden Krisenbetroffenheit dar. Sie werden damit zu einer Weltanschauung, die den Vereinzelt suggeriert, ihre Verunsicherung könne in einer kollektiven Sicherheit aufgefangen werden. »Die weltanschauliche Idee löst die Spannung innerhalb der Persönlichkeit, sie verspricht die Lösung der aktuellen Konflikte und hebt fatal die Isolierung der einzelnen auf. Sie liefert kulturelle Deutungsmuster, die ebenso undurchschaubar wie unangreifbar sind, weil Triebwunsch und soziale Handlungsanweisung zu einer schlechten, wiewohl stabilen Einheit verquickt sind. Je stärker die Irritation der sozialen Lage ist, desto stürmischer wird das Verlangen nach der Droge ›Weltanschauung‹.«²⁷

Soziale Deutungsmuster haben einen kollektiven Charakter und sind nicht mit individuellen Bewußtseinsstrukturen identisch. Die sozialen Deutungsmuster finden sich in den

individuellen Deutungsmustern in jeweils besonderer Form wieder. Zwar ist bei den interviewten Arbeiterinnen und Arbeitern immer ein Deutungsmuster dominant, aber in einem Interview finden sich auch andere Deutungsmusterelemente, das heißt Argumentationsfiguren aus anderen Deutungsmustern, die mit dem dominanten Deutungsmuster vereinbar sind.

Die sozialen Deutungsmuster besitzen gegenüber den individuellen Bewußtseinsstrukturen eine relative Autonomie und damit eine selbständige soziale Bedeutung. Ihr kollektiver Charakter ist jedoch keineswegs so zu verstehen, daß sie Ausdruck einer gemeinsamen gesellschaftlichen Lage seien und zum Beispiel spezifischen Segmenten des Arbeitsmarktes zugeordnet werden könnten. Soziale Deutungsmuster sind nicht bestimmt durch ein von ihnen unabhängig feststellbares Kollektiv, sondern sie sind selbst Konstitutionselemente sozialer Kollektive. Ein individueller Wechsel von Deutungsmustern ist also deutlich zu unterscheiden von einer Veränderung der Deutungsmuster selbst.

Es sind selbstverständlich mehr als die dargestellten sieben Deutungsmuster zu den Problemen von Krise und Arbeitslosigkeit möglich. Diese stellen nur das im empirischen Material vorhandene Spektrum dar. Die Reihenfolge der Darstellung orientiert sich an den mehr thematisierenden oder mehr reduktionistischen Momenten der Deutungsmuster. Die Deutungsmuster »Ökonomische Strukturen« und »Kapital und Arbeit« haben thematisierende Ansätze sowohl hinsichtlich der gesellschaftlich bedingten Ursachen von Arbeitslosigkeit und Krise wie auch für die Folgen bei den Lohnabhängigen. Bei den Deutungsmustern »Fatalismus«, »Politik als Krisenursache« und »Direkte Reduktion« ist die psychische Abwehr der Krisenbetroffenheit ausschlaggebend. Entweder wird die Betroffenheit als unabwendbares Schicksal begriffen, oder im Staat wird der Verursacher und gleichzeitige Helfer gesehen, oder eine mögliche Betroffenheit wird schlicht geleugnet.

Die Deutungsmuster »Unterwerfung« und »Sündenböcke« sind ebenfalls durch reduktionistische Abwehrstrukturen geprägt, in denen die Betroffenheit in einer starken Aggressivität zum Ausdruck kommt. Die Aggression richtet sich im Deutungsmuster »Unterwerfung« gegen die Interviewten

selbst und die Lohnabhängigen generell, im Deutungsmuster »Sündenböcke« gegen Arbeitslose und ausländische Arbeitnehmer.

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu ausführlicher Zoll (Hg.), »Hauptsache, ich habe meine Arbeit«, Krisenangst und Identität von Arbeitern, Frankfurt a. M. 1984.
- 2 H. Popitz u.a., Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, Tübingen 1957, S.83
- 3 Ebenda, S.84.
- 4 Ebenda, S.200.
- 5 Ebenda, S.197.
- 6 Ebenda, S.201 ff.
- 7 Anna Freud, Das Ich und die Abwehrmechanismen, München 1972.
- 8 »Der Terminus Sündenbock stammt aus dem hebräischen Ritual, das im 3. Buch Moses - Leviticus (16:20-22) beschrieben wird. Am Tage des Versöhnungsfestes wurde durch Los eine lebendige Geiß ausgewählt. Der hohe Priester, in leinene Gewänder gehüllt, legte beide Hände auf den Kopf der Geiß und bekannte über sie die Verfehlungen der Kinder Israels. Wenn so die Sünden des Volkes symbolisch auf das Tier übertragen waren, führte man es hinaus in die Wüste und ließ es laufen. Das Volk fühlte sich gereinigt und schuldlos für die kommende Zeit.« (D. W. Allport, Die Natur des Vorurteils, Köln 1971, S.251.)
- 9 Th. W. Adorno, Die Freud'sche Theorie und die Struktur der faschistischen Propaganda, in: ders., Kritik. Kleine Schriften zur Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1971, S. 56.
- 10 S. Freud, Massenpsychologie und Ich-Analyse, in: Das Unbewußte. Schriften zur Psychoanalyse, Frankfurt a. M. 1963, S.264.
- 11 Th. W. Adorno, Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt a. M. 1982, S.116.
- 12 Ebenda, S. 52.
- 13 W. Lempert, Taylorisierung der Verantwortung. Der Beitrag großbetrieblicher Arbeitsorganisation zur Ausbildung destruktiver Potentiale, aus: Frankfurter Hefte, 38. Jg., Heft 8, August 1983, S. 19.
- 14 Th. W. Adorno, a. a. O., S. 124.
- 15 E. Fromm, Autorität und Familie. Sozialpsychologischer Teil, Paris 1936, S.121/122.
- 16 Vgl. L. Hack u.a., Leistung und Herrschaft, Frankfurt a. M./New York 1979, S.100ff.
- 17 G. Bateson, Ökologie des Geistes, Frankfurt a. M. 1983, S.303.
- 18 J. Habermas, Zur Logik der Sozialwissenschaften, Frankfurt a. M. 1970, S.199.
- 19 H. Popitz u.a., a. a. O., S.81 f.

- 20 Ebenda, S. 3.
- 21 Ebenda, S. 205.
- 22 G. W. F. Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts, Frankfurt a. M. 1970, §134.
- 23 Ebenda.
- 24 Typus 5: Die Reformen der Gesellschaftsordnung – eine Mission der Arbeiterbewegung.
- 25 Siehe R. Zoll (Hrsg.), Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise I, Köln 1981.
- 26 H. Popitz u. a., a. a. O., S. 238.
- 27 A. Lorenzer, Das Konzil der Buchhalter, Frankfurt a. M. 1981, S. 126.

Fremdwörter- und Begriffserläuterung

Akzeptanz	die Gegebenheiten und Entwicklungen hinnehmen, wie sie sind, »Hinnahmefähigkeit«
ambivalent	zwiespältig, zwei oder mehrere Bedeutungen/Auswirkungen habend
Analogie	Entsprechung
Angstabwehr	psychischer Mechanismus: Versuch, eine angstvoll erlebte Situation bzw. die Erinnerung daran abzuwehren
Anonymität (anonym)	wörtlich: Namenlosigkeit; Unpersönlichkeit/ Undurchschaubarkeit
Antizipation	Vorwegnahme, Vorhersehen (einer Handlung oder eines Ereignisses)
Arbeit	
konkret-nützlich	Arbeit, durch die ein bestimmter Gebrauchs- gegenstand hergestellt wird
abstrakt-nützlich	Produktion nützlicher Gegenstände überhaupt
Arbeitsemigration	Auswanderung von Arbeitern, um sich im Ausland einen Arbeitsplatz zu suchen
Argumentationsfigur	in sich geschlossene Begründung, die in einem größeren Zusammenhang → sozialer Deutungs- muster steht
artikulieren	äußern, zum Ausdruck bringen
bagatellisieren	herunterspielen, als Kleinigkeit behandeln
Biographie	Lebensgeschichte
Boom(phase)	wirtschaftliche Aufschwungphase
bourgeois	Privatmann
citoyen	Staatsbürger
Dequalifizierung (Dequalifikation)	Verlust der Qualifikation, d. h. der erworbenen beruflichen Fähigkeiten; Gegenteil: Quali- fizierung
Desorientierung Deutungsmuster	»Verwirrung«, Verlust an Orientierung widerspruchsfreier Zusammenhang von meh- reren Argumentationsfiguren, der gesellschaft- liche Sachverhalte deutet

Dichotomie	Zweiteilung der Gesellschaft in »unten« und »oben«
diffamieren	»anschwärzen«, schlecht über jemanden reden
differenzieren	»Unterschiede machen«, d. h. eine Sache bzw. ein Problem in seine unterschiedlichen Seiten aufteilen, die verschiedenen Seiten einer Sache zum Ausdruck bringen
Dilemma	schwierige Entscheidungssituation
Diskrepanz	Unstimmigkeit, Mißverhältnis
Dispositionsspielraum in der Arbeit	Möglichkeiten, den Arbeitsablauf in bestimmtem Rahmen eigenständig zu gestalten
distanziert	»mit Distanz (Abstand)«; kühl, ohne Anteilnahme
dokumentieren	eigentlich: als Dokument festhalten, aufzeichnen; im weiteren Sinn: zum Ausdruck bringen, deutlich machen
dominieren (dominant)	vorherrschen, in der Überzahl sein
Effekt	Auswirkung
empirisch	die Erfahrung betreffend; Beobachtungen, die auf konkreten Tatsachen beruhen
Episode	kürzere Begebenheit/Erlebnis, das keine große Wichtigkeit (mehr) hat
exemplarisch	an einzelnen Beispielen gesellschaftliche Zusammenhänge erklären
Existenz	Dasein, Vorhandensein
existentielle Bedrohung	Bedrohung der → Reproduktionssituation und des Selbstverständnisses des einzelnen
explizit	ausdrücklich, deutlich, ausführlich
extrem	äußerst, zugespitzt
exzessiv	in weit über das Normale hinausgehendem Ausmaß
fatal	verhängnisvoll
Fatalismus	völlige Ergebung in die Macht der als nicht beeinflussbar empfundenen gesellschaftlichen Verhältnisse
fiktiv	nur in der Vorstellung bestehend, erdichtet
Fluktuation	wörtlich: Fluß; die fortlaufenden Zugänge (Einstellungen) und Abgänge (Entlassungen, Verrentung usw.) in einem Betrieb
fundamental	grundlegend, schwerwiegend
generativer Kern	erzeugender Kern, z. B. einer bestimmten Deutung. Grundstruktur eines Deutungsmusters, aus der sich der Zusammenhang der Argumentationsfiguren ergibt
Gesellschaftsbild	Vorstellung über den Aufbau der Gesellschaft
Handlungspotential	mögliche Handlungsweisen

Hermeneutik (hermeneutisch)	wörtlich: die Lehre von der Auslegung von Texten; allgemein: die vertiefte und systematische Analyse von Texten; bei einer soziologischen Untersuchung: von Interviews
Hierarchie Hierarchie, betriebliche	Rangordnung, Reihenfolge in der Wichtigkeit Rangordnung im Betrieb, alle Personen mit Leitungsfunktionen
Homogenisierung (einer Belegschaft)	»Gleichmachung« einer Belegschaft, vor allem durch Entlassung und Versetzung von Kollegen, die bestimmten Leistungs- und Verhaltensnormen nicht genügen
Idealtyp (idealtypisch)	der Idealtyp besitzt (in reiner Form) alle spezifischen Eigenschaften, die für die Zuordnung zu einer Gruppe ausschlaggebend sind. Dieser Ausdruck Idealtyp beinhaltet keine positive Wertung (soziologischer Fachausdruck)
Identifikation identifizieren	»Gleichsetzung mit«: etwas mit etwas anderem gleichsetzen, seine Identität bestimmen, sich in der Vorstellung mit etwas oder mit einer Person gleichsetzen
identisch Identität	ein und dasselbe bedeutend, wesensgleich Übereinstimmung des Individuums mit sich selbst
implizit	nicht ausdrücklich, unterschwellig geäußert, »zwischen den Zeilen«, mit enthalten, mit gemeint Gegenteil: → explizit
individualistisch	einzelgängerisch
initiieren	in Gang setzen
integraler (Bestandteil)	notwendiger Bestandteil eines Ganzen
integrieren	in einen größeren Zusammenhang einordnen
Intention	Absicht
Interpretation	Auslegung, Erklärung, Deutung (von Texten)
Interpretationsfolie	Muster zur Interpretation unterschiedlicher Probleme
Instanz	maßgebliche Stelle
Irritation	Reiz, der verwirrt, unsicher macht
kausal	ursächlich, eine Ursache für eine bestimmte Wirkung annehmend
Kausalverhältnis	Verhältnis von Ursache und Wirkung
Klischee	Abklatsch, eingefahrene, überkommene Vorstellung, abgedroschene Redewendung
kollektiv	gemeinsam, gemeinschaftlich, z.B. in einer Gewerkschaft aktiv werden Gegenteil: individualistisch
kompensieren	ausgleichen, einen Ausgleich schaffen
komplex	vielfältig, umfassend

Komplexität	»Kompliziertheit«, Vielfältigkeit eines Sachverhalts, Gesamtheit verschiedener Merkmale einer Sache
konstatieren	feststellen
konstitutiv	bestimmend, das Wesen einer Sache ausmachend
Kontext	Zusammenhang
Kontinuität	lückenloser Zusammenhang, Stetigkeit
Kriterium	Maßstab, Unterscheidungsmerkmal
Legitimation	Rechtfertigung, z.B. einer Gesellschaftsordnung oder eines Staates; außerdem: Tatsache, daß z.B. die Gesellschaftsordnung bzw. der Staat von den Mitgliedern als gerechtfertigt angesehen wird
legitimatorisch	auf die Legitimation bezogen
Logik	folgerichtiges Denken
Maxime	Grundsatz, subjektiver Vorsatz für eigenes Handeln
Medien (öffentliche)	Presse, Rundfunk, Fernsehen
Misere	Elend, Unglück
Mobilität	wörtlich: Beweglichkeit; meint die Bereitschaft, z. B. den Arbeitsplatz oder auch den Wohnort zu wechseln
Modalität	Art; eine bestimmte Vorgehensweise
Neurose	durch unverarbeitete Konflikte entstandene psychische Krankheit
objektiv	in der (gesellschaftlichen) Wirklichkeit bestehend, unabhängig vom Willen und der Wahrnehmung des einzelnen
Orientierung (alltagspraktische)	Ausrichtung auf ein bestimmtes praktisches Handeln
Panel	Längsschnittuntersuchung, mehrfache Befragung der gleichen Gruppe in zeitlichen Abständen
partiell	teilweise
Pathologie	Lehre von den Krankheiten
pathologisch	krankhaft
personalisieren	gesellschaftliche oder wirtschaftliche Zusammenhänge (Arbeitslosigkeit, Wirtschaftspolitik) werden ursächlich auf das Handeln von Einzelpersonen zurückgeführt; bei der Personalisierung handelt es sich um eine Form der unzulässigen Vereinfachung und Verkürzung gesellschaftlicher Tatbestände

Perspektive	ort- und zeitgebundene Sichtweise von Dingen, z. B. Froschperspektive
Phänomen	Erscheinung, einzelnes Ereignis oder einzelne Tatsache
plädieren für etwas (Plädoyer)	für etwas eintreten, für etwas (gute) Gründe vorbringen
plastisch	eigentlich: eine Plastik betreffend, bildhauerisch; im weiteren Sinne: deutlich, anschaulich
plausibel	einleuchtend, stichhaltig, triftig
Polemik	scharfer Angriff gegen jemanden oder gegen etwas in einer Diskussion
präformieren	vorbilden
pragmatisch	sachlich, auf Tatsachen beruhend, anwendungsbezogen; aus Gründen der besseren Handhabbarkeit eines Problems
prägnant	klar und zugespitzt ausgedrückt
präzisieren	genauer ausdrücken, genauer bestimmen
privilegiert (Privileg)	bevorzugt, sozial herausgehoben (Vorrecht)
problematisieren	als Problem ansprechen, kritisch ansprechen
produktiv	viel hervorbringend, schöpferisch
projizieren, Projektion	wörtlich: hineinwerfen; ein Problem, das unangenehm ist oder unlösbar erscheint, in einem anderen Bereich oder auf einen anderen Menschen übertragen; z. B.: die Unordentlichkeit, die man selber hat, bei anderen tadeln und kritisieren, oder: die Arbeitslosigkeit z. B., die bei uns in der Bundesrepublik ja existiert, nur für andere Länder anerkennen
propagieren	nachdrücklich fordern, für etwas Propaganda machen
Prozeß (prozeßhaft)	Ablauf; etwas, das in einer Entwicklung begriffen ist
psychisch	die Seele betreffend
Qualifizierung	Zunahme/Gewinn an Qualifikation, d. h.: an beruflichen Fähigkeiten (Gegenteil: Dequalifizierung)
qualitativ	die besonderen und unverwechselbaren Eigenschaften einer Person oder Sache betreffend
quantitativ	(rein) zahlenmäßig, mengenmäßig
quasi	gewissermaßen
real	wirklich
realisieren	1. verwirklichen (einen Plan z. B.) 2. klar erkennen, einsehen
Reduktion	wörtlich: Zurückführung; Verkürzung eines Problems/eines Sachverhalts auf bestimmte → Stereotype

reduktionistisch	die Bedeutung eines Problems verkleinernd
Reflexion	Überlegung, Nachdenken, Vertiefung eines Gedankenganges
relevant	wichtig, bedeutsam, von Gewicht
Relevanz	Wichtigkeit
Renommee	Ansehen
reorganisieren	um- oder neuorganisieren
(Reorganisierung)	
Reproduktion	Wiederherstellung (der Arbeitskraft)
Reproduktionssituation	Umstände, unter denen die Arbeitskraft wiederhergestellt wird; Lebensumstände des Arbeiters
Reproduktionsrisiko	mögliche Gefährdung der Reproduktion
Resultat	Ergebnis, Erfolg
resultieren	sich herleiten, sich als Ergebnis zeigen
resümieren	zusammenfassen
Sample	Stichprobe (soziologischer Fachausdruck)
Sensibilisierung	Fähigkeit, die eigene Lage und die Lage anderer sensibel (wörtlich = empfindsam), aufmerksam und mit Einfühlungsvermögen wahrzunehmen und auszudrücken
sensorisch	auf das sinnliche Erfassen (sehen, hören, fühlen usw.) bezogen. Sensorische Belastung: Belastung der Sinnesorgane
soziobiographisch	sozial lebensgeschichtlich
Spektrum	ein Ganzes zerlegt in seine Einzelteile
standardisiert	nach einem vorgegebenen Muster vereinheitlicht
Status	soziale Stellung (soziologischer Fachausdruck)
Stereotyp	immer wiederkehrende, grobschlächtige Vorstellung, die (fast) jedem Problem »aufgepfropft« wird
Strategie	Planung des Handelns
suggestieren	beeinflussen, etwas einreden
summarisch	»summenhaft«: überblickhaft
systematisch	in ein System gebracht, gegliedert
tangieren	berühren, betreffen
Taylorisierung	Vereinfachung der Arbeitsorganisation und Kontrolle der Arbeit mit dem Ziel, einen möglichst rentablen Betriebsablauf zu erreichen; von F. Taylor eingeführte Organisation der Arbeit und des Managements (sog. wissenschaftliche Betriebsführung)
Tendenz	Richtung, Entwicklungslinie
thematizieren	1. zum Thema (Gegenstand von Überlegungen) machen

Topos	<p>2. ein Problem in den gesellschaftlichen Zusammenhang stellen, Zusammenhänge zwischen der eigenen Situation, dem anstehenden Problem und der Gesellschaft herstellen</p> <p>feststehende Redewendung, allgemeingebrauchliches Bild, das für eine soziale Gruppe typisch ist; z.B. Topos der Arbeitersprache: »Wir hier unten – die da oben«, oder: »Die Butter wird für alle teurer« (soziologischer Fachausdruck)</p>
Variante Verortung	<p>»Abwandlung«, eine andere Art und Weise sich selbst einen Platz, einen Ort in gesellschaftlichem Zusammenhang zuweisen, sich selbst im Verhältnis zur Gesellschaft bestimmen</p>